

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

September 2013

III

NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

Ursula Herrmann: Blicke auf August Bebels Lebensleistung.
Zum 100. Todestag 5

Horst Klein: Zeugnis einer lebenslangen Freundschaft
und geistigen Gemeinsamkeit: der Briefwechsel von
Eduard Bernstein und Karl Kautsky 1891 bis 1932.....26

Dieter Schiller: Willi Münzenberg und die Intellektuellen.
Die Jahre in der Weimarer Republik 1921 bis 1933.....43

Wolfgang Hesse: Die Ausnahmen und die Regel.
Lebenswelt, Medienbewusstsein und Pressepolitik
in der Arbeiterfotografie der Weimarer Republik 64

Biografisches

Heinz Deutschland: Hermann Duncker als Herausgeber.
Zum 90. Jahrestag des Erscheinens der ersten Bände der
„Elementarbücher des Kommunismus“91

Uwe Fuhrmann: Eine proletarische Geschichte Deutschlands:
Hans (Johannes) Stetter (1885-1963)106

Kurt Schilde: „Das war das Ende“. Durch den nationalsozialistischen
Terror 1933 in Berlin ermordete Gewerkschafter128

Miszelle

Volkmar Schöneburg: Karl Liebknecht und der Strafvollzug.....144

Bericht

Horst Klein: Kommunisten auf linkssozialistischem Pfad:
Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Wien151

Informationen

Susanne Schötz: 20 Jahre Louise-Otto-Peters-Gesellschaft
in Leipzig. In Dankbarkeit gewidmet Johanna Ludwig
(26. Januar 1937 - 2. August 2013)157

Marion Goers: Datenbank zu Gewerkschaftsfunktionären/
-funktionärinnen in NS-Konzentrationslagern 1933 bis 1945.....169

Buchbesprechungen

Cristina Corradi: Storia dei Marxismi in Italia (*Dietmar Lange*).....173

Karin Huser: Bildungsort, Männerhort, politischer Kampfverein.
Der deutsche Arbeiterverein „Eintracht Zürich“ (1840-1916)
(*Walter Schmidt*)175

Matthias John: Biographisches Handbuch zur Geschichte
der Berliner Sozialdemokratie in der spätwilhelminischen Ära
(*Kurt Wernicke*)178

Isaak Il'jič Rubin: Marxforscher – Ökonom – Verbannter
(1886-1937) (*Ulrich Busch*)180

Jan Knopf: Bertolt Brecht.
Lebenskunst in finsternen Zeiten (*Ulrike Köpp*)182

Heinz Deutschland/Gerhard Kaiser: Ein „tüchtiger, feiner Mensch“ – Unbeirrbar rot“ (<i>Christa Hübner</i>)	184
Jonathan Miles: The Nine Lives of Otto Katz (<i>Mario Keßler</i>)	186
Klaus Schönhoven/Walter Mühlhausen (Hrsg.): Der deutsche Sozialstaat im 20. Jahrhundert. Weimarer Republik, DDR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich (<i>Axel Weipert</i>)	188
Walter Mühlhausen: „Das große Ganze im Auge behalten“. Philipp Scheidemann, Oberbürgermeister von Kassel (<i>Horst Klein</i>)	191
Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Jossif Stalin oder: Revolution als Verbrechen (<i>Jutta Petersdorf</i>)	193
Jörg Baberowski: Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt (<i>Jutta Petersdorf</i>)	195
Bertrand M. Patenaude: Trotzki. Der verratene Revolutionär; Joshua Rubenstein: Leon Trotsky. A Revolutionary's Life (<i>Mario Keßler</i>)	198
John Riddell (Hrsg.): Toward the United Front. Proceedings of the Fourth Congress of the Communist International 1922 (<i>Dietmar Lange</i>)	200
Reiner Zilkenat/Henryk Skrzypczak: 80 Jahre Berliner Verkehrsarbeiterstreik 3.-7. November 1932 (<i>Axel Weipert</i>)	202
Wilhelm Kroupa: Arbeiter in Wien. Ein Jahrhundertleben (<i>Horst Klein</i>)	203
Hans Coppi/Stefan Heinz (Hrsg.): Der vergessene Widerstand der Arbeiter (<i>Kurt Schilde</i>)	204

Renée Lugschitz: Spanienkämpferinnen. Ausländische Frauen im spanischen Bürgerkrieg (<i>Herbert Mayer</i>)	207
Caroline Moorehead: A train in winter. A story of resistance, friendship and survival in Auschwitz (<i>Victor Grossman</i>)	209
Karl Schneider: „Auswärts eingesetzt.“ Bremer Polizeibataillone und der Holocaust; Karl Heinz Roth/Jan-Peter Abraham: Reemtsma auf der Krim. Tabakproduktion und Zwangsarbeit unter der deutschen Besatzungsherrschaft (<i>Jörg Wollenberg</i>)	211
Elke Scherstjanoi (Hrsg.): Russlandheimkehrer. Die sowjetische Kriegsgefangenschaft im Gedächtnis der Deutschen (<i>Herbert Mayer</i>)	213
Gerhard Wettig (Hrsg.): Der Tjul'panov-Bericht. Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg (<i>Rolf Badstübner</i>)	216
Cordia Baumann/Sebastian Gehrig/Nicolas Büchse (Hrsg.): Linksalternative Milieus und Neue Soziale Bewegungen in den 1970er Jahren (<i>Dietmar Lange</i>)	219
György Dalos: Gorbatschow. Eine Biografie (<i>Jutta Petersdorf</i>)	221
Jan Korte/Domenic Heilig (Hrsg.): Kriegsverrat. Vergangenheitspolitik in Deutschland (<i>Jürgen Hofmann</i>)	224
Autorenverzeichnis	226
Jahresinhaltsverzeichnis.....	227
Impressum.....	236

Blicke auf August Bebels Lebensleistung. Zum 100. Todestag¹

Ursula Herrmann

Die Beisetzung

Am 13. August 1913, einem Mittwoch, erlag August Bebel im Kurhaus Passugg nahe der Schweizer Stadt Chur seinem Herzleiden. Die Sozialdemokratie der Schweiz und Deutschlands veranlasste ein Begräbniszeremoniell, das dem Vorsitzenden der stärksten sozialdemokratischen Partei und seiner Stellung in der II. Internationale gerecht wurde.² August Bebel war zu dieser Zeit der international bekannteste und ein hoch geachteter Arbeiterpolitiker von europäischem Rang. Seine Person verkörperte eine ganze Epoche der Arbeiterbewegung.

Am 14. August wurde der Tote mit dem Zug von Chur nach Zürich, dem Ort der Beisetzung, überführt. Auf dem Weg säumten Trauernde die Straßen. In Zürich gaben 2.000 Personen dem Wagen das Geleit zum Volkshaus, dem Ort der Aufbahrung. Vom 15. bis 17. August mittags nahmen Tausende an Bebels Sarg Abschied.³ Hunderte Kranzspenden verwandelten die Trauerhalle in ein Blumenmeer.⁴ Kondolenzen aus aller Welt trafen bei Tochter Frieda und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein. Sie bekundeten die Trauer über das Ableben eines Mannes, der den Auf-

1 Vortrag auf einer Konferenz in Berlin am 3. August 2013 anlässlich des 100. Todestages von August Bebel. Veranstalter waren der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion „junge Welt“ (Berlin).

2 Siehe Heinrich Gemkow/Angelika Müller (Hrsg.): August Bebel – „... ein prächtiger alter Adler“. Nachrufe – Gedichte – Erinnerungen, Berlin 1990; Urs Kälin: Begräbnis des „roten Kaisers“. Die Trauerfeierlichkeiten für August Bebel in Zürich im August 1913, in: www.sozialarchiv.ch/Aktuell/OOBebel.html. Auf diesen Artikel wies mich Eckhard Müller hin. – Siehe zu Bebels Lebensleistung: August Bebel. Eine Biographie, Autorenkollektiv unter Leitung von Ursula Herrmann und Volker Emmrich, Berlin 1989 (im Folgenden: Biographie). Die Autoren waren neben Herrmann und Emmrich Rolf Dlubek, Hartmut Henicke, Wilfried Henze und Eckhard Müller. Die Auflage betrug 8.000 Exemplare.

3 Vier Personen hielten am Sarg die Totenwache. Die Zeitungen schätzten, dass 50.000 am Sarg vorbeizogen. Das erscheint mir, obwohl viele ausländische Delegationen eingetroffen waren, doch etwas zu hoch.

4 Siehe Volksrecht (Zürich), Extrablatt, 17.8.1913.

stieg der Arbeiterbewegung zu einer starken gesellschaftlichen Kraft mit durchlebt und mit gestaltet hatte.

Die Trauerfeierlichkeiten am Sonntag, dem 17. August, wurden zu einer Großdemonstration für die Ziele der Arbeiterbewegung. Etwa 20.000 Personen reihten sich ein, darunter Delegationen aus Deutschland. Viele säumten die Straßen. Rund 300 rote Fahnen und vier Musikkorps belebten den Zug. Er führte von der Wohnung auf dem Schanzenberg zum Krematorium auf dem Zentralfriedhof Sihlfeld.⁵ Dort fanden 1.200 Personen Platz, vor denen 15 Repräsentanten der deutschen und internationalen Sozialdemokratie Bebels Lebenswerk würdigten. Die Mehrheit des Zuges begab sich zur Gedenkfeier auf die Rotwandwiese. In vielen Orten Deutschlands und anderer Länder versammelten sich Trauernde zu Gedenkkundgebungen.

Was hoben die Trauerbekundungen und drei Jahre zuvor die Gratulationen zu Bebels 70. Geburtstag⁶ am 22. Februar 1910 an Bebel hervor? Er war:

- Mitbegründer der deutschen proletarischen Partei auf revolutionärer, internationalistischer Grundlage; Mitgestalter ihrer Entwicklung zur marxistischen Massenpartei; mit Karl Marx und Friedrich Engels befreundet;
- Geburtshelfer der deutschen Gewerkschaftsbewegung;
- Vorkämpfer für die Gleichstellung der Frau als Politiker und mit seinem wissenschaftlichen Werk „Die Frau und der Sozialismus“;
- bekannte sich zur I. Internationale und war prägend bei der Gründung und politischen Profilierung der II. Internationale;
- verteidigte die Pariser Kommune 1871 und die Revolution in Russland 1905;
- verweigerte die Kredite für den Eroberungskrieg 1870/71 und prangerte den Raubfrieden an; kämpfte gegen Militarismus und Krieg, gegen Kolonialismus und die Gefahren eines Weltkriegs von unvorstellbaren Ausmaßen;
- führend bei der Ausarbeitung der revolutionären Parlamentstaktik in Verbindung von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf;

⁵ Die damals noch seltene Feuerbestattung entsprach der Absage an kirchliche Glaubensvorstellungen. – Die Grabstätte hatte Bebel 1910 beim Tod seiner Frau für 80 Jahre gekauft. Seit 1942 zählt sie zu den Stätten prominenter Persönlichkeiten, die die Stadt Zürich betreut.

⁶ Siehe August Bebel: Zum 70. Geburtstag, 22. Februar 1910 [das sog. Goldene Buch]. Reprint des Unikats aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED. Nachbemerkungen von Ursula Herrmann, Berlin 1989.

- ein faszinierender Redner, zumeist frei sprechend, packend, anschaulich, die Missstände anprangernd; mit einem ausgeprägten Gespür für die Nöte und Sorgen der Volksmassen;
- als Politiker und Organisator, Theoretiker und Praktiker geschätzt;
- anerkannt bei Freund und Feind als Personifizierung der Alternative zum junkerlich-bourgeois militäristischen Kaiserreich sowie als Gegenspieler Otto von Bismarcks und später Wilhelms II.

Zu Bebels Renommee hatte beigetragen, dass die deutsche Sozialdemokratie zur stärksten Partei in der II. Internationale geworden war. Im Januar 1912 errang sie bei den Reichstagswahlen 4,25 Millionen Stimmen und 110 Mandate. Rund 29 Prozent der Wähler hatten sich für ihre Ziele entschieden. Die Mitgliederzahl überschritt bis 1914 die Million. So versinnbildlichte die Verehrung Bebels den Stolz der Arbeiterbewegung aller Länder auf ihre internationale gesellschaftliche Kraft.

In den Nachrufen wurde Bebel einige Male als Arbeiterkaiser bezeichnet. Das war ein Begriff des Protestes. Am 15. Juni 1913 hatte sich die Thronbesteigung Wilhelms II. zum 25. Mal gejäht. Mit großem Pomp wurde der Jahrestag seitens reaktionärer Kräfte als militäristisch-chauvinistischer Taumel organisiert. Potenziert wurde dieses Ereignis durch die 100. Jahrestage siegreicher Schlachten gegen Napoleon. Die Hetze gegen Frankreich stieg auf einen Höhepunkt. Der Begriff „Arbeiterkaiser“, der im 19. Jahrhundert wenig verwendet wurde, verlieh somit dem Protest gegen das Kaiserreich Ausdruck, sollte die Gegenkraft der Arbeiterbewegung symbolisieren. Inzwischen verwenden auch Bebelbiografen diesen Begriff im Buchtitel.⁷ Die Bezeichnung „Kaiser“ wird aber dem Republikaner, Sozialisten und Atheisten Bebel nicht gerecht.

Gedrucktes von Bebel und über ihn

Wer sich Bebels Lebensweg detailliert erschließen will, findet reichlich Material.⁸ Seine Reden und Schriften liegen in zehn Bänden vor.⁹ In den

7 Siehe z. B. William Harvey Maehl: *Shadow Emperor of the German Workers*, Philadelphia 1980; Jürgen Schmidt: *August Bebel – Kaiser der Arbeiter*, Zürich 2013.

8 Siehe August Bebel. Veröffentlichungen von und über August Bebel in der DDR. Bibliographie, erarb. und eingel. von Anne Menger, Berlin 1989; Volker Emmrich: Biographische Forschungen über August Bebel im letzten Jahrzehnt der DDR, in: Manfred Lechner/Peter Wilding (Hrsg.): „Andere“ Biographien und ihre Quellen: biographische Zugänge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Ein Tagungsbericht, Wien-Zürich 1992, S.143-151.

9 August Bebel: *Ausgewählte Reden und Schriften (BARS)*, Bd. 1: 1863 bis 1878, bearb. von

Einleitungen zu Band 1 und 2 der „Ausgewählten Reden und Schriften“ wird untersucht, wie Bebel in einem längeren Prozess anfängliche lassalleanische und kleinbürgerliche Vorstellungen überwand, sich die marxistischen Ideen zu eigen machte, sie umsetzte und dabei die marxistische Lehre bereicherte.¹⁰ Briefwechselfände bringen Bebels Persönlichkeit näher.¹¹

In seinen Erinnerungen „Aus meinem Leben“ – erschienen 1910, 1911 und 1914 – schildert Bebel selbst bis zum Jahr 1882 das Werden und Wachsen der Sozialdemokratie als Partei des Klassenkampfes mit dem Ziel, die be-

Rolf Dlubek und Ursula Herrmann unter Mitarbeit von Dieter Malik, Berlin 1970; 1978², 1983³; München u. a. 1995; Bd. 2: 1878 bis 1890, zwei Halbbde, bearb. von Ursula Herrmann und Heinrich Gemkow unter Mitarbeit von Anneliese Beske u. a., Berlin 1978; München u. a. 1995; Bd. 3: Reden und Schriften. Oktober 1890 bis Dezember 1895, bearb. von Anneliese Beske u. a., Endred. Anneliese Beske und Eckhard Müller, München u. a. 1995; Bd. 4: Reden und Schriften. Januar 1896 bis Dezember 1899, bearb. von denselben, München u. a. 1995; Bd. 5: Briefe 1890 bis 1899. Anmerkungen, Bibliographie und Register zu den Bänden 3 bis 5, bearb. von denselben, München u. a. 1995; Bd. 6: Aus meinem Leben, bearb. von Ursula Herrmann unter Mitarbeit von Wilfried Henze und Ruth Rüdiger, Berlin 1983; München u. a. 1995; Bd. 7/1 und 7/2: Reden und Schriften 1899 bis 1905, bearb. von Anneliese Beske und Eckhard Müller, [München] 1997; Bd. 8/1 und 8/2: Reden und Schriften 1906 bis 1913, bearb. von denselben, [München] 1997; Bd. 9: Briefe 1899 bis 1913. Anmerkungen, Bibliographie und Register zu den Bänden 7 bis 9, bearb. von denselben, [München] 1997; Bd. 10/1: Die Frau und der Sozialismus, 1. Auflage. Mit einem Geleitwort von Susanne Miller, bearb. von Anneliese Beske und Eckhard Müller, München u. a. 1997; Bd. 10/2: Die Frau und der Sozialismus, 50. Auflage, Beilagen, Anmerkungen und Register, dasselbe.

10 Siehe BARS, Bd. 1, S.1*-68* von Rolf Dlubek und Ursula Herrmann; BARS, Bd. 2, S.1*-97* von Ursula Herrmann und Heinrich Gemkow. Die Einleitungen sind in der Neuauflage von 1995 nicht enthalten. – Siehe auch Vera Wrona: Die theoretisch-weltanschauliche Entwicklung August Bebels, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1968, H. 3, S.347-362; Michail Nelken: Zum Beitrag August Bebels im Ringen um die Durchsetzung und Verteidigung weltanschaulich-theoretischer Grundanschauungen des Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie im Verlauf von Programmdebatte und Revisionismusstreit (1891-1903/04), Phil. Diss., Berlin 1988; Joachim Höppner: Nachwort [Zum Neudruck von August Bebel: Charles Fourier. Sein Leben und seine Theorien], Leipzig 1978, S.253-304, sowie weitere Spezialuntersuchungen zu Bebel, ersichtlich aus den Literaturverzeichnissen in BARS, Bd. 1 und Bd. 2/2 – ebenfalls in der Neuauflage nicht enthalten.

11 Siehe vor allem August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, hrsg. von Werner Blumenberg, London u. a. 1965; Ursula Herrmann (Hrsg.): August und Julie Bebel. Briefe einer Ehe, Bonn 1997; August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky, hrsg. Karl Kautsky jr., Assen 1971; BARS, Bd. 1, Bd. 2/2, Bd. 5 und Bd. 9.

stehende Gesellschaft von Grund auf umzugestalten.¹² Den zweiten, ausführlichsten Teil seiner Erinnerungen widmete er der Auseinandersetzung mit der Politik der diktatorischen ADAV-Führung in den 60er-Jahren des 19. Jahrhunderts.¹³ Über den damaligen Präsidenten des ADAV Johann Baptist von Schweitzer urteilte Bebel: „Der eigentliche Zweck seiner Tätigkeit, und in Bismarcks Augen ihr Hauptzweck, war, *eine der Regierung politisch gefügige Arbeiterbewegung zu schaffen*.“¹⁴ Wer Bebels Belege dafür liest, versteht, warum die Linken ihre Geburtsstunde nicht mit dem ADAV datieren. In Auseinandersetzung mit dieser Linie des ADAV und durch deren Überwindung erstarkte die Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert, neben Bebel vor allem verbunden mit den Namen Wilhelm Liebknecht,¹⁵ Wilhelm Bracke,¹⁶ Julius Motteler¹⁷ und Paul Singer.¹⁸

Eine Biografie über August Bebel kam in der DDR 1963 zu seinem 50. Todestag heraus, verfasst von einem Autorenkollektiv unter Leitung

12 Bebels Erinnerungen gehören zu jenen Büchern, die 1933 auf dem Platz gegenüber der Humboldt-Universität verbrannt wurden. Der Platz trägt jetzt seinen Namen. Nach dem Sieg über den Faschismus erschien in Ostberlin bereits 1946 eine Neuausgabe der drei Teile in jeweils 100.000 Exemplaren. Seit 1964 sind sie in einem Band zusammengeführt. Für die Ausgabe in den „Ausgewählten Reden und Schriften“ wurden die von Bebel zitierten Dokumente und Briefe – soweit das möglich war – mit den Originalen verglichen und wenn notwendig korrigiert. Auf diesem überprüften Text basieren dann auch die Separatausgabe des Dietz Verlages Berlin 1988 sowie im Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger Bonn die erste ungekürzte Ausgabe von 1986 „Mit einer Einleitung von Brigitte Brandt“ und die Auflage von 1997.

13 In der ersten in der BRD erschienenen Ausgabe von Bebels Erinnerungen wurde dessen Auseinandersetzung mit dem ADAV einfach weggestrichen, ebenso sein Bekenntnis zur Pariser Kommune und seine Verbundenheit mit Marx und Engels. Siehe August Bebel: *Aus meinem Leben*, hrsg. von W. G. Oschilewski, Berlin (West)-Hannover (1958).

14 BARS, Bd. 6, S.274. Hervorhebung hier und in den folgenden Zitaten von Bebel.

15 Siehe Wolfgang Schröder: *Wilhelm Liebknecht. Soldat der Revolution, Parteiführer, Parlamentarier. Ein Fragment*, hrsg. von Renate Dreßler-Schröder und Klaus Kinner, Berlin 2013. – Siehe auch Wadim Tschubinski: *Wilhelm Liebknecht. Eine Biographie*, Berlin 1973; Raymond H. Dominick III: *Wilhelm Liebknecht and the Founding of the German Social Democratic Party*, University of North Carolina 1982.

16 Siehe Jutta Seidel: *Wilhelm Bracke. Vom Lassalleaner zum Marxisten*, Berlin 1966, 1986².

17 Siehe Friedrich Pospiech: *Julius Motteler. Der „rote Feldpostmeister“*, Esslingen 1977, 1998².

18 Siehe Ursula Reuter: *Paul Singer (1844-1911). Eine politische Biographie*, Düsseldorf 2004. Siehe auch Heinrich Gemkow: *Paul Singer. Ein bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung. Mit einer Auswahl aus seinen Reden und Schriften*, Berlin 1957.

Horst Bartels.¹⁹ Es folgte 1969 eine Bildbiografie aus der Feder Heinrich Gemkows, in erweiterter Auflage 1986.²⁰ Zu Bebels 150. Geburtstag 1990 lag mit rund 750 Seiten die auch international bisher ausführlichste und an Fakten reichste Biografie vor, von sechs Mitarbeitern des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED verfasst.²¹ Erstmals wird darin auch die Rolle Bebels im 20. Jahrhundert ausführlich und unseres Erachtens ausgewogen dargestellt.

Die mit Bebel verknüpften Erfolge der Arbeiterbewegung waren selbstverständlich nicht nur den glänzenden Eigenschaften seiner Persönlichkeit zu verdanken. Dem Aufstieg der deutschen Sozialdemokratie zur marxistischen Massenpartei und zur stärksten Partei innerhalb der II. Internationale lagen objektive Faktoren zugrunde. Diese objektiven Bedingungen für den wachsenden gesellschaftlichen Einfluss der Arbeiterbewegung ausgenutzt zu haben ist das große Verdienst von August Bebel, Wilhelm Liebknecht und ihren Kampfgefährten. Bebels besondere Begabung war es, marxistische Theorie und Politik zu vereinen, besonders den historischen Materialismus schöpferisch auf neue Probleme des Kampfes der Arbeiterbewegung anzuwenden und dabei die marxistische Theorie weiter auszuprägen.

Bebels Wirken im Einzelnen nachzuzeichnen ist in diesem Rahmen nicht möglich. Es soll auch nicht auf die Aktualität seines Wirkens eingegangen werden. Die liegt auf der Hand. Zwei Probleme seien herausgegriffen: zum einen das Verhältnis von Reform und Revolution in Bebels Denken und politischem Handeln, zum anderen seine Warnungen vor einem

19 Siehe August Bebel. Eine Biographie, Berlin 1963. Autoren waren Horst Bartel, Rolf Kuntzsch, Horst Schumacher, Gustav Seeber, Kurt Stenkewitz, Heinz Wolter. – Im gleichen Jahr erschien Nikolaj Ovcarenko: Avgust Bebel'. Kratkij očerk žizni i dejatel'nosti [August Bebel: Kurzer Abriss des Lebens und Wirkens], Moskau 1963. Zu Bebel-Biografien vor 1945 siehe Ernst Schraepfer: August-Bebel-Bibliographie. Hrsg. Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Düsseldorf 1962, S.125-142.

20 Siehe Heinrich Gemkow: August Bebel, Leipzig 1969, zweite überarb. Auflage 1986. – Eine Bild- und Dokumentenbiografie verfasste auch Helmut Hirsch, mit anderer Konzeption. Siehe Helmut Hirsch: August Bebel. Sein Leben in Dokumenten, Reden und Schriften, mit einem Geleitwort von Willy Brandt, Köln-Berlin 1968; Ders.: August Bebel. Mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, überarb. Neuausgabe, Reinbek bei Hamburg 1988. Zum 75. Todestag wurde Bebel in der Staatsbibliothek Berlin (West) eine Ausstellung gewidmet. Siehe Ilse Fischer/Werner Krause: August Bebel. 1840-1913. Ein Großer der deutschen Arbeiterbewegung. Katalog zu einer Ausstellung des Archivs der sozialen Demokratie/Friedrich-Ebert-Stiftung und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Köln 1988.

21 Siehe Anm. 2.

Weltkrieg ungeahnten Ausmaßes. Das drängt sich angesichts des bevorstehenden 100. Jahrestages des Kriegsausbruchs 1914 auf. Bebels Verdiensten um die Gleichberechtigung der Frau bin ich in meinem Vortrag auf einer Tagung Ende Februar 2013 zu „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie“ nachgegangen.²²

Reform und Revolution

Auf der Festveranstaltung der SPD in Leipzig am 23. Mai 2013 stellte ein Redner fest, die SPD habe auf Reformen gesetzt, „anstatt utopische Fernziele zu proklamieren“. Das Eisenacher Programm von 1869 habe „zentral“ das allgemeine Wahlrecht gefordert, Verbot der Kinderarbeit und Unabhängigkeit der Gerichte.

Allerdings war die Arbeiterbewegung jene Kraft in Deutschland, die sich zu Bebels Lebzeiten am stärksten für demokratische Rechte und soziale Veränderungen einsetzte. Bebel hatte das Eisenacher Programm vorgelegt. Die genannten Programmpunkte stehen aber erst im Abschnitt III neben weiteren Forderungen, wie Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche. Unter I wird der freie Volksstaat gefordert. Die Grundsatzserklärung unter II lehnt sich an die von Marx ausgearbeitete Präambel zu den Statuten der I. Internationale an. Unter anderem steht dort: „Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist [...] ein Kampf [...] für *die Abschaffung aller Klassenherrschaft*. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von den Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die sozialdemokratische Partei [die] *Abschaffung der jetzigen Produktionsweise*“.²³

In Bebels Schrift „Unsere Ziele“ von 1870 erläutert er das Programm. Dort erklärt er, dass „die Arbeiterklasse sich die Macht *erobern*“ muss. Die neue Gesellschaft soll auf der „*Gleichberechtigung* und *Gleichstellung aller*“ beruhen, eine „demokratische Gesellschaft“ sein, „wie sie die Welt noch nie gesehen hat“. Dazu müsse „die Herrschaft der privilegierten Klassen und Personen gebrochen“ werden.²⁴ Also bereits bei Gründung der Eisenacher Partei bekundete Bebel, dass die bestehende Gesellschaft durch Veränderung der Eigentumsverhält-

22 Siehe Geschichtskorrespondenz. Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, 19. Jg, 2013, Nr. 2 (April), S.3-11; Marxistische Blätter, 2013, H. 4, S.75-83.

23 Demokratisches Wochenblatt, 14.8.1869.

24 August Bebel: Unsere Ziele. Eine Streitschrift gegen die Demokratische Correspondenz, BARS, Bd. 1, S.72f.

nisse völlig umzugestalten ist. Zu Bebels Verdiensten gehört es, dass der Sozialismus als Ziel im Denken vieler Werktätiger fest verankert wurde, nicht zuletzt durch Titel und Inhalt seines theoretischen Hauptwerks „Die Frau und der Sozialismus“.

Brigitte Seebacher-Brandt gesteht Bebel in ihrer Biografie, die zu Bebels 75. Todestag erschien, ein utopisches Fernziel zu.²⁵ Den erstrebten Sozialismus betrachtete Bebel aber nicht als Utopie, sondern als gesetzmäßiges Resultat der gesellschaftlichen Entwicklung.

Kaum einer hat sich mehr als Bebel dafür eingesetzt, die politischen und sozialen Bedingungen für die Werktätigen im Kaiserreich zu verbessern. Er kämpfte für Versammlungs- und Koalitionsrecht und für das Recht auf politischen Zusammenschluss. Er beteiligte sich persönlich an der Gründung von Gewerkschaften. Er forderte die Gleichstellung der Frau vom Wahlrecht bis zum Zivilrecht im Bürgerlichen Gesetzbuch von 1896. Er forderte den Zehnstundentag, nach Gründung der II. Internationale den Achtstundentag. Er setzte sich gegen Kinderarbeit ein. Er entwarf Arbeiterschutzgesetze, die die Sozialdemokratie im Reichstag einbrachte. Er schrieb ausführliche Instruktionen zur Ausnutzung der Versicherungsgesetze bei Krankheit, Unfall und Invalidität. Er kreierte ein neues Genre des politischen Buches: „Die parlamentarische Tätigkeit des Deutschen Reichstags und der Landtage“, erstmals für die Session 1871 bis 1874. Darin analysierte er die politischen Ereignisse, nagelte die bürgerlichen Parteien fest und begründete die Haltung der Sozialdemokratie. Er publizierte „Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien“ (1890) und wertete eine Enquete über „Die Sonntags-Arbeit“ (1888) aus. Anhand der Berichte der Fabrikinspektoren prangerte er Missstände in den Fabriken an.

Im sächsischen Landtag, dem Bebel von 1881 bis 1890 angehörte, protestierte er gegen die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Leipzig, gegen Polizei- und Justizwillkür bei Ausweisungen, gegen die Ausgaben für Polizeispitzel, gegen die Wahlbeeinflussung durch Staatsbeamte. Er kritisierte die Lage der Arbeiter im Bergbau, in den Forstbetrieben, bei den Staatseisenbahnen. Hinsichtlich der Volksbildung forderte er unentgeltlichen Unterricht auf hohem Niveau, Millionenzuschüsse seitens der Regierung für die Volksschulen, Trennung von Kirche und Schule, Abschaffung der Prügelstrafe, höhere Gehälter für Volksschullehrer.

25 Siehe Brigitte Seebacher-Brandt: August Bebel. Kämpfer und Kämpfer im Kaiserreich, Bonn 1988. Die Autorin verzichtete auf Zitatbelege. – Ihr setzt Francis L. Carsten seine Auffassung entgegen in seinem Buch „August Bebel und die Organisation der Massen“, Berlin 1991.

Er sprach zum Ärztemangel in Sachsen, zum Straßenbau in Dresden und forderte mehr Unterstützungsgelder für Hochwassergeschädigte. Und die Sozialdemokratie forderte die Beseitigung der Gesindeordnung. Für Bebel gab es keine Trennung der Tagesaufgaben vom sozialistischen Ziel. Durch Kämpfe um unmittelbare ökonomische und politische Erleichterungen für die Werktätigen sollten diese Schritt für Schritt für das sozialistische Ziel gewonnen werden. Im Zusammenhang mit dem Entwurf eines Arbeiterschutzesgesetzes, den die Sozialdemokratie 1885 im Reichstag – vergeblich – einbrachte, äußerte Bebel: „Wenn der ganze Arbeiterschutzesgesetzentwurf bis auf den letzten Buchstaben Gesetz geworden wäre, würde er an den Grundlagen der kapitalistischen Produktion und der bürgerlichen Wirtschaftsweise *nicht das geringste ändern*.“²⁶ In einer Reichstagsrede gegen die Verschärfung des Sozialistengesetzes erklärte er am 17. Februar 1888, die Sozialdemokratie werde sich nie auf das begrenzen, was die Regierung als berechnete Forderungen zur Verbesserung der Lage der Arbeitenden anerkenne, „denn sonst müssten wir unsere eigene Existenz aufgeben als Partei, wir müssten aufgeben, was das Wesen unserer Partei ausmacht, wir müssten die wirklichen Ziele der Sozialdemokratie preisgeben [...] eine Umgestaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung von Grund aus“.²⁷

Positive oder negative Integration in das Kaiserreich sieht anders aus. Wenn einige sozialdemokratische Funktionäre eine Zusammenarbeit mit den Regierungen befürworteten oder sogar in den Landtagen umsetzten, trat ihnen Bebel entgegen, so bei der Auseinandersetzung um die Dampfersubvention 1884/85,²⁸ auf den Parteitag 1903 in Dresden,²⁹ 1908 in Nürnberg³⁰ und 1910 in Magdeburg³¹. Herausragend war seine sechsstün-

26 August Bebel: Staatliche Lohnregulierung und die sozialreformerischen Bestrebungen der Gegenwart. Artikel in der „Neuen Zeit“, Januar 1886, in: BARS, Bd. 2/1, S.317f. Siehe auch die Einleitung, Bd. 2/1, S.32*-50*.

27 BARS, Bd. 2/1, S.464.

28 Siehe Im Kampf um den revolutionären Charakter der proletarischen Partei. Briefe führender deutscher Arbeiterfunktionäre, Redaktion: Ursula Herrmann (Leitung), Wilfried Henze und Gudrun Hofmann, Berlin 1977.

29 Siehe August Bebel: Ein Nachwort zur Vizepräsidentenfrage und Verwandtem. Artikel in der „Neuen Zeit“, in: BARS, Bd. 7/2, S.405-431; Ders.: Rede und Resolution über die Taktik der Partei zu den Reichstagswahlen, zur Vizepräsidentenfrage und zu den revisionistischen Bestrebungen, in: ebenda, S.470-501. Siehe auch Biographie, S.564-585.

30 Siehe Ders.: Referat über die Stellung zur Budgetbewilligung. 16. September 1908, in: BARS, Bd. 8/2, S.432-448. Siehe auch Biographie, S.665-669.

31 Siehe August Bebel: Zur badischen Budgetbewilligung. Rede auf dem Parteitag der So-

dige Rede 1899 auf dem Parteitag in Hannover. Bernsteins Auffassungen kennzeichnete er als Revision der gesamten weltanschaulichen Basis der Partei, da „der Marxismus die eigentliche wissenschaftliche Begründung des Sozialismus ist und Bernstein [...] alle Grundlagen des Marxismus, die materialistische Geschichtsauffassung, die Dialektik, die Werttheorie, die sogenannte Verelendungs- und Zusammenbruchstheorie usw. angreift“.³² An Bebels Seite standen Karl Kautsky,³³ Rosa Luxemburg,³⁴ Clara Zetkin³⁵ und andere. In Auseinandersetzung mit dem Revisionismus betonte Bebel 1903, diesem gegenüber „muß immer und immer wieder mit *aller Schärfe betont werden*, daß die Sozialdemokratie eine Partei des *proletarischen Klassenkampfes mit entsprechenden Zielen* ist, daß die Partei zwar die Befreiung der ganzen Menschheit aus Not, Elend, Ausbeutung und Unterdrückung erstrebt, daß aber dieses Ziel allein auf dem Boden *des Klassenkampfes und der Eroberung der politischen Macht durch das klassenbewußte Proletariat*, dessen Scharen durch den Gang der kapitalistischen Gesellschaftsordnung immer gewaltiger anschwellen, erreicht werden kann“.³⁶

Für diesen Kampf müsse sich die Arbeiterbewegung mit Wissen rüsten, nicht nur aus der Arbeiterpresse, sondern vor allem durch „die Massenverbreitung guter Broschüren [...] Nur durch ihr Studium kann der Parteigenosse sich zum klaren, selbständig denkenden Kampfgenossen herausarbeiten, erwirbt er sich einen weiteren Blick und ein sicheres Urteil in allen unsere Prinzipien berührenden Fragen.“³⁷ Dafür setzte sich Bebel auf vielfältige Weise ein.

Wer Bebel auf sein Ringen um Reformen beschränkt, verkennt seine Größe, die sich nicht zuletzt auf sein Verständnis für den Zusammenhang von Reform und Revolution stützt. Es sei deshalb daran erinnert, wie Bebel für die Volkserhebungen, die er als Zeitgenosse erlebte, Partei ergriff.

zialdemokratischen Partei Deutschlands in Magdeburg, 20. September 1910, in: BARS, Bd. 8/2, S.462-490. Siehe auch Biographie, S.678-691.

32 Siehe August Bebel: Referat und Resolution über die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellung der Partei, 10. und 13. Oktober 1899, in: BARS, Bd. 4, S.444-512, Zitat S.447. Siehe auch Biographie, S.498-522.

33 Siehe vor allem August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky.

34 Siehe Annelies Laschitzka: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996. Dort auch zu den unterschiedlichen Auffassungen der beiden.

35 Siehe vor allem Luise Dornemann: Clara Zetkin. Leben und Wirken, Berlin 1974; Gilbert Badia: Clara Zetkin. Eine neue Biographie, Berlin 1994.

36 August Bebel: Ein Nachwort zur Vizepräsidentenfrage..., in: BARS, Bd. 7/2, S.429f.

37 Ders.: Sozialdemokratische Bibliothek. Rezension der Schriftenreihe im „Sozialdemokrat“, 19. November 1885, in: BARS, Bd. 2/1, S.292.

Pariser Kommune 1871 und Revolution in Russland 1905

Auf die Pariser Kommune nahm Bebel zeitlebens Bezug als Beispiel für den mutigen Kampf der Arbeiterklasse um eine neue Gesellschaft. In der Pariser Kommune, die mit der Beschlagnahme der Kanonen auf dem Mont Martre durch Arbeiter am 18. März 1871 begann und am 28. Mai 1871 den Metzelleien der französischen Regierung mit direkter Unterstützung durch Otto von Bismarck zum Opfer fiel, sah Bebel die Keimform jener ausbeutungsfreien Gesellschaft, die er erstrebte. Im Deutschen Reichstag des neu gegründeten Kaiserreichs bezeichnete Bebel am 25. Mai die Pariser Kommune als „kleines Vorpostengefecht“. Ehe wenige Jahre vergingen, werde ihr Schlachtruf „Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggange!“ der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats“ sein.³⁸ Er bekannte sich zur Kommune, obwohl er unter Anklage des Hochverrats stand und gerade aus der Untersuchungshaft entlassen worden war. Zwei Jahre Festungshaft erhielten August Bebel und Wilhelm Liebknecht 1872 zudiktirt, weil sie eine Arbeiterpartei gegründet hatten, wegen ihrer Ablehnung des Eroberungskriegs gegen Frankreich 1870/71 und wegen des Bekenntnisses zur Pariser Kommune.

Zum 5. Jahrestag der Pariser Kommune wies Bebel im Streitgespräch mit einem Liberalen auf einer Volksversammlung in Leipzig die Verteufelung der Kommunarden als Mörder und Mordbrenner zurück. Er bezeichnete die Kommune als einen neuen Staat, der zur gesellschaftlich organisierten Produktionsweise den ersten Schritt getan habe.³⁹ Als 1877 das Buch des Kommunarden Prosper Olivier Lissagaray über die Geschichte der Kommune erschien, hob Bebel in seiner Rezension als eine Ursache für die Niederlage hervor, dass die Kommune „keine in sich geschlossene, in Übereinstimmung handelnde Partei“ besaß.⁴⁰ Zum 25. Jahrestag ging Bebel im Reichstag auf die Kommune ein und sprach auf einer der Volksversammlungen, die die Sozialdemokratie am 18. März 1896 im Ge-

38 BARS, Bd. 1, S.150. Siehe Biographie, S.127-140.

39 Siehe August Bebel: Für die Pariser Kommune. Rede in der Disputation mit dem Nationalliberalen Bruno Sparig..., 10. März 1876, in: BARS, Bd. 1, S.321-340. Die Disputation wurde als Broschüre verbreitet. Siehe Biographie, S.178-180. Dort auch Verweise auf weitere Bezüge zur Kommune in Schriften Bebels.

40 Siehe August Bebel: Größe und Grenzen der sozialistischen Bewegung in Frankreich. Rezension von [Prosper Olivier] Lissagarays „Geschichte der Commune von 1871“ in der „Zukunft“, 1. Mai 1878, in: BARS, Bd. 1, S.507-518, Zitat S.510. Siehe Biographie, S.189-191.

denken an die Kommune und an die Revolution von 1848 durchführte.⁴¹ Auf dem Parteitag 1905 verwies er auf die Pariser Kommune als Beispiel für den Kampfesmut der Arbeiterklasse.⁴² Für solche Bekenntnisse gibt es weitere Belege.

Voller Sympathie und Solidarität begegnete Bebel den revolutionären Erhebungen in Russland 1905⁴³ und forderte die deutschen Arbeiter auf, die Kämpfenden moralisch und materiell zu unterstützen. Deutschlandweit fanden Protestkundgebungen gegen den Blutsonntag vom 22. Januar 1905 in Petersburg statt. Der Parteivorstand überwies den russischen Sozialdemokraten 10.000 Mark, später nochmals 20.000 Mark. Im Ergebnis von Sammlungen wurden weitere 340.000 Mark aufgebracht. Bebel forderte die Menschewiki auf, das Geld unter allen sozialdemokratischen Gruppierungen zu verteilen, einschließlich der Anhänger Lenins.

In die unterschiedlichen Positionen von Bolschewiki und Menschewiki zum Charakter der Revolution und zur Hegemonie der Arbeiterklasse drang Bebel nicht ein. Das Neuartige der Revolution war ihm aber bewusst. In einem Artikel in der „Neuen Zeit“ vom Mai 1905 schrieb er: „Kein Zweifel. So verschiedenartig sich die russische Revolution von den Revolutionen jedes andern Landes darstellt, in ihrer Art ist sie die großartigste Revolution, welche die Geschichte kennt [...] Und in der Tat, was das russische Proletariat an Tatkraft, Ausdauer und Selbstaufopferung bisher geleistet hat, übertrifft weit, was das westeuropäische Proletariat ihm an die Seite stellen kann.“⁴⁴

Bebel stand in dieser Zeit im engen Gedankenaustausch mit Rosa Luxemburg. Auf ihre Bitte hin schrieb er „An die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen in Russisch-Polen“ einen „Offenen Brief“, datiert auf den 9. April 1905. Er forderte dazu auf, sich ihren Klassengenossen anzuschließen für die „Eroberung politischer Rechte und politischer Macht“.⁴⁵

In einer „Neujahrsbetrachtung“ für die Frauenzeitung „Gleichheit“ vom 10. Januar 1906 fasste Bebel seine Auffassung in gewisser Weise zusam-

41 Bebel sprach in Lichtenberg-Friedrichsberg. Siehe Ursula Herrmann: Aus dem Alltag eines Arbeitervereins 1891 bis 1901. Der sozialdemokratische Arbeiterverein von Lichtenberg-Friedrichsberg in Protokollen und Berichten, Berlin 2011, S.88.

42 Siehe BARS, Bd. 7/2, S.834.

43 Siehe Biographie: Parteinahme für die Revolution in Russland 1905, S.609-622. Siehe hier die Quellenbelege für die folgenden Darlegungen.

44 August Bebel: Rezension zu „Die russischen Kämpfe um Recht und Freiheit“ von Michail von Reusner..., in: BARS, Bd. 7/2, S.790f.

45 Siehe BARS, Bd. 7/2, S.784-787, Zitat S.786.

men. Er charakterisierte die Ereignisse in Russland als „eine Revolution, in der nicht das Bürgertum [...], sondern das klassenbewußte Proletariat die *führende und leitende Rolle* übernommen hat. Während wir in Mittel- und Westeuropa uns die Köpfe zerbrechen, ob das Proletariat für eine führende geschichtliche Rolle reif sei [...], hat das russische klassenbewußte Proletariat [...] alle Theorien und Klügeleien über den Haufen geworfen und frisch Hand ans Werk gelegt. Und siehe da, was selbst in unseren Reihen vielfach für unmöglich gehalten wurde, ist ihm gelungen. Es hat sich zum Herrn der Lage aufgeworfen.“ Über den Moskauer Aufstand im Dezember 1905 urteilte er: „Die Straßenkämpfe, die das alte Moskau in den christlichen Feiertagen erlebte, wobei Proletarierblut in Strömen floß, gehören mit zu dem Großartigsten, was die Geschichte an dauernder, opfermutiger Hingabe für ein großes Ideal kennt.“ Und er unterstrich: „Die Beteiligung der Frauen an den Straßenkämpfen wird ein Faktor von weltgeschichtlicher Bedeutung, der in den revolutionären Kämpfen der Zukunft als typische Erscheinung wiederkehren wird.“ Bebel hob die internationale Ausstrahlung der Revolution hervor: Die „große französische Revolution erschütterte ganz Europa und wälzte es mehr oder weniger um“, erst recht „müssen Revolutionen, in denen das moderne Proletariat seine historische Rolle übernimmt, noch in weit höherem Grade internationale Wirkungen ausüben.“⁴⁶

Bei der Umsetzung der Lehren der Revolution erweist sich Bebels Haltung als widersprüchlich.⁴⁷ Die Lehren der Revolution und die Zuspitzung der Klassengegensätze in Deutschland beim Übergang zum Imperialismus erforderten die Anwendung neuer Kampfmittel, für die sich die Linken einsetzten. Bebel wollte aber auf jeden Fall offene Zusammenstöße mit dem Herrschaftsapparat vermeiden, als deren Folge ein neues Sozialistengesetz die Arbeiterbewegung zurückwerfen würde. Er erhoffte ein weiteres rasches Anwachsen der Arbeiterbewegung auf dem bisher erprobten Weg. Vor allem ging es ihm bei der Frage des politischen Massenstreiks um eine gemeinsame Haltung von Partei und Gewerkschaften, die sich dem neuen Kampfmittel widersetzen. Auf dem Parteitag im September 1905 in Jena fanden sein Referat über den politischen Massenstreik und die von ihm vorgeschlagene Resolution die Unterstützung der Linken. In dem Referat stellte er unter anderem fest: „Der politische Massenstreik ist nicht bloß eine theoretische, sondern auch eine eminent praktische Frage nach einem Kampfmittel, das gegebenenfalls angewendet werden soll

46 BARS, Bd. 8/1, S.7, 9f.

47 Siehe im Einzelnen Biographie: Unter dem Eindruck der Revolution 1905/06, S.622-645.

und muß.⁴⁸ Die beschlossene Resolution erklärte sich unter bestimmten Bedingungen, besonders bei politischer Entrechtung der Arbeiterklasse durch die Herrschenden, für die Anwendung des Massenstreiks.

Im Oktober 1905 befürwortete Bebel, dass die opportunistischen Redakteure des „Vorwärts“ abgesetzt wurden und linke Kräfte, an der Spitze Rosa Luxemburg, an ihre Stelle traten. Es ging Bebel dabei auch um eine ausführliche Berichterstattung über die Ereignisse in Russland. Rosa Luxemburg schrieb dazu an Leo Jogiches: Bebel „ist natürlich derjenige, der jetzt diese ganze Reform macht; er brennt vor heißem Verlangen, den ‚Vorwärts‘ auf unseren Leisten umzugestalten, und hat sich in den Kopf gesetzt, daß ich das schaffen kann.“⁴⁹

Im Verlauf des Jahres 1906 wich Bebel aber in der Massenstreikfrage vor der Gewerkschaftsführung zurück. Auch bei anderen Schlussfolgerungen, die die Linken aus den Kämpfen in Russland und aus den zugespitzten Klassengegensätzen in Deutschland zogen, stand Bebel nicht voll an ihrer Seite. Er wollte den politischen Massenstreik nicht bei Auseinandersetzungen im Kaiserreich als Vorbereitung der Werktätigen für künftige revolutionäre Kämpfe einsetzen, auch nicht bei den Wahlrechtskämpfen 1910. Bebel betrachtete das Vordringen der Reformisten mit Unbehagen, unterschätzte aber ihren bereits erreichten Einfluss. Doch stellte er auf dem Parteitag 1906 in Mannheim fest: „[...] wir haben immer erklärt, daß Revolutionen von oben, von den herrschenden Klassen gemacht werden, die den berechtigten Wünschen des Volkes nicht nachkommen [...] Diejenigen, die da meinen, Deutschland sei infolge des Volkscharakters der Deutschen für alle Ewigkeit gegen derartige Revolutionen gefeit, die irren sich gewaltig.“⁵⁰ Das bewahrheitete sich 1918. Mit seiner Auffassung, das 20. Jahrhundert werde das Jahrhundert der sozialen Revolution sein,⁵¹ stand Bebel durchaus nicht allein, und dieses Jahrhundert hat ja in der Tat gewaltige Veränderungen für die Völker gebracht.

48 BARS, Bd. 7/2, S.834.

49 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 2, Berlin 1972, S.184. – Siehe Laschitzka, Im Lebensrausch, S.215-234.

50 BARS, Bd. 8/1, S.65.

51 Siehe August Bebel in Berlin an die „New York Call“ zum nationalen Frauentag in den USA, 3. Februar 1910, in: BARS, Bd. 9, S.187. Die Zeitung gab dem Brief die Überschrift: „Ein Gruß zum Frauentag – von August Bebel“. In der bisherigen Literatur oft als Brief Bebels an Hermann Schlüter bezeichnet. – Das Zitat lautet: „Das 20. Jahrhundert ist mehrfach als das Jahrhundert der Sozialreform bezeichnet worden. Ich betrachte es als das Jahrhundert der sozialen Revolution, in dem die letzten Reste menschlicher Unfreiheit und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt werden.“

Gegen Militarismus und Krieg

„Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ – Das war die Richtschnur von August Bebel und Wilhelm Liebknecht im Kampf gegen das militaristische Preußentum, seit sie 1867 Abgeordnete des Norddeutschen Reichstags wurden, dem Eroberungskrieg 1870/71 ihr Nein entgegenstellten und dann gegen die fortschreitende Militarisierung im 1871 gegründeten Kaiserreich kämpften. Diese Losung wurde im 19. Jahrhundert zum geflügelten Wort für den Protest gegen Aufrüstung, Militarisierung des öffentlichen Lebens, gegen Kriegshetze und Expansionspolitik des Deutschen Reichs. Mittels Reden im Parlament und auf Volksversammlungen, durch Schriften und Aufsätze, auf internationalen Konferenzen und Meetings prangerte Bebel diese volksfeindliche, für die Zukunft verhängnisvolle Politik an.

Was hob Bebel als wichtige Gesichtspunkte hervor?

- Sein grundsätzlicher Ausgangspunkt war der Zusammenhang von Kapitalismus und Militarismus. Den Militarismus kennzeichnete er als Herrschaftsinstrument nach außen und gegen die eigene Bevölkerung nach innen. Riesenprofite der Rüstungsindustrie bezahlten die Werktätigen durch indirekte Steuern. Die Militarisierung verschlänge die Mittel für Volksbildung und Kultur.
- Hinsichtlich der außenpolitischen Konstellation des Deutschen Reiches war Bebel der Auffassung, Frankreich werde auf die militärische Rückeroberung von Elsass-Lothringen sinnen. Damit werde es – wie Marx bereits in der Zweiten Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation vorausgesagt hatte – in die Arme Russlands getrieben, was Deutschland einen Zweifrontenkrieg aufzwingen. Die ab den 90er-Jahren verstärkte Flottenrüstung treibe England an die Seite der Gegner Deutschlands.
- Mit der ständigen Erhöhung der Militärausgaben und der Heeresstärke heize Deutschland das Wettrüsten an.
- Die Entwicklung der Produktivkräfte nutze die Rüstungsindustrie, um die technische Ausrüstung zu vervollkommen. Sie entwickle immer treffsicherere Waffen für den Massenmord. Mit dem Übergang zum Imperialismus treibe die Kriegsindustrie die Monopolisierung voran. Sie verlange vom Staat Monopolpreise und erziele Riesenprofite. Das erhöhe die Staatsverschuldung.
- Gegenkraft gegen die drohende Kriegsgefahr könne die international vereinte Arbeiterbewegung sein, auch weil sie den Herrschenden die Furcht vor Volkswiderstand einflöße.

Schon jetzt beginnt die Presseflut zum 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs. Dabei ist mehrfach zu lesen, niemand hätte damals die Ausmaße dieses Krieges erahnt. Dem ist nicht so! Die deutsche und internationale Arbeiterbewegung warnte frühzeitig und forderte, internationale Konflikte politisch zu regeln. Schon im Jahr 1887 hielt August Bebel in einem Artikel in der „Neuen Zeit“ allen vor Augen, dass der nächste Krieg ein Weltkrieg sein werde von bisher ungekannten Ausmaßen: „Der nächste Krieg – welcher bei der Konstellation der europäischen Mächte notwendig ein europäischer sein wird – wird Heeresmassen gegeneinander rücken sehen, wie sie bisher nie die Weltbühne betraten.“ Er betonte, „daß der nächste Krieg nicht nur blutiger, sondern auch langwieriger wird als jeder seiner Vorgänger [...] Die materiellen Lasten des Krieges [...] werden so große und gewaltige sein, wie sie bisher auch noch nicht erfordert wurden. So gestaltet sich der nächste Krieg zu einem Unikum in seiner Art.“⁵² Nur die Gefahr des Zusammenbruchs des gesamten Wirtschaftssystems halte die Herrschenden noch vor einem Krieg zurück.

Friedrich Engels, mit dem August Bebel in ständigem Gedankenaustausch stand, beschrieb die Situation noch drastischer. In einem Artikel im „Sozialdemokrat“ vom 15. Januar 1888 unter der Überschrift „Was Europa bevorsteht“ warnte Engels: „Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankerott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehn, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse.“⁵³

52 August Bebel: Der nächste Krieg in Zahlen..., Juni 1887, in: BARS, Bd. 2/1, S.362-364.

53 Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 21, S.350f. Es handelt sich um einen Vorabdruck aus Engels' Einleitung zur Schrift von Sigismund Borkheim: Zur Erinnerung für die deutschen Mordpatrioten. 1806-1807, Hottingen-Zürich 1888. Die Publikation erschien

Hand in Hand mit dem Übergang zum Imperialismus forcierte das Deutsche Reich die Aufrüstung. Einschneidende Zollerhöhungen verteuerten die Grundnahrungsmittel. Die Marokkokrise von 1905 zeigte die Leichtfertigkeit der deutschen Regierung beim Anzetteln internationaler Konflikte. Es wuchs die Verantwortung der sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale, durch die Kraft der Arbeiterklasse die Herrschenden vor dem Ausbruch eines Krieges zurückschrecken zu lassen. Auf Bebels Handeln unter zugespitzten Bedingungen soll am Beispiel des Jahres 1907 etwas konkreter eingegangen werden.⁵⁴

Am 13. Dezember 1906 wurde der Reichstag aufgelöst, weil vor allem Sozialdemokratie und Zentrum die weiteren Gelder zur Niederschlagung des Aufstands der Herero und Nama in der deutschen Kolonie Südwestafrika ablehnten. Bei den sogenannten Hottentottenwahlen am 25. Januar 1907 war die Sozialdemokratie einer bis dahin nicht dagewesenen Hetze ausgesetzt. Eine Hochflut an Hetzschriften und Flugblättern vermittelte nationalistische, chauvinistische, militaristische Ideologien bei verstärkter Kolonialpropaganda. Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verbreitete allein 72 Flugblätter in zehn Millionen Exemplaren. Alldeutscher Verband, Deutscher Flottenverein, Deutsche Kolonialgesellschaft und Kriegervereine versuchten, Massen für die Weltmachtspolitik des deutschen Imperialismus zu begeistern und die Sozialdemokratie als Vaterlandsverräter darzustellen. Trotz leichter Stimmenzunahme erlangte die Sozialdemokratie, für die 3 ¼ Millionen Wähler stimmten, statt bisher 81 nur 43 Mandate. Das Kartell der konservativen Parteien und der Nationalliberalen Partei besaß bei gleicher Stimmenzahl 141 Mandate. Opportunisten und Revisionisten sprachen von einer Niederlage der Partei. Sie resultierte aus der Verurteilung der Ansichten der Revisionisten über eine Zusammenarbeit mit der Regierung auf dem Dresdner Parteitag 1903. Ihrem Vorschlag eines sozialdemokratischen Kolonialprogramms zur kulturellen Förderung der Eingeborenen trat Bebel mit der Ablehnung jeglicher Kolonialisierung entgegen.

Der Partei wurde eine Debatte über die Stellung zum Vaterland aufgedrängt. Dabei zertrte Gustav Noske am 27. April 1907 im Reichstag einen verhängnisvollen Ausspruch Bebels aus dessen Reichstagsrede vom 7. März 1904 hervor. Damals hatte Bebel geäußert, bei einem Angriff des Zarismus auf Deutschland und der Gefährdung der Existenz Deutsch-

als Bd. XXIV der Schriftenreihe „Sozialdemokratische Bibliothek“.

54 Siehe Biographie, S.645-661.

lands wären Sozialdemokraten „bis zum letzten Mann und selbst die ältesten unter uns bereit, die Flinte auf die Schulter zu nehmen und unseren deutschen Boden zu verteidigen, nicht Ihnen, sondern uns zu Liebe, selbst meinetwegen Ihnen zum Trotz“.⁵⁵ Hierauf beriefen sich die Bewilliger der Kriegskredite im August 1914. Bebels Unterscheidung von gerechten und ungerechten Kriegen auch noch im Imperialismus setzte ihn vielfältiger Kritik aus, besonders seitens der Linken. Auf Angriffe von pazifistischer Seite entgegnete Bebel, er habe sich „nie zu jenem Patriotismus bekannt, [...] wie ihn die bürgerliche Welt deklariert, der stets im gegebenen Falle in Chauvinismus umschlägt; [...] so oft *Deutschland in kriegerische Ereignisse* verwickelt wurde oder verwickelt zu werden drohte, [...] ich ein *Wortführer* derjenigen [...], die diese Vorgänge *bekämpften* und *verurteilten*.“⁵⁶

Nachdem die Budgetkommission des Reichstags am 10. Mai 1907 die neueste Waffentechnik auf dem Truppenübungsplatz Jüterbog besichtigt hatte – auch Bebel –, verbreitete die bürgerliche Presse, Bebel sei nur aus Unkenntnis des deutschen Heerwesens dessen Gegner gewesen. Nun sei er „bekehrt“. Das widerspiegelt sich auch in einer Akte des sächsischen Staatsarchivs. Brigitte Seebacher-Brandt zitiert daraus ausführlich in ihrer Bebel-Biografie.⁵⁷ Sie übersah, dass Bebel drei Tage später im Reichstag erklärte: „Nachdem ich vor ein paar Tagen als Mitglied der Budgetkommission Gelegenheit hatte, auf dem Übungsplatze bei Jüterbog die modernen Vernichtungsmaschinen kennen zu lernen, die in einem künftigen Kriege die Hauptrolle spielen, ist erst recht ein Abscheu wider den Krieg in mir aufgelodert.“⁵⁸

Gegen das verstärkte Weltmachtstreben des Deutschen Reichs wollten die Linken vielfältigere Kampfmittel angewendet sehen. Einen herausragenden Beitrag dazu bildete Karl Liebknechts Schrift „*Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung*“. Sie erschien im Februar 1907 und wurde rasch verbo-

55 August Bebel: Zur Vaterlandsverteidigung. Rede im Deutschen Reichstag zum Haushaltsetat 1904, in: BARS, Bd. 7/2, S.599.

56 Neue Hamburger Zeitung, 29.11.1907. So in der Biographie, S.653. Ohne Hervorhebungen in BARS, Bd. 9, S.138: August Bebel in Berlin an August Forel in Zürich, 29. Oktober 1907, nach der Zeitung „Volksrecht“, 4. November 1907. – Siehe unter gewissem Vorbehalt Werner Jung: August Bebel. Deutscher Patriot und internationaler Sozialist. Seine Stellung zu Patriotismus und Internationalismus, Pfaffenweiler 1986.

57 Siehe Seebacher-Brandt, August Bebel: Der Besuch bei der Truppe, S.326-328.

58 BARS, Bd. 8/1, S.238f.

ten. Karl Liebknecht knüpfte an die Prinzipien des antimilitaristischen Kampfes an, die sein Vater und Bebel im 19. Jahrhundert geprägt hatten. Er übertraf sie „jedoch durch die gründlichere Ausformung der revolutionären Positionen, durch die weite Sicht, die auch den antimilitaristischen Kampf in anderen Ländern einbezog, und durch die tiefere Analyse der neuen Erscheinungen des Militarismus seit dem Übergang zum Imperialismus.“⁵⁹ Nun trat Karl Liebknecht an die erste Stelle im antimilitaristischen Kampf der deutschen Sozialdemokratie.⁶⁰

Die von Liebknecht geforderte spezielle antimilitaristische Agitation, besonders unter der Jugend, lehnte Bebel ab. Die Sozialdemokratie müsse den Kapitalismus als Ganzes entlarven. In Sorge um Verfolgungen der Partei bezeichnete Bebel im Reichstag – vom preußischen Kriegsminister provoziert – die Schrift als persönliche Meinung Liebknechts. Das trug ihm in der sozialdemokratischen Presse viel Kritik ein. Aber Bebel verteidigte Karl Liebknecht, der des Hochverrats angeklagt war, am 10. Oktober 1907 vor dem Reichsgericht in Leipzig. Er betonte, Liebknechts Haltung stehe im Einklang mit dem Erfurter Programm. Karl Liebknecht wurde zu 1 ½ Jahren Festungshaft verurteilt. Am 16. Oktober erklärte Bebel auf einer Volksversammlung in Berlin: „Der [18]72er Prozeß, der uns auf die Festung schickte, hat kolossal agitatorisch gewirkt, (Sehr richtig!) und der diesmalige hat auch großartig gewirkt. Liebknechts Ansehen ist nicht nur in den Augen seiner Freunde, sondern auch in denen seiner Gegner gewaltig gewachsen (Stürmischer Beifall) durch die tapfere und geschickte Art, wie er seinen Richtern und vor allem dem Oberreichsanwalt gedient hat. (Zuruf: Der würdige Sohn des Alten!) Das ist dem grauköpfigen Oberreichsanwalt in seinem Leben noch nicht passiert, daß ihn ein Angeklagter so heimgeschickt hat wie unser Freund und Genosse Karl Liebknecht. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)“⁶¹ So förderte Bebel die Autorität, die Liebknecht durch den Prozess gewonnen hatte, zumal Bebels Rede im „Vorwärts“ und als Broschüre in 25.000 Exemplaren veröffentlicht wurde.

Bebel war Karl Liebknecht freundschaftlich-väterlich seit dessen Kindheit verbunden. Er schrieb am 10. November 1908 an Liebknecht, der damals in der Festung Glatz in Haft saß: „Wir brauchen tüchtigen Nach-

59 Zitat aus der Biographie, S.651.

60 Siehe Annelies Laschitzka: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie, Berlin 2007, S.121-139.

61 August Bebel: Der nationalliberale Parteitag und die Sozialdemokratie, Berlin 1907, in: BARS, Bd. 8/1, S.325f.

wuchs. Leider ist derselbe sehr rar, Du bist der Einzige, auf den ich meine Hoffnung setze.“⁶²

Angesichts des Wettrüstens der europäischen Staaten wuchs die Verantwortung der Arbeiterklasse, einen Kriegsausbruch zu verhüten. Der Internationale Sozialistenkongress in Stuttgart 1907 beschäftigte sich intensiv mit dem Tagesordnungspunkt „Der Militarismus und die internationalen Konflikte“. Der Kongress tagte vom 18. bis 24. August 1907 mit 884 Delegierten aus 25 Ländern und fünf Kontinenten. Der von Bebel vorgelegte ausführliche Resolutionsentwurf enthielt die Grundaussagen der revolutionären Sozialdemokratie zu dieser Frage. Er endete mit der Forderung an die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter, „alles aufzubieten, um durch Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern oder, falls ein solcher dennoch ausbrechen sollte, für seine rasche Beendigung einzutreten“.⁶³ Angesichts der Wichtigkeit dieses Tagesordnungspunktes wurde die Endfassung eingehend diskutiert. Eine spezielle Kommission beriet darüber vier Tage. Vertreter mehrerer Länder brachten Zusatzvorschläge ein, wodurch Bebels Vorlage wesentlich erweitert wurde. In dem von Rosa Luxemburg, Lenin und Martow eingereichten Antrag, der angenommen wurde, veränderte der vierte und letzte Passus die Resolution entscheidend. Dieser – oft zitierte – Schlusspassus lautete nun: „Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“⁶⁴ Auch hinter diesem Zusatz stand Bebel mit seiner internationalen Autorität. Die Resolution wurde zur Richtschnur der revolutionären Sozialdemokraten bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

Sorgenvoller Lebensabend

Vom Oktober 1907 bis Ende 1909 musste sich Bebel wegen Herzschwäche weitgehend aus dem öffentlichen Leben zurückziehen. Auch in den Folgejahren war er vielfach zum Pausieren gezwungen. Der Parteivorstand um Friedrich Ebert und Hermann Molkenbuhr stellte ihn oft vor vollendete Tat-

62 BARS, Bd. 9, S.164.

63 BARS, Bd. 8/1, S.252; im Kongressprotokoll auf S.85f.

64 Siehe Internationaler Sozialisten-Kongress zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907, Berlin 1907, Resolutionstext S.64-66, Zitat S.66.

sachen, die er missbilligte. Bei Bebel wuchs die Sorge um die Partei, in der Reformisten an Boden gewannen.

Hinzu kamen persönliche Schicksalsschläge. Am 22. November 1910 verlor er seine geliebte Frau Julie. Am 31. Januar 1911 verstarb Paul Singer. Bebels Schwiegersohn Ferdinand Simon fiel am 4. Januar 1912 seiner Streptokokken-Forschung zum Opfer.⁶⁵ Tochter Frieda versank in Depressionen. Wegen ihres Selbstmordversuchs musste Bebel am 1. März 1912 von Berlin nach Zürich eilen. Er hatte sich seinen Lebensabend anders vorgestellt.

Ein Höhepunkt in August Bebels letztem Lebensjahr war der Außerordentliche Internationale Sozialistenkongress in Basel am 24. und 25. November 1912. Zum Abschluss des Kongresses wurde Bebel vom Internationalen Sozialistischen Büro zu einer Rede gedrängt. Minutenlange stürmische Ovationen brachten die Vertreter aus aller Welt ihrem greisen Vorkämpfer dar. Bebel äußerte sich überzeugt, dass angesichts der Drei- und Vierbünde europäischer Staaten „*der Einbund der Arbeiter der Welt*, die große allgemeine Internationale, sich rüstet, den Kampf mit allen Feinden aufzunehmen“ besonders gegen jene, die die Völker „zu dem männermordenden, menschenverachtenden, alles zerstörenden Kriege zu begeistern trachten“.⁶⁶

Eine Bemerkung zum Schluss

August Bebel würde sich wohl freuen, dass es seit dem Jahr 2010 einen August-Bebel-Preis gibt. Gestiftet wurde er von Günter Grass. Verliehen wird er alle zwei Jahre von der durch Grass ins Leben gerufenen August-Bebel-Stiftung mit Sitz in Lübeck. Der mit 10.000 Euro dotierte Preis geht an Menschen, „die sich ähnlich August Bebel um die deutsche soziale Bewegung verdient gemacht haben“. Als erster Preisträger erhielt Oskar Negt 2011 den Preis im Willy-Brandt-Haus in Berlin überreicht. 2013 bekam Günter Wallraff am 22. Februar – dem Geburtstag Bebels – den Preis für sein Lebenswerk. Denkt die Jury demnächst an eine Frauenrechtlerin? Das wäre ganz in Bebels Sinn.

65 Siehe Ursula Herrmann: Ferdinand Simon (1862-1912), Arzt und Bakteriologe in Zürich, Schwiegersohn August Bebels, Freund von Carl und Gerhart Hauptmann, in: Zürcher Taschenbuch 1996. Neue Folge, Zürich 1995, S.221-270.

66 Außerordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress zu Basel am 24. und 25. November 1912, Berlin 1912, S.40f. – BARS, Bd. 8/2, S.622f.

Zeugnis einer lebenslangen Freundschaft und geistigen Gemeinsamkeit: der Briefwechsel von Eduard Bernstein und Karl Kautsky 1891 bis 1932

Horst Klein

„Keine Geschichte beginnt mit ihrem Anfang;
die Wurzeln des Baums sind dem Auge verborgen,
aber sie reichen hin bis zu den Wassern.“
Stefan Heym¹

In der 150-jährigen Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nehmen das theoriegeschichtliche Wirken von Eduard Bernstein und Karl Kautsky einen herausragenden Platz ein. Ihre Arbeiten waren für die Entwicklung der sozialistischen Programmatik und Identitätsfindung sehr prägend. Das hier in Erinnerung zu bringende Schaffen beider Theoretiker der Arbeiterbewegung erfasst den Zeitraum vom Erfurter Parteitag der SPD 1891 bis zum Tod Eduard Bernsteins 1932 und dem nahen Ende der Weimarer Republik. Sie waren die Autoren des vom Erfurter Parteitag verabschiedeten Programms, das von Friedrich Engels ausdrücklich gutgeheißen worden war. Beide gewannen mit ihrem literarischen Werk das Ansehen als „Meisterschüler von Marx und Engels“.² Aufgrund ihrer überwiegend räumlichen Trennung, die sich aus der von Strafverfolgung und Ausweisung sowie aus den dadurch bedingten Tätigkeitsfeldern für die SPD im Kaiserreich ergeben hatte, erwuchs aus der gemeinsamen theoriemethodischen Arbeit und Lebenssituation eine Korrespondenz, die sich als eine außergewöhnliche Quelle für die Aufhellung des geistigen und menschlichen Innenlebens von Bernstein und Kautsky erweist. Eine Geschichte der SPD und der demokratisch-sozialistischen Strömungen in ihr ist ohne ihre Namen und Schriften nicht denkbar. Gerade deshalb ist die erstmalige Herausgabe der im Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam vorliegenden Korrespondenz ein großer Gewinn nicht nur für die Forschung zur Geschichte der

1 Stefan Heym: Der König David Bericht. Roman, Berlin 1977, S.14.

2 Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky (1891-1895). Eingel. und hrsg. von Till Schelz-Brandenburg, Frankfurt/Main-New York 2011, Einleitung, S.VII-XXXIV, hier S.VII.

Arbeiterbewegung; Leserinnen und Leser gewinnen einen zweifellos beeindruckenden Einblick in den existenziell schwierigen Lebensalltag der sich als sozialistische Schriftsteller verstehenden Freunde.

Es waren ca. 1.000 Dokumente zu erschließen und für die Aufnahme in die Bände zu redigieren. Till Schelz-Brandenburg, Gründer des Universitätsarchivs und Leiter der Arbeitsgruppe Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) an der Universität Bremen, ist Herausgeber von zwei hier vorzustellenden Bänden der Korrespondenz. Zum Herausgeberkonzept erklärt er: Der gesamte Briefwechsel sollte ursprünglich zeitnah erscheinen und vier Bände umfassen, und zwar Band 1 (1879-1890), Band 2 (1891-1895), Band 3 (1895-1905) als Doppelband geteilt in die Bände A und B (unter Mitarbeit von Susanne Thum) und Band 4 (1912-1932).³ Derzeit liegen die Bände zwei bis vier vor, die mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Campus Verlag Frankfurt/Main-New York in der vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam herausgegebenen Edition „Quellen und Studien zur Sozialgeschichte“ erschienen sind. Der letzte Band wurde von Eva Bettina Görtz redigiert und herausgegeben, die zugleich mit dieser Arbeit an der Universität Bremen promovierte.

Beide Herausgeber haben mit ihren Anmerkungen bzw. Erläuterungen den Briefen akribisch Detailwissen beigelegt, um so die Korrespondenz auch für jene Leserinnen und Leser leicht verständlich zu machen, die keine Tiefenkenntnis der Geschichte der Arbeiterbewegung besitzen. Die Anmerkungen sind aber auch für Historiker eine sehr wertvolle Quelle. Gleiches trifft für die im Anhang zu allen Bänden aufgenommenen Verzeichnisse zu, wobei das Personenverzeichnis mit kurzen biografischen Daten in besonderer Weise hilfreich ist.⁴

Der Schriftwechsel vom Ende des Erfurter Parteitagess der SPD 1891 bis zum Breslauer Kongress 1895

Schelz-Brandenburg bezeichnet in seiner informativen Einleitung diesen Zeitabschnitt „als goldenes Zeitalter nicht nur für die Beziehungen

³ Siehe ebenda, S.XXXII.

⁴ Die Bände schließen mit einem umfangreichen Anhang: Verzeichnisse der zitierten wissenschaftlichen Literatur, der erwähnten Schriften von Bernstein und Kautsky, der Schriften anderer, Verzeichnis erwähnter Zeitungen und Zeitschriften, Personenverzeichnis, Ortverzeichnis und Abkürzungsverzeichnis. Außerdem sind den Briefen Fotos und Faksimiles von Handschriften und Dokumenten beigegeben.

der beiden Protagonisten zueinander, sondern auch der Sozialdemokratie im Kaiserreich insgesamt“.⁵ Er begründet das mit dem bislang nicht gekannten Aufschwung der Organisation, dem Zustrom an Mitgliedern und Wählern zur Sozialdemokratie und der damit verbundenen Überzeugung von der unaufhaltsamen Kraft der sozialistischen Bewegung. Zum ersten Mal habe „eine Partei, die die Überwindung des Kapitalismus proklamierte, sich erfolgreich gegen die Unterdrückung durch die zu der damaligen Zeit wohl am besten organisierte Staatsmaschinerie behaupten und den Sturz ihres maßgeblichen Vertreters“⁶ (Bismarck) bewerkstelligen können, auch wenn es sich später als eine tragische Fehleinschätzung erweisen sollte. „Das Jahrfünft der hier vorgelegten Bernstein-Kautsky-Korrespondenz“, so Schelz-Brandenburg, habe nur an der Oberfläche „wie der unaufhaltsame Fortschritt der sozialistischen Bewegung in Deutschland“⁷ ausgesehen. „Mit der Zahl der Mitglieder und Wähler, mit der rasanten Entwicklung der Freien Gewerkschaften wuchsen nicht nur die Anforderungen an Programmatik und Taktik der Partei, sondern auch die internen Widersprüche, die sich nicht einfach in das Reform-Revolutionen-Schema pressen ließen. Über diese Herausforderungen, die Schwierigkeiten und Widerstände, sie anzugehen, gar sie zu meistern, handelt der wichtigste und ausführlichste Teil des hier edierten Briefwechsels.“⁷

In diesem Teil fand die permanente Sorge um die konzeptionelle und finanzielle Sicherung der von Kautsky 1883 gegründeten Monatsschrift (ab 1890 Wochenschrift) „Die Neue Zeit“ besondere Aufmerksamkeit. Sie sollte als wissenschaftliches und theoretisches Organ des internationalen Sozialismus die marxistischen Ideen in die Arbeiterbewegung hineinragen und Antworten auf praktische Fragen des Kampfes geben. In der „Neuen Zeit“ sahen Bernstein und Kautsky ihre literarische Heimat. Dabei ging es zugleich und teilweise auch vordergründig um die Sicherung ihres Lebensunterhalts. Vor allem Bernstein, der bis 1901 im Londoner Exil lebte, war fast ständig von finanzieller Not und Umzugssorgen geplagt. Im Unterschied zu Wilhelm Liebknecht, der als Chefredakteur des „Vorwärts“ sowie Abgeordneter des Reichstages und des sächsischen Landtags über ca. 10.000 Mark an monatlichen Einkünften verfügen konnte, kam Bernstein als fester Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ lediglich auf 300, später nur 200 Mark im Monat. Das war für die damaligen Verhältnisse ein sehr beschei-

5 Schelz-Brandenburg, Einleitung, S.VII.

6 Ebenda, S.VIII.

7 Ebenda, S.X.

denes Einkommen und damit eine existenzielle Situation, die ihn bis zu seiner Rückkehr nach Deutschland beeinträchtigte und die in vielen Briefen zur Sprache kam.⁸ Die Korrespondenz dokumentiert deutlich die arbeitsteiligen Schwerpunkte. Dazu zählt „Die Geschichte des Sozialismus in Einzeldarstellungen“, von den Vorläufern bis zum „Neueren Sozialismus“,⁹ die trotz aller Mühen allerdings unvollendet blieb. Schelz-Brandenburg nennt als Ursachen eine Unterschätzung der Materialfülle und den konzeptionellen Dissens mit dem Verleger Johann Heinrich Wilhelm Dietz sowie den schrumpfenden Mitarbeiterstab und inhaltliche Probleme mit diesem. Schwierig sei auch die Zusammenarbeit mit Marx' Schwiegersohn Paul Lafargue gewesen. Von Engels in den Ritterstand der materialistischen Historiker und Analytiker gehoben, sei dieser für Bernstein und Kautsky unantastbar gewesen.¹⁰ Wie problematisch das für die wissenschaftliche Teamarbeit war, schildert Bernstein.¹¹ In diesem Zusammenhang macht Schelz-Brandenburg auf eine bereits damals sichtbar werdende Unart im Umgang mit der sozialistischen Theorie aufmerksam, die sich später wie ein Bazillus in der Arbeiterbewegung ausbreiten sollte: Man bot „dem historischen Materialismus Einhalt schon zu einer Zeit, als die Marxsche Theorie noch nicht Legitimationsideologie, noch nicht Marxismus war“.¹²

So gesehen ist es gewiss verständlich, dass sich Bernstein bereits zu jener Zeit mit dem Aufkommen der wirklichkeitsfernen Sieges euphorie in der deutschen Sozialdemokratie, die sich nicht zuletzt in Überzeugungen vom nahenden Zusammenbruch des kapitalistischen Gesellschaftssystems niederschlug, auseinandersetzte. Die Korrespondenz dokumentiert diese optimistische Stimmung, von der selbst Friedrich Engels beeinflusst war. Schelz-Brandenburg beleuchtet diese „politisch-analytischen Differenzen zwischen Engels und Bernstein sowie Kautsky. [...] Weitaus substantiellere Differenzen als nur unterschiedliche Wahlprognosen zeigen sich in der Interpretation der Motive für eine Stimmabgabe zugunsten der Partei.“¹³ Für Engels sei eine Stimme für die Sozialdemokratie eine sozialdemokratische Stimme gewesen, indessen habe Bernstein Partei und Wähler differenzierter gesehen. Er beklagte sich in einem Brief an Kautsky, nicht mehr

8 Siehe Eduard Bernstein an Karl Kautsky, 6. Januar 1892, S.21; siehe auch S.472, 634.

9 Konzept des Projekts „Geschichte des Sozialismus“, siehe Schelz-Brandenburg, Einleitung, S.XIf.

10 Siehe Schelz-Brandenburg, Einleitung, S.XIVf.

11 Siehe Eduard Bernstein an Karl Kautsky, 30. März 1895, S.524.

12 Schelz-Brandenburg, Einleitung, S.XIX.

13 Ebenda, S.XXVII.

die Lust wie früher zu spüren, „dem Gen[eral] [gemeint ist Friedrich Engels – d. Verf.] meine Artikel vorher zu entwickeln oder vorzulesen. Viel trägt auch seine Schwerhörigkeit dazu bei sowie, daß wir nun einmal in manchen praktischen Fragen differiren. Gen[eral] ist für Rücksichtnahme, wo ich es nicht bin, und wieder für Dreinschlagen, wo ich Rücksichten für geboten erachte. Hinterher einigen wir uns da immer viel schneller als vor der That. Und da ich den Alten viel zu gern habe, um gern mit ihm zu streiten, verzichte ich lieber auf seinen mir sonst so werthvollen Rath bei Conception und Abfassung meiner Artikel.“¹⁴

Wenig später konnte sich Bernstein bestätigt sehen. Konzeptionell war er mit der Ausarbeitung eines Artikels über den „Generalstreik“ beschäftigt, um den Kautsky für die „Neue Zeit“ gebeten hatte.¹⁵ Mit seinen Ideen dazu bat er im Gespräch mit Engels um dessen Meinung. Dieser sei aber, so Bernstein, „Feuer und Flamme dagegen, daß ich den Artikel schreibe. Victor [Adler – d. Verf.] habe in Wien schon große Noth, die Leute von unüberlegtem Proklamiren des großen Streiks abzuhalten, nur mit Mühe sei es ihm gelungen, den Beschluß darüber zu vertagen, und wie ich auch den Artikel fassen würde, selbst die bedingte Anerkennung des Gen[eral]-streiks würde von den Heißsporns in Wien gegen Victors Ermahnungen ausgenutzt werden. Jedenfalls solle ich die Hand vom Spiel lassen; obwohl er auch Dir sehr abrathen würde, den Artikel zu schreiben, seiest Du doch wenigst[ens] der Sache näher. [...] ich würde in den Geruch eines Spintisirers kommen, der von der Stube aus Weltgeschichte machen wollte etc. etc.“¹⁶

Aus der Korrespondenz spricht deutlich die Unzufriedenheit Bernsteins und Kautskys mit einer spürbaren Geringschätzung in der Partei, auf die Schelz-Brandenburg aufmerksam macht. Beide haben sich „zunehmend einsam und isoliert“ gefühlt.¹⁷ Bernstein skizzierte die Situation so: „Man versteht es in unsrer Partei vorzüglich, einem die Lust an der Debatte zu nehmen. Statt sachlich in die Frage einzutreten, wo man ja immer noch aus allerhand Gründen sich gegen den Vorschlag erklären konnte, wurde eine Angelegenheit, deren Wichtigkeit sich nun einmal nicht wegdis-

14 Eduard Bernstein an Karl Kautsky, 5. Juni 1893, S.201.

15 Siehe dazu Karl Kautsky: *Der politische Massenstreik. Ein Beitrag zur Geschichte der Massenstreikdiskussionen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie*, Berlin 1914.

16 Eduard Bernstein an Karl Kautsky, 4. November 1893, S.263f. Siehe zum Thema Generalstreik: Victor Adler – Friedrich Engels. *Briefwechsel*. Im Auftrag des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung Wien, hrsg. von Gerd Callesen und Wolfgang Maderthaner, Berlin 2011, S.180-187.

17 Siehe Schelz-Brandenburg, *Einleitung*, S.XXIII.

kutiren läßt, mit Redensarten beiseite gedrückt, die unsrer Taktik, wie sie ist, direkt ins Gesicht schlagen. Es macht sich recht unangenehm ein Ton in der Partei breit, [...], leider pflegt ihn auch namentlich M[ehring] sehr in der N[eu]en Z[eit]. Nicht der Stolz, eine große Sache zu vertreten, sondern der protzenhafte Stolz, eine großgewordene Partei zu vertreten, tönt aus unseren Blättern heraus – nicht erhebend, sondern überhebend klingen die Reden und Artikel unsrer Führer – in schreiendem Gegensatz oft zu der Art unsres praktischen Verhaltens.“¹⁸ Hier wird bereits früh die Wurzel einer Streitkultur sichtbar, aus der später die sogenannte Revisionismusdebatte erwuchs.

Das belegen auch gegensätzliche Meinungen über den Umgang mit der Agrarfrage bzw. Bauernschaft. Der Entwurf eines Agrarprogramms wurde zu einem strittigen Thema des Breslauer Parteitages der SPD 1895. Es ging um die Perspektiven der Kleingewerbetreibenden oder Kleinbauern und darum, ob sich deren Interessen mit den sozialistischen Zielvorstellungen vereinbaren lassen. Nach Kautsky sei nicht die gesamte Bauernschaft für den Sozialismus zu gewinnen, sondern nur jene, die sich bereits als Proletarier fühlen. Der Kleinbetrieb habe im Kapitalismus keine Chance. Indessen warnte Kautsky, die Sozialdemokratie dürfe sich nicht der Besserung der Lage der Bauern und der Stärkung des Privateigentums widmen, weil das dem kapitalistischen Staat neue Machtmittel in die Hand gäbe. Und Bebel fürchtete das Eindringen des Kleinbürgertums in die Partei.¹⁹

Bis zum Tod von Friedrich Engels am 5. August 1895 informierte Bernstein regelmäßig über dessen Arbeitsthemen und Lebensbedingungen, letztere waren wesentlich von eigennützigen Interessen und der Dominanz von Louise Kautsky-Freyberger (von 1883-1889 erste Frau Kautskys, seit 1890 Sekretärin von Engels) und deren Mann Ludwig Freyberger, zugleich Arzt von Engels, bestimmt. „Es ist doch gar zu traurig mitanzusehen“, so Bernstein, „wie solch Mann wie General sich krümmt und wehrlos wird und all die, die es ehrlich mit ihm meinen, vor den Kopf stößt. Es ist zu traurig, den Verfall aller Energie, aller Selbständigkeit mit ansehen zu müssen bei Einem, den man so hoch hält und lieb hat. [...] wir erfahren jetzt so vielerlei wirkliche Schlechtigkeiten über die dort herrschenden Geister, daß es wirklich schwer ist, den Gleichmuth zu bewahren.“²⁰ Schelz-Brandenburg schlussfolgert: „So unverfälscht wie hier finden sich die spezifischen Aspekte der Quelle Privat-Brief sonst nicht.“²¹

18 Eduard Bernstein an Karl Kautsky, 15. Oktober 1893, S.240.

19 Siehe Eduard Bernstein an Karl Kautsky, 26. November 1894, S.444f., Anm. 2-6.

20 Regine Bernstein an Luise Kautsky, 11. November 1894. Nachschrift Eduard Bernstein, S.420f.

21 Schelz-Brandenburg, Einleitung, S.XXXI.

*Der Schriftwechsel vom Ende des Breslauer Parteitags der SPD 1895 bis zum offiziellen Austritt Bernsteins aus der Redaktion der Neuen Zeit im Mai 1900*²²

Diese Korrespondenz gibt primär Auskunft über das Werden und die Inhalte der sogenannten Revisionismusdebatte in der Sozialdemokratie, wobei der vermittelte Disput zu Kernthemen des Marxismus auch die damit aufgekommenen mentalen Belastungen der beiden Theoretiker und Freunde nachvollziehen lässt. Mit dem nun für jedermann leicht zugänglichen Briefwechsel kann die Ambivalenz des Revisionismus, sowohl in seiner begrifflichen wie theoretisch-wissenschaftlichen als auch in seiner politisch-ideologisch widersprüchlichen Wirkung bzw. Resonanz in der Arbeiterbewegung besser aufgehellt werden. Das negative bzw. ideologische Etikett Revisionismus/Opportunismus, wie es in dogmatischen Theorien zum Selbstschutz strapaziert wird, gerät auf den Prüfstand. Bernstein philosophierte mit Kautsky über Einsichten, die eine kritische Überprüfung marxistischer Lehren, Korrekturen und Antworten auf neu aufkommende sozialökonomische Entwicklungen des Kapitalismus anregten. Er wehrte sich entschieden gegen den Vorwurf, ein „Revisionist“ mit Intentionen der Verfälschung der Marxschen Theorie zu sein.²³ Für ihn schloss wissenschaftliches Denken immer auch ein Weiterdenken, ein ständiges Überprüfen der Resultate des Denkens ein, und insofern sei auch Marx als Wissenschaftler ein Revisionist gewesen. Bernstein beteuerte, fest zum Sozialismus zu stehen, aber die Voraussetzungen zu seiner Verwirklichung hätten sich verändert. Im Denken festgeschriebene Vorstellungen über das „Absterben des Staates“, den bevorstehenden „Kladderadatsch“ – den mit Notwendigkeit kommenden Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft – sowie der Glaube an die Revolution zur Errichtung der Diktatur des Proletariats sind Kernfragen des theoretischen Streits beider Männer. Evolutionäre Transformationsvorstellungen bzw. Ideen über das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus führten die Freunde zur beiderseits als schmerzhaft empfundenen Distanz. Die Korrespondenzen legen offen, wie unverstanden das von Bernstein vorgetragene Anliegen nicht nur vorerst bei Kautsky, sondern auch in der Sozialdemokra-

22 Alle Seitenangaben zu diesem Zeitabschnitt beziehen sich auf den von Till Schelz-Brandenburg herausgegebenen Doppelband: Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky (1895-1905), Frankfurt/Main-New York 2003, Bd. 3/A, Einleitung S.VII-LIV, Briefe S.3-556, Bd. 3/B, S.557-1159.

23 Siehe dazu Helga Grebing: Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum ‚Prager Frühling‘, München 1977, S.11-48.

tie blieb.²⁴ Der hier dokumentierte Richtungsstreit zwang Bernstein letztlich im Mai 1900, aus der Redaktion der „Neuen Zeit“ auszuschneiden. Es war ein Schritt, zu dem ihn der Verleger Dietz veranlasst hatte.²⁵ Nur vier Schriftstücke beziehen sich auf die im Buchtitel ausgewiesene nachfolgende Zeit bis 1905. Hier ist neben dem zeitweiligen Schwächeln der kaum vergleichbaren Freundschaft in den Jahren 1900 bis 1912 auch zu erfahren, dass Bernstein nach seiner aufgrund des Sozialistengesetzes erfolgten Ausweisung aus Deutschland erst 1901 aus London nach Berlin zurückkehren durfte und seitdem der Meinungs austausch in deutlich kühlerer und versachlichter Atmosphäre in Publikationen und auf Parteitag en seine Fortsetzung fand.

Schelz-Brandenburg macht zu Recht auf das Problematische des Zeitabschnitts zwischen 1895 und 1901 aufmerksam: „So strittig die Interpretation der Geschichte der deutschen – und internationalen – Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg ist, so wenig Uneinigkeit herrscht darüber, daß gerade dieses Jahrfünft ungewöhnlich bedeutend für die Entwicklung der Arbeiterbewegung und damit letztendlich auch für die Geschichte Europas in der ersten, kriegs- und bürgerkriegsbestimmten Hälfte des 20. Jahrhunderts war.“²⁶ Das erklärt gewiss auch die Intensität des Briefwechsels und die Vielfalt der Themen, auf die der Herausgeber, sinnvoll ausgewählt und mit hilfreichen Anmerkungen versehen, in seiner ausführlichen Einleitung aufmerksam macht. Er gibt dabei zu bedenken, dass Bernstein und Kautsky zwar als sozialistische Theoretiker und „Meisterschüler“ von Marx und Engels ein beachtliches Ansehen in der Sozialdemokratie besaßen, indessen ihre politischen Handlungsmöglichkeiten begrenzt gewesen seien. Während Bernstein infolge einer notwendig gewordenen Nachwahl im Wahlkreis Breslau erstmals ab 1902 ein Mandat als Reichstagsabgeordneter ausüben konnte, sei Kautsky niemals Parlamentarier gewesen. Beide seien in der Sozialdemokratie als politische Schriftsteller und Theoretiker zur Geltung gekommen.²⁷ Das Anwachsen der Sozialdemokratie zu einer bislang nicht gekannten politisch einflussreichen Massenorganisation und die Überzeugung von einem bevorstehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hätten die Wertschätzung der

24 Siehe Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? Mit einem Anhang: Miliz und Militarismus, Leipzig 1899, in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 1, 1893 bis 1905. Erster Halbbd., Berlin 1974, S.1-835, hier S.369-445.

25 Siehe Eduard Bernstein an Karl Kautsky, 30. April 1900, S.991.

26 Schelz-Brandenburg, Einleitung, S.VII.

27 Siehe ebenda, S.VIII f.

theoretischen Arbeit geschmälert: „Nicht mehr die Theorie, die Organisation ist dieser Partei das primäre.“²⁸ Aus der Analyse der Korrespondenz, so der Herausgeber, werde „recht präzise das Dilemma des Theoretikers einer sich auf Marx berufenen Partei“ erkennbar: „Das analytische und kritische Potential der Theorie wird unter Umständen gedämpft von politischen Opportunitätsüberlegungen, Ergebnisse zugunsten der Taktik zurückzustellen. Damit aber greift der partei-institutionelle Konservatismus über auf die Theorie [...]. So verliert die Theorie mehr und mehr ihre Funktion als Erkenntnisinstrument, sie wird zum statischen Erkenntnismerkmal, deren Funktion wiederum weitere Unveränderbarkeit einfordert. Letztlich wechselt der Theoretiker seinen Gegenstand: Nicht mehr die Realität ist zu untersuchen und die Theorie daran weiterzuentwickeln, sondern diese als ständig von der Realität bestätigt darzustellen – der Theoretiker wird Ideologe, verstanden als Vertreter eines sich selber genügenden Ideengebäudes.“²⁹ Geschildert wird ein Dilemma, das sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung leicht nachvollziehen und erklären lässt.

Im Weiteren verweist der Herausgeber darauf, dass „Glaubwürdigkeit und Unmittelbarkeit der Briefe im Verlauf der Zeit Veränderungen unterworfen sind, die den abnehmenden Grad der Vertrautheit beider Autoren zueinander widerspiegeln“.³⁰ Genannt werden zeitliche Phasen, die im Werden des Dissenses erkennbar und in den Briefen abzulesen sind. Deutlich wird, wie beide die in der Debatte aufkommenden strittigen Positionen in einem zweifellos wissenschaftlich und menschlich schwierigen Prozess des „Erwägens und Abwägens“ miteinander diskutierten.³¹ Das belegen Briefe zum Marxismus-Verständnis: Bernstein gab zu bedenken, ob die „Neue Zeit“ streng marxistisch zu redigieren wäre, und fragte, was Kautsky unter Marxismus verstünde. Auch als Schüler von Marx und Engels, so Bernstein im August 1897, müssten sie sich kritisch zu ihnen verhalten. Um Missverständnisse auszuschließen, betonte er die Unantastbarkeit der Marxschen Forschungsmethode, mit der man weiter arbeiten müsse, aber die Resultate könne er nur noch teilweise anerkennen.³² Nur Tage später reagierte Kautsky: „Was nun den strengen Marxismus anbelangt, so hätte ich das Wort öffentlich kaum gebraucht [...]. Ich meine selbstverständlich nicht starres Festhalten an allen Resultaten, zu denen Marx u[nd]

28 Ebenda, S.XII.

29 Ebenda, S.XIV.

30 Ebenda.

31 Siehe ebenda, S.XVII.

32 Siehe Eduard Bernstein an Karl Kautsky, 26. August 1897, S.453.

Engels gekommen – das wäre das Gegenteil von Marxismus. [...] Unsere Methode hat die marxistische zu sein und unsere Grundsätze die beiden großen Grundsätze des Marxismus: die materialistische Geschichtsauffassung und ihre spezielle Anwendung auf unsere Zeit, die Überzeugung, daß das Proletariat die treibende Kraft der kommenden Gesellschaftsentwicklung ist.³³ Gegensätzliche Auffassungen über die von Bernstein an veränderten Voraussetzungen des Sozialismus festgemachten Gründe für eine Korrektur Marxscher Ansichten veranlassten Kautsky zur Distanz und kritischen Zurückweisung.³⁴

„Meine Ansichten über die Aufgabe der N[eu]en Z[eit] sind Dir bekannt“, so Kautsky gegen den von Bernstein erhobenen Vorwurf, die „Neue Zeit“ würde einer Kirchenzeitschrift ähneln, solange „ich sie redigiere, wird sie ein Organ des Marxismus sein, kein eklektisches Organ à la soz[ialistische] Monathefte [...], solange der Marxismus eine Lehre“ ist, „die sich den Weg zu bahnen hat im Kampf gegen die gesamte gegnerische Wissenschaft und ihre unzähligen Publikationsorgane, halte ich am Charakter der N[eu]en Z[eit] als eines Organs des Kampfes für den Marxismus fest.“³⁵

Die zunehmenden theoretischen, politischen und mentalen Gegensätze ließen eine weitere gemeinsame Arbeit an der Herausgabe der „Neuen Zeit“, die inzwischen als das theoretische Organ der internationalen Sozialdemokratie galt, nicht angeraten sein. Im Brief vom 18. Februar 1898 kam Kautsky zu der Überzeugung, das „Stilleben, das wir bisher in der N[eu]en Z[eit] führten, ist vorbei [...]. Wir oder wenigstens Du werden jetzt gelesen, aufmerksam gelesen von Freund und Feind. Leider allerdings nur so aufmerksam, daß jeder herausfischt, was ihm paßt. Dein Artikel über die Zusammenbruchstheorie choquirte mich anfangs auch bedeutend. Ich mußte ihn zweimal lesen, bis ich fand, daß alles, was Du sagst, mit Fug und Recht gesagt werden darf. Aber wer liest einen Artikel zweimal? [...] Thatsächlich wurde Dein Artikel dahin aufgefaßt, daß er sagte: Es nützt alles nichts, wir kommen nicht recht vorwärts, und wenn wir demnächst zur Macht kämen, könnten wir nichts thun, als Unfug stiften.“ Bernstein erwecke „nicht den Eindruck der Selbstkritik, sondern der Skepsis, des Zweifelns an unserer Sache“.³⁶ Etwas später wurde Kautskys Ton rauer: „Thatsache ist, daß unsere Standpunkte ganz erheblich ausei-

33 Karl Kautsky an Eduard Bernstein, 30. August 1897, S.457.

34 Siehe Karl Kautsky: Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik, Stuttgart 1899.

35 Karl Kautsky an Eduard Bernstein, 23. Oktober 1898, S.795.

36 Karl Kautsky an Eduard Bernstein, 18. Februar 1898, S.548f.

mandergehn. [...] Da fand ich Manches, das mich frappte. Doch erschien mir das nur zufällig. Aber seitdem hat jeder Deiner Artikel mir neue Unterschiede und theoretische Gegensätze gezeigt, die aufzuzeigen jedoch wieder eine Serie von Artikeln erheischen würde. Genug, unsere Standpunkte sind nicht mehr die gleichen.“³⁷

Im Weiteren wird in der Korrespondenz eine Vielzahl von Themen angesprochen und zuweilen auch sehr im Detail über einen längeren Zeitraum erörtert, z.B. der Freitod der Eleanor Marx-Aveling 1898. Hervorzuheben ist, dass der Briefwechsel tief gehende Einblicke in Zusammenhänge und Konsequenzen der Revisionismusdebatte bietet und für die kritische Auseinandersetzung mit dem „orthodoxen“ Marx-Verständnis sowie dem dogmatisierten „marxistisch-leninistischen“ und bürgerlichen Geschichtsbild sehr förderlich sein kann.

Der Schriftwechsel von der Vorkriegszeit 1912 bis zu Bernsteins Tod 1932

„Das Gebot der Stunde“³⁸, alte Freundschaft in neuer Zeit, die Novemberrevolution 1918, die Kriegsschuldfrage, Eduard Bernsteins Dissens mit der eigenen Partei, Karl Kautsky als schärfster Kritiker der bolschewistischen Politik³⁹ – so lässt sich der historische Zeitraum des vierten und abschließenden Bandes des Briefwechsels Bernsteins mit Kautsky skizzieren. Zu diesem verfasste Herausgeberin Eva Bettina Görtz eine Einleitung, die dem Leser ein informatives und akribisch gezeichnetes Bild der Geschichte der Arbeiterbewegung jener Zeit vermittelt. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf die Odyssee des Briefbestandes und auf die in diesen aufzufindenden Problemen. Dazu zählt der „Brief als Ausnahme“: Hier werden die mentalen Beziehungen beleuchtet, u. a. die „Grußformel als Indiz für das Verhältnis der Korrespondenzpartner“.⁴⁰ Es sei der Konsens

37 Karl Kautsky an Eduard Bernstein, 1. August 1898, S.720f.

38 „Das Gebot der Stunde“ – Aufruf von Bernstein, Haase und Kautsky (19. Juni 1915) gegen Krieg/Kriegskredite und Annexionspolitik der Herrschenden, für die Erzwingung des Friedens („Allen beteiligten Nationen starrt bei Verlängerung des Krieges der Bankrott entgegen.“).

39 Alle Seitenangaben zu diesem Zeitabschnitt der Korrespondenz beziehen sich auf den 4. Band: Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky (1912-1932), eingel. und hrsg. von Eva Bettina Görtz unter Verwendung von Vorarbeiten von Jürgen Rojahn und Tine Koldehofe, Frankfurt/Main-New York 2011, Einleitung und Verzeichnis der Briefe S.VII-LXIV, Briefe und Verzeichnisse, S.3-633.

40 Görtz, Einleitung, S.IX.

bei der Verurteilung des Weltkrieges und der Kriegskredite gewesen, die die über 15 Jahre zerstrittenen Freunde ab 1915 wieder zur alten Freundschaft zurückkehren ließ. In Anmerkungen werden Beispiele für Respekt und vertrauliche Zuneigung beider Freunde zueinander genannt: Kautsky habe „Bernstein als seinen ‚kraftvollen Führer‘ bei der Überwindung des ‚bisherigen Eklektizismus‘ [bezeichnet]. Sie seien durch das gemeinsame Studium des Marxismus in Zürich so sehr ein Herz und eine Seele [geworden], dass man (sie) als eine Art rotes Orestes und Pylades‘ betrachtete.“⁴¹ In vielen Briefen kommt diese beiderseits warmherzige Beziehung, die sich auch auf beide Familien bezog, zur Sprache.⁴²

Kautsky schilderte, wie sehr die Revolution seine persönlichen Verhältnisse umgewälzt habe: Im Oktober 1917 warfen die Rechtssozialisten ihn wegen seiner oppositionellen Haltung im Kriege aus der „Neuen Zeit“⁴³ heraus. Seitdem sei er „wie Kain oder der ewige Jude unstat auf Erden“.⁴³ Mit der Entlassung als Redakteur der „Neuen Zeit“, die er einst selbst ins Leben gerufen, dann dem SPD-Vorstand anvertraut und in der er 35 Jahre lang die Redaktionstätigkeit in der Hand behalten hatte, verlor er im 63. Lebensjahr seine literarische Heimat und finanzielle Existenzgrundlage. Im Weiteren habe er sich um ein neues Publikationsorgan sowie um bezahlte Arbeit bemüht, so u. a. um einen Gesandtenposten in Wien. Letztlich habe er durch Vermittlung von Otto Bauer zeitweilig feste Bezüge vom Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie bekommen.⁴⁴

Geschildert wird die bisher in der Geschichtsschreibung unterbelichtet gebliebene Rolle von Luise Kautsky als Managerin ihres Gatten sowie ihre selbstständig gepflegten Kontakte mit namhaften Persönlichkeiten des internationalen Sozialismus.⁴⁵ Eva Bettina Görtz analysiert die im Briefwechsel ausführlich besprochenen Fragen zur Kriegsschuld und zur Dolchstoßlegende. Dazu habe Bernstein in den 20er-Jahren in seinen Briefen wiederholt die defensive Haltung, die „Schlaffheit“ und „Halbheit“ seiner Partei gegenüber der „nationalistischen Reaktion“ kritisch thematisiert.⁴⁶ Mit seinen Ansichten zur Kriegsschuldfrage habe sich Kautsky identifiziert und hervorgehoben: „Eine der schlimmsten Wirkungen des Krieges

41 Karl Kautsky an Eduard Bernstein, 7. Juni 1924 (Fragment), S.134, Anm. 4.

42 Siehe Eduard Bernstein an Karl Kautsky, 26. Juli 1924, S.137f.

43 Görtz, Einleitung, S.XIII.

44 Siehe ebenda, S.XIII f.

45 Siehe ebenda, S.XXIII.

46 Siehe ebenda, S.XXIV f.; Eduard Bernstein an Karl Kautsky und Luise Kautsky, 15. September 1924, S.147-153.

ist seine Zerreißung der Parteitradition.⁴⁷ Bernsteins Kriegsschulddiskurs befruchtete Kautskys Buch „Krieg und Demokratie. Eine historische Untersuchung und Darstellung ihrer Wechselwirkungen in der Neuzeit“.⁴⁸ Er beschrieb seinem Freund die auf sich geladene Last dieser Arbeit: zwei dicke Bände von jeweils 500 Druckseiten. „Du hast ja Recht, lieber Ede, daß bei einem Buch die Arbeit daran ein groerer Genuß ist, als die Freude am Gewordenen. Das Werdende verspricht ja so viel, was das Gewordene nicht immer erfüllt. Verglichen mit dem, was ich sagen will, kommt mir das, was ich schließlich wirklich gesagt habe, immer unzureichend vor. Doch hilft mir diese Erkenntnis nicht dazu, es besser zu machen. Meine Bücher interessieren mich auch gar nicht mehr, sobald sie einmal gedruckt sind. Ich sehe sie nicht wieder an, außer, wenn eine Kritik mich dazu zwingt.“ Im Weiteren gab Kautsky zu bedenken: „Und am wichtigsten in der Geschichte wie in der Natur sind die Anfänge einer Erscheinung. Sie sind am dunkelsten und am schwersten zu erforschen. So sind auch die Anfänge unserer Bewegung hochwichtig und wenig bekannt. [...] Die Personen entscheiden nicht den Gang und die Richtung der Geschichte, aber sie kennzeichnen am besten die einzelnen ihrer Phasen. Insofern wird die Geschichte stets die Geschichte von Individuen sein müssen, nur repräsentieren sie nicht bloß sich selbst, sondern die ganze Bewegung, in der und für die sie wirken“.⁴⁹

In einem Brief vom Januar 1925 äußerte sich Bernstein zum Prozess gegen Friedrich Ebert wegen der Streikbewegung vom Januar 1918, „ber deren Zweckmäßigkeit man verschiedener Meinung“ sein könne, bei „deren politischer Beurteilung man aber nicht vergessen dürfte, sich die Frage vorzulegen, ob nicht der grote Landesverrat damals darin bestand, wogegen sich der Streik im Wesen richtete, nämlich die Verlängerung eines Krieges, von dem man in den maßgebenden Kreisen schon wußte, daß er nicht zu gewinnen war, und ob ein Volk sich so zum Sklaven hergeben müsse, daß es widerstandslos solcher Politik sich zu unterwerfen habe.“⁵⁰ Zum Revolutionsverlauf 1918 meinte Bernstein: „brigens ist man im Angesicht des gegenwärtigen parlamentarischen Imbrogljo [Durcheinander – d. Verf.] hierzulande sehr versucht, es zu bedauern, daß unsere Leute es mit der Überlieferung der Republik an die Demokratie gar zu eilig hatten. Ein bisschen länger hätten sie den Säugling schon in Obhut behalten

47 Karl Kautsky an Eduard Bernstein, 9. Juli 1928. Nachschrift Luise Kautsky, S.358.

48 Siehe Karl Kautsky an Eduard Bernstein, 12. Oktober 1930, S.430f.

49 Karl Kautsky an Eduard Bernstein, 18. Oktober 1926, S.260f.

50 Eduard Bernstein an Karl und Luise Kautsky, 8.-11. Januar 1925, S.170f.

sollen. Ich habe 1922 auf dem Augsburger Parteitag der Mehrheitssozialisten [...] darauf hingewiesen, daß in allen großen politischen Revolutionen es eine ernsthafte Frage war, wie schnell die Partei der Revolution die erlangte Macht dem Zufall der Wahlen aussetzen dürfe, ohne die Lebenskraft des Neugeborenen in verhängnisvolle Gefahr zu bringen. Aber wer kennt bei uns die innere Geschichte der Revolutionen? Wer überhaupt die Geschichte?⁵¹

Während sich Bernstein primär mit der Kriegsschuld und der Defensive seiner Partei gegenüber der deutschen Rechten befasste, so galt Kautskys vornehmliches Interesse dem Umgang mit Sowjetrußland und dem Bolschewismus,⁵² denen Kautskys kritisch gegenüberstand, wie Görtz schildert und in der Korrespondenz explizit belegt wird. Während in Moskau der 10. Jahrestag der Revolution gefeiert wurde, sei es „ein ganz falscher Grundsatz, zu erklären: für uns passt die Diktatur nicht; für Rußland mag sie ganz gut sein. Als ob für Rußland nicht dieselben sozialen Gesetze gelten würden wie für Westeuropa und der Unterschied nur in der Höhe der Entwicklung läge! [...] Die Diktatur der gesetzlosen Willkür der politischen Polizei und der staatsbürokratische Staatskapitalismus müssen jeden Staat ruinieren. Rußland unterscheidet sich nur dadurch von Westeuropa, daß bei uns die Bevölkerung weit genug ist, sich ein solches Regime nicht mehr gefallen zu lassen. Aber das russische Volk wird nicht gedeihen, ehe dieses Regime überwunden ist.“⁵³

Entschieden wandte sich Kautsky im gleichen Brief gegen die von Otto Bauer und weiteren Linken in der Sozialdemokratie praktizierte kritische Solidarität mit Sowjetrußland. Bauer sei „eine große Enttäuschung für uns. Seine bolschewisierende Richtung wirkt abkühlend auf uns und sie beherrscht immer mehr die Partei hier. Allerdings bolschewisirt er nicht in so übertriebenem Maße wie Max Adler.“⁵⁴

Görtz lenkt die Aufmerksamkeit auf Zusammenhänge eines Disputs von Bernstein und Kautsky im „Vorwärts“ über Antisemitismus und Zionismus, der allerdings im Interesse der harmonischen Beziehungen in der Korrespondenz vermieden wurde. Zwar habe Kautsky das Ziel des Zionismus, dem gequälten Judentum eine Heimstätte zu schaffen, als äußerst sympathisch empfunden, doch habe er letztlich an der Lebensfä-

51 Ebenda, S.174f.

52 Siehe Görtz, Einleitung, S.XXXV.

53 Karl Kautsky an Eduard Bernstein, 7. Dezember 1927. Nachschrift Luise Kautsky, S.298f.

54 Ebenda, S.299f.; siehe auch S.427, 467.

higkeit einer jüdischen Kolonisation in Palästina gezweifelt. Diese müsse, wie er schrieb, notwendig zusammenbrechen, sobald sie nicht mehr unter dem Schutz einer europäischen Großmacht stehe. Letztlich würde sich der arabische Nationalismus durchsetzen, denn der Geist der nationalen Selbstbestimmung sei unwiderstehlich.⁵⁵ Indessen habe Bernstein seine Antwort mit dem Bekenntnis eingeleitet, dass er kein Zionist sei, „wenn man unter Zionismus eine Bewegung für die Umwandlung Palästinas in einen nationalistisch konstruierten jüdischen Staat“ verstehe. Jedoch sei er ebenso wie Theodor Herzl dafür, „in Palästina eine öffentlich-rechtlich gesicherte Heimstätte für Juden zu schaffen“.⁵⁶ Kautsky führte den Disput auf Missverständnisse zurück. Es sei, so wandte er ein, nicht darum gegangen, dem Zionismus seine Berechtigung abzusprechen, er habe sich nur besorgt über dessen Zukunftsaussichten geäußert.⁵⁷

In einem letzten handgeschriebenen Brief an Karl und Luise Kautsky gab Bernstein, bereits kränkelnd (er starb am 18. Dezember 1932 in Berlin), zu bedenken: „Erinnerung ist im Grunde ja doch das schönste Gut, das wir im Leben aus vergangenen Zeiten mit uns herumtragen.“ Und im Hinblick auf Erfahrungen schrieb er: „Nur wenige aus unseren Reihen sind sich dessen bewußt, einen wie hohen Wert die Diskussionen beanspruchen dürfen, die wir auftauchenden Streitfragen zu widmen pflegen. Sie umschließen in der Regel viel mehr Geist, als in die größere Zahl der Köpfe eingeht. Und es heißt ein in hohem Grade wertvolles Kapital verzetteln, wenn man über sie mit etlichen oberflächlichen Redensarten hinweggeht. [...] Nicht auf die Länge von wissenschaftlichen Auseinandersetzungen kommt es an, sondern auf ihren geistigen Inhalt. Je mehr Geist jemand in gedrungenen Sätzen zusammenzufassen versteht, ein um so günstigeres Zeugnis stellt er damit seiner geistigen Verfassung aus. Kein genauer Kenner der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ist darüber im Unklaren, einen wie großen Wert für sie die Aufrechterhaltung der Einheit in ihren Reihen gehabt hat. [...] Du hast ganz Recht gehabt, dies unsern Leuten zum Bewußtsein zu bringen. So auch mit der Bemerkung, wie viel die Sozialdemokratie nach dem 9. November 1918 aus der revolutionären Situation hätte herausholen können, wenn sie einig gewesen wäre. Aber, wie Du ganz richtig geschrieben hast, die damalige Spaltung war, wenn auch kein Verbrechen, so doch ein ungeheures Unglück für unsere

55 Siehe Görtz, Einleitung, S.XLII; Eduard Bernstein an Karl Kautsky, 13. September bis 7. Oktober 1929, S.401-405, Anm.

56 Görtz, Einleitung, S.XLII.

57 Siehe ebenda, S.XLIII-XLV.

Sache[...]. Das dürfen wir nie vergessen! Halten wir an dieser Erkenntnis fest, so wird es für den Fortschritt unserer Bewegung von größtem Vorteil sein.“⁵⁸

Nachdem Karl Kautsky die Nachricht vom Tod seines alten Freundes Eduard Bernstein erhalten hatte, schrieb er an dessen Arzt Benno Chajes: „Er war mein bester und ältester Freund in der Partei, durch mehr als ein halbes Jahrhundert. Wir waren in engster, herzlichster Freundschaft verbunden, ehe ich noch so glücklich war, Bebels und Engels' Freundschaft zu gewinnen. Gerade als wir uns in Zürich zu vereinter Arbeit trafen, waren wir beide auf dem Wege, uns zum konsequenten Marxismus durchzuringen. Gemeinsam vollzogen wir das, aber er dabei immer als der Führende voran, als der Ältere, der Erfahrenere, derjenige, der die Schule der deutschen Sozialdemokratie durchlaufen hatte, der gegenüber damals die der österreichischen Sozialdemokratie als bloße Dorfschule dastand. Und für das, was wir gemeinsam gewannen, kämpften wir dann gemeinsam, und diese Kampfgemeinschaft schloß uns aufs innigste zusammen sowie auch mit Engels und Bebel, die wir alle gleichen Sinnes waren. Dann kam nach Engels' Tod die Periode des Revisionismus, der Meinungsverschiedenheiten zwischen uns beiden, die wir bis dahin ein Herz und eine Seele in allen Parteifragen gebildet hatten. Um so mehr wurde jetzt die Meinungsverschiedenheit zu schroffstem Gegensatz. Je mehr der eine von uns auf den anderen gebaut, desto mehr fühlte er sich jetzt durch den anderen verletzt und im Stich gelassen. Es war eine entsetzliche schmerzliche Zeit. Aber zum Glück, trotzdem sie nicht wenige Jahre dauerte, doch nur eine Episode. In der Zeit des Sozialistengesetzes hatten wir uns gefunden, in einer anderen schweren Krise fanden wir uns wieder: in der Zeit des Weltkriegs. Er spaltete die Partei, aber er vereinte Ede und mich in neuer herzlicher Gemeinschaft. Wieder wurde er derjenige meiner Genossen, der mir am nächsten stand. In allen Peripetien des Weltkrieges, der Revolution, der weiteren Entwicklung Deutschlands und der Welt kam keine Frage mehr auf, die uns trennte, haben wir stets den gleichen Standpunkt eingenommen. Da kam auch die persönliche Freundschaft wieder zu voller Geltung, die bei mir entsprang aus dem Gefühl wärmster Sympathie für den Mann, der größte Lebenswürdigkeit, Selbstlosigkeit, Geist und Humor zu vereinigen wußte mit der Kühnheit und Kraft eines Kämpfers, der alles einsetzt für seine Überzeugung und den mit dem Scharfsinn und der Unermüdlichkeit des Denkers und Forschers ein unstillbarer Durst nach Wahrheit beseelt.

58 Eduard Bernstein an Karl und Luise Kautsky, 15. Oktober 1931, S.463f.

Wenn ich vor meinem geistigen Auge das Leben meines teuren unvergeßlichen Ede wieder Revue passieren lasse, wird das zu einem Rückblick auf mein eigenes Leben seit der Zeit, seit der es mir vergönnt war, es im Bereich der deutschen Sozialdemokratie und des Marxismus zu vollziehen. Meine ganze Entwicklung [steht] seitdem so oder so in steter Wechselwirkung mit jener Eduard Bernsteins. Mit ihm habe ich nicht nur meinen ältesten und besten Freund verloren, sondern auch ein gutes, vielleicht das beste Stück meines eigenen Wesens.⁵⁹

59 Anhang: Karl Kautsky an Benno Chajes, 19. Dezember 1932, S.486f. Benno Chajes (1880-1938), Arzt und Sozialhygieniker, Sozialdemokrat, 1915-1920 Stadtverordneter in Berlin-Schöneberg, Schwiegersohn Regina Bernsteins, emigrierte 1933 nach Palästina; siehe ebenda, S.584.

Willi Münzenberg und die Intellektuellen. Die Jahre in der Weimarer Republik 1921 bis 1933¹

Dieter Schiller

Arthur Koestler bekennt in seinen Memoiren, er sei dem Kommunistenführer Münzenberg bis zu dessen Ermordung² sehr zugetan gewesen. Ein „feuriger, demagogischer und unwiderstehlicher Redner und ein geborener Menschenführer“ war er in seinen Augen, „nicht Politiker, sondern Propagandist, nicht Theoretiker, sondern ‚Aktivist‘“.³ Nun, als ein Mann der Komintern und Mitglied des Zentralkomitees der KPD war Münzenberg natürlich Politiker, und zwar einer, der den Kurs der kommunistischen Internationale lange Jahre diszipliniert vertrat, wenn auch auf seine Weise. Denn seine speziellen Aufgaben lagen im Vorfeld der Parteiarbeit, waren darauf gerichtet, die proletarischen Massen mithilfe parteiloser Sympathisanten im Zeichen der internationalen proletarischen Solidarität zu mobilisieren und organisatorisch zusammenzufassen.⁴ Willi Münzenbergs – wie Koestler schreibt – „ungewöhnliche Position“ in der kommunistischen Hierarchie ergab sich daraus, dass er Lenins Auftrag, die Hungerhilfe für Sowjetrußland zu organisieren,⁵ genutzt hatte, um

1 Beitrag zur Europäischen Willi-Münzenberg-Arbeitstagung „Internationalismus, transnationale Solidaritätsnetzwerke, Antifaschismus und Antistalinismus in den 1920er und 30er Jahren“ am 12./13.10.2012 in Berlin, erweiterte Fassung.

2 Zu Münzenbergs Tod siehe Kurt Kersten: Das Ende Willi Münzenbergs, in: Deutsche Rundschau, 83 (1957) 5, S.484-499; Gerhard Leo: Frühzug nach Toulouse, Berlin 1988, S.331-335; Harald Wessel: Münzenbergs Ende. Ein deutscher Kommunist im Widerstand gegen Hitler und Stalin. Die Jahre 1933 bis 1940, Berlin 1991, S.218-245; Karlheinz Pech: Ein neuer Zeuge im Todesfall Willi Münzenberg, in: Tania Schlie/Simone Roche (Hrsg.): Willi Münzenberg (1889-1940). Ein deutscher Kommunist im Spannungsfeld zwischen Stalinismus und Antifaschismus, Frankfurt/Main 1995, S.211-218.

3 Arthur Koestler: Frühe Empörung. Autobiographische Schriften. Erster Bd., Berlin-München 1993, S.422f.

4 Siehe Willi Münzenberg: Warum Internationale Arbeiterhilfe, in: Willi Münzenberg. Propaganda als Waffe. Ausgewählte Schriften 1919-1940, hrsg. von Til Schulz, Frankfurt/Main 1972, S.139.

5 Nach Münzenbergs Darstellung hat er den Auftrag, eine internationale Hilfsaktion für die Hungergebiete zu organisieren, von Lenin in einem persönlichen Gespräch erhalten. Siehe Willi Münzenberg: Die dritte Front. Aufzeichnungen aus 15 Jahren proletarischer Jugendbewegung, Berlin 1930, S.347f. Kasper Braskén stellt in seiner jüngsten Studie über die Internationale Arbeiterhilfe fest, aus dem Archivmaterial sei nicht zu ersehen, ob Lenin tat-

schrittweise aus den Arbeiterhilfs-Komitees eine internationale Organisation, die „Internationale Arbeiterhilfe“ (IAH), aufzubauen und sie zum Träger selbstständiger Medien-Unternehmen für die Agitation und Propaganda im Umfeld der Kommunistischen Partei zu machen.

Aus diesem Auftrag entstand der damals schon so genannte „Münzenberg-Konzern“⁶. Der verschaffte Münzenberg einen Spielraum gegenüber der KPD und ihrem Funktionsapparat, denn verantwortlich war er mit seinen Unternehmungen den Moskauer Instanzen der Komintern, die in allen wichtigen politischen, organisatorischen und finanziellen Fragen das letzte Wort hatten. Münzenberg betonte noch im Jahr 1937, er habe bisher immer eine gewisse Selbstständigkeit und Unabhängigkeit gehabt und könne nun einmal nicht arbeiten, wenn er bei jeder Frage auf eine Entscheidung warten müsse.⁷

Dass er es mit einer solchen demonstrativ undoktrinären Haltung verstand, die intellektuelle Linke der Weimarer Republik anzusprechen, ist vielfach bezeugt. Selbst den streitfreudigen Kurt Hiller, der im Lauf der Jahre manchen Strauß mit ihm ausfocht, beeindruckte der „Verlagsmann und Reichstagsabgeordnete Willi Münzenberg“ als „ein hinreißender Rhetor“, der „unter deutschen Arbeiterführern wohl seit Bebel der stärkste“ war. Ein „Kopf“ sei dieser Mann gewesen, der, so schreibt Hiller rückblickend, „über Entscheidendes unschablonenhaft, selbständig, manchmal mit genialer Hellsicht“ dachte.⁸

Internationale Arbeiterhilfe und Medienkonzern

In dem umfangreichen Bericht Münzenbergs zum zehnten Jahrestag der Internationalen Arbeiterhilfe mit dem Titel „Solidarität“ (1931) findet

sächlich den Auftrag an Münzenberg erteilt. Nach den offiziellen Dokumenten habe der Vorsitzende der Komintern Sinowjew am 27. Juni 1921 vorgeschlagen, Münzenberg solle die Leitung der Kampagne übernehmen. Siehe Kasper Braskén: Willi Münzenberg und die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) 1921 bis 1933. Eine neue Geschichte, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2012/III, S.57-84, hier S.64.

⁶ Diesen Begriff hat Münzenberg selbst gebraucht. Siehe Willi Münzenberg: Münzenberg-Konzern. Sozialdemokratische Geschäfte oder revolutionäre Propaganda als Ziel der wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiterorganisationen (Beihefte zum „Roten Aufbau“, H. 1), Berlin o.J. (1929). Rolf Surmann plädiert für den Begriff IAH-Konzern, um der Personalisierung zu entgehen. Siehe Rolf Surmann: Die Münzenberg-Legende. Zur Publizistik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung 1921-1933, Köln 1982.

⁷ Bericht über eine Besprechung mit M., Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), NY 36/515, Bl. 90ff.

⁸ Siehe Kurt Hiller: Rote Ritter. Erlebnisse mit deutschen Kommunisten, Berlin-Fürth 1980, S.13-15.

sich ein Abschnitt über die „Arbeit an der Kulturfront“. An der Wiege der Organisation, heißt es da, hätten zunächst mehr Intellektuelle als Arbeiter gestanden. Als aussichtsreichsten Weg, die Öffentlichkeit rasch für die Russlandhilfe zu mobilisieren, erkannte Münzenberg, Persönlichkeiten aus Kreisen der Literatur, Kunst und Wissenschaft dafür zu gewinnen, die Autorität ihres Namens für die Hilfsaktion herzugeben.⁹ Der erfahrene politische Organisator Münzenberg¹⁰ hatte schon ungewöhnlich früh begriffen, welches propagandistische und moralische Gewicht solche Appelle bekannter Intellektueller für die Meinungsbildung besonders in der geistig-kulturellen Öffentlichkeit besaßen. Der Widerhall auf seinen Aufruf zur Russlandhilfe war stark, stärker sogar als erwartet, und er ging weit über die immer wieder genannten Namen von Albert Einstein, Romain Rolland, Käthe Kollwitz, Maxim Gorki, Henri Barbusse und Upton Sinclair hinaus – es waren Hunderte und Tausende, die sich weltweit engagierten.¹¹ Man hat später kritisch vermerkt, bei solchen Appellen und Aktionen würden nur bekannte Namen „ausgeborgt“ und damit „Fassadenpolitik“ betrieben. Nicht selten war das auch so, aber die Tatsache, dass es gelang, im Lauf der Jahre den Kreis intellektueller Mitstreiter beträchtlich zu erweitern und ihre Anbindung an die IAH-Organisationen verschiedener Länder und deren diverse Unternehmen zu verstärken, verweist auf ernsthafte Motivationen bei den Angesprochenen und auf eine unverkennbare Bindekraft der Bemühungen um sie.¹²

Münzenberg und seine Genossen blieben eben nicht bei repräsentativen Namenslisten für ihre Appelle stehen, sie suchten – mit wechselndem Er-

9 Siehe Willi Münzenberg: *Solidarität. Zehn Jahre Internationale Arbeiterhilfe 1921-1931*, Berlin 1931, S.69-95. Im Vorwort nennt Münzenberg als Mitarbeiter am Buch: Francesco Misiano, Paul Scholze, Kurt Sauerland, Louis Gibarti, Traute Hoelz, August Brandt, Georg Dünninghaus, Leo Katz, Hans Schulz, Otto Nagel, Otto Steinicke und Willi Strzelewicz. – Hans Schulz war Sekretär und enger Vertrauter Münzenbergs. Siehe Hermann Weber/Andreas Herbst: *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918-1945*, Berlin 2004, S.712.

10 Siehe Wilhelm Münzenberg: *Die sozialistische Jugendinternationale (Internationale sozialistische Jugendbibliothek, H. 3)*, Berlin 1919.

11 Eine ausführlichere Namensliste von Künstlern, Schauspielern, Dichtern und Wissenschaftlern, welche die IAH durch organisatorische, politische und technische Mitarbeit oder Spenden und Aufrufe unterstützt haben, findet sich in: Münzenberg, *Solidarität*, S.75. Siehe auch die lange Liste der Zuschriften zum 10. Jahrestag der IAH ab S.75.

12 Siehe Münzenberg, *Solidarität*, S.71. In seinem Bericht spricht Münzenberg von etwa 3.000 Intellektuellen, die der IAH bei ihrer Arbeit geholfen und sie durch Spenden unterstützt hätten.

folg – sympathisierende Intellektuelle zur dauerhaften und aktiven Mitarbeit zu gewinnen. Dabei stützte sich Münzenberg auf „ein Netz von Verbindungsleuten“. Nach Darstellung von Babette Gross stellte „Otto Nagel [...] die Kontakte zu den bildenden Künstlern her, Otto Katz oblagen die Beziehungen zu Schauspielern und Filmleuten“, während „Kurt Kersten und Egon Erwin Kisch die Verbindung zu Schriftstellern und Journalisten“ hielten.¹³ Eine der frühen Formen, dem auch organisatorische Gestalt zu geben, waren die Komitees für Künstlerhilfe, die in vielen Städten gebildet worden waren und sich an Sammlungen, Ausstellungen, literarischen Abenden, Kabarettveranstaltungen und Publikationen der IAH beteiligten¹⁴ – also auf speziell den Feldern, die den Mitgliedern und Freunden der Komitees nahelagen. Sie spendeten Bilder, traten als Redner auf, veranstalteten Ausstellungen, beteiligten sich an Publikationen und brachten ihre künstlerischen oder wissenschaftlichen Fähigkeiten und Erfahrungen in den Ausbau der Internationalen Arbeiterhilfe mit ihren nachgeordneten Gründungen ein, zu denen auch ein Klub der Geistesarbeiter gehörte.¹⁵ Das trug wesentlich bei zu deren Image als Institutionen, die aufgeschlossen waren gegenüber den modernen, avantgardistischen Zeitströmungen, nicht zuletzt den neuen Kommunikationstechniken und ästhetischen Verfahren. Der Zulauf, den sie damit fanden, förderte natürlich seinerseits die oft bemerkenswerten ästhetischen und technischen Standards ihrer Veranstaltungen und Publikationen.

Erwin Piscator erzählt im Buch „Das politische Theater“, dass er zusammen mit der Internationalen Arbeiterhilfe bunte Abende veranstaltet hatte, die sich der Formsprache der modernen Revue bedienten. Aus dem Zerfall der bürgerlichen Dramenform hervorgegangen, machte die Revue – als Genre der Unterhaltungskunst – diesen Zerfall zu ihrer Struktur und tendierte dazu, die Mauer zwischen Bühne und Zuschauer niederzureißen. Das aber legte es nahe, diese Veranstaltungsform politisch aufzuladen und mit der so politisierten Revue propagandistische Wirkungen zu erzielen, also die darin angelegte Möglichkeit zu einer „direkten Aktion“ im Theater zu nutzen. Die viel gerühmte „Revue Roter Rummel“ von 1924 wollte mit „Musik, Chanson, Akrobatik, Schnellzeichnung, Sport, Projektion,

13 Babette Gross: Willi Münzenberg. Eine politische Biografie, Stuttgart 1967, hier und im Folgenden zitiert aus der Ausgabe Leipzig 1991, S.341.

14 Siehe Münzenberg, Solidarität, S.72.

15 Der Klub der Geistesarbeiter der IAH appellierte u. a. für die Unterstützung des Antikriegskongresses in Amsterdam. Siehe Die Welt am Abend, 25.8.1932.

Film, Statistik, Schauspielszene und Ansprache¹⁶ die Zuschauer unmittelbar ansprechen und ins Geschehen einbeziehen, um die erlebte Gemeinsamkeit von Darsteller und Zuschauer zur politischen Demonstration und Aktion werden zu lassen. Der Publikumserfolg war groß, der finanzielle allerdings nicht. Doch bleibt anzumerken, dass diese Zusammenarbeit mit Piscator der Ausgangspunkt war für die Bemühungen der IAH, die Agitprop-Bewegung und die „gesamte Entwicklung des proletarisch-politischen Theaters in Deutschland“ zu fördern.¹⁷ Von ihr ging die Einladung der russischen Truppe der „Blauen Blusen“ nach Deutschland aus. Diese Truppe war „Bahnbrecherin einer ganz neuen Bewegung auf dem Gebiete der Agitprop-Arbeit“ in der Sowjetunion und stieß mit ihrer Deutschland-Tournee 1927 auch hier auf eine breite Resonanz. Die IAH wurde auch „eine der ersten proletarischen Organisationen“, die die neu entstehenden deutschen Spieltruppen auf Tournee schickte. So übernahm sie die „Kolonne Links“¹⁸ organisatorisch und verfügte damit über eine eigene Truppe, die nun ihrerseits erfolgreich die Sowjetunion bereiste. Auch die Verbindung mit der Piscator-Bühne brach nicht ab, und mit der Zeitschrift „Arbeiterbühne und Film“ stand die IAH der proletarischen Theaterarbeit hilfreich zur Seite. Mit der Initiative für die Gastspielreise des Moskauer Meyerhold-Theaters im Jahr 1930 durch deutsche Großstädte konnte sie weit in die linksbürgerliche Kulturszene hinein Wirkungen erzielen und auf diese Weise auch den Arbeiterstaat und seine Kulturleistungen propagieren.¹⁹

Die Voraussetzungen für solche innovativen Entwicklungen waren insofern günstig, als sich in den Kriegs- und Nachkriegsjahren eine linksintellektuelle Richtung im Kultur- und Geistesleben herausgebildet hatte. Münzenberg und seine im Umfeld der Partei angesiedelten Unternehmungen wirkten in dieser Situation für viele ihrer Vertreter mehr oder weniger anziehend – nicht zuletzt, weil das zwar eine politische und moralische Parteinahme, doch noch keine organisatorische Parteinbindung bedeutete. Diese Chance hat Münzenberg energisch und zielstrebig zu nutzen gewusst. Er selbst war – wie es in der Biografie von Babette Gross

16 Erwin Piscator: Das Politische Theater. Faksimiledruck der Erstausgabe 1929, Berlin 1968, S.60f.

17 Münzenberg, Solidarität, S.79.

18 Helmut Damerius: Film. Kolonne Links, Berlin 1929, in: Ludwig Hoffmann/Daniel Hoffmann-Ostwald: Deutsches Arbeitertheater 1918-1933, 1. Bd., zweite, erw. Auflage, Berlin 1972, S.350-365.

19 Siehe Münzenberg, Solidarität, S.80f.

heißt – nichts weniger als ein Intellektueller, aber er fand „den richtigen Ton, der die Ohren und Herzen der ihm an Bildung weit Überlegenen aufschloß“. Sehr viel sei seinem persönlichen Charme zuzuschreiben gewesen, doch vor allem habe er „ein offenes Ohr für die Probleme der Intellektuellen“ gehabt und vermieden, ihnen gegenüber „den Parteimann herauszukehren“.²⁰ Dass er zuweilen wenig Skrupel hatte, die politische Naivität seiner Partner auszunutzen, verschweigt Babette Gross nicht. Sie verweist sogar auf Arthur Koestlers Ansicht, Münzenberg habe den Intellektuellen „eine Art amüsiertes, freundlicher Verachtung“ entgegengebracht, sie zwar in ihrer Art respektiert, aber nicht ganz ernst genommen. Dennoch, der Elan, mit dem er die Intellektuellen in die von ihm gewünschte Richtung mitriss, sei keineswegs geheuchelt gewesen, sondern einer „Mischung aus ehrlicher Überzeugung und taktischer Überlegung“ entsprungen.²¹

Münzenberg als Medienchef

Münzenbergs Stärke war es, aus der propagandistischen Praxis heraus die Möglichkeiten moderner Massenkommunikation zu erkennen. Er fand organisatorische Wege, wie sie sinnvoll den sozialen Kämpfen der arbeitenden Schichten und den politischen Zielen der kommunistischen Bewegung nutzbar gemacht werden konnten. Anders als viele seiner Genossen begriff er früh und nachhaltig, dass dies ohne Mitarbeit von intellektuellen Mitstreitern – innerhalb und außerhalb der Partei – mit ihren speziellen Fähigkeiten und Kenntnissen nicht möglich war. Die drei wichtigsten Ansatzpunkte waren für ihn: eine differenzierte und professionelle Presse vom Massenblatt bis zu Fachzeitschriften aufzubauen, die Wirkungsmöglichkeiten des Bildes in der Massenkommunikation zu erkennen und zu nutzen sowie Wege zu finden, wie das neue Medium Film für die politische Massenarbeit erobert werden könne.²²

Zum spektakulärsten Erfolg des Münzenberg-Konzerns wurde die Arbeiter-Illustrierte Zeitung (AIZ)²³ mit ihren Bildreportagen, den Bildgedich-

20 Gross, Münzenberg, S.341.

21 Ebenda.

22 Siehe Willi Münzenberg: *Erobert den Film! Winke aus der Praxis für die Praxis proletarischer Filmpropaganda*, Berlin 1925.

23 Siehe Münzenberg, *Solidarität*, S.82; Heinz Willmann: *Geschichte der Arbeiter-Illustrierten Zeitung 1921-1938*. Vorwort von Lilly Becher, Berlin 1974; siehe auch Gross, Münzenberg, S.236ff.; Surmann, Münzenberg-Legende, S.100-110.

ten und den Fotomontagen John Heartfields, welche ihr ein weltweites Interesse, Vorbildwirkung für die Arbeiterpresse anderer Länder und sogar auf Dauer einen presse- und kunsthistorischen Rang verschafften. Solche Erfahrungen veranlassten Münzenberg, einen verzweigten Verbund von Medien zu schaffen und ihre personellen und technischen Voraussetzungen gezielt auszubauen. Als Beispiel sei hier nur die Arbeiterfotografenbewegung genannt, die sich aus dem Bedürfnis nach sozial engagiertem Bildmaterial für die illustrierten Druckschriften entwickelte.²⁴ Besonders die auflagenstarke AIZ zeigt, wie wichtig die Verflechtung journalistischer Fertigkeiten und visueller Techniken mit bildkünstlerischen Gestaltungsmitteln und charakteristischen Bild-Wort-Montagen war, in denen Bild und Wort einander ergänzen. Sie wurden analytisch konfrontativ oder satirisch kommentierend eingesetzt. Die gebrauchskünstlerische Wirkung und der Ruf des Blattes bei proletarischen wie intellektuellen Lesern ist beträchtlich. Das Schau- und Lese-Erlebnis sollte aufregend und entspannend, sollte aufklärend und emotional, sollte kräftigend und erheiternd sein. Das Mittel der Konfrontation der Lebensverhältnisse und Zukunftserwartungen in der kapitalistischen Welt und in Sowjetrußland mag heute oft grob plakativ und demagogisch wirken, für die zeitgenössische Leserschaft war es ein Verfahren, die Wirklichkeitswahrnehmung von den Klischees der bürgerlichen Presse zu emanzipieren. Das trug dazu bei, ein kollektives Selbstbewusstsein der proletarischen Klasse zu stärken und bei den Lesern symbolische Bildchiffren einer revolutionären Interpretation der Welt zu verinnerlichen.

Zu Münzenbergs Fähigkeiten gehörte aber nicht nur, talentierte und leistungsfähige Leute zu erkennen, auszuwählen und als Mitarbeiter zu gewinnen, sondern auch, dass er es verstand, ihnen Impulse zu geben und aus konkreten Konstellationen heraus klare Aufgaben zu formulieren und Schwerpunkte zu setzen.

Seine politischen Medienkampagnen sind legendär. Er vermochte es, alle Kräfte aufs jeweilige Ziel zu konzentrieren, und er war nicht immer, aber oft erfolgreich damit. Dabei verlangte und erreichte er bei vielen seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – trotz des recht bescheidenen Verdienstes der fest angestellten unter ihnen – einen hohen persönlichen Einsatz: Er forderte Eigeninitiative und förderte den Einfallsreichtum eines jeden. Das machte seinen Medienverbund effektiv und stärkte wiederum

24 Siehe Erich Rinka: *Fotografie im Klassenkampf. Ein Arbeiterfotograf erinnert sich*. Vorwort von Lilly Becher, Leipzig 1981.

seine zentrale Stellung als Chef: Bei ihm liefen die Fäden zusammen und er hatte das Sagen.²⁵

Man sagte Münzenberg übrigens einen durchaus autoritären Leitungsstil nach. Seine Mitarbeiter in den Organisationen, in der Presse und in den Filmgesellschaften waren auf ihn ausgerichtet, und wenn wir Koestler glauben können, waren sie ihm in der Regel ergeben oder vergötterten ihn zuweilen sogar.²⁶ Damit verfügte der Medienexperte in gewisser Weise über einen eigenen Apparat neben dem der KPD, deren Parteiführung ihrerseits nur über die einzelnen Parteiorganisationen und die zuständigen Instrukteure Einfluss nehmen konnte. Das machte Münzenberg bei der kommunistischen Parteispitze nicht gerade beliebt. Doch war auch für sie Münzenbergs Selbstständigkeit nützlich, um im Fall von Verboten der Parteipresse oder der Partei publizistische Ausweichmöglichkeiten zu behalten.

Wenn in der Münzenberg-Presse in der Regel ein journalistischer Stil gepflegt wurde, der sich von dem der Parteiveröffentlichungen unterschied, kam das natürlich auch der Wirkung in den angesprochenen Zielgruppen zugute. Das waren die politisch noch indifferenten Schichten der Arbeiterschaft, der durch Not und Krise sich politisierende Teil der Mittelschichten und die politisch unentschiedenen Intellektuellen, die zunehmend vor der Wahl standen, sich an den Nationalsozialisten, der linksdemokratischen Opposition oder der revolutionären Linken zu orientieren. Münzenbergs Bestreben war es, für seine Unternehmen Leute zu finden, die in der Lage waren, das Monopol der bürgerlichen Meinungsindustrie zu durchbrechen, durch das eben solche potenziellen Leserschichten an die herrschenden Anschauungen gebunden wurden – wenn sie nicht bereits ins rechtsradikale und nazifaschistische Lager abgedriftet waren. Es war letztlich ein Kampf Davids gegen Goliath, auch wenn man das damals in kommunistischen Kreisen nicht wahrhaben wollte. Dass es trotzdem erstaunliche Teilerfolge gab, geht nicht zuletzt aufs Konto der Leute um Münzenberg, der sich nicht zu dem ausgrenzend polemischen Umgangston verleiten ließ, welcher die Haltung vieler Parteileute gegenüber

25 Wie wenig das den Leuten im Apparat der Komintern behagte, zeigt ein Bericht Georgi Dimitroffs als Leiter des Westeuropäischen Büros über den IAH-Kongress 1931 in Berlin, den Kasper Braskén in seiner Studie (siehe Anm. 5) auf S.82 zitiert. Darin heißt es: „Es ist absolut notwendig, mit der bisherigen Praxis in der Leitung – dass Münzenberg alles persönlich in der Hand hat und mit untergeordneten Mitarbeitern arbeitet – ein Ende zu machen.“

26 Siehe Koestler, *Empörung*, S.422.

Linksintellektuellen, selbst unter den „Weggefährten“, bestimmte. Wie man weiß, artete eine solche Haltung nicht selten in Beschimpfungen aus, vor allem dann, wenn tonangebende linksdemokratische Intellektuelle die Politik der Partei kritisch unter die Lupe nahmen. Kurz: Münzenbergs Leistung als Medienmann und Verleger gründet sich in hohem Grade auf gekonnte Kaderauswahl und Menschenführung. Natürlich ist davon auszugehen, dass er seine Auswahl der Mitarbeiter, zumindest der leitenden, im Einvernehmen mit den Parteinstanzen getroffen hat. Sicher ist, dass er dabei im Großen und Ganzen eine glückliche Hand hatte und sich nicht scheute, fähigen Leuten auch dann eine Chance zu geben, wenn sie mit dem Makel irgendwelcher Parteivergehen leben mussten, wie das beispielsweise bei der Chefredakteurin der AIZ Lilly Korpus der Fall war.²⁷ Es ist kein Zufall, dass Münzenberg bei der Darstellung seiner frühen Rolle in der proletarischen Jugendbewegung²⁸ autobiografisch verfährt, während er die Geschichte seiner wichtigsten Schöpfung, der Internationalen Arbeiterhilfe, als einen kollektiven Rechenschaftsbericht anlegt.²⁹ Unter Wert verkauft er seine persönliche Leistung auch im zweiten Buch nicht. Aber Münzenberg erscheint da vor allem als ein richtungweisender Politiker, während die konkreten Erfolge und Versäumnisse der weltumspannenden Organisation und ihrer Gliederungen und Institutionen als gemeinsame Leistungen vorgestellt werden.

Tatsächlich scheint sich Münzenberg in der zweiten Hälfte der Zwanzigerjahre mehr auf die internationalen Aktionen der Mutter-Organisation IAH konzentriert zu haben, auf ihre Formierung zu einer weltumspannenden Massenorganisation. Doch achtete er nach wie vor nachdrücklich darauf, als Rückgrat der Organisation seinen Medienverbund in Deutschland durch Neugründungen konzeptionell zu stärken und auszuweiten sowie als Verlagschef und Herausgeber die Grundsatzentscheidungen für die Zeitungen, Zeitschriften, Verlage und Verbände in der Hand zu behalten. Dass sich die wirtschaftlichen Unternehmungen in der Regel finanziell selbst trugen,³⁰ war dabei sicher hilfreich. Den jeweils verantwortlichen Genossen aber hat er offenbar in ihrer operativen Arbeit viel freie Hand gelassen.

27 Siehe Alexander Behrens: Johannes R. Becher. Eine politische Biographie, Köln-Weimar-Wien 2003, S.407.

28 Siehe Münzenberg, Dritte Front.

29 Siehe Ders., Solidarität, S.10.

30 Das versichert Babette Gross, Münzenberg, S.307.

Sammelpunkt für die intellektuelle Linke

Bruno Frei erzählt in seinem Erinnerungsbuch „Der Papiersäbel“³¹ von der Gründung der Zeitung „Berlin am Morgen“ im Jahr 1929. Weil Münzenberg mit der „Welt am Abend“³² ein Einbruch ins Monopol der bürgerlichen Boulevardpresse gelungen war, sei er zu dem Entschluss gekommen, nun mit einer Morgenzeitung den nächsten Schritt zu tun. Er lud den damals noch linkssozialistischen Journalisten Frei ein, die Chefredaktion dieses neuen Blattes zu übernehmen, musste aber feststellen, dass der sich für den reinen Boulevard nicht zu erwärmen vermochte. Man einigte sich auf eine redaktionelle Linie als unabhängige linke Zeitung zwischen Boulevardblatt und seriöser Tageszeitung, ein Massenblatt, das Lesestoff für Intellektuelle wie für Hausfrauen bieten sollte. Dass das Blatt in der Sache kommunistisch orientiert war, zeigte sich bald auch für Außenstehende in der Berichterstattung über den Blutmai 1929 und in der politischen Stoßrichtung gegen die sozialdemokratische Verwaltung Preußens. Das entsprach der politischen Orientierung der IAH, die – der Band „Solidarität“ belegt es – das Konzept der Sozialdemokratie als sozialer Hauptstütze der Bourgeoisie und die damals verbindliche Sozialfaschismus-These uneingeschränkt vertrat. Doch war das Blatt vor allem um gesellschaftskritische Aufklärung bemüht. Es praktizierte einen engagierten Enthüllungsjournalismus³³ und suchte Debatten über „Faschismus, Demokratie und Sozialismus“ zustande zu bringen. Damit wurde auch „Berlin am Morgen“ – bei allen zeitbedingten Grenzen – zu einem Sammelpunkt für die intellektuelle Linke. Kurt Hiller meinte sogar, die Zeitung trage den Keim zu einem „allsozialistischen Diskussionsorgan“ in sich.³⁴ Münzenberg war allerdings mit dem Absatz unzufrieden und wollte das Blatt nach einem Jahr wieder einstellen. Nur die stattliche Liste der Gratulanten von Henri Barbusse bis Upton Sinclair, von Wilhelm Pieck bis Carl von Ossietzky und von Anna Seghers bis Hermann Kesten stimmte ihn um.³⁵ Das lässt sich als ein Beleg dafür lesen, dass der Chef des Verlages sich auf die Vereinbarung des Profils und der redaktionellen Linie der Zeitung beschränkt und ansonsten wenig eingemischt hat, was verbindliche Absprachen über politische Schwerpunkte der laufenden Arbeit in den Zusammenkünften

31 Siehe Bruno Frei: *Der Papiersäbel*, Frankfurt/Main 1972.

32 Siehe Gross, *Münzenberg*, S.254ff.; sowie Surmann, *Münzenberg-Legende*, S.187-193.

33 Siehe Surmann, *Münzenberg-Legende*, S.191f.

34 Frei, *Papiersäbel*, S.148f.

35 Siehe ebenda.

der Chefredakteure nicht ausschließt.³⁶ Sich als linksintellektueller Autor an den Münzenberg-Konzern zu binden, barg freilich hohe Risiken. Das lässt sich Kurt Tucholskys Briefen entnehmen, die er schrieb, als er 1928 ernsthaft erwog, einen solchen Schritt zu tun. Tucholsky sympathisierte zwar mit sozialen Vorstellungen und politischen Zielen der Kommunisten, dachte aber nicht daran, „auf Kommunist“ umzulernen.³⁷ So wurde er zwei Jahre lang ein wichtiger Autor der AIZ,³⁸ musste jedoch fürchten, nun von der liberalen Presse geschnitten zu werden und möglicherweise auf der Straße zu liegen. Dazu kam es zwar nicht, aber vor das Dilemma gestellt, man könne nicht den Kapitalismus angreifen und gleichzeitig Geld von ihm nehmen,³⁹ suchte er im September 1928 das Gespräch mit Münzenberg, um Möglichkeiten zu erkunden, in dessen „sehr großem Betrieb“ eine Anstellung zu finden.

In dieser ersten persönlichen Begegnung der beiden in den Räumen der Redaktion der AIZ machte ihm Münzenberg günstige Zusagen.⁴⁰ Das war nicht selbstverständlich, denn von kommunistischer Seite war eher eine heftige Polemik gegen die Publizisten der „Weltbühnen-Zunft“ die Regel, zu der Tucholsky ja zuerst und vor allem gehörte. Doch die feste Anstellung eines Autors wie Tucholsky wäre ein gewaltiger Image-Gewinn geworden. Dass dieser eine so enge Bindung schließlich doch nicht einging, so sehr er bereit war, sich mit der Sache der revolutionären Arbeiter und – mit Vorbehalt – zuweilen sogar mit ihrer Partei zu identifizieren,⁴¹ zeigt, wie klar er sich dort nur als „ein geduldeter Intellektueller“⁴² sah. Wenn Tucholsky Münzenberg – trotz dessen Wertschätzung⁴³ – für „unzuverläss-

36 Siehe Gross, Münzenberg, S.356f.

37 Kurt Tucholsky. Gesamtausgabe: Texte und Briefe, hrsg. von Antje Boritz u.a., Reinbek bei Hamburg 1996-2011, Bd. 18 (2007): Briefe 1925-1927, S.46.

38 In den Anmerkungen der Gesamtausgabe wird darauf verwiesen, Tucholsky habe 37 Texte für die AIZ geschrieben, meist Gedichte, die größtenteils nach Fotografien entstanden sind, die ihm die Redaktion schickte. Siehe Tucholsky, Gesamtausgabe, Bd. 10 (2001): Texte 1928, S.702.

39 Siehe Tucholsky, Gesamtausgabe, Bd. 19 (2005): Briefe 1928-1932, S.95.

40 Siehe ebenda, S.100.

41 Siehe das Gedicht „Über den Dächern“ aus der AIZ, 1929, Nr. 11, ein Rollengedicht, mit den Zeilen: „Wir sind stark, wenn wir zusammenhalten:/die Starken und Schwachen und die Jungen und Alten./ Wenn nur der Wille fest bleibt und unsere Partei./ Da bin ich dabei.“, in: Tucholsky, Gesamtausgabe, Bd. 11 (2005): Texte 1929, S.89.

42 Ders., Gesamtausgabe, Bd. 19, S.97.

43 Er habe „eine dicke Nummer“ bei den Leuten um Münzenberg und die AIZ, schrieb Tucholsky an Mary Tucholsky, in: ebenda, S.100.

sig“ hielt, bezieht sich das wohl mehr auf den häufigen Wechsel der Parteilinie als auf die Person. Entscheidender war freilich die Erfahrung Tucholskys und anderer, in der bürgerlichen Presse freier schreiben zu können als in der Arbeiterpresse, sei sie nun kommunistisch oder sozialdemokratisch orientiert.⁴⁴ Tucholsky wusste: „[...] ich bin ein toter Mann, wenn ich nicht frei schreiben kann. Das richtet mich nach innen zu Grunde.“⁴⁵ Tucholskys Skepsis hat ihn nicht abgehalten, den „Vorspruch“ zum „Jahrbuch des Neuen Deutschen Verlages 1929“ zu schreiben. Das Gedicht beginnt mit der Frage eines lesenden Arbeiters: „Was soll ich denn lesen?“ und steht unter dem programmatischen Motto: „Für den Arbeiter/ mit dem Intellektuellen/ gegen den gemeinsamen Feind“.⁴⁶ Trotz innerer Vorbehalte ließ sich Tucholsky von der Verlagsleiterin Babette Gross und von John Heartfield sogar dazu bewegen, die Texte zu Heartfields Foto-Auswahl für das Buch „Deutschland, Deutschland über alles“⁴⁷ zu schreiben. Das sei kein kommunistisches Buch, hieß es dann in einer Werbeschrift des Verlages, werde aber „in seiner Zusammensetzung sehr viel zur Auflockerung derjenigen Schichten beitragen [...], die wir unserer [d. h. der kommunistischen - D. S.] Bewegung nahebringen wollen“.⁴⁸ Das traf die Intentionen Tucholskys durchaus, der es für einen deutschen Grundfehler hielt, immer nur schon Bekehrte bekehren zu wollen. Beim Ringen um eine Einheitsfront gegen die erstarkende Rechte sei aber politische Beeinflussung der Schwankenden gefordert – und deshalb Rücksicht zu nehmen auf deren „Seelenzustand“. „Missionare müssen indianisch lernen“, schrieb er sarkastisch, „mit Lateinisch bekehrt man keine Indianer“.⁴⁹ Was Tucholsky außerdem vermisst, sind die leiseren Töne. Auch Leute wie Erich Weinert hätten sie, meint er, aber man höre nicht viel von ihnen. Der Neue Deutsche Verlag wurde im Jahr 1924 von Münzenberg „ohne Fachleute, ohne Kapitalien, ohne Verteilerapparat, ohne Beziehungen zum Buchhandel“⁵⁰ gegründet. Er brachte zunächst politische Broschüren und Bücher heraus, anfangs war auch Leo Trotzki noch unter den Au-

44 Siehe Kurt Tucholsky: Die Rolle des Intellektuellen in der Partei, in: Ders.: Gesammelte Werke [3 Bde.], hrsg. von Mary Gerold-Tucholsky und Fritz Raddatz, Reinbek bei Hamburg 2005, Bd. III: 1929-1932, S.16.

45 Tucholsky, Gesamtausgabe, Bd. 19, S.100.

46 Ebenda, Bd. 10, S.505f.

47 Kurt Tucholsky/John Heartfield: Deutschland, Deutschland über alles, Berlin 1929.

48 Gross, Münzenberg, S.330f.

49 Tucholsky, Gesamtausgabe, Bd. 14 (1998): Texte 1931, S.466.

50 Gross, Münzenberg, S.236.

toren. Das Unternehmen wurde zur Basis der IAH-Presse und entwickelte sich unter Leitung von Babette Gross allen finanziellen Schwierigkeiten zum Trotz rasch zu einem rührigen Buchverlag.

Die Forschung zur proletarisch-revolutionären Literatur und Kunst hat sich – sofern es sie überhaupt noch gibt – bis heute allzu stark auf die Verbände und die Parteiverlage orientiert. Tatsächlich aber sind die IAH-Unternehmen Münzenbergs als Ganzes ein wichtiges, vielleicht sogar das wichtigste Experimentierfeld für die politische „Gebrauchskunst“⁵¹ kommunistisch orientierter Autoren während der Mitt- und Endzwanzigerjahre geworden.

Das Verlagsprogramm

Soweit überschaubar, haben die Gruppen- und Richtungskämpfe innerhalb der proletarisch-revolutionären Literaturbewegung mit ihren diversen Kunstdogmen auf diesem Experimentierfeld keine besondere Rolle gespielt. Eine Distanz zum Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller und zur Tonart der „Linkskurve“ scheint unverkennbar. Das hängt sicher mit der erwähnten Besonderheit des Leserkreises zusammen, mag aber auch mit Münzenbergs eigener Haltung zu tun gehabt haben, der als belesener Autodidakt nur wenig davon hielt, die proletarische Literatur der bürgerlichen gegenüberzustellen.⁵² Jedenfalls suchte man sich in seinem Umkreis von der oft beklagten „Kommisshaftigkeit vieler deutscher Kommunisten“ im Umgang mit „radikalen Intellektuellen“ fernzuhalten.⁵³ Das spiegelt sich auch im Verlagsprogramm des Neuen Deutschen Verlags und der Buchgemeinschaft „Universum-Bücherei für alle“ wider. Vom Neuen Deutschen Verlag wurden Bücher mit dokumentierendem Gestus, historisch bedeutsamer Thematik und oft auch mit einem gewissen literarischen Anspruch bevorzugt. Auch Kunstmappen wurden herausgebracht: Neben den thematischen Mappenwerken „Hunger“ und „Krieg“ erschien eine Zille-Mappe, von der „Zille selber behauptete, daß erst in dieser Mappe des proletarischen Zille das wahre Gesicht seines künstlerischen Schaffens deutlich erkennbar geworden sei“.⁵⁴ Bemerkenswert ist die Herausgabe einer Diego-Rivera-Mappe, mit der der gro-

51 Ich variere hier der Einfachheit halber den von Tucholsky ins Spiel gebrachten Begriff, ohne ihn zum gültigen Terminus machen zu wollen. Siehe Kurt Tucholsky: *Gebrauchslyrik*, in: Ders., *Gesammelte Werke*, Bd. II: 1925-1928, S.1318.

52 Siehe Gross, Münzenberg, S.312.

53 Tucholsky, *Gebrauchslyrik*, S.1321.

54 Münzenberg, *Solidarität*, S.90.

ße mexikanische Künstler einem breiteren Publikum vorgestellt wurde. Profil gebenden Charakter hatte die populärwissenschaftliche Serie des Verlags mit den Büchern über die Geschichte der russischen Revolution und des Bürgerkrieges in Russland sowie über die Geschichte der Pariser Kommune und der deutschen Revolution 1918/19. Sogar eine Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats ist erschienen.⁵⁵ Als verlegerisches Verdienst von einigem Gewicht ist auch die Neuauflage von Max Beers Buch „Allgemeine Geschichte des Sozialismus“ anzusehen, die in 6. Auflage im Neuen Deutschen Verlag erschienen ist.⁵⁶ Das ist ein Versuch, die Entwicklung der sozialistischen Ideen und der sozialen Bewegungen in der Weltgeschichte, „von den jüdischen Propheten bis in unsere Zeit“,⁵⁷ auf historisch-materialistischer Grundlage nachzuzeichnen. Der Verfasser lässt die Traditionen des modernen Sozialismus ohne Scheuklappen Revue passieren und vermag damit auch religiös, moralisch oder utopistisch begründeten Sozialismus-Vorstellungen gerecht zu werden. Für diese Ausgabe von 1929 hat Hermann Duncker ein ergänzendes Kapitel „zur Geschichte des Leninismus, der kommunistischen Internationale und der KPD“ geschrieben.⁵⁸

Die belletristische Produktion des Neuen Deutschen Verlags ist stark an der Sowjetunion orientiert. Von Henri Barbusse erschien „150 Millionen bauen eine neue Welt“ (1930), ein „Führer durch die Sowjetunion“ wurde in mehreren Sprachen herausgegeben, und Reportagebücher von Larissa Reißner („Oktober“), Bruno Frei („Im Lande der roten Macht“) und Otto Heller („Sibirien, ein anderes Amerika“) suchten ein lebendiges Bild der Revolution und des Aufbaus in Sowjetrußland zu vermitteln. Das geschah damals noch auf eine recht differenzierte Weise, wie die Romane von Alexander Serafimowitsch („Der eiserne Strom“), Alexander Newerow („Taschkent, die brotreiche Stadt“) und Boris Pilnjak („Die Wolga fällt ins Kaspische Meer“) belegen.

Ein Schwerpunkt der Verlagsproduktion waren Reportagen, Reiseberichte und Romane zu sozialen Themen aus Deutschland und der Welt. Sie stammen von Larissa Reißner („Hamburg auf den Barrikaden“; „Im

55 Siehe ebenda.

56 Max Beer: Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, 6. durchgesehene und erweiterte Auflage, Berlin 1929. Das Buch erschien zuerst 1921/23.

57 Siehe Heinz Lorenz: Die Universum-Bücherei 1926-1939. Geschichte und Bibliographie einer proletarischen Buchgemeinschaft, Berlin 1996, S.106.

58 Siehe den Artikel von Simone Barck in: Simone Barck u. a. (Hrsg.): Lexikon sozialistischer Literatur. Ihre Geschichte in Deutschland bis 1945, Stuttgart-Weimar 1994, S.56.

Lande Hindenburgs“), Maria Leitner („Hotel Amerika“), Albert Hotopp („Fischkutter H. F. 13“) und anderen. Hervorgehoben sei auch die erhellende Reisereportage von Alfred Kurella „Mussolini ohne Maske“, ein Querschnitt durch das faschistische Italien um die Wende zu den Dreißigerjahren.

Viele dieser Bücher sind zwischen Erzählung, Reportage und Dokumentation angesiedelt. Von Münzenberg selbst brachte der Verlag 1930 ein bemerkenswertes Experiment in dieser Richtung heraus, den autobiografisch getönten Abriss zur Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung mit dem Titel „Die dritte Front“. Sein Schweizer Freund Fritz Brupbacher stellte diese Darstellung im Vorwort als „das klassische Buch des neuen Arbeitertyps“ vor und würdigte es als „moderne proletarische Kunst“.⁵⁹ Ganz falsch war das nicht. Die Verknüpfung von Autobiografie und Organisationsgeschichte, von Erinnerung, Bericht und Dokument macht das Buch innovativ, anregend und vor allem lesbar.

Der Lebensweg des Autors, der sich auch bei diesem Buch vermutlich der Feder von Freunden bedient hat, zeigt den Anteil der antimilitaristischen Bewegung an der Formierung der internationalen revolutionären Jugendorganisation. Dem deutschen Leser wird ein lebendiges Bild der Antikriegsarbeit in der Schweiz vermittelt. Er erhält Einblick in die Kienthaller und Zimmerwalder Bewegung während des Weltkrieges, in der Lenin und seine Freunde in der Emigration ihre Strategie für die Revolution in Russland entwickelten. Der Blick des Autors auf die ersten Jahre nach seiner Rückkehr nach Deutschland und die verpassten Gelegenheiten der deutschen Revolution von 1918/19 verweist auf die – damals für die nahe Zukunft erwarteten – neuen Kraftproben. Dabei liegt der Akzent auf dem Versagen der sozialdemokratischen Führungsschicht, die sich auf den Kampf gegen die revolutionäre Linke konzentriert und der rechten Reaktion das Feld überlassen habe.

Herausforderungen zu Beginn der 30er-Jahre

In den 1930er-Jahren stellte das politische Konzept einer „Einheitsfront von unten“ und der Entscheidung zwischen Faschismus und Kommunismus den möglichen Erfolg vieler Aktivitäten gegen Rechts, zumal gegen den erstarkenden Nazifaschismus, unnötig in Frage. Die kommunistische Sozialfaschismusthese und der sozialdemokratische Antikommunismus

59 Münzenberg, Dritte Front, S.8, 10.

wirkten auf verhängnisvolle Weise zusammen. Zwar mochte das Konzept der KPD in der zeitgenössischen Stimmungslage – in Anbetracht von Straßen- und Saalschlachten – mit seiner Rigorosität manchen revolutionären Proletarier oder intellektuellen Parteigänger der Kommunisten anziehen, doch schreckte es jene ab, die auf demokratischen und parlamentarischen Alternativen zum Faschismus beharrten und, bei aller Kritik an der Sozialdemokratie, deren Diffamierung als „sozialfaschistisch“ als ein Hindernis für wirksame antifaschistische Aktionen ansahen. Und das war die Mehrheit der Linksintellektuellen, von demokratischen Republikanern ganz zu schweigen.

Münzenbergs Unternehmungen sollten Wege ebnen, doch sie konnten die Antinomien der strategischen Vorgaben der Komintern nicht auflösen. Zu alledem wurden die Vorgänge in der Sowjetunion zur wachsenden Belastung. Ein charakteristisches Beispiel ist im Jahr 1930 der Protest der Liga für Menschenrechte gegen die Erschießung von 48 Spezialisten in der Sowjetunion, angeblich wegen Verschwörung gegen den Sowjetstaat und Sabotage der Kollektivierung der Landwirtschaft. Albert Einstein und Heinrich Mann hatten sich dem Protest angeschlossen, und Ossietzky veröffentlichte in der „Weltbühne“ eine kritische Betrachtung über die „fatale Staatsrason“, die dem Prozess zugrunde gelegen habe, weil es ihr „auf ein paar Justizmorde nicht ankommt“. ⁶⁰ Auch Arnold Zweig, wie die andern ein Freund des neuen Russlands, sah in dem Verfahren eine „Verfälschung der sozialistischen Idee“. ⁶¹ Willi Münzenberg lud die Unterzeichner des Protestes zu einem Diskussionsabend ein und eröffnete damit einen öffentlichen Schlagabtausch, in dem Zweig bekannte, die Diktatur des Proletariats sei ihm verhasst wie jede Diktatur. Angesichts der Entwicklungen dort sehe er „die Sache einer Neuordnung der menschlichen Gesellschaft“ in Russland schlecht vertreten und antworte nur, „um die Sache des sozialistischen Aufbaus nicht völlig der Willkür derjenigen anheimzustellen, die sich an der Macht berauschen statt an der Freiheit“. ⁶² Unter seinen Kontrahenten in der „Weltbühne“ findet sich auch Bruno Frei, der in der „Antwort an Arnold Zweig“ erklärt, Zweig habe sich auf die Seite

60 Carl von Ossietzky: Sowjet-Justiz/Erdrutsch, zweite Auflage, in: Die Weltbühne, 2.12.1930, S.811-814, hier S.811. Siehe Dieter Schiller: Arnold Zweig und die Erschießung der 48 Spezialisten in der Sowjetunion 1930, in: Ders.: Im Widerstreit geschrieben. Vermischte Texte zur Literatur 1966-2006, Berlin 2008, S.27-32.

61 Arnold Zweig: Die Moskauer Hinrichtungen, in: Die Weltbühne, 11.11.1930, S.707-709, hier S.708.

62 Ders.: Macht oder Freiheit, in: Die Weltbühne, 25.11.1930, S.784-787, hier S.785, 787.

der Saboteure des sozialistischen Aufbaus gestellt, und so sei denn auch jede Basis für eine Diskussion geschwunden.⁶³

An solche Zuspitzungen hat sich Münzenberg erfreulicherweise nicht gehalten. Denn als sich Arnold Zweig in der Debatte der „Welt am Abend“ zum Thema „Wie kämpfen wir gegen ein Drittes Reich“ beteiligte, hat er die Zuschrift in seine Broschüre mit den verschiedenen Beiträgen aufgenommen.⁶⁴ Arnold Zweig hatte darin zum Zusammengehen gemahnt und versucht, den Sozialdemokraten und Kommunisten klar zu machen, „wie wenig geknebelte oder tote Leute imstande sind, Ziel und Methoden der Zukunft zu erreichen“.⁶⁵

Viel Gegenliebe fand Zweig mit dieser Mahnung zur Einigung in Münzenbergs Umgebung freilich nicht. Kurt Kersten formulierte in seiner Antwort, ein Einigungsversuch zweier so prinzipiell verschiedener Parteien wie SPD und KPD könne nur eine Farce sein.⁶⁶ Münzenberg selbst aber meinte in seinem Beitrag, vor der Einheit sei Klarheit nötig, und erklärte dann – an Heinrich Mann gewandt –, wer heute gegen den Faschismus schreibe und morgen Proteste gegen die Sowjetunion, schade „dem antifaschistischen Kampf mehr, als er ihn fördert“.⁶⁷ Immerhin war damit das Tischtuch nicht gänzlich zerschnitten.

In der Münzenberg-Presse war die Kritik an der Sowjetunion und der Komintern weitgehend tabuisiert. Die redaktionelle Praxis orientierte sich an der Politik der KPD. Das setzte ihr enge Grenzen, doch war sie sichtlich bemüht, die Interessen ihrer Leser zu bedienen.

Der Dialog mit den linken Intellektuellen am Rande und außerhalb der Partei ist nie abgebrochen, auch wenn der Kreis der Mitarbeiter sich wieder verengte. Charakteristisch für die Stimmung sind die regelmäßigen Interview-Reihen zum Jahresende in der „Welt am Abend“ in den Jahren von 1930 bis 1932.⁶⁸ 1930 werden Schriftsteller und Künstler nach den wesentlichen Kunstschöpfungen des vergangenen Jahres gefragt. Johannes R. Becher verweist auf die Masseninitiative der proletarischen Litera-

63 Siehe Bruno Frei: Antwort an Arnold Zweig, in: Die Weltbühne, 2.12.1930, S.818-820.

64 Wie kämpfen wir gegen ein Drittes Reich. Einheitsfront gegen das Hakenkreuz, Berlin 1931.

65 Arnold Zweig: Zur Bildung der Kampffront, in: Wie kämpfen wir, S.31f., hier S.31.

66 Siehe Kurt Kersten: Antwort an Arnold Zweig, in: ebenda, S.32f.

67 Willi Münzenberg: Erst Klarheit, dann Einheit!, in: ebenda, S.3f., hier S.4.

68 Nachdruck in: Aktionen, Bekenntnisse, Perspektiven. Berichte und Dokumente vom Kampf um die Freiheit des literarischen Schaffens in der Weimarer Republik. Auswahl, Einleitungen und Kommentare von Friedrich Albrecht, Irmfried Hiebel, Klaus Kändler und Alfred Klein, Berlin-Weimar 1966, S.213-229.

tur, während Herbert Jhering und Erwin Piscator das umstrittene Stück „Die Maßnahme“ von Brecht/Eisler als Ereignis des Jahres hervorheben. Piscator nennt noch das Meyerhold-Gastspiel, und Alfons Goldschmidt empfiehlt Bücher des Neuen Deutschen Verlages: Kerstens Bismarck-Buch, Münzenbergs „Die dritte Front“ und Otto Rühles „Sittengeschichte des Proletariats“. Die Rundfrage zum Jahresende 1931 fordert auf, über das stärkste Erlebnis zu sprechen. Das Themen-Spektrum der Zuschriften dazu reicht vom Gefängnisaufenthalt des Arztes Friedrich Wolf über Russlandreisen (von Goldschmidt, Becher und Eisler) bis zur Aufführung von Brechts „Heiliger Johanna der Schlachthöfe“, auf die Jhering verweist. Alfred Kerr aber erklärt zum stärksten Erlebnis des Jahres die Untätigkeit der Republik gegen das Hitlertum. Ein Jahr später wird er freilich – in schrecklicher Verkennung der Lage – den Anfang vom Ende des Nazitums verkünden. Nicht vergessen sei, dass die Zeitung auch dem Kampf der linken Berliner Opposition im Schutzverband Deutscher Schriftsteller in den Jahren 1931 bis 1933 viel Aufmerksamkeit schenkte,⁶⁹ unter anderem mit Berichten über die Veranstaltung „Schriftsteller in der Antifaschistischen Front“⁷⁰ und die Kundgebung „Der Schriftsteller und der Krieg“ im Juni 1932.⁷¹

Ein ständiges Thema der Münzenberg-Presse war der Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Eine bildkräftige Zusammenfassung gibt die berühmte Fotomontage der AIZ vom Frühjahr 1932, die eine Hyäne mit Zylinder und dem Orden *Pour le mérite* um den Hals (seine Aufschrift lautet hier freilich präziser: *Pour le Profit*) auf dem Schlachtfeld über Soldatenleichen zeigt. Die Unterschrift lautet: „Krieg und Leichen – Die letzte Hoffnung der Reichen“.⁷²

Die Vorbereitung des Amsterdamer Weltfriedenskongresses im Sommer 1932 wurde zur letzten großen und weltweiten Kampagne Münzenbergs und der IAH vor Hindenburgs Machtübergabe an Hitler und die Nationalsozialisten in Deutschland.⁷³ Anfangs hatten sich die Mitglieder der

69 Siehe ebenda, S.405f., 417-421 451-456.

70 Die Welt am Abend, 30.7.1932, siehe Aktionen, S.419-421.

71 Die Welt am Abend, 30.6.1932, siehe Aktionen, S.417-419.

72 AIZ, 1932, Nr. 18. Siehe Willmann: Geschichte der Arbeiter-Illustrierten Zeitung, S.190f.

73 Siehe Gross, Münzenberg, S.344ff.; siehe auch Rosemarie Schumann: Amsterdam 1932. Der Weltkongreß gegen den imperialistischen Krieg, Berlin 1985. Leider versucht die Verfasserin, die Rolle Münzenbergs zu marginalisieren.

IAH als „Proviantkolonnen des internationalen Proletariats“⁷⁴ verstanden, dann neben der Nothilfe auch die sozialpolitische Seite ihrer Arbeit hervorgehoben und sich auf die Unterstützung internationaler Massenstreiks und Wirtschaftskämpfe konzentriert. Schließlich hatte sich die IAH um 1927/28 zu einer festen weltweiten Organisation formiert⁷⁵ und war zu einem Sammelpunkt der antikolonialen Bewegung und einem internationalen Kraftzentrum der Bewegung gegen den imperialistischen Krieg geworden. Dass dabei die Verteidigung der Sowjetunion im Vordergrund stand, ist nicht verwunderlich. Denn besonders seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise und der Invasion Japans in Nordchina galt die Gefahr eines imperialistischen Krieges gegen die UdSSR im linken Lager als gegeben. Der Weltkongress gegen den imperialistischen Krieg, der schließlich in Amsterdam stattfand, stieß auf außerordentlich breite Unterstützung. Angestoßen von der Komintern, liefen die unmittelbaren Vorbereitungen zum Kongress seit Frühjahr 1932. Als Initiatoren dieser weltweiten Antikriegskampagne zeichneten Romain Rolland, der in einem Aufruf vom April 1932 die Schwerindustrie, das Industrie- und Bankkapital sowie deren „Lakaienregierungen“ als Urheber der Kriegsgefahr kennzeichnete, und Henri Barbusse, der im Mai einen Appell zur Verteidigung der Sowjetunion veröffentlichte.⁷⁶ Die Organisation des Kongresses lag weitgehend bei der Internationalen Arbeiterhilfe und der Liga gegen Imperialismus. Im Mai wurde ein internationales Initiativkomitee gebildet, dem Albert Einstein (er zog sich später wieder zurück), Heinrich Mann, Maxim Gorki, Theodore Dreiser, Upton Sinclair, John Dos Passos, Paul Langevin, Frans Masereel und andere angehörten.⁷⁷ Nationale Komitees entstanden in den Niederlanden, in Polen, der Tschechoslowakei, Frankreich, Großbritannien, den USA und in Deutschland.

Die eingegangenen Zustimmungen zum Kongress wurden jede Woche zusammengefasst und veröffentlicht in einer Broschüre mit dem Titel „Wer nimmt teil am Kampfkongreß gegen den imperialistischen Krieg?“⁷⁸ Aufgeführt wurden Organisationen und Einzelpersonen, letztere unterteilt in Ärzte, Juristen, Ingenieure, Künstler und Wissenschaftler. Das zeigt, welches Gewicht den Intellektuellen verschiedener Couleur als gesellschaftlichen Meinungsführern von den Organisatoren zugemessen wurde. Im

74 Münzenberg, *Solidarität*, S.8.

75 Siehe Ders., *Warum Internationale Arbeiterhilfe*, S.139.

76 Siehe Schumann, *Amsterdam*, S.24.

77 Siehe ebenda, S.26.

78 Gross, Münzenberg, S.348.

deutschen Initiativkomitee finden sich die Namen von Felix Boenheim, Bert Brecht, Bernard von Brentano, Felix Halle, Ricarda Huch, Käthe Kollwitz, Anna Seghers, Ernst Toller, Clara Viebig, aber auch die der Pazifisten Kurt Grossmann, Paul Freiherr von Schoenaich und Helene Stöcker sowie der Ärzte Max Hodann und Wilhelm Reich.⁷⁹ Der Klub der Geistesarbeiter der IAH warb für den Kongress,⁸⁰ aber auch führende Vertreter der Deutschen Friedensgesellschaft und der Liga für Menschenrechte engagierten sich. Paul von Schoenaich meinte, der Amsterdamer Kongress sei, „gerade weil er von kommunistischer Seite geistig und organisatorisch mit beeinflusst wird, vom pazifistischen Standpunkt aus [...] eine dankbar zu begrüßende Tat“. Das Trennende sei viel kleiner, als alles, „was mich mit dem beabsichtigten Kongreß eint“.⁸¹

Der Amsterdamer Weltfriedenskongress vom 27. bis zum 29. August 1932 kann als ein letzter Höhepunkt der weltweiten Aktivitäten Münzenbergs und der IAH gewertet werden. Seinen Verlauf im Einzelnen nachzuzeichnen ist hier nicht der Ort. Nur soviel sei gesagt, dass auf dem Kongress neben Heinrich Mann auch Willi Münzenberg sprach. Er forderte die revolutionäre Einheitsfront gegen den Faschismus und erklärte pathetisch – freilich diesmal recht wirklichkeitsfern –, wenn schon in Deutschland eine neue Armee gebildet werde, werde sie keine weiße, sondern eine rote Armee sein.⁸² Wichtigstes Ergebnis des Kongresses war die Gründung des „Weltkomitees gegen den imperialistischen Krieg“ mit Sitz in Paris, dem Heinrich Mann ebenso wie Willi Münzenberg angehörten. Dass Münzenberg auf dem XII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im September 1932 in Moskau den Bericht über den Weltkongress vortrug, belegt, dass er hier als der eigentliche spiritus rector und Organisator der Kongress-Kampagne angesehen wurde.

Im September 1932 formierte sich unter dem Vorsitz von Felix Boenheim in Berlin das „Deutsche Kampfkomitee gegen den imperialistischen Krieg“, dessen Sekretär Paul Scholze von der IAH war. Eine geplante Kundgebung mit Henri Barbusse im Oktober musste allerdings abgesagt werden. Rudolf Olden und Felix Boenheim hatten im Anmeldungsschrei-

79 Siehe Schumann, Amsterdam, S.59.

80 Siehe ebenda, S.79. Unterzeichner sind u. a. Johannes R. Becher, Hilde Benjamin, Hermann Budzislawski, Alfons Goldschmidt, Wieland Herzfelde, Richard Huelsenbeck, Egon Erwin Kisch, Jürgen Kuczynski, Franz Leschnitzer, Lotte Loebinger, Erwin Piscator, Ludwig Renn und Helene Weigel.

81 Zit. nach: Schumann, Amsterdam, S.82f.

82 Siehe ebenda, S.108f.

ben die Überparteilichkeit und den legalen Charakter der Veranstaltung betont, doch die Genehmigung war mit einem Redeverbot des Berliner Polizeipräsidenten für den Referenten Barbusse verbunden.⁸³ Die letzte Versammlung des Kampfkomitees fand am 23. Februar 1933 statt. Egon Erwin Kisch, der diesmal vorgesehene Referent, hatte als Ausländer Redeverbot erhalten. Statt seiner konnte zwar der sozialistische Politiker und Anwalt Kurt Rosenfeld noch sprechen, doch dann wurde die Veranstaltung aufgelöst. Nicht anders erging es Willi Münzenberg, der noch im Februar 1933 gemeinsam mit Kurt Grossmann von der „Liga für Menschenrechte“ und dem linksliberalen Schriftsteller und Rechtsanwalt Rudolf Olden den antifaschistischen Kongress „Das Freie Wort“ in Krolls Festsälen organisiert hatte.⁸⁴ Die Idee ging zurück auf ein Komitee „Das freie Wort“, das bereits im August 1932 von Georg Bernhard initiiert und unter dem Vorsitz von Heinrich Mann und Rudolf Olden gegründet worden war.⁸⁵ Neunhundert Besucher und hundert Journalisten nahmen am Kongress teil, unter ihnen war Käthe Kollwitz. Den Vorsitz hatte der Pazifist Hans Lange, eine Entschließung wurde angenommen und eine Botschaft Thomas Manns verlesen. Professor Ferdinand Tönnies sprach über „Akademische Freiheit“, weitere Vorträge galten der Pressefreiheit und der Versammlungsfreiheit.⁸⁶ Noch einmal – so heißt es bei Babette Gross – versammelte sich alles, was im linken demokratischen Berlin Rang und Namen hatte.⁸⁷ Doch Wochen nach der Machtübergabe an Hitler konnte das nur noch ein verzweifelter, wenn auch mutiger Abgesang auf versäumte Möglichkeiten des Kampfs gegen den Nazifaschismus sein. Das Treffen wurde polizeilich aufgelöst und konnte keinerlei überparteiliche Widerstandsaktionen mehr stimulieren. Was folgte, waren der Reichstagsbrand und das Ermächtigungsgesetz. Der faschistische Terror drängte nun jeden Widerstand in die Illegalität oder ins Exil.

83 Siehe ebenda, S.180.

84 Siehe Kurt R. Grossmann: *Ossietzky, ein deutscher Patriot*, München 1963, S.342-344. Nach außen galt Rudolf Olden als Einberufender, Heinrich Mann hatte abgesagt, weil der Kongress nicht mit ihm abgesprochen worden war. Grossmanns Bedingung für seine Teilnahme war, dass der Kongress nicht von den Kommunisten beherrscht werde. Zum Kongressausschuss gehörten u. a. Carl Spiecker von der Zentrumspartei, Harry Graf Keffler, Georg Bernhard und Hans Lange.

85 Nach Grossmanns Darstellung ging die Anregung für den Aktionsausschuss „Das freie Wort“ von Willi Münzenberg aus. Georg Bernhard hatte einen Kreis von linken Leuten in seine Wohnung eingeladen. Beteiligt waren u. a. Heinrich Mann, Harry Graf Keffler, Carl Misch, Rudolf Olden, Otto Lehmann-Rußbüldt, Heinz Pol und Kurt Grossmann, der das Sekretariat des Ausschusses übernahm.

86 Siehe ebenda, S.344-347.

87 Siehe Gross, Münzenberg, S.356.

Die Ausnahmen und die Regel. Lebenswelt, Medienbewusstsein und Pressepolitik in der Arbeiterfotografie der Weimarer Republik

Wolfgang Hesse

Die im politischen Vorfeld der KPD organisierten Arbeiterfotografen der Weimarer Republik hinterließen Bildquellen, deren Analyse sowohl im Hinblick auf einzelne Aufnahmen, auf Serien oder Werkgruppen wie auch in ihrer Gesamtheit Aufschluss geben können über das Verhältnis der durch Initiative Willi Münzenbergs modernisierten Partei-Pressepolitik zur rezeptiven wie aktiven Medienpraxis der „Basis“.

Ein mit zusammen etwa 5.000 Aufnahmen hinreichend breiter Fundus bisher höchstens selektiv genutzten Bildmaterials aus dieser Amateurrkultur konnte innerhalb des DFG-Projekts „Das Auge des Arbeiters“ am Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde Dresden zwischen 2009 und 2012 in Kooperation mit fünf sächsischen Archiven und Museen erschlossen werden.¹ Seine Analyse gibt jenseits der Illustration bestimmter Sachverhalte aus Milieu und Geschichte der regionalen Arbeiterbewegung Auskunft über den Bildgebrauch nichtbürgerlicher Schichten in einer Zeit, die durch die Neudefinition von „Öffentlichkeit“ als „Medienöffentlichkeit“ seit den 1880er-Jahren, insbesondere aber nach dem Ersten Weltkrieg, gekennzeichnet ist.²

Pressepolitik und Arbeiterfotografie

Wohl hatten etwa seit der Jahrhundertwende vereinzelt Arbeiter fotografiert und dabei auch ihr Milieu festgehalten – wie der Galvanoplastiker

1 Siehe die Projektwebsite www.arbeiterfotografie-sachsen.de. Erschlossen wurden einschlägige Bestände der Deutschen Fotothek Dresden, des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig, der Kunstsammlungen Zwickau, des Stadtmuseums Dresden und der Technischen Sammlungen Dresden.

2 Der Beitrag fußt auf einem Kurzvortrag zur „Europäischen Münzenberg-Tagung“ des Instituts für Zeitgeschichte Potsdam am 12. und 13.10.2012 in Berlin. Der Verfasser dankt Bernhard H. Bayerlein und Uwe Sonnenberg für die Gelegenheit, dort eine Skizze der Thematik vorzustellen.

Eugen Heilig während seiner Wanderjahre in Italien –,³ und in den Ortsgruppen des 1895 in Wien gegründeten „Touristenvereins ‚Die Naturfreunde‘“ begann schon vor dem Krieg zögerlich die Gründung von Fotosektionen (in Dresden: 1911).⁴ Doch setzte ein mehr als nur gelegentlicher Gebrauch der nach wie vor kostspieligen Apparate, Zusatzgeräte und Materialien entscheidende technische Veränderungen voraus. Diese führten dann in den Schützengräben des Weltkriegs zum extensiven Einsatz von Amateurkameras. Parallel und in dialektischer Opposition zu diesem Prozess der massenhaften Individualisierung des Fotografierens hatte seit Einführung der Autotypie in den 1880er-Jahren die Presse- und Buchillustration eine sprunghafte Entwicklung genommen, die in der Zwischenkriegszeit die einschlägigen Periodika zu Millionenauflagen anwachsen ließ und auch die Medienpolitik der Arbeiterbewegung grundlegend verändern sollte.

Um beide Sektoren der gesellschaftlichen Bildproduktion zusammenzuführen, veröffentlichte am 25. März 1926 die im Neuen Deutschen Verlag erscheinende „Arbeiter Illustrierte Zeitung“ (AIZ) den Aufruf zu einem Fotowettbewerb.⁵ Ziel war es, die vereinzelt oder bei den „Naturfreunden“ bzw. in bürgerlichen Fotoclubs aktiven proletarischen Amateure nach dem Vorbild der Arbeiterkorrespondentenbewegung zusammenzufassen: „Wie die Fotosektionen bedacht sind, Bildmaterial über die Naturfreundebewegung zu sammeln, Dokumente für die Entwicklung der Organisation zu schaffen, so wollen die Arbeiter-Fotografen die Geschichtsschreiber der Arbeiterbewegung sein. Sie sind die Organisation der Fotokorrespondenten, die statt Berichte ihre Aufnahmen an die Arbeiterpresse schicken, die an Stelle des subjektiv geschriebenen Berichts die objektive fotografische Aufnahme setzen.“⁶ Durch ihre Kenntnis der Lebenswelt und ihr politisches Bewusstsein hätten die proletarischen Amateu-

3 Siehe v. a. Monica Heilig/Walter Heilig: Eugen Heilig, Arbeiterfotograf 1911-1936, Berlin 1996.

4 Siehe hierzu Joachim Schindler: „... die Nützlichkeit wirklich guter Landschaften ...“. Zur Arbeit der Fotosektionen bei den sächsischen Naturfreunde-Ortsgruppen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: Wolfgang Hesse (Hrsg.): Die Eroberung der beobachtenden Maschinen. Zur Arbeiterfotografie der Weimarer Republik (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde, 37), Leipzig 2012, S.33-66; Anton Holzer: Vorwärts! Die österreichische Arbeiterfotografie der Zwischenkriegszeit, in: Fotogeschichte, 2013, H. 127, S.17-30; Roland Gretler: „Natur“ und „Tendenz“. Entstehen und Vergehen des Arbeiter-Fotobundes Zürich, in: ebenda, S.57-71.

5 Preis-Ausschreiben der A.I.Z., in: Arbeiter Illustrierte Zeitung, 25.3.1926, S.7.

6 Anonym: Die Naturfreunde und wir, in: Der Arbeiter-Fotograf, 1927/1928, H. 4, S.4f., hier S.5.

re die Voraussetzungen, agitatorisch wirksame „Dokumente“ des Klassenalltags aufzunehmen, die von den bürgerlichen Fotografen und Fotoagenturen nicht zu bekommen waren. Im Jahr darauf wurde in Erfurt die Vereinigung der Arbeiter-Fotografen Deutschlands (VdAFD) gegründet; ihre Zeitschrift „Der Arbeiter-Fotograf“ erschien gleichfalls im Neuen Deutschen Verlag. In den Ortsgruppen und durch entsprechende politische, technische und ästhetische Anleitungsmittel im Verbandsorgan sollten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, eine „parteiliche“ Pressefotografie zu entwickeln. Doch stand einer weitreichenden Durchsetzung der neuen Linie nicht allein die traditionelle Schriftlastigkeit der politischen Agitation und Propaganda entgegen, hinderlich waren auch habituelle Bedingungen und die materiellen Einschränkungen insbesondere seit der Wirtschaftskrise ab 1929. In den Jahren bis 1933 blieb es damit weitgehend bei der Absichtserklärung: „Neuerdings kann man die Beobachtung machen, dass in immer steigendem Maße auch die Fotografie in der Tagespresse ihren Siegeszug antritt. Benutzen die bürgerlichen Zeitungen die Fotografie dazu, die Sensationslüsternheit ihrer Leser zu befriedigen, so besteht für die Arbeiterpresse die Verpflichtung, noch mehr wie bisher die Fotografie in den Dienst des Klassenkampfes zu stellen. [...] [D]ie Ortsgruppen [...] müssen allen Ernstes daran gehen, die Verbindung mit der Redaktion ihres Bezirkes aufzunehmen und ihr Teil dazu beizutragen, die Zeitung lebendiger zu gestalten.“⁷

Welche Bedeutung Willi Münzenberg als Promotor der Modernisierungskampagne vor diesem Hintergrund der VdAFD zumaß, wird daraus hinreichend deutlich, dass er deren Vorsitz übernahm, obwohl es sich im Vergleich zu der ebenfalls von ihm aufgebauten Internationalen Arbeiterhilfe um eine winzige Organisation handelte (in der Gründungsphase hatte seine Lebensgefährtin Babette Gross neben ihrer Arbeit als Geschäftsführerin des Verlags diese Funktion innegehabt, und bis 1931 sollte sie im Vorstand für die Pressearbeit zuständig sein). Wie erfolgreich dies Experiment einer politischen Amateurfotografie tatsächlich war, lässt sich schwer beurteilen. Die zweite Reichskonferenz 1931 in Dresden hielt etwa 2.500 Mitglieder in ungefähr 110 Ortsgruppen fest und gab die Auflage der Verbandszeitschrift „Der Arbeiter-Fotograf“ mit 7.000 an. Zu dieser Zeit erschienen außer im visuellen Flaggschiff des Neuen Deutschen Verlags, der „Arbeiter Illustrierten Zeitung“ mit ihrer wöchentlichen Auflage von etwa 250.000 Exemplaren, gedruckte Fotografien in

7 Felix Lange: Das Bild in der Tagespresse, in: Der Arbeiter-Fotograf, 1927/1928, H. 3, S.6.

der zentral als Monats-Beilage zu den KPD-Bezirkszeitungen produzierten Zeitschrift „Der Rote Stern“. 1931 hatte die sächsische KPD begonnen, das regionale „Illustrierte Volksecho“ aufzubauen.⁸ Doch selbst in diesem wurden Bilder meist kleinformatig wiedergegeben und hielten sich gezeichnete Illustrationen mit Fotografien in etwa die Waage. Zudem gelangte ein Gutteil der abgedruckten Aufnahmen über Materndienste in die regionale Presse. Vor allem die Tageszeitungen waren nach wie vor kaum mit Bildern ausgestattet, wobei insbesondere lokal oder regional entstandene Aufnahmen dort rar blieben. Doch wurde in den Ortsgruppen fallweise ausgesprochen viel fotografiert, fanden die Bilder außer im privaten Zusammenhang ihren Weg in die Schaukästen der Arbeiterquartiere oder in lokale Ausstellungen.⁹ Schließlich wurden die Fotografien ab Mitte der 1950er-Jahre als die DDR-Staatsdoktrin legitimierende „Dokumente“ der Arbeiterkultur gesammelt, ab Anfang der 1960er-Jahre zudem als Zeugnisse der Vorgeschichte „sozialdokumentarischer“ Pressefotografie ästhetisch nobilitiert.¹⁰

Pieschen 1930: Erinnerung und Archiv

Die widersprüchliche Situation der Arbeiterfotografie soll im Folgenden am Beispiel der Analyse einer Bildpostkarte dargestellt werden, die im Wahlkampf zur Reichstagswahl am 14. September 1930 im Dresdner Arbeitervorort Pieschen entstanden ist (Abb. 1).

Sieben Personen haben sich zu einem nahezu symmetrisch austarierten Gruppenbild aufgebaut, vier Männer und drei Frauen. Zwei der Männer zeigen den Zeremonialgruß des Roten Frontkämpferbunds (RFB), der rechte trägt dessen Uniform, auch ohne das Verbandsabzeichen der

8 Siehe hierzu Wolfgang Hesse: „Dolchstoß von rechts.“ Visuelle Deutungen des Dresdner SA-Fememords von 1932, in: Volkskunde in Sachsen, 22, 2010, S.87-159.

9 So berichtete die Ortsgruppe der industrialisierten Mittelstadt Freital bei Dresden von ihren Erfolgen im Jahr 1930: ihrer Jahresausstellung mit 1.700 Besuchern, einem Vereinswettbewerb mit 300 Besuchern, Anfängerkursen mit 80 Teilnehmern, dem Einrichten von zwei Schaukästen und der Erstellung einer Wandermappe sowie der Jahresproduktion von 1.850 Platten, 5.000 Kopien und 1.628 Vergrößerungen, siehe Ortsgruppenbericht in: Der Arbeiter-Fotograf, 1931, H. 2, S.44.

10 Siehe hierzu Sylvia Metz: Geschichts-Bilder. Zum Fotografiebestand des Museums für die Geschichte der Arbeiterbewegung im Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig, in: Hesse, Eroberung, S.365-388; Wolfgang Hesse: Am Rande des Bitterfelder Wegs. Zur Rolle der Arbeiterfotografie im Dresdner „Museum für Photographie“ (1956-1969), in: Fotogeschichte, 2013, H. 127, S.45-56.

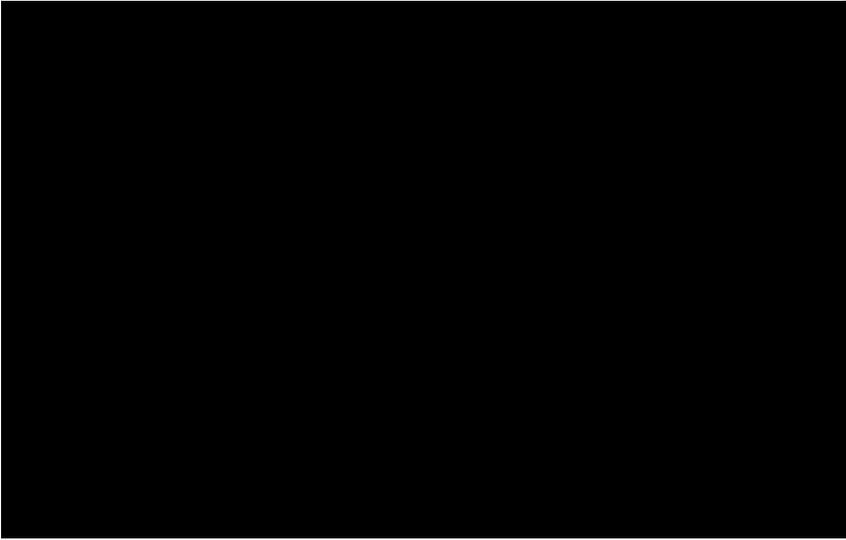


Abb. 1: Agitation in Dresden-Pieschen, Reichstagswahl 1930. Verso: „Neumann Liesel jetzt Rödiga / Familie Werner, Otto Knöfel“. Museen der Stadt Dresden. Stadtmuseum (Bestand Museum für Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung 268/58) SMD Ph 00101/10. Reproduktion: ISGV Dresden – Unbekannter Fotograf

seit 3. Mai 1929 verbotenen Organisation eine Provokation. Alle Beteiligten sind sich der Aufnahmesituation bewusst, vier von ihnen blicken in die Kamera: Es ist ein Dokument der Selbstrepräsentation politischer Aktivist*innen im Modus privater Erinnerungsbilder.

Zumindest bei den Gruppenaufnahmen, die den Weg in die öffentlichen Bildsammlungen gefunden haben, ist der Anteil derjenigen, die die Akteure zusammen mit ihre Gemeinsamkeit begründenden Schriften oder Bildern in Szenerien vor oder nach Agitpropensätzen oder Demonstrationen zeigen, bemerkenswert groß. In ihnen zeichnen sich sowohl die Dominanz dieser Aktionsformen und deren inszenatorische Logik wie auch das spätere Interesse sowohl der Einlieferer wie der Sammlungen ab, eine dezidiert „politische“ Kultur und die aktive Teilhabe daran zu dokumentieren (Abb. 2). Zugleich sind ähnlich vielschichtige Zeugnisse selten,¹¹

¹¹ Die Dominanz von 224 Aufnahmen aus Zeltlagern und Ausflügen, von 341 Gruppenaufnahmen und 498 Aufnahmen von Großveranstaltungen im Gesamtbestand der ca. 1.900 im Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig erschlossenen Aufnahmen des Museums für Geschichte der Arbeiterbewegung belegt sowohl die persönliche Erinnerungsfunktion als auch die Organisationszentrierung des Sammlungsinteresses; wieweit diese Proportionen reprä-

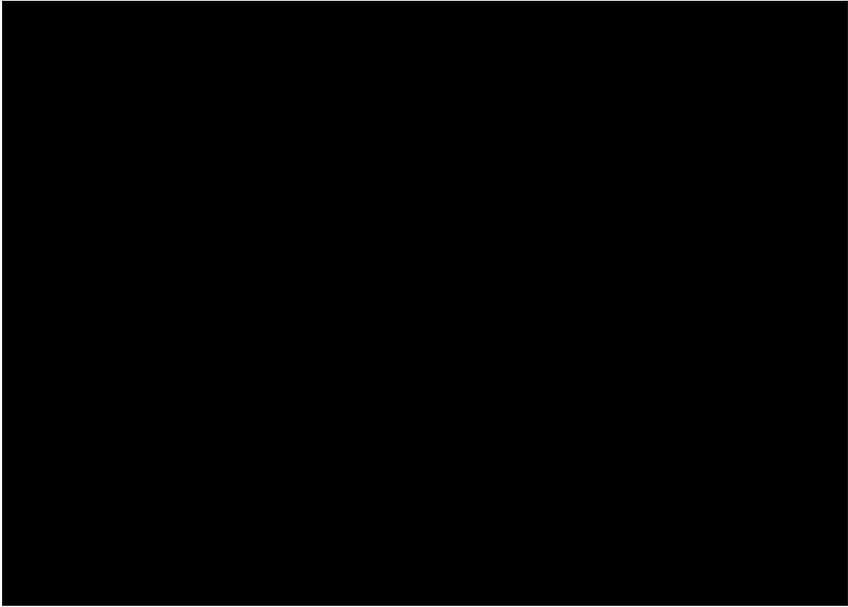


Abb. 2: Gruppenaufnahme mit Demonstrationstransparent zum Berliner „Blutmai“ 1929. Verso: „KJVD [Dresden-]Neustadt im Kampf gegen die Reaktion, Mai 1929. 3.v.r. Rudi Jäger/ Kluge, Willy/ Jungmann/ Richter-Berndt, Hilde/ m. Rose Feist“. Museen der Stadt Dresden. Stadtmuseum (Bestand Museum für Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung 145/58) SMD Ph 2012/00236. Reproduktion: ISGV – Unbekannter Fotograf

und auch eine zweite Fotografie, die drei der agierenden Männer aus Abbildung 1 in anderen Posen neben der mit anderem Bildmaterial bestückten Litfasssäule zeigt, belegt in ihrer eher beiläufigen Form einen weniger komplexen Mediengebrauch (Abb. 3).¹² Umso mehr ist die Aufnahme geeignet, exemplarisch für die Leistungen und Widersprüche dieser Bildkultur zu stehen. Im bewusst freigehaltenen Zentrum der Gruppe steht eine offenbar selbst gebaute Agitationssäule auf quadratischem Grundriss, die mit Papier bespannt und mit Zeitungsfotos beklebt ist. Ihre Anordnung

sentativ für die tatsächliche Praxis sind, entzieht sich der Beurteilung. Siehe hierzu Metz, *Geschichts-Bilder*, bes. Abschnitt „Eine statistische Bestandaufnahme“, S.377-379.

¹² Auf der Säule und in der Hand des rechts von ihr stehenden Mannes ist die Montage John Heartfields zur Parole „Für Brot und Freiheit!“ erkennbar, die im Herbst 1930 auf einer Sonderausgabe der Arbeiter Illustrierten Zeitung und vermutlich auch als Plakat erschienen war. Siehe Wieland Herzfelde: *John Heartfield. Leben und Werk dargestellt von seinem Bruder*, Dresden 1970, Tf. 142.

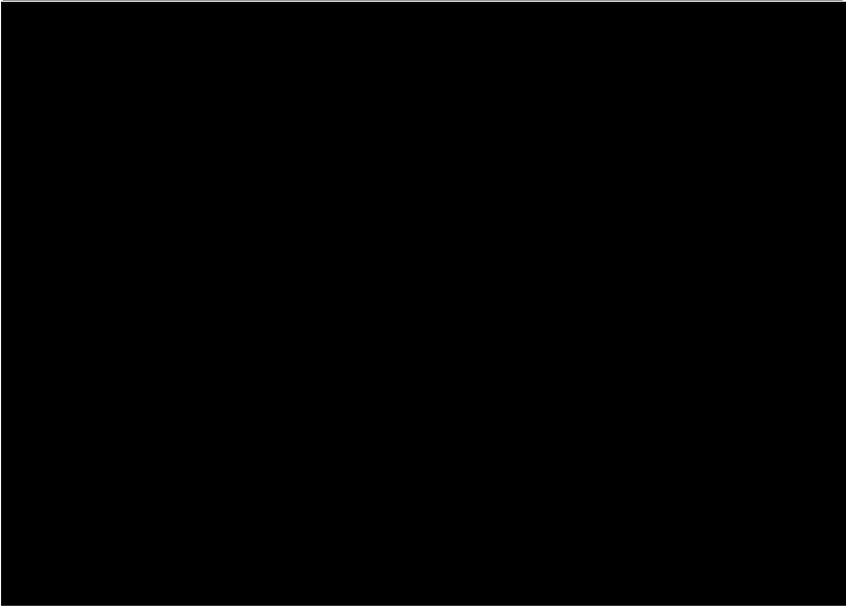


Abb. 3: Wahlagitation in Dresden-Pieschen, Reichstagswahl 1930. Verso: „Otto Knöfel, Herbert Knöfel, Hans Ullrich“. Museen der Stadt Dresden. Stadtmuseum (Bestand Museum für Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung 268/58) SMD Ph 00097/10. Reproduktion: ISGV – Unbekannter Fotograf.

als Bildmittelpunkt unterstreicht die Beweiskraft und Attraktion visueller Information in der Parteipropaganda und Wahlkampfagitation. Darüber hinaus belegt ihre Beschaffenheit mehrere, für die öffentliche Bildpraxis bedeutende Aspekte:

- Vorhergegangen ist eine nicht allzu kurze Phase, die dem Sammeln geeigneten Bildmaterials in einem wie auch immer ephemeren Archiv galt. Gerade als Mittel und Repräsentant einer geordneten Gegenwart des anderen Regels folgenden Bastelns, doch auch als Hort diversester Materialien mit den Potenzen unendlicher Kombinationsmöglichkeiten, erscheint das Archiv in diesem Zusammenhang für die inhaltliche wie die gestalterische Arbeit unerlässlich.¹³ Es ist als Teil einer „Verwissenschaftlichung“ der politischen Tagesarbeit in einer Anleitung des ZK, Agitprop, so beschrieben worden: „Jede Zeitungsredaktion soll sich ein

13 Zum Fotoarchiv und dessen erinnerungsstrukturierender Bedeutung z. B. Herta Wolf: Das Denkmälerarchiv Fotografie, in: Dies. (Hrsg.): *Paradigma Fotografie. Fotokritik am Ende des fotografischen Zeitalters*, Frankfurt/Main 2002, S.349-375.

kleines, stets aktuelles Archiv halten. [...] Was muß das Archiv enthalten? [...] 1. Zellenmaterial [...], 2. Zentrales Material [...] 3. Bildarchiv. Die gedruckten und abgezogenen Illustrationsvorlagen, die vom Z.K. herausgegeben werden; aus der „R.F. [Rote Fahne]“, „A.I.Z.“, „Eulenspiegel“ und anderen Zeitungen (evtl. russische), die der Zelle zugänglich sind, ausgeschnittene Zeichnungen. Zeichnungen und Karrikaturen [sic!], die im Betrieb gesammelt wurden.“¹⁴ Claude Lévy-Strauss' Bemerkungen zur Bricolage eingedenk, lässt sich das als Professionalisierungsprozess, als Ersetzen des Bastelns durch das planende Denken, auch in Bezug auf das Montieren beschreiben.¹⁵

- Der zweite Aspekt ist die handwerkliche Anfertigung – vermutlich ohne professionelle Anleitung etwa durch Künstler aus der Assoziation Revolutionärer Bildender Künstler Deutschland (ASSO), wie sie bei anderen Gelegenheiten belegt ist¹⁶ – in einer der „Bastelstuben“ der KPD, die in Wahlkampfzeiten für die nahräumliche Agitation Material herstellen sollten und für die immer wieder Anregungen in den Parteizeitungen veröffentlicht wurden. Womöglich war über die private Erinnerung hinaus an eine solche Verwendung gedacht (Abb. 4).
- Schließlich belegt die Litfasssäule Grunderfahrungen mit der Methode der Fotomontage, wenn auch diese hier in ihrer basalen Form als das vermutlich thematisch bestimmte Nebeneinander in einem rasterartig geordneten Mosaik erscheint.

Die Bestückung der Bildsäule im Zentrum der Pieschener Fotografie verband also zum einen das lokale Handeln mit zentral produziertem Bildmaterial, zum anderen gibt sie einen Hinweis auf ein lokales Archiv. Diese dialektische Verbindung zentraler, womöglich professioneller oder semiprofessioneller Strukturen und Leistungen mit kleinräumiger Aktion war auch beim Aufbau der VdAFD von Anfang an Teil der Praxis. Schon das erste „Aktionsprogramm“ der jungen Organisation enthielt nach den ersten drei Hauptaufgaben Ausbildung, „künstlerische Vervollständigung des Könnens“ und „Volksaufklärung im Sinne des proletarischen Klas-

14 ZK Agitprop der KPD: Wegweiser zur Herstellung von Betriebs-, Häuserblock- und Dorfzeitungen. Berlin, Juli 1931, S.13f. (Archiv Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg; Mitteilung Ursula Büttner und Angelika Voß-Louis).

15 Siehe hierzu Wolfgang Hesse: „Wir wollen montieren“. Fotomontagen als proletarische Volkskunst, in: Zeitschrift für Volkskunde, 2010, 2. Bd., S.163-196. Hier auch Ausführungen zum Zusammenhang von Archiv und Montage.

16 Siehe Mathias Wagner: Kunst als Waffe. Die „Asso“ in Dresden, 1930 bis 1933, in: Birgit Dalbajewa (Hrsg.): Neue Sachlichkeit in Dresden, Dresden 2011, S.130-135.

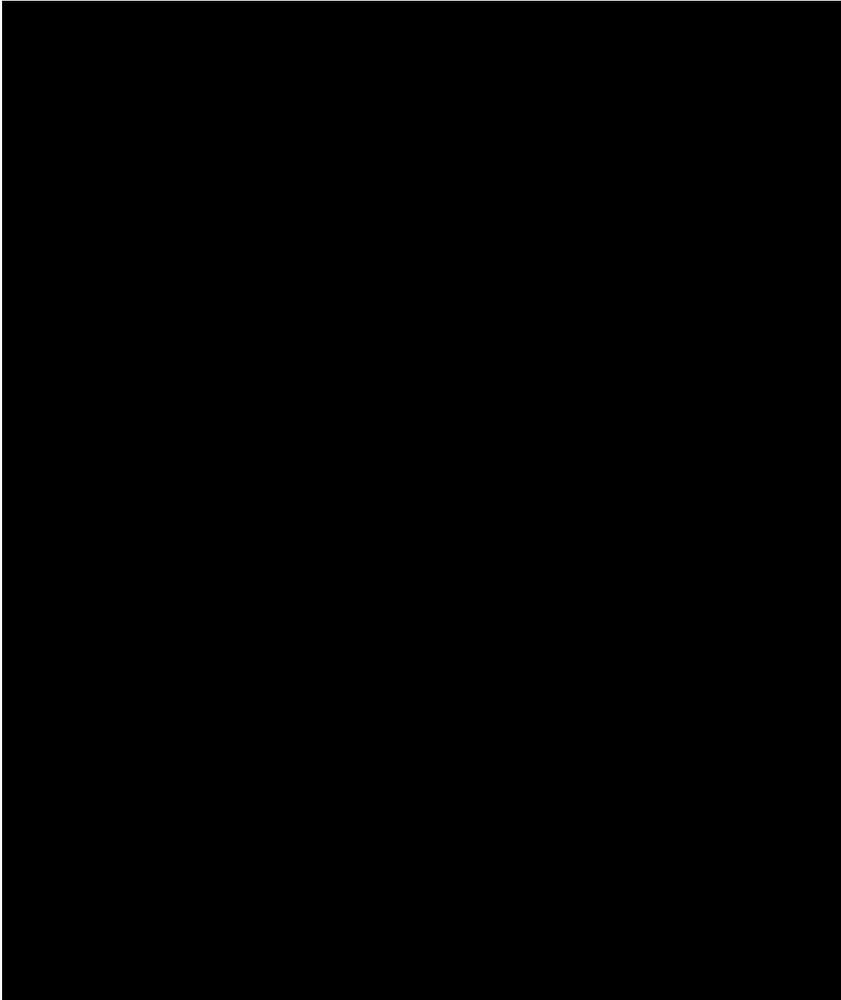


Abb. 4: Darstellung einer „Bastelstube“ der KPD aus: „Agitprop trommelt! Zum zweiten Wahlgang und zum roten Volksentscheid“, in: Sächsische Arbeiter-Zeitung, 1.4.1932, S.13, Ausschnitt. Reproduktion: Stadtarchiv Leipzig

senkampfes durch eine weitverzweigte Bildberichterstattung“ bereits an vierter Stelle den Aufbau eines Archivs für Lehrzwecke fest. Es sollte vom Reichsbildwart betreut werden und außer der Versorgung der (Partei-) Presse für die aktuelle Berichterstattung Material für das Vereinsorgan sowie für „Lichtbildvortragsserien“, den Aufbau einer „Lichtbildreichszent-

rale“ und für Ausstellungen bereitstellen.¹⁷ Drei Jahre später kam noch die Herstellung von „Wandermappen“ hinzu.¹⁸ Dem entsprachen die Bemühungen an der Basis. So hatte man beispielsweise in der sehr aktiven Ortsgruppe Freital die Ablieferung einer Pflichtaufnahme im Monat an das Vereinsarchiv beschlossen¹⁹ und dort neben dem 1. und 2. Vorsitzenden, dem 1. und 2. Kassierer, dem 1. und 2. Schriftführer und drei Technischen Leitern auch die Position eines Archivwirts eingerichtet.²⁰

Sollten durch Austausch sowohl die interne Ausbildung wie auch die externe Wirksamkeit der Ortsgruppen und der Organisation auf Reichsebene effizienter gestaltet werden, so entstand damit zugleich ein Fundus von Bildern, die unabhängig von ihrer Entstehungszeit und Lokalisierung für die Deutung der politischen Lage stehen konnten. Sie lösten sich damit von einem unmittelbaren Geschehen „dokumentierenden“ Gestus ab, erweiterten diesen um variabel kombinierbare „Symbolbilder“ wesentlicher Sachverhalte.

Solcher Austausch machte nicht zuletzt das Medium „Ausstellung“ seinerseits als Montage kenntlich (und verband es en passant auch mit dem Film), ganz so wie es der Kunstkritiker der „Roten Fahne“, Durus (d. i. Alfréd Kemény) in seiner Rezension der Berliner Reichsausstellung der VdAFD 1931 skizzierte: „Die ganze Ausstellung wirkt wie ein fortlaufender, knapp beschrifteter, von Anfang bis Ende spannender bildlicher Wirklichkeitsbericht. Ein herrliches Bilderbuch des Kampfes zwischen Revolution und Reaktion in Deutschland. Eine in die einzelnen Fotobestandteile zerlegte Fotomontage mit starken filmischen Spannungselementen. Es werden da nicht nur Einzelausschnitte der Wirklichkeit übermittelt. Die in Einzelteile zerlegte Wirklichkeit wird in wesentlichen Beziehungen und Gegensätzen, in ihrer sozialen Bewegtheit widerspiegelt. Es ist kaum etwas von undialektischer Starrheit übriggeblieben. Dies pflegt man als ‚dialektische Montage‘ zu bezeichnen.“²¹

17 Aktionsprogramm der Vereinigung der Arbeiter-Fotografen Deutschlands, in: Der Arbeiter-Fotograf, 1926/1927, H. 9, S.20. Die Ortsgruppe Leipzig berichtete z. B. 1932, sie habe ihre besten Bilder an das Reichsbildarchiv gesandt, in: Der Arbeiter-Fotograf, 1932, H. 3, S.68.

18 Siehe Aktionsprogramm der Vereinigung der Arbeiter-Fotografen Deutschlands, in: Der Arbeiter-Fotograf, 1930, H. 3, S.50.

19 Siehe Ortsgruppenbericht Freital, in: Der Arbeiter-Fotograf, 1930, H. 7, S.172.

20 Siehe Ortsgruppenbericht Freital, in: Der Arbeiter-Fotograf, 1931, H. 2, S.44.

21 Durus: Reichs-Ausstellung 1931, in: Der Arbeiter-Fotograf, 1931, H. 11, S.279-281, hier S.280.

So wurde vielfach und in vielfältigen Formen eine „neue Kunst der Straße“ realisiert – sei es im Schaukasten, bei der Herstellung von Fotomontagen, Agitpropmitteln wie dem hier vorgestellten oder bei der konzeptionellen und handwerklichen Vorbereitung von Ausstellungen. Diese Darstellungsformen bedurften nicht des arbeitsteiligen und hierarchisch kontrollierten Apparats der Zeitschriften und wurden nicht wie die dort zusammengestellten Bild-Text-Reportagen intensiv politisch und medientheoretisch diskutiert.²²

Öffentlich privat

Bereits das Bildzentrum „Litfasssäule“ in Abbildung 1 weist aus einem rein privaten Erinnerungszusammenhang hinaus in die Öffentlichkeit der Medienpolitik, bettet umgekehrt das Private in das Öffentliche ein. Das Bild bricht damit die Hermetik nicht durchdringbarer subjektiver Befindlichkeit von Knipserfotografien auf, die gleichwohl in der rückseitigen Beschriftung ihre Spuren hinterlassen hat: „Neumann Liesel jetzt Rödiga, Familie Werner, Otto Knöfel“. Zugleich aber gehört die Fotografie aufgrund von Thema und Form zu der überwältigenden Zahl all jener Bilder, die nach einem Diktum des AIZ-Bildredakteurs Hermann Leupold nur für die „Schreckenskammer“ der Zeitung geeignet schienen – die Rubrik „Aus der Arbeiterbewegung“. Hier wurden solche in ihrer Grundstruktur immergleichen Szenen von Gruppen oder Aufmärschen zu Tableaus zusammengefasst, um die Allgegenwart der Partei zu demonstrieren und die Leser-Blatt-Bindung zu stärken (Abb. 5).²³ Denn gesucht wurde anderes, „soziale Reportagen“, eindruckliche „Dokumente“ der Auseinandersetzung mit der Polizei, „Tendenzbilder“ in der Bildsprache der (bürgerlichen) Pressefotografie, denen agitatorisch wirksame Beweiskraft zuge-

22 Siehe hierzu v. a. Heinz Luedecke: Bild-Wort-Montage. Ein Vorschlag zur Zusammenarbeit von Fotografen und Schriftstellern, in: *Der Arbeiter-Fotograf*, 1931, H. 9, S.211-213; zu den widersprüchlichen Diskussionen über die Fotomontage siehe Hesse, „Wir wollen montieren“; zum Begriff und zur Praxis der Reportage siehe Herbert Hofreither: *Arbeiterfotografie als „Soziale Waffe“*. Zur fototheoretischen Diskussion der inhaltlichen Aufgaben und Motive sowie des formalen Genres der „Foto-Reportage“ in der Zeitschrift „*Der Arbeiter-Fotograf*“ in der Weimarer Republik von 1926-1932, Diss. Wien 1990, bes. Kap. 3.3.3. „Der ‚Reportage‘-Begriff in *Der Arbeiter-Fotograf*“, S.481-487, und 3.3.3.3. „Die Bild-Serie“, S.499-505.

23 Siehe Hermann Leupold: *Das Bild – eine Waffe im Klassenkampf*, in: *Der Arbeiter-Fotograf*, 1931, H. 11, S.271-275.

sprochen wurde (Abb. 6). Jene ging in dieser Logik solchen Erinnerungsaufnahmen schon allein deshalb ab, als sich ihre Akteure mit dem Blick in die Kamera selbst- und medienbewusst zeigten und sich nicht ohne sichtbare Wahrnehmung der Aufnahmesituation „objektiv“ bei wichtigen Verrichtungen von Arbeit, Alltag oder gar Aktionen des Klassenkampfes ablichten ließen.

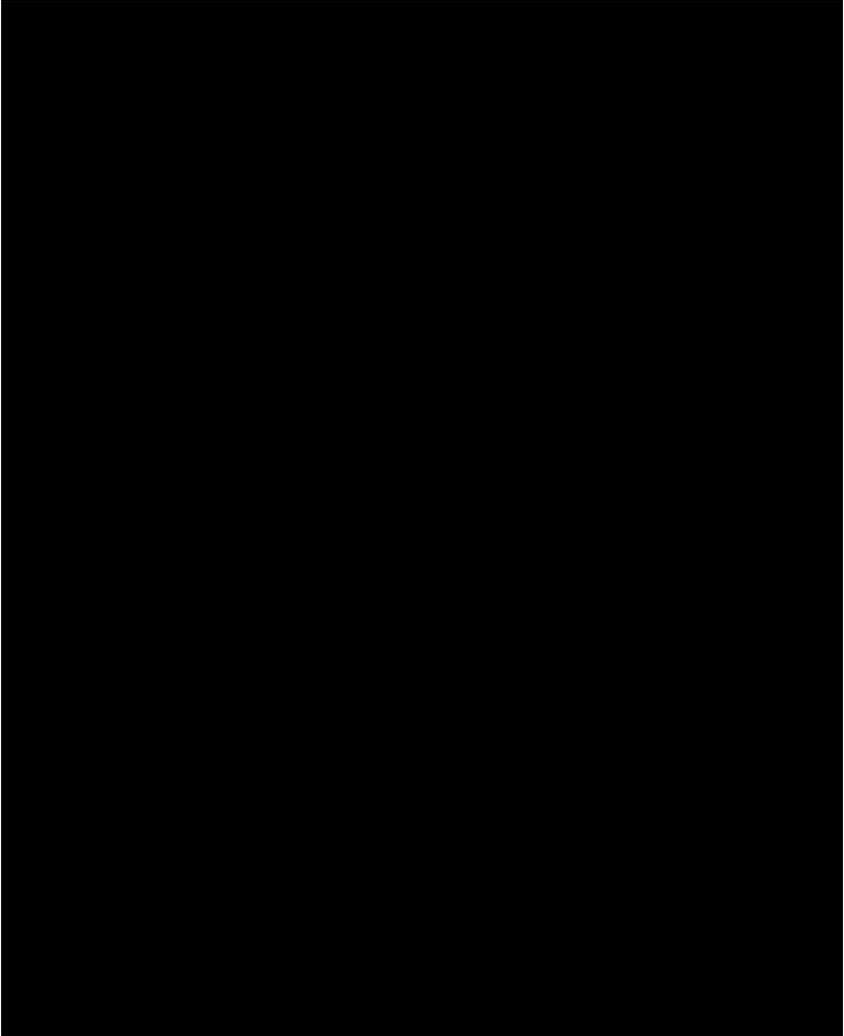


Abb. 5: Verschiedene Fotografen: Sammelbild der Rubrik „Aus der Arbeiterbewegung“, in: Arbeiter Illustrierte Zeitung, 1932, H. 11, S.259. Reproduktion: ISGVa

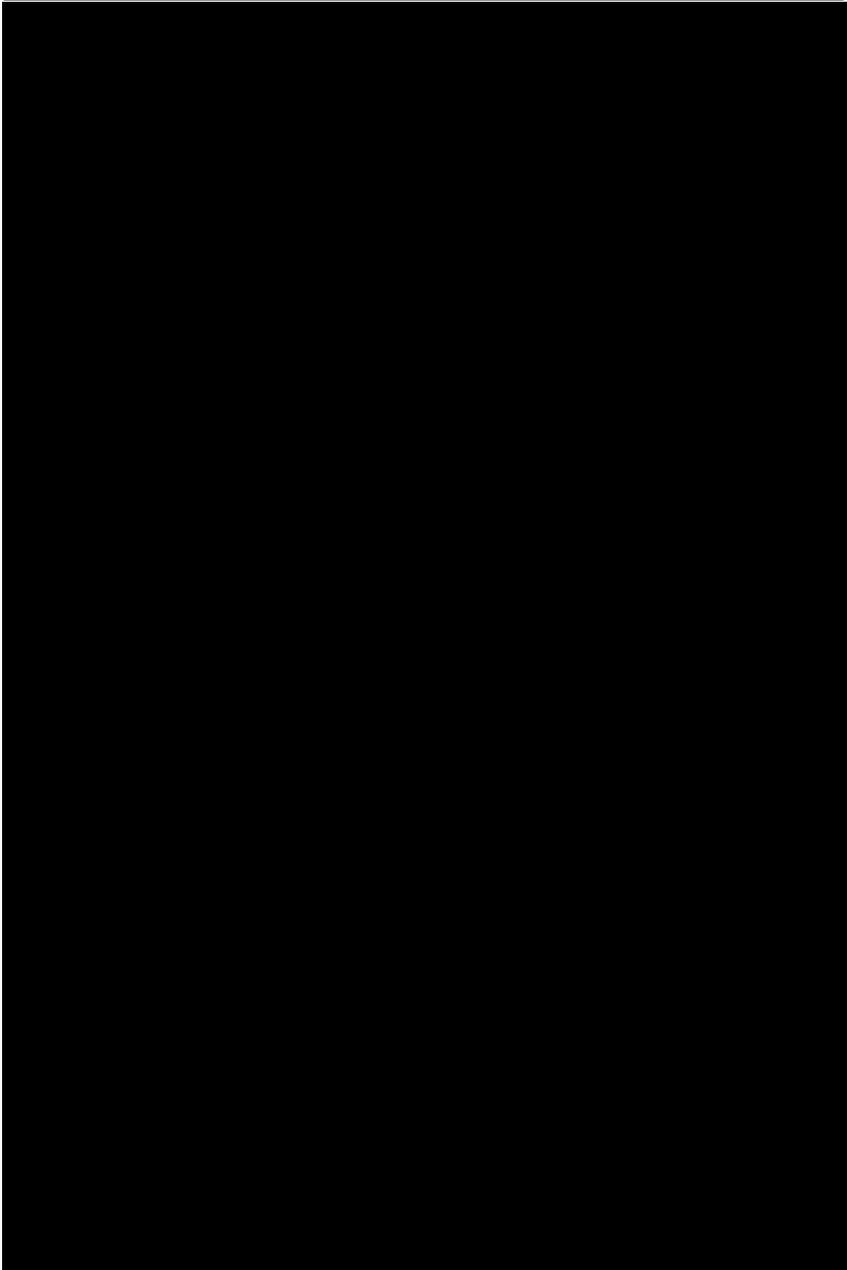


Abb. 6: Verschiedene Fotografen: „Dokumente zum 1. Mai“, in: *Der Arbeiter-Fotograf*, 1929, H. 7, S.133. Reproduktion: Deutsche Nationalbibliothek Leipzig

Die Bedeutung solcher Erinnerungsbilder proletarischen Alltags steht also im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Wertschätzung durch die anleitenden Funktionäre.²⁴ Der intendierte kollektive Lernprozess, der den privaten Bildraum in einen öffentlichen überführen wollte, stieß auch auf diesem Feld auf jenen, die Arbeiterbewegung insgesamt durchziehenden Widerspruch des „spontanen“ zum „organisierten“ Arbeiterbewusstsein.²⁵ Das in der vorliegenden Aufnahme sichtbar werdende Medienbewusstsein gehörte nicht zu den als zentral für das Konzept der KPD erachteten Faktoren des weitgehend in Kategorien des Militärischen gedachten Klassenkampfes, kongruierte nicht zuletzt mit einer Entmächtigung der „Basis“. Im Vordergrund stand für die Aktivisten und Funktionäre ein Lehrauftrag: „Denn die Arbeiterklasse hatte sich zwar eine eigene Klassenideologie geschaffen, aber der einzelne war noch sehr der bürgerlichen Gedankenwelt verhaftet. Und selbst wenn er in den grossen politischen Fragen schon klar sah [...], mit der Kamera kam er über Erinnerungsbildchen kaum hinaus. Die neue sozialistische Gedankenwelt mit der Kamera in die Wirklichkeit umzusetzen, das war ein Problem.“²⁶ Die geforderte Abstraktionsleistung stand offenbar im Widerspruch zum lebensweltlich gegründeten Habitus der Akteure mit dessen Dominanz ethischer vor formalen Bewertungen von Bildern.²⁷

Theatralität und Inszenierung

Doch ist der Pieschener Aufnahme noch in anderen Hinsichten visuelles Denken eingeschrieben. Zunächst entspricht der Aufbau der Gruppe mit ihrem flachen und nach hinten nahezu abgeschlossenen Bühnenraum, ihrer statischen und trotz Körperdrehungen im Wesentlichen fron-

24 Programmatisch dazu Edwin Hoernle: Das Auge des Arbeiters, in: Der Arbeiter-Fotograf, 1930, H. 7, S.151-154.

25 Siehe hierzu Rudolf Stumberger: Klassen-Bilder. Sozialdokumentarische Fotografie, 2 Bde., Konstanz 2007 und 2010.

26 Erich Rinka: Arbeiterfotografen – was sie waren, was sie wollten. Manuskript (1966/67), in: Technische Sammlungen Dresden, Schriftgutsammlung Inv. Nr. 13/2004, Bl. 9-22, hier Bl. 10. Der folgende Passus ist weitgehend entnommen Wolfgang Hesse: Körper und Zeichen. Arbeiterfotografien aus Dohna, Heidenau und Johanngeorgenstadt 1932/33 (Bausteine aus dem Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde, 24), Dresden 2013; dort auch ausführliche Erörterung des Öffentlichen im Privaten und der Modi der proletarischen Amateurfotografie.

27 Siehe Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede, Frankfurt/Main 1994, bes. S.277-286.

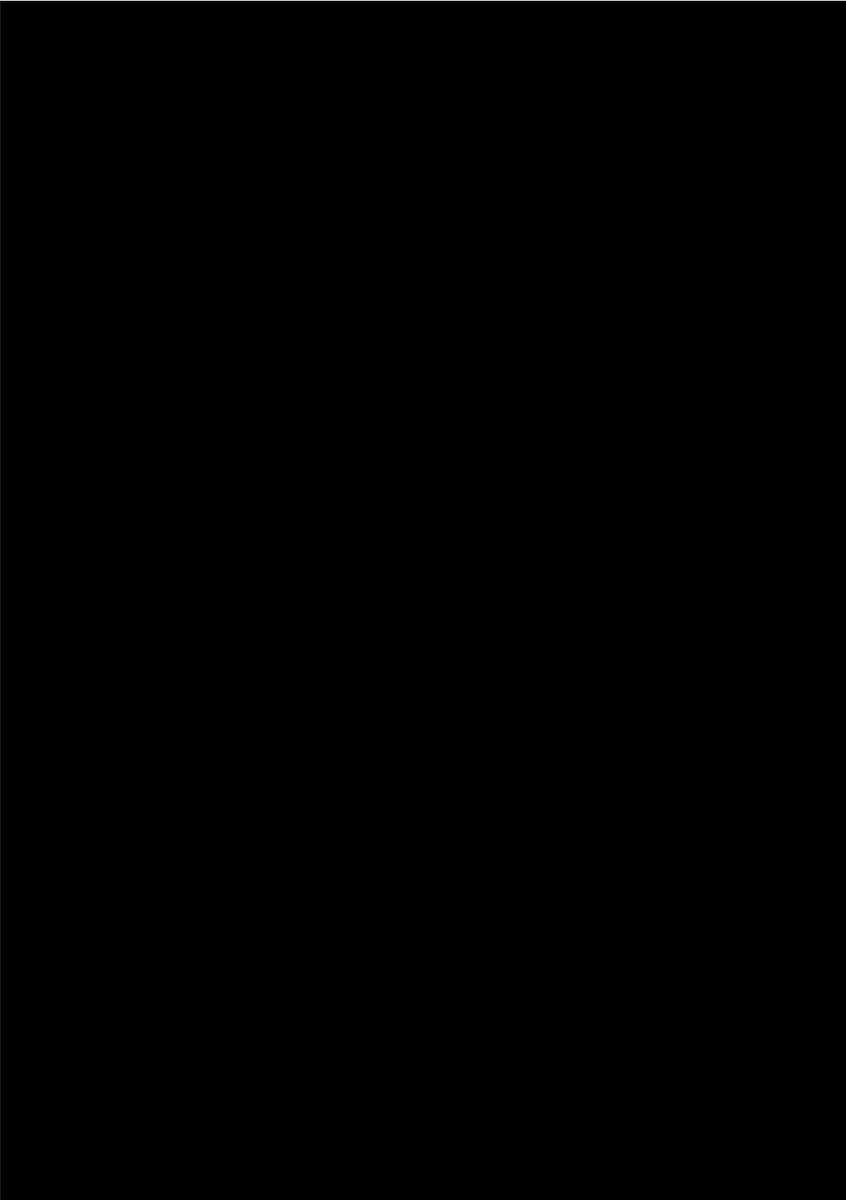


Abb. 7: Die Rote Fahne vom 27. Mai 1928 mit John Heartfields Titelmontage „Klassenkampf gegen Reaktion! Rot Front im roten Berlin!“, nach: Eckhard Siepmann: Montage: John Heartfield. Vom Club Dada zur Arbeiter-Illustrierten Zeitung, Berlin 1977, S.121. Reproduktion: ISGV

talen Anordnung den längst eingeübten und verinnerlichteten Konventionen atelierfotografischer Aufstellungsgewohnheiten.²⁸ Alle Beteiligten, die sichtbaren wie die unsichtbaren, folgten dem „Verständigungsspiel“: der Fotograf, die sich ihm Präsentierenden und möglicherweise weitere Zuschauer.²⁹ Aber darüber hinaus sind – sichtbare – Körperhaltungen und – rekonstruierbare – Mentalitäten prägend, die sich aus anderen Traditionen speisten. Der Gestus der beiden nahezu symmetrisch stehenden Männer links und rechts der Säule lädt die Gruppe bedeutungsvoll zum gelebten Programmbild der Weltrevolution auf. Der Gruß des RFB, den beide zeigen, war seit Mitte der 1920er-Jahre zu deren Zeichen geworden und hatte durch die Designerleistung John Heartfields Form bekommen.³⁰ Dem entsprechend stehen die beiden als einzige Personen des Arrangements frontal zum Betrachter der Szene und parallel zur Aufnahmeebene der Kamera. Sie verhalten sich also heraldisch nicht nur mit ihrer Geste in der räumlichen Aktion, sondern mit dem ganzen Körper in Bezug auf die Fläche des Bildes: Ihnen ist die Organisation in den Leib gefahren. Sie orientieren sich hierin zum einen an pathetischen Mustern von bildgewordener Körperlichkeit, wie sie wiederum Heartfield formuliert hatte (wenn auch die beiden Männer hier aufgrund ihres Ortes wie auch die Fotografie aufgrund des Kamerastandpunkts die überhöhende Untersicht nicht erzeugen konnten) (Abb. 7).

Zum anderen wird es nicht zu weit gehen, zu sagen, dass sie sich mit ihrer Selbst-Darstellung in der Emblematis des RFB und der sichtbar verinnerlichteten Figuration des „Kämpfers“ bewusst dialektisch aufhoben, die – etwa in Masseninszenierungen mit dem Partei- und ehemaligen RFB-Vor-

28 Siehe hierzu die vielfältigen Beispiele bei Paul Hugger/Richard Wolf: *Wir sind jemand. Gruppenfotografien von 1870 bis 1945*, Bern 2012.

29 A.V.B.: *Zustandsfotografie*, in: *Der Arbeiter-Fotograf*, 1931, H. 9, S.224; siehe hierzu Matthias Weiss: *Was ist „inszenierte Fotografie“? Eine Begriffsbestimmung*, in: Lars Blunck (Hrsg.): *Die fotografische Wirklichkeit. Inszenierung – Fiktion – Narration*, Bielefeld 2010, S.37-52.

30 Zu den Körperzeichen und medialen Verwandlungen des RFB-Grußes und des Handzeichens des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold der SPD siehe Gerhard Paul: *Krieg der Symbole. Formen und Inhalte des symbolpublizistischen Bürgerkriegs 1932*, in: Diethart Kerbs/Henrick Stahr (Hrsg.): *Berlin 1932. Das letzte Jahr der Weimarer Republik. Politik, Symbole, Medien*, Berlin 1992, S.27-55; zum RFB siehe Carsten Voigt: *Kampfbünde der Arbeiterbewegung. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen 1924-1933*, Köln-Weimar-Wien 2009, zur ambivalenten Haltung der KPD zum militärischen Gestus des RFB bes. Kap. VII Reichsbanner, RFB und die politische Kultur der Weimarer Republik, S.259-360.

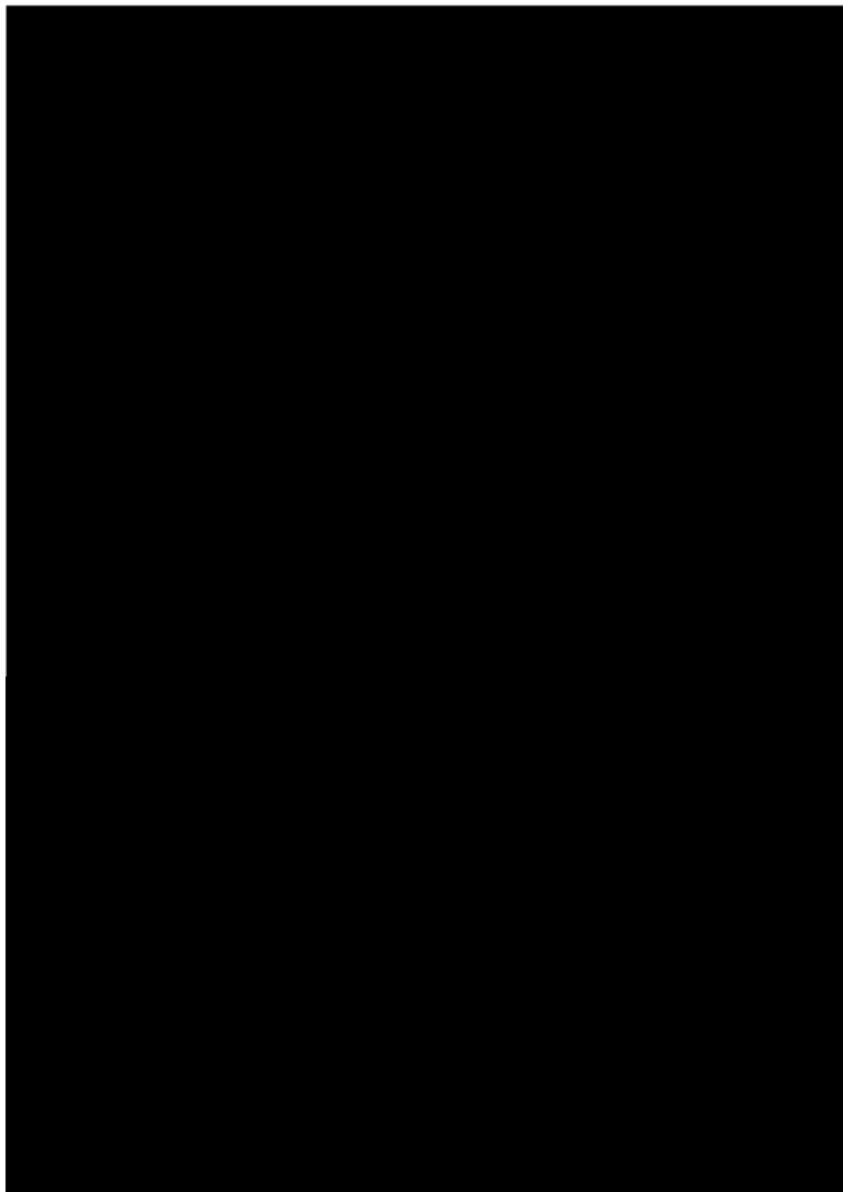


Abb. 8: Fahne der Ortsgruppe Hohenstein-Ernstthal des Roten Frontkämpferbundes mit Fotografie einer Demonstration am 1. Mai 1925 und der Überlieferungsgeschichte der Fahne, in: Armeemuseum der DDR (Hrsg.): *Fahnen. Sachzeugen revolutionärer Militärgeschichte*, Dresden 1978, S.26. Reproduktion: ISGV

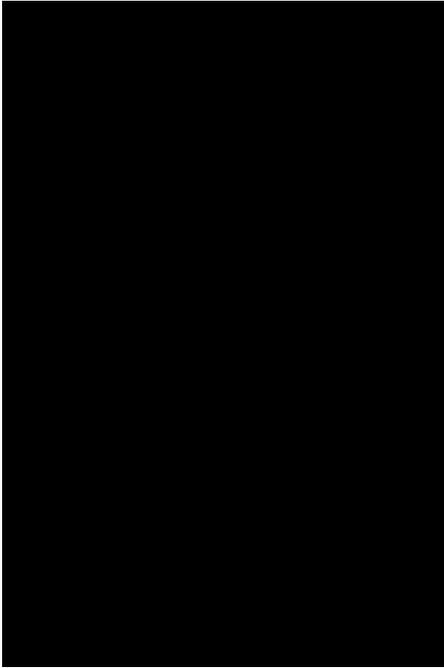


Abb. 9: Kurt Burghardt: Der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann und der sächsische Parteivorsitzende Fritz Selbmann bei der Eröffnung der Wahlkundgebung vom 19. Juli 1932 in der Radrennbahn Dresden-Reick, Deutsche Fotothek Film 212881_07

sitzenden Ernst Thälmann – real erlebbar werden mochte (Abb. 8, Abb. 9).

Andererseits – und zunächst im Widerspruch hierzu – ist die Szenerie von wenig martialischem, freundlich-zivilem Einverständnis der Akteurinnen und Akteure untereinander geprägt. Privates und Politisches sind somit untrennbar amalgamiert – und das nicht allein in den lesbaren Spuren des Handelns als der indexikalischen Ebene des Bildes, sondern gerade auch in dessen ikonischer Dimension mit ihren vielfältigen Bezügen zu durchaus heterogenen, hier jedoch zusammengeführten Bildwelten. Denn ist es offenkundig: Die Akteure „denken sich im Voraus als Bild“, wie Roland Barthes diesen komplexen Zusammenhang von Körper- und Bildhandeln vor der Folie eingübter Medienerfahrung be-

schrieben hat – und es mag sein, dass die fröhliche Stimmung der Mienen und das Hin und Her des Austauschs gerade der Frauen just jenen Auf führungscharakter kommentiert und das Martialische der Emblematik mit freundlicher Ironie in einen zivileren Alltag integriert.³¹

Diese doppelte Haltung – die physische Selbstpräsentation und die Antizipation von deren Erscheinung als nachträglich durch die Akteure selbst und durch andere zu betrachtender Inszenierung – verbindet Aktion wie Bild mit den theatralen Praxen innerhalb der Arbeiterbewegung.³² Hierzu zählen nicht nur Theateraufführungen oder Rezitationen, sondern auch

31 Siehe Roland Barthes: Die helle Kammer. Bemerkung zur Photographie, Frankfurt/Main 2007.

32 Siehe hierzu ausführlich Matthias Warstat: Theatrale Gemeinschaften. Zur Festkultur der Arbeiterbewegung 1918-33 (Theatralität, 9), Tübingen-Basel 2005.



Abb. 10: Schlußapotheose eines Massenchores [?]. Verso „KJVD mit Jungfront, Annensäle 1927 (?). 1. Reihe 2. v. l., A. Hamann, 3. Reihe 1. v. l. A. Wustmann, letzte Reihe Otto Hempel“. Museen der Stadt Dresden. Stadtmuseum (Bestand Museum für Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung) SMD Ph 2012/00170. Reproduktion: ISGV – Unbekannter Fotograf

bewegte Aufzüge aller Größe und Art. Deren Argument lag vor allem im öffentlichen Auftreten quasi militärischer Formationen und ihrer Ausdeutung durch Rufe, Gesänge und Bilder, insbesondere jedoch mit Schriftparolen und begleitender Flugblattverteilung bzw. Zeitschriftenverkauf.³³ Im Alltagswissen waren diese Handlungsebenen – auch mit ihren ikonografisch fixierbaren Elementen – bereits in den gezeichneten bzw. gedruckten Allegorien des 19. Jahrhunderts, die realistische und symbolische Elemente zu Wandschmuck oder Zeitungssillustration verbunden hatten, zusammengeführt worden. Insbesondere jedoch von den bis weit in die 1920er-Jahre hinein geübten Aufstellungen Lebender Bilder dürfte diese Beziehung zwischen physischer Aktion und moralisierend-politischem Bilddenken geprägt worden sein.³⁴ Die stilistische Bandbreite und der suggerierte

33 Im Unterschied hierzu marschierte die SA der NSDAP grundsätzlich ohne Schrifttransparente und verteilte nur ausnahmsweise, etwa bei der Landagitacion, Flugzettel.

34 Siehe zum folgenden Abschnitt ausführlicher Hesse, Körper.

Realitätsgrad dieser Inszenierungen (zu denen nicht zuletzt die Erfahrungen mit Filmvorstellungen hinzukamen) waren groß. Doch ist ihnen symbolische Überhöhung gemeinsam: „Das Schlußbild soll eine Apotheose auf den endgültigen Sieg der Arbeiterklasse sein. Zur Symbolisierung stehen etwas erhöht der Industriearbeiter, der Landarbeiter, der Beamte, der Angestellte [...] und reichen sich die Hände. [...] Politisch linksgerichtete Theatergruppen können als Abschluß des Ganzen im Hintergrund noch einen riesigen, aus Pappe gefertigten Sowjetstern aufstellen“.³⁵ (Abb. 10) Insofern stellt die Situation des Pieschener Bildes ein hoch komplexes, (wenn auch statisches) Gegenstück zu den „Kampfbildern“ dar, die es so selten gab. Seine ausgestellte Inszeniertheit tat ein Übriges, um die Kluft zwischen den Kulturen innerhalb der Partei unüberbrückbar zu machen. Gleichwohl verbinden sich die Visualität der Agitationsmittel und die Präsentation der Akteure als Bild im vollen Bewusstsein medialer Überlieferung des Moments. Die Fotografie ist Beleg eines montierenden Denkens von Körperlichkeit, Schriftlichkeit und Bildlichkeit, in welchem sich die visuelle Moderne in proletarischer Lebenswelt realisiert. Im vollen subjektiven Bewusstsein der Akteure, objektiv auf der Seite des Fortschritts zu stehen, und insofern politisch, entsprach sie gleichwohl nicht einem militant-aktionistischen Konzept des Klassenkampfes wie dem, von dem Edwin Hoernle als der „gefährlichen Freiheit in den Schützengräben der Revolution“ geschrieben hatte.³⁶

„Realmontage“ versus „Dokument“

Doch enthält unsere Aufnahme auch ein Gegenbild zu dieser vorgebliehen „Privatheit“ und zur Verdammung moderner Bildsprachen, wie sie seit 1928/29 in Anpassung an die erneut linksradikale Militanz der KPD in der „Dritten Periode“ und die sie begleitenden Vorgaben der sowjetischen Kulturpolitik an Boden gewann.³⁷ Es ist das Titelblatt der KPD-

35 „Das Ziel“ des siebenteiligen Programms von Walter Troppenz: Unser Weg zum Ziel. Sieben lebende Bilder in melodramatischer Bearbeitung mit begleitendem Text (Soziale Lebende Bilder, Nr. 6), Leipzig (1926). S.13.

36 Edwin Hoernle: Der Mensch vor deinem Auge, in: Der Arbeiter-Fotograf, 1930, H. 11, S.251-253, hier S.252f.

37 Zur „Dritten Periode“ und dem „eingreifenden Fotografieren“ siehe Wolfgang Hesse: Beweismittel und Geschichtspolitik. Zu den Leica-Aufnahmen des Leipziger Arbeiterfotografen Fritz Böhlmann (1892–1978), in: Neues Archiv für sächsische Geschichte, 82, 2011, S.109-158; zur Stalinisierung der Fotografiepolitik siehe Ursula Schlude: „Es wäre uns pein-

Zeitschrift „Die Kämpferin“³⁸, die die rechts stehende Frau demonstrativ vor sich hält und damit neben der KPD-Tageszeitung „Arbeiterstimme“ in der Hand des rechten RFB-Kämpfers der Gesamtsituation ein weiteres Element hinzufügt – und dieses geschlechter- wie bildpolitisch in den proletarischen Alltag, dessen Repräsentations- und Bildstrategien integriert (Abb. 11).

Die Gestaltung des Titelblatts der „Kämpferin“ stammt von dem am Dessauer Bauhaus ausgebildeten Grafiker Max Gebhard. Sie basiert auf einer vermutlich durch die Bildagentur Unionfoto vertriebenen Aufnahme des russischen Fotografen Dimitrij Debabow, die in konstruktivistischer Untersicht rauchen-

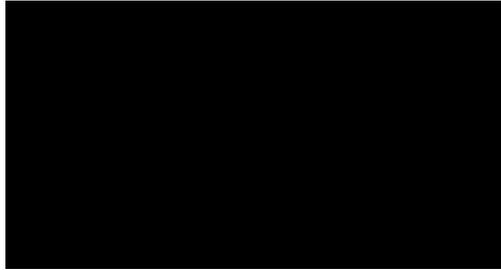


Abb. 11: Ausschnitt aus Abb. 1: Agitation in Dresden-Pieschen, Reichstagswahl 1930. Museum der Stadt Dresden. Stadtmuseum (Bestand Museum für Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung 268/58) SMD Ph 00101/10. Reproduktion: ISGV Dresden

de Fabrikschlote hinter der Dampfwolke einer Signalpfeife zeigt und in „Der Arbeiter-Fotograf“ zweimal als vorbildlich veröffentlicht wurde (Abb. 12).³⁹ Vor dieses Motiv montierte Gebhard eine Frau im Arbeitskittel, den linken Arm nach oben gestreckt, die Hand zur Faust geballt, aufgenommen in einer der Perspektivität des Schornsteins angepassten starken Untersicht (Abb. 13).

In einer nachgerade klassischen Formulierung der ästhetischen Avantgarde verbunden, nutzt die Montage diese Darstellungsweise für eine pathetisch-trium-

lich, schlechte Fotos zu schicken.“ Die Austauschbeziehungen zwischen deutschen und sowjetischen Arbeiterfotografen 1926 bis 1933, in: Hesse, *Eroberung*, S.113-158.

38 Die Kämpferin. Organ für die Gesamtinteressen der arbeitenden Frauen, 1930, H. 13/14. Zum folgenden siehe Korinna Lorz: „foto-bauhäusler, werdet arbeiter-fotografen!“ Fotografie am Bauhaus zwischen Avantgarde und Agitation. Ein Werkstattbericht, in: *Fotogeschichte*, 2013, H. 127, S.31-44.

39 Der Arbeiter-Fotograf, 1929, H. 3, S.49, und Der Arbeiter-Fotograf, 1932, H. 5, S.103. Dimitrij Debabow war einer derjenigen sowjetischen Fotografen, die 1924 aus dem Amateur- in den Berufsstatus gewechselt hatten (was den Lesern von „Der Arbeiter-Fotograf“ vorenthalten wurde): „[...] der vormalige Lokomotivführer Dimitrij Debabow assistierte in diesem Jahr Sergeij Eisenstein bei den Dreharbeiten zum Film ‚Streik‘, bevor er sich für die Arbeit eines Fotojournalisten entschloss.“ Bodo von Dewitz zur Ausstellung „Politische Bilder – Sowjetische Fotografen 1918-1941/die Sammlung Daniela Mrázková“ (Museum Ludwig Köln, 23.10.2009-31.1.2010), nach: www.museenkoeln.de/homepage/bild-der-woche.asp?bdw=2009_47 (Aufruf 7.1.2013).

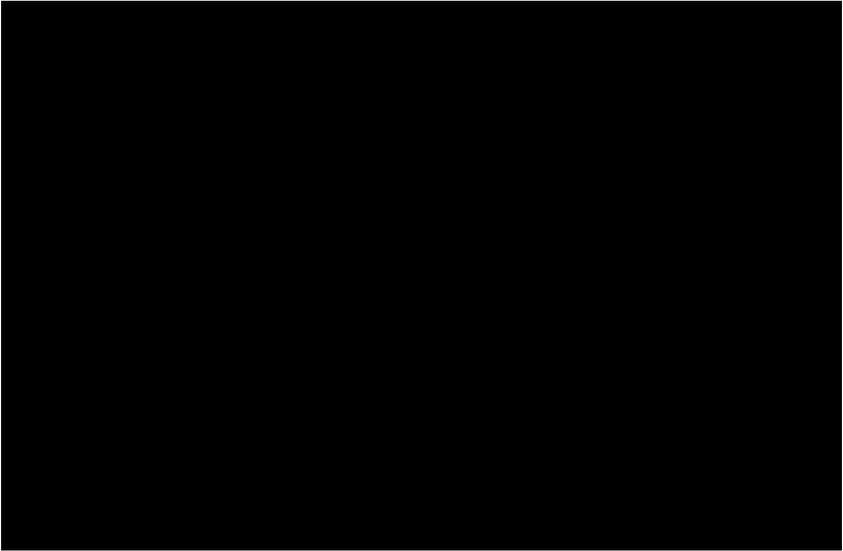


Abb. 12: D[imitrij]. Debow: „Arbeitsbeginn“, in: *Der Arbeiter-Fotograf*, 1929, H. 3, S.49. Reproduktion: Museen der Stadt Dresden. Technische Sammlungen, Bibliothek

phalistische Geste, der sich der Betrachter gewissermaßen nur wie einem hoch gesockelten Siegesdenkmal der antizipierten Revolution nähern kann. Zugleich entspricht die gekippte Anordnung denjenigen ästhetischen Positionen, die die Experimente des Neuen Sehens nur dann für die Arbeiterfotografie zulassen wollten, wenn die Auf- und Untersichten durch entsprechende natürliche Standorte legitimiert wären. Außerhalb solcher Alltagsperspektiven galt dem freien Experiment schon früh der Vorwurf des Formalismus, ohne dass dieser Begriff gebraucht wurde.⁴⁰

Dass es sich aber nicht allein um eine fotografische Inszenierung und eine montierte, somit fiktionale Szenerie, sondern darüber hinaus im sachlichen Bestand der Aufnahme um den Rollenwechsel einer Bauhausstudentin zur klassenbewussten Proletarierin handelt, ist ein umso klareres Indiz für die Ablösung „sozialdokumentarischen“ Fotografierens zugunsten einer symbolischen Bildproduktion.⁴¹ Obwohl in den programmatischen

40 Siehe hierzu Wolfgang Hesse: Schornsteinkrieg. Zu einem Motiv der Arbeiterfotografie, in: *Volkskunde in Sachsen*, 17, 2005, S.97-118.

41 Bei der Frau soll es sich – nach einem Brief von Tuti Schlemmer an Max Gebhard – um die ehemalige Bauhaus-Studentin Bella Ullmann (Monica Broner-Ullmann) handeln, siehe hierzu Lorz, *foto-bauhäuser*.

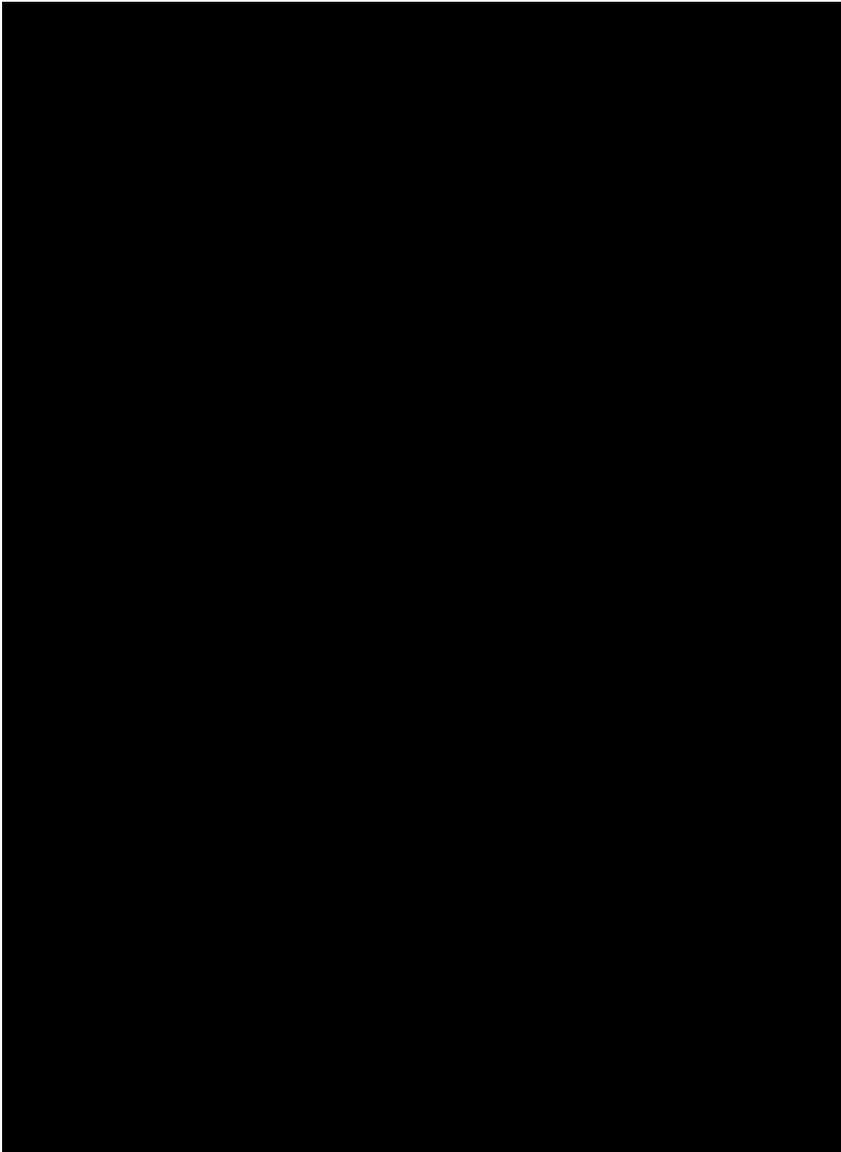


Abb. 13: Umschlag des Katalogs zur Ausstellung „Bauhaus Dessau 1928 – 1930“ 1931 in Moskau mit der Montage von Max Gebhard für „Die Kämpferin“, 1930, H. 13/14. Bauhaus-Archiv Berlin, Objekt ID 70213

Äußerungen zum Realitätsverhältnis der Arbeiterfotografie nach wie vor und immer wieder der Begriff des „Dokuments“ im Vordergrund stand und sich aus der unverstellten Wiedergabe der Wirklichkeit aus der Klassenperspektive ihre agitatorische Wirksamkeit herleiten sollte, ist der widersprüchliche Zusammenhang zwischen einer einfachen Abbildung und einer ikonischen Konstruktion nicht so eindeutig. Der „Realismus“ der Fotografien wurde differenzierter diskutiert – und vor allem: praktiziert. Schon frühe Anleitungen für Arbeitsaufnahmen hatten beispielsweise verlangt, den Blick der Dargestellten in die Kamera zu vermeiden – und daher vorgeschlagen, das Nichtinszenieren zu inszenieren. Zunächst wäre das Selbstdarstellungsbedürfnis der Akteure zu befriedigen, um danach die „richtige“ Aufnahme zu erhalten: „Ein gutes Bild von der Arbeit wäre leicht zu machen gewesen, wenn man die Arbeiter unbemerkt während des Transportes in der Anspannung aufgenommen hätte [...] Vorher hätte das vorliegende Bild ruhig gemacht werden können, um die Aufmerksamkeit und den Wunsch nach dem ‚Fotografiertwerden‘ zu beruhigen.“⁴²

Solche gezielt herbeigeführte Aufspaltung einer realen Situation in das Körper- und das Bildhandeln (und deren gleichzeitige Kaschierung) ist bei systematischer Betrachtung nicht nur pragmatisch begründet oder trivial zu nennen. Sie ist Indiz eines Denkens über Fotografie, das die Bildlichkeit als den Kern der Arbeit betrachtete und dabei (möglichst unsichtbare) Inszenierungen, jedoch fallweise sogar fiktional erzeugte „Rekonstruktionen“ nicht fotografiertes oder fotografierbarer Situationen nicht scheute.⁴³ Von derart bildorientiertem und montierendem Denken ist – in einer „offenen“ Form – das Pieschener Bild geprägt. Zugleich verschmilzt es seine Bestandteile nicht in einer homogenen Szenerie, sondern führt sie gewissermaßen gestisch vor. Es mag den Beteiligten bewusst gewesen sein, dass ihre (Selbst-)Präsentation für eine Verbreitung über ihren engeren Umkreis hinaus als ungeeignet angesehen werden würde. Die in den Zeitschriften veröffentlichten Aufnahmen gaben einen hinreichend deutlichen Eindruck von den dort verlangten Modi.⁴⁴

Aber auch zu diesen gehörten Fiktionalisierungen, wenn sie sich auch räumlich wie zeitlich homogenen Alltagssituationen annäherten. Sie sollen

42 Bilderkritik: G. We., Sommerfeld, in: *Der Arbeiter-Fotograf*, 1926/1927, H. 4, S.11.

43 Siehe hierzu v. a. Walter Nettelbeck: *Der 14. September*, in: *Der Arbeiter-Fotograf*, 1930, H. 9, S.205; der dort propagierte Gedanke der „Rekonstruktion“ anders nicht zu zeigender Sachverhalte ist entwickelt dargestellt in Hesse, Dolchstoß.

44 Zur Modusfrage in der polystilistischen Knipserfotografie siehe Hesse, Körper.

deshalb versuchsweise als „Realmontagen“ bezeichnet sein (Abb. 14).⁴⁵ „Realmontagen“ greifen vielfach die hier benannten Elemente auf: theatrale Präsentation sozialen Handelns, medienbewusste Inszenierung symbolischer Situationen, durch Schrift kommentierte Programmatik. Hierdurch wurden Situationen darstellbar, die sich aus realen Praxen herleiteten, diese jedoch im (presse-)politischen Bedeutungsfeld kontextualisierten. Doch sind sie in dieser weit getriebenen Form wohl eher ungewöhnlich. In der Regel wurden als Halbzeug eingesandte Bilder mit ihren sowohl „dokumentarischen“ wie „symbolischen“ Bezügen in der Montage zum Seitenlayout zusammen mit dem deutenden Text zur Reportage entwickelt. Auch diese Erzählform steht für die Aufhebung der unterschiedlichen Realitätsgrade des verwendeten Rohmaterials in einer rein visuellen Argumentation – und hebt hierdurch letztlich auch den Widerspruch zu Bildern wie der Pieschener Erinnerungsaufnahme auf (Abb. 15).

In diesem Sinne sind Amateuraufnahmen wie die hier diskutierte bei allem ihnen eingeschriebenem „Privatem“ eigensinnige Hervorbringungen in neuen Produktions- und Repräsentationsformen unterhalb der Apparate. Das entsprach ganz dem Ansatz Münzenbergs, dem es um die Ent-

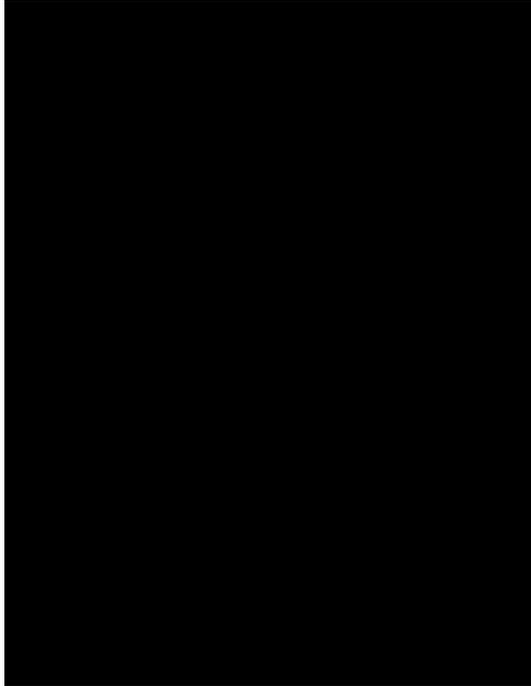


Abb. 14: Kurt Beck: Schläfer unter dem Leninporträt und mit der „Arbeiter Illustrierten Zeitung“ vom 2. November 1927 zum mitteldeutschen Braunkohlenstreik. Deutsche Fotothek df_beckr_0000002_069

⁴⁵ Es wird nicht zu weit gehen, an Johannes R. Bechers Gedicht „Er rührte an den Schlaf der Welt / Mit Worten, die Blitze waren [...]“ zu denken, dessen erste Fassung zum vierten Todestag Lenins am 21.1.1928 im Feuilleton der „Roten Fahne“ erschienen war.

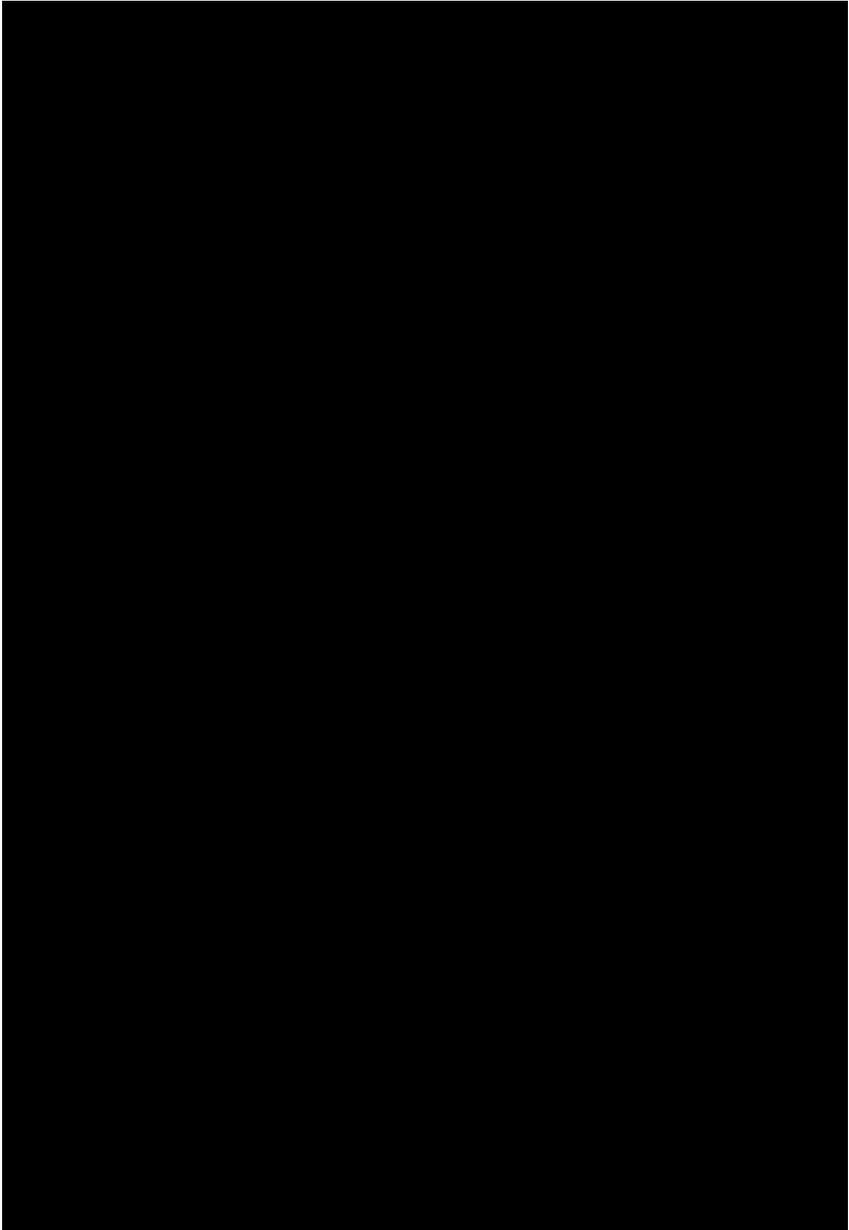


Abb. 15: Kurt Beck: Reproduktion der Kinder-AIZ mit der Reportage „Kinder im Schulstreik“ 1932 mit Aufnahmen u.a. von Kurt Beck, 1970er-Jahre. Deutsche Fotothek df_beck-r02_0000077

wicklung einer neuen Produktionsweise und neuer Ikonografien ging – ähnlich dem, was etwa Bert Brecht in seiner Skizze zur Radiotheorie (1932)⁴⁶ oder Walter Benjamin in seinem Vortrag „Der Autor als Produzent“ (1934)⁴⁷ als nicht-reformistische Entwürfe einer konkreten Utopie skizziert haben. Doch machte erst die antistalinistische Kritik die Disproportionen zwischen Basis- und Funktionärsperspektive zum Programm: „Der Arbeiterfotograf ist ja nicht deswegen entstanden, um der AIZ Bilder zu vermitteln, sondern weil es eine menschlich interessante und eine proletarisch-klassenkämpferisch wichtige Tätigkeit ist, zu fotografieren. [...] Es gab wohl überhaupt kein Lebensgebiet, das – wenn es überhaupt materiell für die Arbeiter in Frage kam – nicht in eigenen Klassenorganisationen seinen Ausdruck fand. [...] Zu diesen Bereichen hatte die AIZ sich immer bemüht, neue Kontakte zu finden und die in diesen proletarischen Massenorganisationen zusammengefaßten Arbeiter waren interessiert, über ihre Bereiche und Interessen in der AIZ etwas veröffentlicht zu finden. Sie waren interessiert daran, in der AIZ eine Zeitung zu finden, die ihre Tätigkeit würdigte und bekanntmachte.“⁴⁸ Somit steht der Funktionärsperspektive eine durchweg komplexere Praxis gegenüber: Sie deutete das eigene Leben mit seinen vielfältigen Bezügen selbstbewusst als exemplarisches.

46 Siehe hierzu Manfred Seifert: Die Eroberung der (beobachtenden) Maschinen. Zur Arbeiterfotografie der Weimarer Republik im Spannungsfeld proletarischen Alltags, öffentlicher Bildproduktion und kommunistischer Programmatik, in: Hesse, *Eroberung*, S.15-30; Bertolt Brecht: Rede über die Funktion des Rundfunks (1932), in: Ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 18, Frankfurt/Main 1977, S.127-134.

47 Walter Benjamin: Der Autor als Produzent. Ansprache im Institut zum Studium des Faschismus in Paris am 27.4.1934, in: Ders.: *Gesammelte Schriften*, Bd. II/2, Frankfurt/Main 1991, S.683-701.

48 So der ehemalige Werbemann der Arbeiter Illustrierten Zeitung in: Eberhard Knödler-Bunte: Fragen an Theo Pinkus über seine Arbeit bei der AIZ, in: *Ästhetik und Kommunikation*, 1973, H. 10, S.69-80, hier S.77.

Biografisches

Hermann Duncker als Herausgeber. Zum 90. Jahrestag des Erscheinens der ersten Bände der „Elementarbücher des Kommunismus“¹

Heinz Deutschland

Bereits mit 19 Jahren (1893) – noch als Student der Musik am Leipziger Konservatorium (bis 1895) – schloss sich Hermann Duncker der Arbeiterbewegung an und wirkte in ihren Reihen bis zu seinem Tode unermüdlich und leidenschaftlich auf dem weiten Feld der sozialistischen Bildungsarbeit – vornehmlich als Lehrer, aber auch als Publizist² und Herausgeber. Da sich in Deutschland wenige Jahre nach dem Fall des Sozialistengesetzes ein Student des Konservatoriums und auch der Leipziger Universität weder zur Sozialdemokratie bekennen noch sich in ihren Wahlkreis- und Bildungsvereinen politisch betätigen durfte, begann Hermann Duncker seine ersten Schritte auf dem Gebiet der Arbeiterbildung als musikalischer Berater und Dirigent von Arbeiterchören sowie als Deutschlehrer im Leipziger Arbeiterverein, in dem er gelegentlich auch Vorträge zu politisch unverfänglichen Themen hielt. Seit Frühjahr 1899 veranstaltete er dort mehrwöchige volkswirtschaftliche Kurse und später Abendkurse zum Thema: „Wissenschaftliche Grundlagen des Sozialismus“.

Die wichtigsten Stationen der Tätigkeit von Hermann Duncker als Lehrer waren Leipzig und Dresden (bis 1907), ebenso viele Orte in Nord-, Süd-, West- und Ostdeutschland, wo er von Ende 1907 bis 1914 als „Wanderlehrer“ der Partei und der Gewerkschaften jeweils acht Vortragsabende absolvierte. Seit Ende 1912 war er auch als Dozent an der sozialdemokratischen Parteischule in Berlin tätig.

Nach dem Ersten Weltkrieg lehrte Hermann Duncker zunächst im 1. Halbjahr 1919 an der Arbeiterhochschule in Gotha. Danach wirkte er – nunmehr für die KPD – bis 1922 in etwa zwei Dutzend Städten wieder-

1 Der vorliegende Text wird als Exkurs in die Edition des Briefwechsels von Käthe und Hermann Duncker aufgenommen und erscheint hier als für das Jahrbuch bearbeiteter Vorabdruck.

2 Die in Anm. 1 genannte Edition wird auch eine ausführliche Bibliografie enthalten.

um als Wanderlehrer und bis 1933 an ihren zentralen und regionalen Parteischulen, vor allem an der MASCH in Berlin (1927 bis 1933), in Leipzig, Hamburg und anderen Orten. In den Jahren des Exils (1936 bis 1947) in London, Paris und New York waren es lediglich kleine Freundeskreise, in denen sich aus Deutschland vertriebene Antifaschisten um ihren Lehrer versammelten.³

Nach Berlin zurückgekehrt, lehrte der nun schon Hochbetagte an Partei- und Volkshochschulen, an der Universität in Rostock (1947 bis 1949) und schließlich an der FDGB-Bundesschule/Gewerkschaftshochschule in Bernau (1949 bis 1959). Seine letzten zwei Vorträge im Rahmen der Arbeiterbildung hielt Hermann Duncker am 1. Dezember 1958 zur Eröffnung der gewerkschaftlichen Abendkurse im Reichsbahnausbesserungswerk Berlin-Oberschöneweide und am 8. September 1959 zur Eröffnung der Betriebsakademie der Hutfabrik in Wilhelm-Pieck-Stadt Guben.⁴

Obwohl Hermann Duncker selbst immer wieder betonte, er habe vor allem und am liebsten als Lehrer über seine Vorträge und Kurse auf seine Hörer gewirkt und Einfluss genommen,⁵ erwarb er sich auch bedeutende Verdienste als Herausgeber marxistischer Schriften und zahlreicher Materialien für den Unterricht. Bereits während des Studiums,⁶ besonders aber

3 Heinz Kamnitzer, London 1937: „Selbstverständlich hielt er sofort wieder seine Seminare ab. [...] Was mir vor allem haften geblieben, ist die Glut der Leidenschaft, mit der er, oft wie ein Erzähler, seine revolutionäre Gesinnung als die universale Philosophie vorführte, die allein kennt, was die Welt zusammenhält und um den Sinn des Daseins weiß.“; Johann-Lorenz Schmidt, Paris 1938: „Wir veranstalteten die Kurse im Hinterraum einer Buchhandlung im Quartier Latin. [...] Hermann Duncker sprach in derselben feurigen Art wie immer, und die Zuhörer hörten ebenso gebannt zu, wie früher in Berlin.“; Walter Friedeberger, New York 1944: „Er dozierte in alt gewohnter Weise und verstand es, uns mit diesem reinen und von echter Überzeugung getragenen marxistischen Wissen zu erfüllen.“ Zit. nach: Er trug die Flamme des Sozialismus in viele Herzen. Erinnerungen von Schülern, Freunden und Kampfgefährten an Hermann Duncker, Bernau 1984, S.87, 89, 93.

4 Hermann Duncker: Drei Worte – drei Seiten unseres Lebens, in: Ders.: Einführungen in den Marxismus, Bd. 2, Berlin 1959, S.368-377; Ders.: Jeder soll wissen, wofür er arbeitet. Rede zur Eröffnung der Betriebsakademie „Hermann Duncker“ der Hutfabrik Guben in Wilhelm-Pieck-Stadt Guben am 8.9.1959 (Tonbandabschrift), in: Ders.: Jeder kann alles lernen, Bernau 1962, S.56-62.

5 „Ich hatte sehr viel Freude an der Arbeit, sprach stets ohne Konzept, arbeitete immer seminaristisch und stellte den Zuhörern Fragen.“ Hermann Duncker: Ausgewählte Schriften und Reden, Berlin 1984, S.214.

6 Noch während der Vorbereitung auf sein Studium im Januar 1896 schrieb Hermann Duncker scherzhaft an seine Verlobte, er sei wohl zu spät auf die Welt gekommen, da er soeben habe feststellen müssen, Otto Erich Hartleben sei seinen eigenen Plänen als Her-

nach der Veröffentlichung seiner Dissertation über „Das mittelalterliche Dorfgewerbe“ (1903) begann Hermann Duncker, mit der Zusammenstellung von Registern oder Texten erste bescheidene Erfahrungen als Herausgeber zu sammeln.⁷ So verband er im Februar 1903 die Übermittlung seiner Dissertation an Karl Kautsky mit folgender Anfrage: „Mir ist häufig beim Studium und Gebrauch von Marx' ‚Kapital‘ der Mangel eines Generalregisters für alle 4 Bände entgegengetreten. Bei der ungeheuren Gedankenfülle dieser Bände, in denen schließlich doch fast jede Seite der Nationalökonomie etc. Erwähnung und Beurteilung findet, scheint mir, daß ein ausführliches Sach- respektive auch Autorenregister die Benutzung des ‚Kapital‘ wesentlich erleichtern würde und für Marxisten wie Antimarxisten von Wert sein müßte. Wie denken Sie darüber? Halten Sie es für zweckmäßig? Würde die Arbeit eines solchen Registers ein Geldäquivalent finden? Ich bin zur Zeit ja noch ‚arbeitslos‘, d. h. mit Ausnahme von Abendkursen über Volkswirtschaftslehre, Geschichte sowie Vorträgen. Soviel ich weiß, arbeiten Sie am Abschlußband des ‚Kapital‘-Werkes, würde sich im Anschluß an dessen Erscheinen nicht vielleicht die Herausgabe eines Registers empfehlen?“⁸ Die Anfertigung eines Generalregisters für „Das Kapital“ wäre zweifellos für den jungen Doktor der Nationalökonomie ein ehrgeiziges Unterfangen gewesen. Eine Antwort Karl Kautskys auf Dunczers Idee ist nicht überliefert. Doch dürften sich für dieses Projekt zu jener Zeit wohl auch keine Geldgeber und Verleger gefunden haben.

Später dann als Arbeitersekretär in Leipzig und Dresden und angesichts seiner intensiven Vortrags- und Lehrtätigkeit hatte Hermann Duncker keine Zeit und Gelegenheit, eigene Vorhaben zu verwirklichen, zumal er verpflichtet war, die zuerst monatlichen und dann jährlichen Berich-

ausgeber mit der Edition von Sinn- und Schlussreimen von Angelus Silesius zuvorgekommen, ebenso wie auch Karl Henckell mit seiner Anthologie „Buch der Freiheit“. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), NY 4445/115, Bl. 46.

7 Seit Juni 1899 zeichneten Emanuel Wurm und Hermann Duncker als Herausgeber des zunächst jährlich und seit 1901 halbjährlich erscheinenden musikwissenschaftlichen Blättchens „Lieder-Gemeinschaft der Arbeiter-Sängervereinigungen Deutschlands“ verantwortlich. Hermann Duncker schied 1907 als Herausgeber aus.

8 Brief vom 18.2.1903, Internationales Institut für Sozialgeschichte (IISG) Amsterdam, K. D. IX/364. Hermann Duncker konnte dabei bereits auf einschlägige Erfahrungen verweisen, hatte er doch gerade für die 3. Ausgabe (1902) von Prof. Karl Büchers Monografie „Arbeit und Rhythmus“ ein Register erarbeitet. Siehe auch den Brief vom 15.9.1901 an Käthe Duncker, SAPMO-BArch, NY 4445/120, Bl. 167.

te des jeweiligen Arbeitersekretariats zusammenzustellen und herauszugeben. Spätestens seit Beginn seines Wirkens als Wanderlehrer bemühte sich Hermann Duncker jedoch, für seine Kursteilnehmer unterstützende Unterrichtsmaterialien auszuarbeiten und herauszugeben.⁹ Dabei ließ er sich von der Überlegung und der vielfach bestätigten Erfahrung leiten, dass seine lernwilligen und -eifrigen Hörer nur über unzureichende Vorkenntnisse und Fertigkeiten für eigene Aufzeichnungen und ein systematisches Selbststudium verfügten. Während seines ersten „Wanderkurses“ veröffentlichte er deshalb in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ (Kiel) zu jedem der acht Kursabende „Merksätze“, die später auch von anderen regionalen sozialdemokratischen Zeitungen nachgedruckt wurden.¹⁰ Diese Merksätze erschienen schließlich gegen Ende des Jahres 1908 im Vorwärts-Verlag Berlin als offizielle Handreichung des Zentralbildungsausschusses für die Kursteilnehmer: „Entwicklungsstufen des Wirtschaftslebens. Leitsätze zum Unterrichtskurs von Dr. Hermann Duncker“.¹¹ Auch für seinen zweiten Kurs „Volkswirtschaftliche Grundbegriffe“ erarbeitete Hermann Duncker Merksätze zu jedem Kursabend, die in der „Volksstimme“ (Chemnitz) publiziert wurden, aber leider nicht überliefert sind.¹² Auf der Grundlage dieser Vorarbeiten erschien noch im Herbst des Jahres 1908 ein ausführlicheres Unterrichtsmaterial.¹³ Mit Beginn seiner Kurse zum Thema „Geschichte des Sozialismus bis zum Kommunistischen Manifest“ (Ende 1909) hatte sich Hermann Duncker vorgenommen, wiederum ein Unterrichtsmaterial zu erarbeiten und herauszugeben. Am 13. Oktober 1910 schrieb er an Konrad Haenisch: „Ich bin jetzt dabei, einen Leitfaden zur Geschichte des Sozialismus zu entwerfen. Hoffentlich wird es etwas.“¹⁴ Offensichtlich war die Belastung,

9 Frühere schriftliche Ausarbeitungen für Kursteilnehmer sind jedenfalls nicht überliefert.

10 Schleswig-Holsteinische Volkszeitung (Kiel), acht Beiträge in der Zeit vom 30.11. bis 22.12.1907.

11 Heinrich Schulz teilte Duncker im Brief vom 29.10.1908 mit, er werde ihm in den nächsten Tagen 500 Exemplare der im Auftrag des Zentralbildungsausschusses (ZBA) gedruckten „Leitsätze für Kurs I“ zuschicken. SAPMO-BArch, NY 4445/202, Bl. 10.

12 Da von der „Volksstimme“ (Chemnitz) für 1908 nur einzelne Nummern überliefert sind (Kriegsverluste), sind auch die Belege für die vermutlich erstmalige und einzige Veröffentlichung von „Leitsätzen“ für „Kurs II“ in einer Tageszeitung verloren.

13 Hermann Duncker: Volkswirtschaftliche Grundbegriffe mit besonderer Berücksichtigung der ökonomischen Grundlehren von Karl Marx. Als Leitfaden für Unterrichtskurse. Stuttgart 1908, 60 S. (2. Aufl. 1910).

14 Postkarte vom 13.10.1910 an Konrad Haenisch, Bundesarchiv (BArch), N 2104/81, Bl. 188. Ein Manuskript bzw. eine gedruckte Fassung dieses „Leitfadens“ sind nicht überlie-

die die jeweiligen Kurse zu inzwischen fünf verschiedenen Themenkreisen mit sich brachten, zu groß, den gut gemeinten Vorsatz zu erfüllen.

Seit 1909 sammelte Hermann Duncker statistische Angaben und andere Informationen, aus denen er schließlich drei „Merkzettel“ zusammenstellte und drucken ließ. Diese Merkzettel zu den Themen „I. Das proletarische Massenelend“, „II. Der wachsende Klassegegensatz“, „III. Die Entwicklung des Großbetriebes“ erhielten 1911 ihre vorläufig abschließende Fassung und dienten als Unterrichtshilfe für den Kurs „Die wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialismus“.¹⁵

Das Problem des proletarischen Massenelends beschäftigte Hermann Duncker auch in den folgenden Jahren. Am 19. September 1913 schrieb er an seine Frau Käte:

„Wie wäre es, wenn wir beide, nachdem Du Deine Broschüre¹⁶ fertig hast, uns zusammentun zur Abfassung eines größeren sozialistischen Werkes: *Das proletarische Massenelend der Gegenwart*. Das Werk muß einmal geschrieben werden. Allzusehr kommen in der Partei schon die Meinungen von dem *Erreichten* auf (s. Wurms Rede!).¹⁷ Man übersieht hinter der proletarischen Oberschicht die ungeheure Not der Massen. Ich habe ja schon viel Material gesammelt, aber es muß ergänzt und erweitert werden, gut disponiert und eindringlich geschrieben werden. Schatz, das könnte etwas werden, wir würden es *gemeinsam* herausgeben. Es wäre ein Buch, das Wirkung machen könnte. [...] Es würde mir eine große Freude sein, *mit Dir zusammen* etwas zu produzieren.

[...] Als Gerippe denke ich mir meinen ersten und zweiten Merkzettel. Verarbeitet müssen werden: Das kommunalstatistische Material, wie es im Kommunal-Jahrbuch und städt. Jahrbüchern vorliegt, dann die einzelstaatlichen Statistiken, daneben Reichs- und Gewerkschaftsstatistiken.

Das Buch müßte wie ein *Aufschrei* wirken. Auch das *kulturelle Elend* müß-

fert. Einen Einblick in den Aufbau des Kurses und die Ausführungen von Duncker bieten die ausführlichen Zeitungsberichte in der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“ vom 14.10. bis 7.11.1910. Die Zeitung veröffentlichte (wie bereits im Jahr zuvor die „Bremer Bürger-Zeitung“) ein ebenfalls von Duncker zusammengestelltes „Literatur- und Quellenverzeichnis zum Vortragskurs ‚Geschichte des Sozialismus‘“.

15 Siehe Hermann Duncker: Zahlenmaterial, in: Einführung in den Marxismus, Bd. 2. Berlin 1959, S.479-490.

16 Gemeint ist: Käte Duncker: Sozialistische Erziehung im Hause, Berlin 1914.

17 Gemeint ist die Rede von Emanuel Wurm auf dem SPD-Parteitag 1913. Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena von 14. bis 20. September 1913, Berlin 1913, S.420-447.

te breit nachgewiesen werden (s. die verschiedenen Proletarierbiographien usw.). [...] Du hast zu Kinderelend und häuslichem Elend ja auch schon viel Material! Auch das *Erziehungselend* müßte kurz gestreift werden. Kurz, alle Seiten des Proletarierdaseins. Ein Beitrag zur Anthropologie und Psychologie des Proletariats. Denke mal darüber nach. Würdest Du diesem Kinde gerne *Mutter* werden? Ich glaube, das Werk hält unser Leben schon noch aus, es muß!¹⁸

Der nur ein knappes Jahr später entfesselte Krieg setzte jedoch andere Akzente und Herausforderungen. Das Projekt „Das proletarische Massenelend der Gegenwart“ konnte von Käte und Hermann Duncker nicht weiter verfolgt werden. Jetzt galt es, die Hintergründe und Ursachen des Krieges zu erläutern und die Eroberungspläne des deutschen Imperialismus zu entlarven.¹⁹

Bereits als Landsturmmann mobilisiert, übermittelte Hermann Duncker seiner Frau und der Tochter Hedwig Gedanken und Vorschläge zur Zusammenstellung und Herausgabe antimilitaristischer Flugblätter, die religiöse und klassisch-humanistische Friedensbotschaften enthalten sollten.²⁰ „Mir geht“, schrieb er am 6. Dezember 1915, ein Flugblatt „mit Stellen aus dem Neuen Testament im Kopf herum. Besprich mal mit Hedwig, die hat ja Eifer für so eine Sache, sie findet auch viel heraus. Es wäre eine feine Sache. Jedesmal die genaue Angabe Math. 7, Vers? Davor: Friede auf Erden, Ende: Du sollst nicht töten – oder so ähnlich.“²¹ Hermann Duncker empfahl, bei Leo Tolstoi die „Kurze Darlegung des Evangeliums“ nachzuschlagen, der dort die nötigen Stellen sicher schon zusammengetragen habe.²²

18 Brief vom 19.9.1913, SAPMO-BArch, NY 4445/130, Bl. 153f. Hermann Duncker hat in seinen Briefen einzelne Worte ein- bzw. mehrfach unterstrichen, sie wurden hier kursiv gesetzt. Das gilt auch für die folgenden Zitate.

19 Käte Duncker formulierte ihre Leitsätze zu den „wirtschaftlichen Ursachen des Krieges“ (Herbst 1914), Hermann Duncker verfasste die anonyme Spartakusschrift „Annexionswahnsinn“ (Sommer 1915).

20 Siehe dazu folgende Anregung aus einem Brief vom 18.8.1917: „Man müßte einmal Lessings, Herders und Schillers Gedanken zur Geschichte und Erziehung der Menschheit vergleichend betrachten und verwerten. Das entstammt noch dem unverengten Blick auf das Weltganze!“. SAPMO-BArch, NY 4445/139, Bl. 192.

21 Brief vom 6.12.1915, SAPMO-BArch, NY 4445/132, Bl. 227.

22 Einen eindrucksvollen Beitrag dazu leistete Duncker selbst mit seinem aufrüttelnden Gedicht „Wo bist du, Gott?“, das vervielfältigt und illegal verbreitet wurde. Abgedr. in: „Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten“. Briefwechsel zwischen Käte und Hermann Duncker 1915 bis 1917, Bonn 2005, S.188f.

An Hedwig schickte Hermann Duncker 1916 eine Anzahl von der kaiserlichen Kriegspropaganda hergestellte und den Soldaten offerierte Bildpostkarten, auf denen zerstörte französische Kirchen, Wohnhäuser und sogar ganze Straßenzüge abgebildet waren. Auf die Rückseite der seinen Briefen beigegefügte Karten schrieb er u. a.: „Das ist auch ein Symbol des Weltkrieges!“ und „Solche Bilder geben zu denken, man sollte sie überall herumreichen – *c'est la guerre!*“²³ Hedwig sollte die Karten sammeln und in ein Album kleben.²⁴

Unmittelbar nach dem Krieg, im Sommer 1919, als Hermann Duncker einige Wochen als Gast bei Martin Andersen Nexö in Dänemark lebte, begeisterte er sich für zwei Projekte, für deren Verwirklichung jedoch Zeit, Kraft und finanzielle Mittel fehlten. Anfang August schrieb er an Käthe Duncker: „Nun höre – man sollte doch ernstlich an die Zusammenstellung von 2 Büchern denken: 1. ‚Helden‘ (alle möglichen anfeuernden Heldentypen aus [dem] Proletariat usw. in Erzählungen und Gedichten aus der *Weltliteratur*. Als Jugendbuch für unsere Jugendlichen). Der Held als Retter aus Lebensgefahr, als Streiker, als Erfinder, als Revolutionär usw. Denk mal nach und beginne zu registrieren auch aus *fremdländischer* Literatur. Von Nexö käme eine Skizze hinein: ‚Löhnungstag‘.²⁵ Von [Hans Christian] Andersen einiges usw., Gorki usw. 2. ‚*Neue Welt*‘ Stücke aus *Utopien*, in denen die Umwertung durch Sozialisierung dargestellt wird (aus Morus, Bellamy usw.). Auch als Jugendbuch gedacht. Diese beiden Bücher könnten in alle Sprachen übersetzt werden für die Jugendbewegung. Das fehlt! (In Rußland würden es Millionen Exemplare werden können.) Es wäre eine große Auswahl nötig! Frag Du über *schwedische* Literatur in *beiden* Richtungen (auch Stücke aus Größerem) und nordische überhaupt. Ich spreche schon mit Nexö über Dänisches. Deutsch und Russisch nehme ich vor.“²⁶

23 Postkarten vom 3. u. 4.8.1916, SAPMO-BArch, NY 4445/155, Bl. 71, 72.

24 Ob daran gedacht war, diese Fotografien später mit Texten zu versehen und als Dokumentation herauszugeben, war nicht zu ermitteln.

25 Martin Andersen Nexö: *Lohntag*. Idyll aus der Vergangenheit, in: Ders.: *Die Passagiere der leeren Plätze*. Skizzen und Novellen, Berlin 1951, S.153-156.

26 Brief vom 2./3.8.1919, SAPMO-BArch, NY 4445/143, Bl. 114. Auch zwei weitere Vorhaben, die der Herausgeber Duncker Anfang der 1920er-Jahre erwog, wurden von tagespolitischen Anforderungen alsbald zunichte gemacht: 1. Der Plan 1920/21 im Verlag Arthur Seehof einen „Grundriß der Volkswirtschaftslehre“ herauszugeben (bereits angekündigt in der Literaturliste zur Ausgabe des Manifests 1920) und 2. der Wunsch, ein Anschauungsmaterial aus der Geschichte und Literatur der Klassenkämpfe unter dem Titel „Soziale Gleichnisse“ zusammenzustellen. „Ich möchte die wichtigsten größeren Gleichnisse, de-

Obwohl Hermann Duncker die genannten Vorhaben nicht verwirklichen konnte, wurden die Jahre 1920 bis 1932 seine produktivsten und erfolgreichsten als Herausgeber. Das hing nicht nur damit zusammen, dass er ab 1922 aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr als ständig von Ort zu Ort ziehender Wanderlehrer tätig sein konnte und nunmehr vornehmlich in der Zentrale der KPD in Berlin arbeitete. Außerdem galt Hermann Duncker in den 1920er-Jahren zweifellos als einer der besten Kenner marxistischen Schriftgutes und seiner Popularisierung in Deutschland. Schließlich fand auch er selbst zunehmend Befriedigung daran, an der wissenschaftlichen Aufbereitung und Betreuung der Schriften insbesondere von Karl Marx und Friedrich Engels teilzuhaben.²⁷ So wurde der geschätzte Lehrer zugleich „zum regsten und qualifiziertesten Herausgeber“ marxistischer Schriften in der Weimarer Republik.²⁸

Ende 1920 erschien als erste der von Hermann Duncker besorgten Editionen „Das Kommunistische Manifest“,²⁹ versehen mit einem Vorwort (datiert auf den 7. November) sowie einem Namen- und Fremdwörterverzeichnis, „das sich die vorzügliche Ausgabe des kommunistischen Manifestes, die im Juli 1918 im Verlag der Deutschen Gruppe der Russischen Kommunistischen Partei in Moskau herausgekommen ist, zunutze macht“.³⁰

Als Mitarbeiter der Propaganda-Abteilung der KPD-Zentrale hatte Hermann Duncker die Aufgabe übernommen, eine massenwirksame Dokumentation zum 50. Todestag von Karl Marx vorzubereiten. „Jetzt bin ich eifrig mit der Zusammenstellung der Marxgedenkschrift zum 14.3. beschäftigt. Ich hoffe, sie wird gut: Alle Artikel von [Franz] Mehring, Rosa [Luxemburg], Clara [Zetkin], Zitate von Marx. [August] Thalheimer über SPD usw., als Gedicht nahm ich von [Leopold] Jacoby die Marx' Totenfeier.“³¹

ren sich sozialistische und kommunistische Schriftsteller und Redner bedient haben, zusammenstellen und abdrucken; z. B. [Edward] Bellamy die Mammonkutsche, das Wasserbecken, [August] Bebel, die Pyramide usw.“ Brief vom 30.6.-4.[?]7.1923, SAPMO-BArch, NY4445/148, Bl. 129.

27 „Wissenschaftliche Aufbereitung und Betreuung“ bezieht sich auf die von Duncker verfassten Vorworte und die sachkundige Ergänzung einzelner Schriften um interessante Beigaben.

28 Rolf Dlubek: Traditionen der Marx/Engels-Forschung in der DDR. Die Herausgabe und Verbreitung der Werke von Marx und Engels durch die KPD, in: Beiträge zur Geschichte der Marx/Engels-Forschung und -Edition in der Sowjetunion und der DDR, Berlin 1978, S.40. Auf den S.39-45 und 59-64 würdigte Rolf Dlubek ausführlich die Leistungen und Verdienste von Duncker als Herausgeber.

29 Franke Verlag, Leipzig 1920, 51 S.

30 S.6 des Vorwortes von Duncker zur Ausgabe des Manifestes (siehe vorige Anm.).

31 Brief vom 23.2.1923, SAPMO-BArch, NY 4445/148, Bl. 33; Hermann Duncker (Hrsg.):

Ein Projekt ganz anderer Art, für das der „Musiklehrer“ und ehemalige Dirigent von Arbeiterchören beste Voraussetzungen besaß, wurde von Hermann Duncker bereits Ende des Jahres 1922 erwähnt und 1923 umgesetzt: „Für die Viva [Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten] stelle ich ein Liederbuch zusammen, usw.“³² Außerdem besorgte er im Auftrage des Verlages der Jugendinternationale ebenfalls 1923 die deutsche Ausgabe der „Wegbereiter des Kommunismus. 12 Persönlichkeiten aus der Geschichte des Kommunismus“.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr von einem längeren Kuraufenthalt in der Sowjetunion im September 1924 und in Vorbereitung auf die Reichstagswahlen am 7. Dezember wandte sich Hermann Duncker auf Vorschlag der Zentrale der KPD an zahlreiche deutsche Intellektuelle und bat sie, sich an einer Umfrage zu beteiligen „und Ihr politisches Wort zur Frage des *Kommunismus* abzugeben“.³³ Unter dem Titel „Mahnrufe deutscher Intellektueller“ – 30 Antworten zur Frage des Kommunismus – erschien, von Hermann Duncker zusammengestellt und herausgegeben, Ende November 1924 in der Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten eine Broschüre von 30 Seiten, die in der „Roten Fahne“ unter der Schlagzeile „Wie wählen die Intellektuellen“ ganzseitig vorgestellt wurde.³⁴

Karl Marx zum Gedächtnis [Gedenkschrift der KPD zum 40. Todestag von Karl Marx im März 1923], Berlin (1923), 24 S. (Großformat mit Ill.).

32 Kampf-Lieder. Hrsg. von der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Berlin 1923. Die seltene Ausgabe wurde von Duncker zusammengestellt und von der Vereinigung internationaler Verlags-Anstalten (Viva) publiziert. Diese Ausgabe, die 1925 unter dem Titel „Neues Kampfliederbuch“ in 2. (erw.) Aufl. erschien, wurde beschlagnahmt und gegen den Geschäftsführer des Verlages Paul Zobel (1891-1945) ein Verfahren wegen der Herausgabe „hochverräterischer Schriften“ angestrengt. Ein von der Politischen Polizei beschlagnahmter Briefwechsel zwischen Duncker und Zobel veranlasste die Politische Polizei und den Oberreichsanwalt in Leipzig, auch gegen Duncker zu ermitteln. In seiner Vernehmung am 11. März 1926 stellte sich Duncker unwissend und unbeteiligt. Er gab zu Protokoll: „Ich bin weder Verfasser des Inhalts des ‚Neuen Kampfliederbuchs – Rot Front‘ noch habe ich bei der Zusammenstellung des Inhalts mitgewirkt. Ich habe lediglich der Partei russische Volkslieder, die ich während meiner Reise durch Rußland im Jahre 1924 und früher sammelte, zur Verfügung gestellt. Von diesen ist im Liederbuch nur die Melodie des Liedes Nr. 31 ‚Dubinuschka‘ aufgenommen worden. [...] Weitere Angaben zu machen, bin ich nicht in der Lage. Dr. Hermann Duncker“. (BArch, R 3003/14aJ 279/25 Bd.1, Bl. 66, 96f.). Für die 2. Aufl. des Liederbuches entsprach diese Aussage wohl den Tatsachen.

33 Brief vom 31.10.1924, in: Vorbemerkung zu: Mahnrufe deutscher Intellektueller, Berlin 1924, S.4.

34 Die Rote Fahne, 29.11.1924, S.2.

Besondere Verdienste als Herausgeber erwarb sich Hermann Duncker mit seinen Editionen von Schriften von Karl Marx, Friedrich Engels und anderen in ansprechenden, populären Volksausgaben der „Elementarbücher des Kommunismus“, die in einer für jene Zeit beachtlichen Anzahl und z. T. in mehreren Auflagen erschienen.³⁵ Obwohl nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden kann, dass die Idee, im parteinahen Verlag Viva (später Internationaler Arbeiter-Verlag) eine derartige Publikationsreihe einzurichten, auf Hermann Duncker zurückgeht, hatte er doch wohl maßgeblichen Anteil an diesem Projekt. Seiner Frau gegenüber erwähnte er das Vorhaben zum ersten Mal im Brief vom 29. Mai 1923.³⁶ Dort nannte er ebenfalls die ersten sechs Titel, die dann auch alle – von Hermann Duncker betreut – im Jahr 1923 erschienen.³⁷ Von den bis 1932 editierten 26 Titeln³⁸ gab Hermann Duncker allein 16 und ein Ergänzungsheft heraus.³⁹ Die Schriften versah er mit Vorworten, Anlagen und Ergänzungen

35 In einem kleinen Artikel „Das erste Buch“ schrieb Duncker 1929: „Was muß der Arbeiter in seiner Bücherecke besitzen? Nun, zuerst die Elementarbücher des Kommunismus. Damit verfügt er über die prachtvollsten Schriften von Marx, Engels und Lenin, deren Titel wir hier nicht aufzuzählen brauchen.“ Sächsische Arbeiter-Zeitung, 21.12.1929 (Proletarisches Feuilleton).

36 Brief vom 29.5.1923, SAPMO-BArch, NY 4445/148, Bl. 117, erste Andeutungen bereits im Brief vom 21.1.1923, ebenda, Bl. 24.

37 Es wurden lediglich als Bd. 4 die Briefe von Kugelmann an Karl Marx eingefügt, die allerdings bereits in der Vorschau im Bd. 1 (noch unnummeriert) angekündigt waren. Engels „Grundsätze des Kommunismus“ – ursprünglich Bd. 6 – erschienen erst 1928 als Bd. 11. Der ebenfalls in Bd. 1 aufgeführte Titel: Lenin „Karl Marx und Rosa Luxemburg: Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse mit einer Einleitung von Paul Frölich“ wurde später nicht mehr erwähnt und in dieser Reihe nicht editiert.

38 Die 1931 in dieser Reihe editierte Schrift von Friedrich Engels „Der Ursprung der Familie ...“ erschien als Bd. 28. Allerdings sind zwei noch 1930 angekündigte Schriften nicht nachzuweisen: Karl Marx/Friedrich Engels „Über Zölle und Steuern“ (Bd. 21) und Rosa Luxemburg „Sozialreform oder Revolution“ (Bd. 23) – beide sollten laut Ankündigung von Duncker herausgegeben werden. Anzunehmen ist außerdem, dass die von Paul Friedländer, Alexander Emel und Ernst Schneller betreuten Bde. 17 (Engels, Wohnungsfrage), 19 (Marx, Klassenkämpfe) und 25 (Marx, Bürgerkrieg) in Abstimmung und mit Anteilnahme von Duncker editiert wurden.

39 Hier werden lediglich Bandnummer, Kurztitel, das Jahr der ersten Ausgabe und die Anzahl der Ausgaben bis 1932 aufgeführt. Bd. 1: Manifest, 1923, 8; Bd. 2: Lohnarbeit, 1923, 6; Bd. 3: Lohn, Preis, 1923, 6; Bd. 4: Kugelmann-Brief (nur 2. Aufl.) 1927, 2; Bd. 5: Lassalle, Verfassungsfragen, 1923, 2; Bd. 6: Lassalle, Arbeiterprogramm, 1923, 1; Bd. 7: Engels, Utopie, 1924, 4; Bd. 8: Engels, Bauernkrieg, 1925, 3; Bd. 9: Lenin, Radikalismus, 1926 [von Duncker erst 3. und 4. Aufl.], Bd. 10a: Lenin, Rede über den Staat (1919), 1929, 1 [ab

sowie mit Fremdwörterverzeichnissen.⁴⁰ Mehrere von Hermann Duncker herausgegebene Elementarbücher erschienen mit seinen Vorworten und Erläuterungen als Übersetzungen⁴¹ in Schwedisch,⁴² Russisch,⁴³ Dänisch⁴⁴ und Spanisch⁴⁵.

Hermann Duncker sah in den als Elementarbücher editierten Schriften auch eine Fortsetzung und Unterstützung seiner Tätigkeit als Lehrer, eine Anleitung der Teilnehmer an Parteischulen, Seminaren und Kursen zum qualifizierten Selbststudium. Die zum Teil recht umfangreichen Vorworte⁴⁶ mit Angaben zur Entstehungsgeschichte des Werkes, zu weiteren im gleichen Zeitraum von Marx und Engels verfassten Arbeiten sowie zur aktuellen Bedeutung der jeweiligen Schrift vermittelten den Lesern eine gern akzeptierte Hilfe mit Langzeitwirkung.⁴⁷

Eine besondere Erwähnung und Würdigung verdienen die von Hermann Duncker zusammengestellten Elementarbücher 12 bis 14. Sie enthalten:

- die von Karl Marx und Friedrich Engels verfassten „Kritiken der sozialdemokratischen Programm-Entwürfe von 1875 und 1891“ (Bd. 12) einschließlich ihrer einschlägigen Briefe, ergänzt um zwei Anhänge: I.

4. oder 5. Aufl. in Bd. 10, Lenin, Staat, integriert], Bd. 11: Engels Grundsätze, 1928, 4; Bd. 12: Marx/Engels Programmkritiken, 1928, 3; Bde. 13-14: Marx/Engels, Hist. Materialismus [Teil I u. II], 1930, 2; Bd. 18: Marx/Lassalle, Anklage Hochverrat, 1930, 1; Bd. 22: Engels, ökonomische Aufsätze, 1930, 1; Bd. 28 Engels, Ursprung d. Familie, 1931, 1.

40 Auch die Herausgabe der Elementarbücher hatte für Duncker juristische Konsequenzen (siehe Anm. 32). Er wurde in der Strafsache gegen Paul Zobel wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ erneut vorgeladen und vernommen. Duncker gab zu Protokoll, lediglich „eine Reihe von Schriften von Marx und Engels und anderen älteren sozialistischen Schriftstellern neu herausgegeben“ zu haben. Ihm konnten keine strafbaren Handlungen nachgewiesen werden. BArch, R 3003 /14aJ 74/25, Bd. 7, Bl. 58, 66f.

41 Die Angaben zu den Übersetzungen sind vermutlich unvollständig.

42 Manifest (1923, 1928), Utopie (1926), Lohn, Preis (1927, 1928), Lohnarbeit (1927, 1928) in Stockholm.

43 Programmkritiken (1930) in Moskau.

44 Lohn, Preis (1933) in Kopenhagen.

45 Lohn, Preis (1933) in Barcelona.

46 Auf die Vorworte wie auch auf die ergänzenden Anlagen in einzelnen von Duncker betreuten und editierten Schriften kann hier nicht eingegangen werden.

47 „Bei jeder Zeile, die wir bei unseren Zusammenkünften während der zwölf Jahre Nazi-herrschaft in den ‚Elementarbüchern‘ lasen, gedachten wir auch des Mannes, der uns in seinen Kursen in der ‚MASCH‘ das Wissen gab, welches es uns ermöglichte, diese dunkelste Nacht in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu überstehen, ohne an einem Wiedererstarken zu zweifeln.“ Aus dem Brief von Richard Hartwig vom 26.9.1946, SAP-MO-BArch, NY 4445/172, Bl. 23.

Marx-Engels „gegen den sozialdemokratischen Opportunismus“ (mit Auszügen aus Schriften und Briefen) und II. Sozialdemokratische Parteiprogramme von 1863 bis 1925 (insgesamt 148 S.),

- das „Quellenbuch“: Marx-Engels über historischen Materialismus: Die Herausbildung der materialistischen Welt- und Geschichtsauffassung (in den Schriften von 1842-1846), Teil I, Bd. 13, und Die materialistische Geschichtsauffassung in den Schriften seit 1846, Teil II, Bd. 14 (insgesamt 304 S.). Hermann Duncker stellte diese aufwendige und kenntnisreiche Arbeit unter das Motto: „Angesichts der fortgesetzten Verfälschung und Verdrehung Marxscher Grundgedanken ist die wortgetreue Zusammenstellung der wichtigsten Ausführungen, die Marx und Engels selbst über den historischen Materialismus gemacht haben, auch heute noch bitter notwendig. Ein Satz von Marx ist gemeinhin wichtiger und aufschlußreicher als zwanzig Sätze über ihn!“⁴⁸

Neben dem Schwerpunkt Elementarbücher betätigte sich Hermann Duncker auch als Herausgeber bzw. wissenschaftlicher Betreuer von jeweils zwei Titeln der „Marxistischen Bibliothek“ und der „Kleinen Lenin-Bibliothek“.⁴⁹ 1928 gehörte er zur Gruppe der Autoren und Herausgeber der „Illustrierten Geschichte der Deutschen Revolution“.

Als Mitbegründer und Lehrer an der MASCH (1927-1933) kehrte Hermann Duncker auch zu seinem lange vernachlässigten Metier als Herausgeber von Unterrichtsmaterialien zurück.⁵⁰ Gemeinsam mit Alfons Gold-

48 Vorwort, Bd. 13, S.3. „Von Marxschen Artikeln in der ‚Rheinischen Zeitung‘ bis zu Engels’ Altersbriefen reichend, war dieses Sammelwerk wohl die bedeutendste editorische Leistung Hermann Duncckers. Es enthielt auch die umfangreichsten Nachdrucke von Neuveröffentlichungen des Moskauer Instituts. So bot es das ganze erste Kapitel der ‚Deutschen Ideologie‘ dar, das Hermann Duncker als einen ‚lange entbehrten Grundriß des historischen Materialismus‘ [Vorwort, S.8] bezeichnete.“ Dlubek, Traditionen, S.62.

49 Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, mit einem Anhang: Quellenmaterial zum Marx-Engels’schen Materialismus. Hrsg. und mit Vorwort und Anmerkungen versehen von Dr. Hermann Duncker (Marxistische Bibliothek, Bd. 3), Wien-Berlin 1927, 121 S.; [August] Thalheimer/[Abram] Deborin: Spinozas Stellung in der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus. Reden und Aufsätze zur Wiederkehr seines 250. Todestages. Mit einem Vorwort von Hermann Duncker (Marxistische Bibliothek, Bd. 13), Wien-Berlin 1928, 120 S.; W. I. Lenin: Karl Marx. Anhang: Beiträge zum Marxismus (Aus Artikeln und Schriften Lenins, hrsg. von Dr. Hermann Duncker (Kleine Lenin-Bibliothek, Bd. 1), Wien-Berlin 1931, 96 S.; Ders.: Über Religion. Aus Artikeln und Briefen. Mit einem ergänzten Vorwort von Hermann Duncker (Kleine Lenin-Bibliothek, Bd. 4), (Zweite vermehrte Auflage), Wien-Berlin 1931, 76 S.

50 Überliefert sind außerdem folgende von Duncker in den 1920er-Jahren herausgegebene

schmidt und Karl August Wittfogel zeichnete er verantwortlich für die Lehrbriefe der „Marxistischen Arbeiterschulung“ – in den beiden Reihen (Kursen): Politische Ökonomie⁵¹ und Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung.⁵² Außerdem war er Redakteur (Herausgeber) der Zeitschrift „Der Marxist“, Blätter der Marxistischen Arbeiterschule.⁵³

Während der Exiljahre konnte Hermann Duncker nur in Paris und auch nur zeitweilig als Herausgeber tätig sein. Zusammen mit Johann-Lorenz Schmidt editierte er drei Hefte der „Zeitschrift für freie deutsche Forschung“.⁵⁴

In den USA bereitete er sich seit 1942, insbesondere aber seit Herbst 1943, im Rahmen der sich bietenden Möglichkeiten intensiv auf eine Rückkehr in das vom Faschismus befreite Deutschland vor, in dem er noch einmal als Lehrer und vielleicht auch als Herausgeber tätig zu sein wünschte. Hermann Duncker beschaffte sich aus Antiquariaten einige Exemplare der von ihm herausgegebenen Elementarbücher und notierte Überlegungen zu zahlreichen ihm wichtig erscheinenden Problemen, die in einem antifaschistischen Deutschland erörtert werden sollten.⁵⁵ An seine Frau, die gerade den Umzug aus Ballyclare (Virginia) nach New York vorbereitete, schrieb er am 14. September 1943:

„Wieder und wieder denke ich nach über die Haupt- und *Diskussionsartikel*, die man jetzt dauernd ins *Gespräch* werfen müßte (sie zirkeln um De-

Unterrichtsmaterialien: 1. Begriffserklärungen und Belegstellen (Zitate) zum wissenschaftlichen Kommunismus. Als Manuskript gedruckt, 4 S.; 2. Ein Wegweiser zum Studium der ökonomischen Grundlehren von Karl Marx. Als Anleitung zum Selbststudium und für Selbstbildungszirkel [Mit einem Anhang] 60 Jahre: „Kapital“ von Karl Marx, Berlin 1927, 30 S. [2. stark erweiterte Aufl. 1931, 62 S., Annotation von Karl Schröder, in: Die Bücherwarte, 1928, S.177]; 3. Kapitalismus und Imperialismus. I-IV. Teil. Eine volkswirtschaftliche Einführung in 4 Abenden. Als Manuskript gedruckt, 1926/1927. Die Disposition für den 1. und 4. Abend konnte nicht nachgewiesen werden.

51 Johann-Lorenz Schmidt hat in den mit ihm in den 1970er-Jahren geführten Gesprächen (Tonbandprotokolle) angegeben: „Hauptautor für die Serie Ökonomie war Hermann Duncker“. Zit. nach: Gabriele Gerhard-Sonnenberg: Marxistische Arbeiterbildung in der Weimarer Zeit, Köln 1976, S.113, Anm. 221.

52 Nachgewiesen sind Übersetzungen ins Spanische (Mexico D. F 1932 o. 1933) und ins Polnische (Lwów 1935).

53 Der Marxist, Jg. 1931 (3 Hefte), Jg. 1932 (5 Hefte).

54 Zeitschrift für freie deutsche Forschung [Libres Recherches Allemandes), hrsg. von der Freien Deutschen Hochschule in Paris. Es erschienen nur drei Hefte: im Juli und Dezember 1938 sowie im März 1939.

55 Rechnung vom 14.12.1945 über die antiquarisch erworbenen Ausgaben der Elementarbücher (Manifest, Lohnarbeit und Kapital, Entwicklung des Sozialismus). SAPMO-BArch, NY 4445/202, Bl. 54.

mokratie, Sozialismus und Humanität) und die besten, schlauesten Zugänge zu diesen Themen und die plausibelsten *Beweise!* Wir beiden *Lehrerseelen* sollten die beste Pädagogik für den Erwachsenen ausfindig machen können, um ihn sozial verantwortungsbewußter zu machen! [...]

Gerade *diese* Zeit ist *uns* beiden noch gegeben, wollen wir sie zu *nutzen* suchen!

Also: 1. *Was* ist so im *Interessensfeld* des average man? 2. Wie läßt sich das *umlenken* auf die Not unserer *Zeit*? 3. Wie können wir die *Abhilfe* dieser Not glaubhaft machen?

Liebes Herz, Du hast da manchmal so wundervoll schlichte und eindringliche Worte! Versuchen wir eine (oder die) polit. Fibel für die Analphabeten zu finden!⁵⁶

Nach Deutschland zurückgekehrt, stürzte sich Hermann Duncker seit Juni 1947 buchstäblich in die so lange schmerzlich vermisste Lehrtätigkeit. Der Herausgeber musste sich vorerst bescheiden. Gleichwohl ergriff er noch zweimal – 1949 und 1955 – die Gelegenheit, sich auch auf diesem Tätigkeitsfeld in Erinnerung zu bringen. Edward Bellamys „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000“ – 1889 von Clara Zetkin aus dem Englischen übersetzt und erstmals in deutscher Sprache veröffentlicht – schien ihm so recht geeignet, „unsere sozialistische Phantasie zu beflügeln. [...] Es bleibt immer wichtig, bestimmte Probleme erst einmal zu sehen und durchzudenken. Auch das ist ein Teil des wissenschaftlichen Sozialismus, der in seiner materialistischen Geschichtsauffassung nicht nur die Vergangenheit durchleuchtet, sondern aus ihr ableitend die sozialistische Zukunftsgestaltung erstrebt. Dazu gibt auch Bellamys Buch gewisse Anregungen, selbst da, wo einzelne seiner Problemlösungen nicht befriedigen.“⁵⁷ 1955 folgte dann eine Neuauflage der bereits 1928 im Rahmen der Elementarbücher editierten „Grundsätze des Kommunismus“ von Friedrich Engels. Das schönste Geschenk zu seinem 85. Geburtstag 1959 bereitete sich der Jubilar und Herausgeber Hermann Duncker mit der Edition seiner „Einführungen in den Marxismus“, in denen in zwei Bänden ausgewählte Reden, Artikel und Vorworte aus den Jahren 1896 bis 1958 versammelt wor-

56 Brief vom 13./14.9.1943, SAPMO-BArch, NY 4445/153, Bl. 217. Siehe auch: Zum Nachdenken (Einleitung zu einer politischen Fibel). Ich mische mich nicht in Politik. SAPMO-BArch, NY 4445/38, Bl. 43f.

57 Aus der Vorbemerkung von Hermann Duncker, in: Edward Bellamy: Ein Rückblick aus dem Jahre 2000, übers. u. eingel. von Clara Zetkin. Die Neuauflage wurde besorgt von Dr. Hermann Duncker. Berlin 1949, S.6f.

den waren.⁵⁸ Er selbst schreibt dazu in einer Widmung vom 26. November 1958: „Es ist ein Bekenntnisbuch für den *Marxismus*, entstanden aus 6 Jahrzehnten meines Lebens und Wirkens in der deutschen Arbeiterbewegung. Der *Marxismus* ist für mich das Bleibende in der Entwicklung. Aber man lernt ihn *nie* aus!“⁵⁹

58 Hermann Duncker: Einführungen in den *Marxismus*. Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1 u. 2, Berlin 1958 u. 1959, V-LXIII, 448 S. Die Edition wurde nach Hinweisen von Duncker von einer Gruppe junger Historiker an der Gewerkschaftshochschule in Bernau unter Leitung von Dr. Günter Griep besorgt.

59 Aus der Widmung für Prof. Dr. Klaus Zweiling (SAPMO-BArch, NY 4445/111, Bl. 7); Widmung für Hans Wetzel: „Lieber Hans! Hier mein Bekenntnisbuch für *Marxismus*, das auf meinem Lebensweg durch 6 Jahrzehnte der deutschen Arbeiterbewegung entstanden ist. Mit herzlichen Grüßen, Dein Hermann Duncker, 29. XI. 1958. (Ebenda, Bl. 8).

Eine proletarische Geschichte Deutschlands: Hans (Johannes) Stetter (1885-1963)

Uwe Fuhrmann

Auf den folgenden Seiten findet sich eine biografische Skizze des Stuttgarter Gewerkschafters Hans (Johannes) Stetter. Sein Lebenslauf entfaltet ein Panorama an Lebenswelten, die im Rückblick meist ganz verschiedenen Epochen zugeordnet werden. Es löst Erstaunen aus, was in eine einzige Biografie passt: Geboren wird Stetter in quasi-feudalen Zuständen im Örtchen Wain am Neckar, er verbringt einige Jahre im Armenhaus, geht als Handwerker zu Fuß auf die Walz, politisiert sich, erlebt den Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart 1907, ist Aktivist in der Novemberrevolution und hat später zahlreiche Funktionen in USPD, KPD und SPD inne. Stetter ist Gewerkschaftssekretär zur Zeit der Machtübernahme der Nationalsozialisten, übernimmt im Mai 1945 die Leitung des Arbeitsausschusses in Stuttgart-Untertürkheim, und ihm wird im Herbst 1948 persönlich von US-General Lucius D. Clay mit dem Verbot der Gewerkschaften gedroht. Später wird er Stadtrat in Stuttgart, entwickelt sich zum sozialdemokratischen Multifunktionär und ist schließlich Anfang der 1950er-Jahre in einen der ersten großen Finanzskandale der BRD (Klett-Bürkle) involviert.

Einige seiner sieben Geschwister weisen ähnliche politische Biografien auf, vor allem David und Georg Stetter sind hier zu nennen.¹ Stetter spielte als politischer Mensch und Gewerkschafter eine aktive, teilweise exponierte Rolle in zahlreichen politischen Auseinandersetzungen der deutschen Geschichte zwischen 1905 und 1959. Eine genauere Untersuchung seiner Biografie – womöglich im Zusammenhang mit seinen Brüdern David und Georg – wäre durchaus berechtigt, sofern es die Quellenlage erlauben sollte. Eine solche Untersuchung gewönne viel durch die

¹ David Stetter war von Januar 1951 bis April 1952 Arbeitsminister in Württemberg-Baden, siehe die Kurzbiografie auf den Seiten der Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/tit00205/00205k05.htm#LOCE9E178> (Zugriff 28.5.2013); Georg Stetter wurde gleich zweimal aus der KPD ausgeschlossen (1925 und 1928) und zählte nach dem Zweiten Weltkrieg zum Kern der Gruppe „Arbeiterpolitik“. Siehe Theodor Bergmann: Gegen den Strom. Die Geschichte der KPD(-Opposition), Hamburg 2001, S.528f. In einem Gespräch mit dem Autor am 7. Juni 2013 in Stuttgart wies Theodor Bergmann darauf hin, dass auch mindestens eine der Schwestern politisch aktiv war.

Spannung zwischen den biografischen Abschnitten vor und nach der NS-Herrschaft, denn alle drei Geschwister überlebten den Nationalsozialismus und waren sowohl vorher als auch nachher politisch in verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung der BRD aktiv. Die Vornamen der weiteren Geschwister lassen sich bisher nur vermuten²

An dieser Stelle kann jedoch lediglich eine biografische Skizze vorgenommen werden.³ Diese speist sich größtenteils aus Hans Stetters eigenen unveröffentlichten Erinnerungen und anderen auf ihn zurückgehenden Schriften⁴ Damit folgt der Artikel in Teilen Stetters Selbstrepräsentation. Sie wird um ihren Kontext ergänzt und – vor allem für die Periode nach 1945 – durch weiteres Quellenmaterial erweitert, korrigiert und hinterfragt.

Kindheit, Jugend und Erster Weltkrieg

Hans (Johannes) Stetter wurde als Sohn eines Schuhmachers im protestantischen Wain (heute Kreis Biberach) am 1. Februar 1885 geboren. Er wuchs im Weiler Bethlehem (Bethlehain), einem Ortsteil von Wain, in

2 Vermutlich Karoline, Jakob und Matthäus, siehe Traueranzeige für Hans Stetter, in: Stuttgarter Nachrichten, 12.11.1963, S.14. Seine beiden Brüder Georg und David waren kurz zuvor verstorben.

3 Zurzeit existieren lediglich einige biografische Einträge in Fachlexika. Siehe Hermann Weber: Stetter, Johannes, in: Ders./Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, 2. Aufl., Berlin 2008, S.903f.; Frank Raberg: Biographisches Handbuch der Württembergischen Landtagsabgeordneten, 1815-1933, Stuttgart 2001, S.897; Ders.: Stetter, Johannes (Hans), in: Baden-Württembergische Biographien (Band 4), 2007, S.354-357. Im letzten Artikel findet sich auf S.357 der Hinweis, dass sich noch Unterlagen Hans Stetters bei seiner Tochter, der Künstlerin Ilse Rose Stetter in Schorndorf befinden.

4 Vor allem die frühen Angaben beziehen sich hauptsächlich auf diese verschriftlichten Erinnerungen. Siehe Hans Stetter: Aus dem Leben eines Proletariers, Stuttgart 1961, red. bearb. von Paul Stetter, (Stuttgart 1983), ca. 40 Seiten, Archiv der Arbeiterbewegung im Stadtarchiv Stuttgart, 1012 Nr. 36. Das den Erinnerungen zugrunde liegende Tonband liegt im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) in Bonn, Nachlass Hans Stetter und ist vermutlich 1959 aufgenommen worden. Zum Aufnahmedatum siehe DGB-Kreis Stuttgart (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Wiederaufbau Stuttgart 1945-49. Materialsammlung und Katalog zur Ausstellung in der „Galerie im Lichthof“ des DGB-Hauses Stuttgart 28.4.-3.7.1982, Stuttgart 1982, S.286. Zu bedenken sind die üblichen Fallstricke von Beschreibungen, die Jahrzehnte nach den Ereignissen aufgezeichnet wurden. Soweit überprüft, scheinen sie aber mit anderen Quellen übereinzustimmen: Siehe etwa die biografischen Lemmata (wie vorherige Anm.) und Hans Stetter: Der kommunistische Sumpf. Mein Ausschluß aus der KPD, Stuttgart 1926.

ärmlichen Verhältnissen als eines von acht Kindern auf.⁵ Im selben Ort wurde auch Jacob Walcher geboren, der als zeitweises Mitglied der KPD-Zentrale und in anderen Funktionen ebenfalls eine wichtige Rolle in der deutschen Arbeiterbewegung spielte. Eine Bekanntschaft der Geschwister Stetter zu Jacob Walcher ist ob der frappanten Parallelen der Biografien sehr wahrscheinlich.⁶

Hans Stetter – und mit ihm seine ganze Generation ländlicher und proto-proletarischer Kinder – wurde „früh schon alt“.⁷ Seit dem neunten Lebensjahr wurde er das halbe Jahr über in Dörfern im Umkreis „entliehen“ und half dort für Kost, wenig Lohn und ein Paar „derbe Lederschuhe“ pro Saison acht oder neun Stunden täglich bei der Hofarbeit – zusätzlich zu fünf Stunden Volksschule. Mit 14 erlernte er das Schreinerhandwerk; die Arbeitsverhältnisse waren dabei zunächst nur wenig besser. Nach Abschluss der Lehre konnte Hans Stetter aber auf die Walz gehen, die ihn erstmals 1903 nach Stuttgart, seine künftige Wahlheimat, verschlug.⁸ Bereits zu dieser Zeit bewies Hans Stetter einen Witz, der ihn auch später vor so manch unerwünschter Lage rettete: Er brach mit einem Freund auf, um von Stuttgart nach Frankfurt zu wandern und endlich Land und Leute (vor allem auf diversen Festen) kennenzulernen. Als er bereits am zweiten Tag dieser ersten Walz wider Erwarten (und wider Willen) von einem Meister, bei dem er nach einem Mittagessen gefragt hatte, eingestellt werden sollte, handelte Stetter: Auf dem Weg zur Einweisung in die Werkstatt „ging [der Meister] voraus und ich [d.i. Stetter]: laufst net, dann gilt's net, auf die Straße und der gute Mann stand ohne Jungesellen allein an der Ecke seines Hauses“⁹ – das Ganze selbstredend erst, nachdem er ein anständiges Mittagessen im Hause verspeist hatte.

5 Siehe Stetter, *Leben*, S.6-8. Siehe zur Charakterisierung Wains außerdem: Ernst Stock/Karl Walcher: *Jacob Walcher (1887-1970). Gewerkschafter und Revolutionär zwischen Berlin, Paris und New York*, Berlin 1998, S.194f.

6 Jacob Walcher war nur zwei Jahre jünger, wuchs im selben Dorf auf, ging auch nach Stuttgart und bewegte sich im selben Milieu, z. B. im Waldheim Sillenbuch. Jacob Walcher wurde am 25. November 1918 Sekretär des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates Stuttgart, in dem auch Hans Stetter Mitglied war. Er wurde später ebenso wie dieser aus der KPD ausgeschlossen. Siehe Stock/Walcher, *Jacob Walcher*, S.11-14, 44f., 81-101. Nachtrag (10. Juni 2013): Theodor Bergmann, der mit Georg Stetter befreundet und mit Jacob Walcher gut bekannt war, hat diese Bekanntschaft bestätigt („Ja, natürlich!“). Gespräch wie Anm. 1.

7 Aus dem Lied „Dem Morgenrot entgegen“, Strophe 2.

8 Siehe Stetter, *Leben*, S.11-13.

9 Stetter, *Leben*, S.12.

Hans Stetter trat schon im ersten Jahr seiner Wanderschaft (1903) der SPD und der Gewerkschaft bei und erlebte 1907 auf dem großen internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart die – wie er selbst es ausdrückte – „großen Führer der sozialistischen Internationale“,¹⁰ weil er dort als Ordner eingesetzt war. Im Jahr 1908 musste er auf Grund politischer und gewerkschaftlicher Betätigung seinen Wohnort verlassen.¹¹ Erfahrungen von Repression und Gefängnis werden ihn ein Leben lang begleiten. Er fühlte sich zu dieser Zeit schon der SPD-„Opposition“ zugehörig, die in Stuttgart laut Stetter bereits 1909 in der Mehrheit war und die Versöhnung mit dem bürgerlichen Staat prinzipiell ablehnte.¹² Von dieser Opposition sei auch die Gründung der Naturfreundebewegung 1909 ausgegangen, an der sich Stetter aktiv beteiligte. In diesen Zusammenhang gehört auch die Gründung des Waldheims Sillenbuch, die Stetter zusammen mit Clara Zetkin, Friedrich Westmeyer und anderen ins Werk setzte.¹³ Die Waldheime waren Freizeitheime der Stuttgarter Arbeiterbewegung und dienten zunächst der Erholung und der Flucht aus dem stickigen Talkessel. Sie lagen etwas außerhalb und entwickelten sich rasch zu organisatorischen Zentren der Bewegung.

Im Jahr 1910 heiratete Hans Stetter.¹⁴ Die Familienverhältnisse der Eheleute Stetter erscheinen traditionell, aber nach allem, was sich sagen lässt, respektvoll: Sie unterstützte ihn stets in seinem politischen Engagement trotz allen damit verbundenen Unannehmlichkeiten – und Hans Stetter nahm dies auch so wahr.¹⁵ Dennoch hielten sich auch in dieser proletarischen Ehe überkommene Traditionen: Stetter besetzte als politischer Mensch das öffentliche Leben, seine Frau unterstützte ihn aus der weniger sichtbaren „privaten“ Sphäre von Haushalt und Familie.¹⁶ So be-

10 Ebenda, S.16.

11 Siehe ebenda, S.14.

12 Siehe ebenda, S.16-18. Stetter selbst benutzte den Begriff der Opposition mehrfach, sein Sohn Paul nannte als zentrale Person dieser „Opposition“ Clara Zetkin.

13 Das heutige Clara-Zetkin-Haus. Zu seiner Geschichte siehe Karsten Lukawec, in: <http://www.waldheim-stuttgart.de/html/entstehungsgeschichte.htm> (Zugriff 28.5.2013) und den ausführlichen Wikipedia-Eintrag „Stuttgarter Waldheime“.

14 Siehe Stetter, *Leben*, S.17.

15 Siehe ebenda, S.34.

16 Es soll zu diesem Thema aber darauf hingewiesen werden, dass Stetter in einer Rede im Landtag Württembergs 1922 eine sehr engagierte und sehr ausführliche Begründung für den Antrag auf Abschaffung des §218 lieferte. Daraus ist unmittelbar seine Solidarität mit den von dem Paragraphen besonders hart getroffenen proletarischen Frauen abzulesen: In der Debatte über die Zahl der Opfer des §218 beschied Stetter den Zentrumsvertretern

kommt Hans Stetters Frau in den auf die politischen Ereignisse konzentrierten schriftlichen Erinnerungen ihres Mannes bezeichnenderweise keinen Namen. Laut Frank Raberg war ihr Name Maria, geb. Hermann (1887-1964).¹⁷ Das Paar hatte zwei Kinder: Paul (geboren 1911) und Ilse-rose (geboren 1929).

Gleich zu Beginn des Ersten Weltkriegs wurde Stetter eingezogen und verstand „die Menschen und die Welt nicht mehr“, weil so viele in einem „wahren Taumel sich in den Krieg stürzten“.¹⁸ Er berichtet, dass er vor seiner Verlegung an die Front im November 1914 noch an einer letzten Parteiversammlung teilnehmen konnte, bei der die Absetzung der oppositionellen Redaktion der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht“ Thema war (es ging vor allem um Arthur Crispian, Edwin Hoernle und eben Jacob Walcher). Diese Auseinandersetzung führte zu einer ersten Spaltung innerhalb der SPD.¹⁹ Bei der Abfassung seiner Erinnerung schreibt Hans Stetter 1961: „Mit tiefer Trauer und Beschämung denke ich noch heute daran, wie furchtbar die Sozialisten, vor allem hier in Deutschland, versagten, als 1914 der Krieg begann.“²⁰ Im Juli 1917 wurde er von der Front an seinen Arbeitsplatz nach Stuttgart zurückbeordert und trat kurz darauf der USPD bei.²¹

Novemberrevolution und Weimarer Republik

Im November 1918 befand sich Hans Stetter wieder in Stuttgart und nahm aktiv an der Novemberrevolution teil. Auf dem Karlsplatz in der Stuttgarter Innenstadt fand am 5. November eine Antikriegskundgebung mit 80.000 Menschen statt, abends fanden sich verschiedene Funktionäre der Arbeiterbewegung im Gewerkschaftshaus ein. Bei dieser Gelegenheit wurde Hans Stetter in Stuttgarts ersten Arbeiterrat gewählt, der am 6. No-

nach einem Zuruf: „Sie sollten zuerst dafür sorgen, menschenwürdige Zustände zu schaffen [...] Solange Sie aber dazu nicht in der Lage sind, haben Sie hierüber ganz gefälligst das Maul zu halten.“ KPD, Bezirk Württemberg (Hrsg.): Die weiße Schmach. Die Verhandlungen über die Paragraphen 218-220 im Württembergischen Landtag vom 20. bis 22. Februar 1922. Mit der ausführlichen Rede des Abg. Hans Stetter, o. J., S.10f. Die Rede bildet den Hauptteil dieser Broschüre.

17 Siehe Raberg.

18 Beide Zitate Stetter, *Leben*, S.18.

19 Siehe ebenda.

20 Ebenda, S.16.

21 Siehe ebenda, S.18f.

vember an die Öffentlichkeit trat und sofort am 7. November früh morgens wegen Hoch- und Landesverrats verhaftet wurde.²² Am 9. November kamen die 18 Räte wieder frei, und am 10. des Monats wurde Stetter in den (provisorischen) „Aktionsausschuß des Arbeiterrates“²³ (später Vollzugsausschuss bzw. Landesausschuss der Arbeiterräte Württembergs²⁴) gewählt.²⁵ Ein Mandat im Gemeinderat durfte Hans Stetter nicht wahrnehmen, da dort keine Verwandten zugelassen waren und sein Bruder Georg bereits Abgeordneter war. Aktiv war in diesem Kreis auch der spätere KPD-Politiker Albert Schreiner – ein Schwager von Hans Stetter.²⁶

Nach dem enttäuschenden Verlauf der Revolution trat Stetter im Dezember 1920 mit dem linken Flügel der USPD der KPD bei und wurde direkt (bis 1924) in den württembergischen Landtag gewählt, zusätzlich war er Parteisekretär für den Raum Stuttgart. Als Delegierter für den 3. Kongress der III. Internationale und den ersten Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale besuchte Hans Stetter 1921 für acht Wochen Moskau und Petrograd.²⁷ Er übernahm im Jahr 1923 zusätzlich zu seinen bisherigen Funktionen das Amt des politischen Leiters des KPD-Bezirks Württemberg. Im gleichen Jahr wurde er auf dem Leipziger Parteitag u. a. in die zentrale Gewerkschaftskommission der Partei gewählt.²⁸

Als nach dem gescheiterten Umsturzversuch der KPD im Oktober 1923 die Partei für einige Monate verboten war, wurde auch Hans Stetter zunächst in Schutzhaft genommen, vermutlich am 15. November 1923.²⁹ Ob und inwieweit er in die Ereignisse verwickelt war, ist nicht bekannt. Bis zum 22. Dezember verblieb er im Landgerichtsgefängnis Tübingen sowie im Garnisonsarrest in Ulm. Doch schon acht Tage nach seiner Ent-

22 Siehe ebenda, S.19.

23 Siehe ebenda, S.20.

24 Siehe Raberg, Biographisches Handbuch, S.897.

25 Siehe Stetter, Leben, S.19f.

26 Zu Albert Schreiner siehe Mario Keßler: Hitler treibt zum Krieg. Albert Schreiner als Militärwissenschaftler im Exil, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2008/II, S.126-142. Albert Schreiner war laut Raberg (Baden-Württembergische Biographien, S.355) Ende des Jahres 1918 einige Tage Kriegsminister der provisorischen württembergischen USPD/SPD-Regierung. Die erste Frau von A. Schreiner (Emma) war die Schwester der Maria Stetter, geb. Hermann (Frau von Hans Stetter), siehe Raberg, Biographisches Handbuch, S.897.

27 Siehe Stetter, Leben, S.21.

28 Siehe Weber, Stetter, S.903.

29 Stetter schreibt in seinen Erinnerungen, seine Festnahme sei am gleichen Tag erfolgt, als die „Mark die Höhe einer Billionen erreichte“, Stetter, Leben, S.22.

lassung, am 30. Dezember 1923, wurde er anlässlich einer „Zusammenkunft im Staatstheaterrestaurant“ erneut verhaftet.³⁰ Vermutlich handelte es sich um eine regionale Versammlung, zu welcher der – von Stetter als „Inquisitor der kommunistischen Partei Württembergs“ bezeichnete – Karl Schneck unabgesprochen gefährliche Schriftstücke mitbrachte und so die Verhaftung der zwölf Anwesenden zu verantworten hatte.³¹ Volle drei Monate verbrachte Stetter in Untersuchungshaft und wurde schließlich entlassen, weil er für die Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 als Spitzenkandidat der KPD in Württemberg aufgestellt worden war.³² Bei dieser Wahl erzielte seine Partei ein außerordentlich gutes Ergebnis, in Stuttgart wurde sie sogar die stärkste der Parteien.³³ Mit dieser Haftentlassung Ende März hatte Stetter es zunächst besser getroffen als die übrigen elf Angeklagten, die bis zum Prozessbeginn am 16. Mai in Haft blieben. An diesem Tag, um kurz nach Mitternacht, wurde jedoch auch Hans Stetter aus seiner Wohnung heraus erneut festgenommen. Seine Frau erlitt bei dieser Gelegenheit einen Nervenzusammenbruch. Nicht zuletzt deswegen konnte Stetter eine Aussetzung seines Haftbefehls erwirken. Nachdem das Verfahren am 19. Mai an den Staatsgerichtshof nach Leipzig überwiesen worden war, tauchte Stetter sofort unter und entkam so seinen Häschern, die ihn – diesmal um 5 Uhr morgens – nicht mehr in seiner Wohnung antrafen. Er erreichte nach zwei Wochen Odyssee im Untergrund, die ihn durch ganz Norddeutschland führte, den Reichstag kurz vor dessen Zusammentritt. Erst nach Betreten des Gebäudes war er durch seine Immunität als „MdR“ geschützt.³⁴ Die anderen Angeklagten des Verfahrens, welches u. a. wegen Hochverrats und im Zusammenhang mit dem gescheiterten Oktoberaufstand der KPD stattfand, wurden im Juli 1924 zu Gefängnisstrafen von bis zu drei Jahren verurteilt.³⁵

Der Reichstag wurde indes schon im Oktober desselben Jahres wieder aufgelöst, und bei der darauf folgenden Dezemberwahl 1924 war Stetter innerparteilich schon unter die Räder gekommen. Denn die mit dem Frankfurter Parteitag im April 1924 angetretene „linke“ Parteiführung um Ruth Fischer, Arkadij Maslow und Werner Scholem besetzte im Rahmen der „Bolschewisierung“ der KPD Listenplätze und Funktionärsposten

30 Siehe ebenda; in Stetter, Sumpf, S.15 ist die Bezeichnung „Landestheater“ zu finden.

31 Siehe Ders., Sumpf, S.15.

32 Siehe Ders., Leben, S.21f.

33 Siehe ebenda, Anm. 12, S.41.

34 Siehe ebenda, S.22f.

35 Siehe ebenda.

vor allem mit ihnen nahestehenden Genossen.³⁶ Sein Bruder Georg und auch Jacob Walcher teilten mit vielen anderen Hans Stetters Schicksal, sie wurden in dieser Phase abgedrängt und verloren massiv an Einfluss.

Für Hans Stetter bedeutete das aber nicht nur den Verlust seines Reichstagsmandats durch einen aussichtslosen Listenplatz, sondern damit ging auch einher, dass sofort im Oktober 1924 verschiedene Verfahren gegen ihn wieder aufgenommen wurden³⁷ und er steckbrieflich gesucht wurde („hohe Stirn, Geheimratsecken, englischer Schnurrbart“³⁸). Wieder stand die Polizei mitten in der Nacht bei Hans Stetter vor der Tür, wieder war „der Vogel ausgeflogen“.³⁹

Zunächst tauchte er bei verschiedenen Genossen in Berlin unter, und von Februar bis Mai 1925 entzog er sich der anstehenden Verhaftung durch einen Aufenthalt im französischen Lothringen. Dort war er mithilfe eines gefälschten Passes für die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) tätig. Von der IAH sehr schlecht bezahlt⁴⁰ und von der KPD nicht unterstützt, kehrte er nach drei Monaten notgedrungen zurück und wurde am 30. Mai 1925 in Mannheim gefasst und inhaftiert, allem Anschein nach aufgrund eines Verrats.⁴¹ Erst Anfang Oktober 1925 wurden sein Prozess und alle seine Verfahren im Rahmen der ersten Hindenburg-Amnestie eingestellt und Stetter wieder freigelassen.

In der Partei wurde er 1926 endgültig kaltgestellt, bekam von der Parteileitung ein Redeverbot,⁴² und wurde am 30. Juni 1926⁴³ auch formal aus-

36 Siehe Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Frankfurt/Main 1969 (= Studienausgabe der Europäischen Verlagsanstalt), S.74-81.

37 Siehe Stetter, *Leben*, S.23. Bei diesen Verfahren handelte es sich um 28 verschiedene politische Strafverfahren, die gegen ihn eingeleitet worden waren, weil er ob seiner Immunität auf Befehl der Partei als Verantwortlicher Redakteur erhalten musste (siehe Ders., *Sumpf*, S.12). Dies beinhaltete die juristische Verantwortung für zahlreiche Zeitungsartikel, die Strafanzeigen nach sich gezogen hatten, sowie für ein kriminalisiertes Flugblatt gegen das KPD-Verbot 1923 (siehe Ders., *Leben*, S.21, 23). Offiziell war er von 1920 bis 1924 Redakteur der kommunistischen „Süddeutschen Arbeiter-Zeitung“ (siehe ebenda, S.37). Sein Sohn Paul berichtet, dass er nur nachträglich vom Inhalt der Artikel in Kenntnis gesetzt wurde und diese „wegen ihrer ultralinken Tendenz auch innerlich ablehnte“ (ebenda, S.40, Anm. 10).

38 Weber, *Wandlung*, S.312.

39 Stetter, *Leben*, S.23.

40 Siehe Ders., *Sumpf*, S.13f.

41 Siehe Ders., *Leben*, S.24; Weber, *Stetter*, S.904.

42 Siehe Stetter, *Leben*, S.24.

43 Siehe Weber, *Stetter*, S.903f.

geschlossen. Es folgte seine öffentliche Abrechnung mit den Methoden der KPD. In diesen Zeitungsartikeln, die auch als Broschüre veröffentlicht wurden,⁴⁴ machte sich Stetter Luft über seine schlechten Erfahrungen: Er verteidigte darin das Verhalten der ehemaligen Vorsitzenden Brandler und Thalheimer im Jahr 1923 und sah deren einziges Versäumnis darin, „ihre Macht nicht dazu benutzt zu haben, um die Verbrecherbande Ruth Fischer-Maslow-Scholem einschließlich Thälmann und Konsorten aus der KPD hinauszubefördern“, denn „alle Organe des heutigen Klassenstaates haben nicht vermocht, das Vertrauen der Arbeiter zur KPD so zu erschüttern, wie es der derzeitigen Führung dieser Partei im Zeitraum von 2½ Jahren möglich war.“⁴⁵

In der 23 Seiten langen Broschüre packte Stetter etliche Interna aus, und so mancher KPD-Funktionär bekam sein Fett weg: Werner Scholem nennt Stetter den „Parteihenker“, der ihn und andere Genossen „mit Hilfe des Staatsanwaltes“ „politisch und persönlich“ erledigt habe.⁴⁶ Fischer, Maslow und Thälmann werden als „notorische Demagogen und Intriganten“ bezeichnet, während der Parteisekretär für Württemberg und MdR Hans Bohla als „Feigling und Tagedieb“ charakterisiert wird. Als Erscheinungsort der Artikelserie wählte Stetter ausgerechnet die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“, die schon 1914 (damals noch innerhalb der SPD) Schauplatz der Flügelkämpfe innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung gewesen war.

Hans Stetter wurde folgerichtig 1926 wieder aktives SPD-Mitglied und blieb, als Schreiner arbeitend, bis 1928 in Stuttgart. Dann ging er nach Königsberg, um dort eine Stelle als hauptamtlicher Sekretär der Gewerkschaft der Gemeinde- und Staatsarbeiter anzunehmen. Er übte fünf Jahre lang diese Tätigkeit aus und trat noch im März 1933 für die SPD zu den Königsberger Gemeinderatswahlen an. Bei der gewaltsamen Beendigung von Stetters Aktivitäten für die Gewerkschaft in Königsberg durch die SA gingen auch die 4.000 Bände der Königsberger Gewerkschaftsbibliothek in Flammen auf. Wieder tauchte Hans Stetter einige Wochen unter und wurde später von der DAF entlassen. Anfang September 1933 kehrte er mit seiner Familie nach Stuttgart zurück. Dort scheint er als Schreiner die Zeit der NS-Herrschaft „überwintert“ zu haben, auch seine beiden Geschwister David und Georg überlebten die Nazizeit ohne ins Exil gehen

44 Siehe Stetter, Sumpf.

45 Ebenda, S.5f.

46 Ebenda, S.11.

zu müssen oder der Repression zum Opfer zu fallen.⁴⁷ Aus dieser Zeit sind keine weiteren Zeugnisse in Sachen Hans Stetter bekannt, was auch die Frage unbeantwortet lässt, warum Stetter als ehemaliger KPD-Abgeordneter in Land- und Reichstag von weiteren Repressionen verschont blieb.

Nachkriegszeit

Hans Stetter beteiligte sich nach dem Ende des Krieges 1945 aktiv am Aufbau des „Antifaschistischen Kampfbundes“ Stuttgart-Untertürkheim und übernahm zeitweise auch dessen Leitung.⁴⁸ Die vielerorts spontan und lokal entstandene „Antifa-Bewegung“ in Stuttgart kann als die „vielleicht ausgedehnteste in einer deutschen Stadt“ gelten⁴⁹ und bildete das Initiativmoment, aus dem kurze Zeit später die „Arbeitsausschüsse“ hervorgingen. Auch der Untertürkheimer „Kampfbund“ wurde zu einem dieser zahlreichen Arbeitsausschüsse, die sich in Stuttgart und ganz Deutschland gebildet hatten.⁵⁰ In seinem ersten Tätigkeitsbericht formulierte der „zentrale Arbeitsausschuß“ Stuttgarts⁵¹ als stadtweiter Zusammenschluss Bereiche, die er in seinem Zuständigkeitsbereich sah:

- „1. Beseitigung der nazistischen Überbleibsel.
2. Linderung der Notlage der Bevölkerung.
3. Wiederaufbau und Wiedergutmachung.
4. Förderung der kulturellen Demokratie.“⁵²

Damit schickten sich die Ausschüsse an, einen Großteil des gemeinschaftlichen Lebens zu organisieren. Neben den Arbeitsausschüssen waren –

47 Siehe Stetter, *Leben*, S.28f. Im Gespräch (siehe Anm. 1) erklärte Theo Bergmann, die Geschwister hätten „sich verkrochen“, und wies daraufhin, dass Georg aufgrund des §175 noch mehr Grund zur Vorsicht gehabt hatte als andere politisch Verfolgte.

48 Stetter selbst gibt an, Vorsitzender des Arbeitsausschusses in Stuttgart-Untertürkheim von Mai bis September 1945 gewesen zu sein (siehe ebenda, S.28f.). Für Genaueres siehe Lutz Niethammer: *Kampfkomitees und Arbeitsausschüsse in Stuttgart*, in: Ders./Ulrich Borsdorf/Peter Brandt (Hrsg.): *Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland*, Wuppertal 1976, S.503-602, hier S.513. Auch Willi Bleicher war Mitglied im Untertürkheimer Arbeitsausschuss. Siehe DGB-Kreis Stuttgart (Hrsg.), *Arbeiterbewegung*, S.41.

49 Niethammer, *Kampfkomitees*, S.503.

50 Siehe Borsdorf/Brandt/Niethammer (Hrsg.), *Arbeiterinitiative*.

51 Siehe die Auszüge aus den Berichten Erwin Holzwarths, ebenfalls aktiv im Untertürkheimer Arbeitsausschuss, in: DGB-Kreis Stuttgart (Hrsg.), *Arbeiterbewegung*, S.27-43, hier S.32.

52 Zit. nach: ebenda, S.31.

vor der sukzessiven Zentralisierung der Gewerkschaften – die Betriebsräte diejenigen, die vor Ort das Heft des Handelns in der Hand hielten. So gab es im Bereich Stuttgart zu wichtigen allgemeinpolitischen Themen immer wieder Betriebsräte-Vollversammlungen.⁵³ In Stuttgart wurden die Betriebsräte meist „Arbeiter-Ausschüsse“ genannt, worin nicht nur die Kooperation zwischen Stadtteil und Betrieb sprachlich abgebildet, sondern auch die ähnlich ausgeweitete Funktion der Betriebsräte deutlich wird.⁵⁴ In dieser Kooperation⁵⁵ deutete sich der enorme Einfluss der Räte-Strukturen an, der von (Militär-)Regierung, Verwaltung und Parteien ungern gesehen wurde, da ihr eigener Einflussbereich dadurch erheblich eingeschränkt wurde. Einzelne Arbeitsausschüsse hatten bereits antifaschistische Polizeieinheiten aufgestellt und nahmen die Vorgänge vor Ort selbst in die Hand – in Wangen kümmerte sich beispielsweise das Antifa-Komitee (d.i. ein Arbeitsausschuss) um die Neuvermietung von Wohnungen „abgereister Nationalisten“, bei denen es sich nicht um eine freiwillige Abreise gehandelt haben dürfte.⁵⁶ Hans Stetter selbst wurde im Oktober 1946 (zusammen mit Max Ehrhardt) außerdem als Gewerkschaftsvertreter in den politischen Beirat des „Ministeriums für politische Befreiung“ abgeordnet⁵⁷ und war auch aktiv in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN).⁵⁸

Zwischen Stadtverwaltung und Militärregierung auf der einen und den Arbeitsausschüssen auf der anderen Seite kam es immer wieder zu Kompetenzkonflikten. In vielen Fällen befanden sich gerade die oberen Ver-

53 Siehe exemplarisch die Entschließung einer Betriebsräte-Versammlung (mit 1.200 Beteiligten) zur Währungsfrage am 19. November 1946. Die Entschließung ist abgedruckt in: DGB-Kreis Stuttgart (Hrsg.), Arbeiterbewegung, S.221.

54 Siehe ebenda, S.41, und Niethammer, Kampfkomitees, S.546.

55 Siehe Michael Fichter: Aufbau und Neuordnung. Betriebsräte zwischen Klassensolidarität und Betriebsloyalität, in: Martin Broszat/Klaus-Dieter Henke/Hans Woller (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1989, S.469-549, hier S.491. Er nennt als Beispiele die Kooperation der Ausschüsse in Betrieb und Stadtteil Kornwestheim (mit Stammheim und Zuffenhausen) sowie die Zusammenarbeit zwischen dem Daimler-Betriebsrat des Werkes Untertürkheim mit dem Antifa-Ausschuss, in dem auch Willi Bleicher und Hans Stetter aktiv waren.

56 Siehe Lagebericht der Geschäftsstelle Wangen vom 14. Mai 1945, nach Kuno Drollinger: Der Wiederaufbau der städtischen Verwaltung, in: Edgar Lersch u. a. (Hrsg.): Stuttgart in den Nachkriegsjahren, Stuttgart 1995, S.103-126, hier S.109.

57 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) EA 11/101 Bü 48.

58 HStAS VVN Bü V7; Dank an Henning Fischer für die Hinweise auf diese beiden Archivalien.

waltungsebenen im Widerspruch zu den örtlichen Komitees, vor allem unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen. Ende Mai 1945 schimpfte der Oberbürgermeister Arnulf Klett „die Polizei führe die Anordnungen der Antifa aus, nicht umgekehrt“ und forderte den Polizeipräsidenten zu entsprechendem Handeln auf.⁵⁹ Die Vorläufer der Ausschüsse, die „Kampfkomitees gegen den Faschismus“, wurden bereits am 25. Mai 1945⁶⁰ für aufgelöst und illegal erklärt,⁶¹ da Klett eine faktische Entmachtung von unten befürchtete.⁶² Auch DVP- und SPD-Vertreter warnen vor einem „Dualismus in der Verwaltung“ und betrachteten die Ausschüsse als „vorübergehende Einrichtung, die verschwinden müsse“, sobald die anderen Verwaltungsorgane konstituiert worden seien.⁶³

Die zentralen Gewerkschaftsorganisationen hatten ebenfalls Probleme mit den basisdemokratischen Initiativen, auch und gerade in Baden-Württemberg. Der Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden (GWB, bzw. dessen Vorläufer Wü-GB) wird von Siegfried Mielke als „besonders typische Gewerkschaftsgründung ‚von oben‘“ charakterisiert.⁶⁴ Denn es fanden sich Ende Mai 1945 Funktionäre aus der Zeit vor 1933 – unter notarieller Aufsicht, aber ohne jegliche Beteiligung der Basis – zusammen und behaupteten von sich, sie wären von nun an die legitime Gewerkschaftszentrale.⁶⁵ Es gab aber höchstens vereinzelt personelle Verschränkungen zwi-

59 Oberbürgermeister an Polizeipräsident Weber am 26. Mai 1945, zit. nach: Niethammer, Kampfkomitees, S.555.

60 Der Bericht von Fritz Eberhard (= Hellmuth von Rauschenplat) nennt den 25. Mai als genauen Tag des entsprechenden Rundschreibens. Siehe Ders.: IV, abgedruckt in: Ulrich Borsdorf/Lutz Niethammer (Hrsg.): Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, Wuppertal 1976, S.58-77, hier S.59.

61 Siehe Michael Fichter: Kommunalverwaltung und Demokratisierung des öffentlichen Lebens, in: Lersch u. a. (Hrsg.), Stuttgart, S.73-102, hier S.74.

62 Siehe Niethammer, Kampfkomitees, S.557f. Karl Weber (der neue Polizeipräsident) sekundierte am 25. Mai: „Inhaber der öffentlichen Gewalt sind unter Aufsicht der Alliierten Militärregierung allein Behörden und Ämter der Stadt, insbesondere die deutsche Polizei. Nur sie allein haben Befehle und Anordnung zu erteilen, nur sie sind zu Eingriffen in fremde Rechte, auch wenn es sich um solche von flüchtigen Nazis handelt, befugt“. Zit. nach: Drollinger, Wiederaufbau, S.110.

63 Hermann Vietzen: Chronik der Stadt Stuttgart 1945-1948, Stuttgart 1972, S.145.

64 Siegfried Mielke: Der Wiederaufbau der Gewerkschaften. Legenden und Wirklichkeit, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.): Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, Göttingen 1979, S.74-87, hier S.75.

65 Siehe Niethammer, Kampfkomitees, S.542-544; Mielke, Wiederaufbau, S.75f. Ähnlich Fichter, Aufbau, S.489f. Maßgebliche Protagonisten dieser Gruppe waren Markus Schlei-

schen der Funktionärsebene der Gewerkschaften und den Ausschüssen.⁶⁶ So verwundert kaum, dass dieser Landesgewerkschaftsbund eine ausgesprochen feindliche Haltung gegenüber den örtlichen und betrieblichen Initiativen einnahm und zusammen mit der Stadtverwaltung und den Unternehmerorganisationen gegen diese vorging.⁶⁷

Im Januar bzw. März 1947 errichtete die Stadt Stuttgart die sogenannte „Zentrale für den Aufbau der Stadt Stuttgart“ (ZAS)⁶⁸ – eine Gegengründung gegen die dezentralen Strukturen, deren letzte Nachfolger sich im Juni 1948 schließlich auflösten bzw. aufgelöst wurden.⁶⁹ Die Arbeitsausschüsse wurden auf diese Weise entmachtet, gingen aber zum Teil in der neuen Verwaltungsstruktur auf.⁷⁰ So waren zahlreiche Ortsbürgermeister, die in den Jahren zwischen 1945 und 1948 berufen wurden, in den Arbeitsausschüssen aktiv und kamen durch deren Vertrauen auf ihre neuen Posten, zum Beispiel in den Stadtteilen Wangen oder Hedelfingen.⁷¹ Diesen Weg ging auch Hans Stetter. Bei den ersten Gemeinderatswahlen vom 26. Mai 1946 wurde er als fünfter von 17 sozialdemokratischen Abgeordneten in den Gemeinderat von Stuttgart gewählt.⁷² Dafür engagier-

cher (Holzarbeitergewerkschaft und Vorsitzender des Stuttgarter Gewerkschaftspräsidiums), Christian Härle (als Vertreter der Angestellten) und Josef Eckle. Siehe Niethammer, Kampfkomitees S.543, Anm. 137.

66 Hugo Vetter antwortete in einem Interview auf die Frage, ob es in Stuttgart einen „direkten Weg vom Arbeitsausschuß zur Gewerkschaft gegeben“ hat: „Das kann man so nicht sagen, das lief in jedem Fall separat“. Zit. nach: „Wir fühlten uns verpflichtet, der Bevölkerung zu helfen“. Gespräch mit Heiner Hill, Hugo Vetter und Rosel Lohse-Link, in: ÖTV Kreisverwaltung Stuttgart (Hrsg.): 1945-1985. 40 Jahre ÖTV Stuttgart, Stuttgart 1985, S.13-15, hier S.14.

67 Siehe Niethammer, Kampfkomitees, S.547.

68 Siehe Amtsblatt für den Stadtkreis Stuttgart vom 30. Januar (Nr. 5) und vom 6. März (Nr. 10) 1947, in: Bürgermeisteramt Stuttgart (Hrsg.): Satzungen und Dienstvorschriften der Stadt Stuttgart. Mit Geschäftsordnung des Gemeinderates, April 1947, S.85-87. Heinz H. Poker berichtet, dass die ZAS bereits am 8. Mai gegründet worden war, und lässt in den übrigen Ausführungen keinen Zusammenhang zwischen der Gründung der Aufbauzentrale und den Arbeitsausschüssen erkennen. Siehe Heinz H. Poker: Wiederaufbauplanung und Wiederaufbau - Rahmenbedingungen, Wertsetzungen, Perspektive und Ziele, in: Lersch u.a. (Hrsg.): Stuttgart, S.229-249, hier S.245f.

69 Siehe Niethammer, Kampfkomitees, S.539-582, 599.

70 Siehe Drollinger, Wiederaufbau, S.110.

71 Siehe Niethammer, Kampfkomitees, S.510-541, 564. Auch gab es Fälle in denen Vertretern der Ausschüsse Tagegeld als Aufwandsentschädigung vom Oberbürgermeister gezahlt wurde, siehe Vietzen, Chronik, S.142, und Drollinger, Wiederaufbau, S.110.

72 Vietzen, Chronik, S.160f.

te er sich natürlich auch persönlich auf Wahlkampfveranstaltungen.⁷³ Bei den zweiten Gemeinderatswahlen in Stuttgart am 7. Dezember 1947 wurde er wiedergewählt, nun als vierter von 21 Abgeordneten seiner Liste und somit auf vorerst sechs weitere Jahre.⁷⁴ Nach Kriegsende gestaltete er außerdem den Wiederaufbau der Gewerkschaften mit und wurde bereits im Juli 1945 zum Vorsitzenden des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB, ab 1949 DGB) Stuttgart berufen. Diese Funktion übte er bis 1953 aus.

Stetter kam nie über die lokale Ebene der Gewerkschaftsarbeit hinaus, weder in Königsberg, noch in Stuttgart. Es steht zu vermuten, dass Stetter sich bewusst gegen zentrale Posten entschied, wie er sich bereits in der Weimarer Republik durch renitentes Verhalten gegen eine Karriere in der KPD entschieden hatte. Zudem geriet er im Herbst 1948 mit der Leitung des GWB aneinander.

Hans Stetter und die „Stuttgarter Vorfälle“

Als engagierter und erfahrener Vertreter der Interessen der einfachen Bevölkerung hatte Hans Stetter außerdem „wiederholt sehr scharfe Zusammenstöße mit den Vertretern der Besatzungsmacht wegen ihrem Verhalten gegenüber der arbeitenden Bevölkerung“.⁷⁵ Der vermutlich herausragendste dieser Zusammenstöße resultierte aber nur mittelbar aus einer Kritik Stetters am Verhalten der US-Stellen, sondern in erster Linie aus den Unruhen im Anschluss an eine große Gewerkschaftskundgebung am 28. Oktober 1948. Sie brachten Stetter eine verhaftungsähnliche Vorladung zu einem „Gespräch“ mit General Clay ein.

Im Herbst 1948 war in der Bevölkerung, gerade unter Lohnabhängigen, eine massive Unruhe und Unzufriedenheit entstanden, die in den Folgen der Währungsreform begründet war. Die Gewerkschaftsbasis drängte auf „schärfere Kampfmassnahmen“.⁷⁶ Der Ortsausschuss Stuttgart forderte durch Hans Stetter am 13. Oktober 1948 den Bundesvorstand des GWB auf, zonenübergreifende Proteste zu organisieren, wenigstens aber „in

73 Plakate 6/PLKA001836 und 6/PLKA002229.

74 Siehe Vietzen, Chronik, S.173-178.

75 Stetter, Leben, S.30.

76 Brief von Hans Stetter im Auftrag des Ortsausschusses Stuttgart vom 13. Oktober 1948 an den Bundesvorstand (d. i. der Landesvorstand) des GWB. Darin fasst Stetter die gesammelten Eindrücke der Mitglieder des „erweiterten Vorstandes des Ortsausschusses Stgt.“ vom 11. Oktober zusammen, AdsD 5/DGZA010024.

Württemberg-Baden eine einheitliche Aktion durchzuführen“. Die Vorstellungen des Ortsausschusses sahen so aus, „dass erst in Betriebsrätevollversammlungen zu der ganzen derzeitigen Lage Stellung genommen wird, die Betriebsräte entsprechend informiert werden und mit ihnen die durchzuführenden Demonstrationen besprochen werden. Die Demonstrationen müssten möglichst zu gleicher Zeit im ganzen Lande, vielleicht eine oder 1 1/2 Stunden vor Betriebsschluss abgehalten werden. Diese Demonstrationen könnten auch den [sic] weiteren Zweck dienen, gegen die Herausnahme der Bestimmungen des Mitbestimmungsrechts über wirtschaftliche Fragen aus den [sic] bekannten Gesetz zu protestieren“. ⁷⁷ Wie der weitere Verlauf der Geschichte zeigt, folgte weder der adressierte Vorstand der württembergisch-badischen Gewerkschaften noch der Gewerkschaftsrat den Vorschlägen der Stuttgarter. Der Ortsausschuss um Stetter setzte jedoch für Stuttgart lokal das Modell um, welches in den höheren Ebenen keine Beachtung gefunden hatte.

Die Kundgebung am 28. Oktober 1948, zu welcher der Stuttgarter Ortsausschuss der Gewerkschaften aufgerufen hatte, richtete sich gegen die Preissteigerungen im Zuge der Währungsreform und die mit ihr verbundene Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards. Im Anschluss an die Kundgebung, zu der sich etwa 80.000 Menschen einfanden, kam es zu massiven Ausschreitungen in der Stuttgarter Innenstadt. Nachdem zunächst ein Luxusgeschäft auf der unteren Königstraße demoliert worden war, erfolgte ein groß angelegter Einsatz von deutscher Polizei und US-amerikanischer Militärpolizei. Die Auseinandersetzungen führten zu zahlreichen Verletzten und einigen Verhaftungen. Die „Stuttgarter Vorfälle“ dienten auch als Begründung dafür, beim bis heute letzten deutschen Generalstreik am 12. November 1948 keinerlei Kundgebungen und Streikposten zuzulassen. ⁷⁸

⁷⁷ Ebenda. Bei dem „bekannten Gesetz“ (Gesetz Nr. 726) handelt es sich um einen Verweis auf die Auseinandersetzungen darum, die in der Landesverfassung vorgesehenen Mitbestimmungsrechte auf Betriebsebene endlich in Gesetzesform zu überführen. Siehe dazu Christfried Seifert: Entstehung und Entwicklung des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden bis zur Gründung des DGB 1945 bis 1949, Marburg 1980, S.323-339. Diese Konflikte dauerten von Annahme der Verfassung im November 1946 bis in das Jahr 1949 hinein.

⁷⁸ Für Näheres zu den Vorfällen und dem Generalstreik siehe Uwe Fuhrmann: Stuttgart48 und die Soziale Marktwirtschaft. Von ignorierten Protesten und dem Ursprung einer Basiserzählung, in: Henning Fischer u. a. (Hrsg.): Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation, Münster 2012, S.95-128, sowie Jörg Roesler: Die Stuttgarter Vorfälle vom Oktober 1948. Zur Entstehung der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik, in: *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2007/I, S.40-49.

In seiner Rede auf der Kundgebung,⁷⁹ die in einem deutlichen Ton gehalten wurde, stellte Stetter zunächst die Leistungen der Gewerkschaftsbewegung und aller arbeitenden Menschen beim ökonomischen und politischen Wiederaufbau sowie die Bescheidenheit und den konstruktiven Beitrag der Gewerkschaften heraus. Der Lohn sei jedoch Undankbarkeit gewesen. Er kritisierte dann den Modus der Währungsreform, der zu Hortung und gesteigerter Ausbeutung geführt und die kleinen Ersparnisse den Profiten des Schwarzmarkts und den Kriegsgewinnen gleichgestellt habe. Das größte Elend sei aber die von Erhard angeführte Änderung des Wirtschaftssystems gewesen. Erhards Slogan, dass „Angebot und Nachfrage“ die Preise regulieren würden, sei ein Verbrechen in Zeiten, in denen die Nachfrage nach Gütern hundertmal so hoch sei wie das Angebot. Die Gewerkschaften, so Stetter weiter, wollten eine gut geplante und zielgerichtete Ökonomie mit staatlich kontrollierten Preisen für die nötigsten Waren. Ein radikaler Kurswechsel der momentanen Wirtschaftspolitik, verbunden mit hohem Einfluss der Betriebsräte sollte diese Wirtschaftsweise herbeiführen. Nur so, mit einer kompletten Reform des Wirtschaftslebens, könnten der Lebensstandard gehoben und die Lasten des Weltkrieges gerecht verteilt werden. Er kritisierte weiterhin die deutschen Stellen, die tatenlos zuschauten, wie Preiswucher stattfindet, Waren gehortet würden und Hunderte Millionen von DM an Steuergeldern, die im Zuge der Währungsreform fällig geworden wären, sich immer noch in den Kassen der Unternehmer befänden. Er kündigte an, den Gewerkschaftsrat aufzufordern, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die gegenwärtige ökonomische Anarchie zu beenden.

Schlussendlich fand Stetter kritische Worte für die Besatzungspolitik. Es sei nicht einzusehen, warum die Hälfte der deutschen Steuereinnahmen für Besatzungskosten verwendet und Betriebe demontiert würden, die für den Wiederaufbau nötig sind.

Vor allem aber machte er aufmerksam auf den Widerspruch zwischen dem propagierten Ziel, den Deutschen Demokratie und eine kritische Haltung beizubringen, und andererseits Kritik nicht aufzunehmen und demokratisch legitimierte Forderungen der Gewerkschaften – gemeint sind vor allem Sozialisierung und Mitbestimmungsrechte – durch Befehle aufzuhe-

79 Die Rede liegt auf deutsch leider nur in Auszügen vor. Daher stützen sich diese Ausführungen auf die englische Übersetzung, die dem Untersuchungsbericht über die Stuttgarter Vorfälle beigelegt worden ist, Institut für Zeitgeschichte (IfZ) München-Berlin, OMGUS Manpower Div. 7/44-3/16, Appendix E. Siehe außerdem kurze deutsche Auszüge in DGB-Kreis Stuttgart (Hrsg.), Arbeiterbewegung, S.274.

ben.⁸⁰ Eine solche Demokratie habe ihren Namen nicht verdient. Diese Interventionen zulasten der Mitbestimmung würden, so Stetter, von den Gewerkschaften nicht als hilfreich angesehen, um Freiheit, Frieden und wirtschaftliche Fairness zu garantieren. Vielmehr betrachteten sie sowohl die Währungsreform als auch die Suspendierung der wirtschaftsdemokratischen Paragraphen aus der Landesverfassung als eine Verbeugung vor der kapitalistischen Reaktion, die für das Elend verantwortlich sei. Da sich im letzten Teil der Rede einige unmissverständliche und dezidierte Aufrufe Stetters finden, seien hier trotz der Tatsache, dass es sich um eine Übersetzung des Originaltextes durch amerikanische Stellen handelt, einige Auszüge wiedergegeben. Stetter mochte sich als Vertreter der Gewerkschaften nämlich keineswegs mit den restaurativen wirtschaftlichen Entwicklungen abfinden: „We shall fight back against this reaction; we shall call up for open battling, no matter whether this will be agreeable to everyone. [...] Unionized labor, in particular, workers, clerks, and civil servants, will not let themselves be pushed aside again, as they were after the first world war. Nor are they willing to foot alone the bill for the Hitler war while a handful of parasites keep rolling in wealth. [...] If we know what we want and back up our want by the necessary willpower, then everything is not yet lost and we may still win a world.[...] Nor does salvation come from any of the occupation powers, neither from the east nor from the west.“⁸¹

Abschließend rief Stetter zum vereinten Kampf unter Führung der Ge-

80 Wenige Tage zuvor hatte eine Stuttgarter Betriebsrätekonferenz am 22. Oktober 1948 eine Protestresolution zur Suspendierung der Mitbestimmungs-Artikel 22 und 23 der Württemberg-Badischen Verfassung durch die OMGUS beschlossen, die den Besatzungsmächten Verfassungsbruch und undemokratisches Verhalten vorwarf (IfZ, OMGUS Manpower Div. 7/44-3/16, Appendix C). Ein herausragendes Symbol für die von Stetter angeführte Besatzungspolitik sind auch die Vorgänge rund um den hessischen Verfassungsparagraphen § 41: In einer Volksabstimmung hatten sich 72 Prozent der WählerInnen explizit für die sofortige Sozialisierung aller wichtigen Betriebe ausgesprochen. Die Umsetzung wurde aber (u. a. von der OMGUS) verhindert.

81 Dt. Rückübersetzung: „Wir sollten uns gegen diese Reaktion wehren und zum offenen Kampf aufrufen, ungeachtet ob damit alle einverstanden sind. [...] Arbeiter, Angestellte und Beamte, vor allem die gewerkschaftlich Organisierten, werden sich nicht genauso zur Seite schieben lassen, wie sie dies nach dem Ersten Weltkrieg getan haben. Sie sind auch nicht bereit, die Rechnung für Hitlers Krieg alleine zu bezahlen, während eine Handvoll Parasiten weiterhin im Wohlstand schwelgt. [...] Wenn wir wissen, was wir wollen, und unsere Bedürfnisse mit der nötigen Willensstärke bekräftigen, dann ist noch nichts verloren und wir haben immer noch eine Welt zu gewinnen. [...] Auch kommt keine Erlösung von den Besatzungsmächten, weder von denen aus dem Westen noch aus dem Osten.“

werkschaften auf, um eine andere ökonomische Ordnung und einen anderen Staat zu erkämpfen, dessen drei Säulen „Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit“ sein sollten.

Diese Rede ist nachgerade ein Destillat der Nachkriegsprobleme, viele der damaligen Konflikte und Entwicklungen hat Hans Stetter pointiert zum Ausdruck gebracht. Es waren wohl die schnörkellose Kritik an den Besatzungsbehörden, die kämpferische Haltung und die Entwicklung einer Gegenperspektive, die Stettters Rede ausmachten, auch wenn sich nicht sagen lässt, ob und welche Resonanz sie gefunden hätte, wäre es nicht im Anschluss an die Kundgebung zu Ausschreitungen gekommen. Gerade die Kritik an der US-Politik brachte ihm im Nachhinein Vorwürfe Clays ein, der von einer aufstachelnden Rede sprach und Stetter für die folgenden Ausschreitungen verantwortlich machte.⁸²

Zusätzlich zu den Antagonismen zwischen Clay und Stetter sowie dem GWB und Stetter soll ein weiterer Widerspruch erwähnt werden. Dabei handelt es sich um die Machtpolitik, die der Ortsausschuss Stuttgart des ADGB, namentlich Hans Stetter, innerhalb der Stuttgarter Arbeiterbewegung betrieb. So ließ Stetter, wie auf der vorbereitenden Versammlung der Stuttgarter Betriebsräte bereits angekündigt, das Mikrofon direkt nach seiner Rede abstellen, um Kommunisten keine Möglichkeit zur Äußerung zu geben, auch nicht solchen, die Betriebsräte waren.⁸³

Damit kulminierten bei dieser Gelegenheit die Konfrontationen, die Stetter sein Leben lang begleiteten: der Kampf gegen die jeweiligen Verwalter des Kapitalismus; sein Gegensatz zu den Parteikommunisten und der Widerspruch, in dem er zu den zahmen Gewerkschaftsleitungen stand, die Massenmobilisierungen scheuten.

Der Militärgouverneur der US-Zone Lucius D. Clay hatte generell nicht viel für Demonstrationen übrig⁸⁴ und kümmerte sich persönlich um die „Nachbereitung“ der Stuttgarter Vorfälle. Direkt am Tag danach musste Stetter Vertretern der Militärregierung seinen Lebenslauf und Abschriften seiner Rede aushändigen. Am Abend desselben Tages (Freitag, 29. Oktober 1948) wurde er darüber informiert, dass er am nächsten Morgen, 7.30 Uhr, von Offizieren der US-

82 Siehe Lucius D. Clay: Entscheidung in Deutschland, Frankfurt/Main 1950, S.331.

83 IfZ München-Berlin, OMGUS Manpower Div. 7/44-3/16, S.3, 5.

84 Anlässlich einer West-Berliner Demonstration am 9. September 1948 mit etwa 300.000 TeilnehmerInnen (nach Angaben von Clay), zu deren Ende Jugendliche versucht hatten, die Sowjetfahne vom Brandenburger Tor zu holen, worauf mit Schüssen reagiert worden war, erklärt Clay, er habe „für Massendemonstrationen, die leicht außer Rand und Band geraten können, nicht viel übrig“. Clay, Entscheidung, S.417.

Militärregierung abgeholt und zu einem Gespräch mit General Lucius D. Clay nach Frankfurt gebracht werde. Nach über vier Stunden Wartezeit machte Clay Stetter die Inhalte seiner Rede zum Vorwurf, vor allem die Angriffe gegen die Besatzungspolitik. Höhepunkt der Unterredung, deren Umstände eine klare Machtdemonstration darstellten, war der Hinweis darauf, dass Clay für dieses Mal noch davon absehe, die Gewerkschaften verbieten zu lassen.⁸⁵

Im Gewerkschaftshaus in der Roten Straße in Stuttgart machten derweil Gerüchte die Runde, Stetter sei festgenommen worden. Wilhelm Kleinknecht vom Bundesvorstand des GWB sah sich genötigt, in einem Rundschreiben darauf hinzuweisen, dass es sich um eine im Voraus angekündigte Besprechung mit Clay handelte und Stetter noch am selben Tag zurück erwartet werde, wovon sich der Bundesvorstand auch persönlich überzeugen werde.⁸⁶ Stetter selbst hatte sogar Proteststreiks der Belegschaften Stuttgarts für wahrscheinlich gehalten, wenn er unter gleichen Umständen an einem Wochentag und nicht an einem arbeitsfreien Samstag zum Gespräch mit Clay abgeholt worden wäre.⁸⁷

In den folgenden zwei Wochen wurden parallel zum bereits erwähnten Generalstreik einige politische und diskursive Zugeständnisse gemacht. Die Gewerkschaftsspitzen gaben sich mit der Aufhebung des Lohnstopps, einigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und dem nun implementierten Schlagwort „Soziale Marktwirtschaft“ zufrieden.⁸⁸ So ging auch die Stuttgarter Episode stillschweigend zu Ende.

Hans Stetter in der Bundesrepublik

Im Jahr 1949, die politischen Verhältnisse hatten sich mit einer gefestigten Westanbindung der Westzonen Deutschlands inzwischen stabilisiert, fuhr Stetter als einer von zehn Kollegen einer Gewerkschaftsdelegation für zwölf Wochen in die USA.⁸⁹ Diese und zahlreiche ähnliche Studienreisen

85 Für die Umstände (Abholung durch Offiziere, vier Stunden Wartezeit vor Clays Büro und recht einseitige Gesprächsführung) sowie die Verbotsdrohung siehe das Gedächtnisprotokoll Stettens, HStaS, Q 1/40 Bü 49 (die Archivalie ist falsch zugeordnet).

86 Siehe den – von 16 (!) Unterschriften gezierten – Brief des Bundesvorstands, AdsD, 5/DGZA010024.

87 IfZ München-Berlin, OMGUS Manpower Div. 7/44-3/16, Appendix I. Darin findet sich auch die Information, dass von Stetter, durch Übermittlung seines Gedächtnisprotokolls, der bizonale Gewerkschaftsrat über die Vorgänge in Kenntnis gesetzt wurde.

88 Siehe Fuhrmann, Stuttgart48, S.117-123.

89 Siehe Stetter, *Leben*, S.31.

dienten Ende der 40er-Jahre dazu, Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Gesellschaft von den Vorzügen der amerikanischen Wirtschaftsweise zu überzeugen.

Im Fall von Hans Stetter scheint diese Absicht nur in Teilen zum Erfolg geführt zu haben. Er beteiligte sich 1950 nämlich ebenfalls an einer Delegation des Stuttgarter Gemeinderates, die Dresden besuchte und die damals viel Wirbel verursachte, weil eine offizielle westdeutsche Delegation die – staatlich nicht anerkannte – DDR bereiste. Stetter wiederholte in seinem Reisebericht vor dem Gemeinderat zwar auch das in Sachen Bombardierung Dresdens unausweichliche „war das wirklich notwendig“.⁹⁰ In erster Linie aber nutzte er fortschrittliche Entwicklungen in der DDR als argumentative Ressource für die Beeinflussung der Politik in der noch jungen BRD, sowohl in Sachen Entnazifizierung als auch für die Sozialpolitik: „Ich habe den Eindruck gewonnen, daß durch die Ostzone wirklich ein reinigender Sturm gefegt ist, der, vom Standpunkt der arbeitenden Menschen aus betrachtet, vieles mitgerissen hat, mit dem wir uns heute im Westen noch mühsam herumschlagen müssen. Ich kann mir nicht denken, daß es in der Ostzone einen Fall Hedler⁹¹ oder Remer⁹² gibt. [...] Die gesellschaftlichen Veränderungen im Osten kann man nicht dadurch ungeschehen machen, daß man die Augen davor verschließt. Man kann ihnen nur begegnen, indem man die notwendigen politischen Konsequenzen daraus zieht. Besonders beeindruckt hat mich die Regelung der So-

90 Zit. nach einer Broschüre der KPD, die aus Auszügen aus dem Reisebericht vor dem Gemeinderatssitzung vom 17. Februar 1950 zusammengesetzt wurde: KPD (Hrsg.): *Der Wahrheit eine Gasse*, Stuttgart 1950 (AdsD, 6/FLBL003109). Zu den Hintergründen der Frage nach „Notwendigkeit“ oder Barbarei der Bombardierung Dresdens siehe Henning Fischer: ‚Erinnerung‘ an und für Deutschland. Dresden und der 13. Februar im Gedächtnis der Berliner Republik, Münster 2011, S.58-81.

91 Wolfgang Hedler, MdB für die DP (Deutsche Partei) hatte am 26. November 1949 in Neumünster zynisch darüber spekuliert, ob die „Vergasung“ wirklich die einzige Möglichkeit gewesen sei, sich der Juden zu entledigen. Im Prozess wegen Verleumdung und Verunglimpfung wurde er in erster Instanz am 15. Februar 1950 freigesprochen. Hedler wurde nach weiteren Unverschämtheiten bei seinem nächsten Bundestagsbesuch am 10. März 1950 des Hauses verwiesen. Als er dem nicht nachkam, wurde mit Fäusten nachgeholfen (u.a. durch Herbert Wehner). Siehe Detlef Korte: *Der Hedler-Skandal 1949-53*, in: *Jahrbuch Demokratische Geschichte*, Bd. 9, 1995, S.275-292.

92 Otto Ernst Remer war 1949 prominenter Mitbegründer der nationalsozialistischen Nachfolgepartei „Sozialistische Reichspartei“ (SRP), siehe z. B. Clemens Gussone: *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Die Veröffentlichungen Otto Ernst Remers, unveröff. Magisterarbeit, Berlin 2011, insb. S.19-30.

zialversicherung in allen ihren Zweigen. [...] Ganz besonders berührt hat mich, daß Versicherte, die in Erholung oder in ein Heilbad geschickt werden, bis zur Dauer von drei Monaten den vollen Lohn weiter erhalten.“⁹³ Folgerichtig machte er sich fortan auch für den Ausbau der Sozialversicherung im Westen stark, z. B. indem er – neben seiner Gewerkschaftsfunktion und seiner Ratstätigkeit – ehrenamtliche Funktionen in den verschiedenen Selbstverwaltungsgremien „auf sozialpolitischem Gebiet“ übernahm, zum Beispiel bei der Landesversicherungsanstalt (LVA) oder der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK).⁹⁴

Stetter verschweigt in seiner kurzen autobiografischen Schrift allerdings einen Posten als Mitglied des Verwaltungsrates der Girokasse Stuttgart, der ihm eine Nebenrolle als Mitangeklagter in den ab 1951 stattfindenden Klett-Bürkle-Prozessen einbrachte. Bei diesem Skandal – einem der größten in den ersten Jahren der BRD – ging es um die leichtfertige Vergabe von ungedeckten Krediten in Höhe von damals sehr beträchtlichen acht Millionen DM. Diese Gelder gingen an den dubiosen Geschäftsmann Willy Bürkle, der gute Kontakte zum damaligen Oberbürgermeister Stuttgarts Arnulf Klett unterhielt.⁹⁵ Klett hatte als Vorsitzender des Verwaltungsrats der Girokasse Stuttgart seit dem Jahr 1948 ungedeckte Kredite, deren Höhe sich stetig steigerte, an Willy Bürkle vergeben. Während Klett und drei weitere Personen, unter ihnen Stadtkämmerer Josef Hirn, rechtskräftig verurteilt wurden, wurde das Verfahren gegen Hans Stetter und viele andere Verwaltungsratsmitglieder, die Teile dieser Kredite geduldet hatten, eingestellt.⁹⁶ Der Prozess schlug große Wellen und war noch Jahre später Gegenstand bundesweiter Berichterstattung.⁹⁷

Innerhalb weniger Jahre war Hans Stetter, das Kind aus dem Armenhaus, der kommunistische Schreiner, der Revolutionär und Ankläger gegen die falsche Demokratie der Besatzungsmächte in eine andere Lebenswelt geraten. Hatte er die Vorgänge zwischen Klett und Bürkle tatsächlich nicht bemerkt? Verstand er die Semantik der Vetternwirtschaft nicht? Oder verwandelte sich die erlernte politische Solidarität in diesem Kontext in undifferenzierten Korpsgeist? Hat er im fortgeschrittenen Lebensalter für

93 AdsD, Flugblatt 6/FLBL003109.

94 Siehe Stetter, *Leben*, S.31.

95 Zum Klett-Bürkle-Skandal exemplarisch: *Der Spiegel*, 24.3.1954: www.spiegel.de/spiegel/print/d-28955619.html (Zugriff: 2.1.2013).

96 HStA, EA 4/403 Bü109.

97 Etwa wiederum im *Spiegel* am 6.4.1960, siehe www.spiegel.de/spiegel/print/d-43065297.html (Zugriff: 2.1.2013).

ein Leben ohne persönliches Elend – vermeintlich notwendigerweise – ein Auge zugeedrückt? Dass Hans Stetter 1958 mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet wurde,⁹⁸ ist wohl eher ein Argument für die zweite Variante, auch kannte er Klett und Hirn aus seiner kommunalen Arbeit, und sie alle drei waren Teil der besagten Dresden-Delegation gewesen. Seine ansonsten politisch konsequente Biografie jedoch spricht eine gänzlich andere Sprache. Möglicherweise könnten weitere Prozessunterlagen Aufschluss darüber geben, ob auch bei Hans Stetter das Verhältnis von Sein und Bewusstsein im beginnenden Wirtschaftswunder eine Rolle gespielt haben könnte oder ob er von den Mausecheln einfach nichts gewusst hat.

Im Jahr 1959, mit fast 75 Jahren, schied Hans Stetter aus dem Gemeinderat aus, setzte sich zur Ruhe und verstarb am 10. November 1963.

Ein Nachruf charakterisiert Hans (Johannes) Stetter als „eine der markantesten Persönlichkeiten in der Gewerkschaftsbewegung“,⁹⁹ und tatsächlich finden sich im Laufe des Lebens mehrere Begebenheiten, bei denen es harte Auseinandersetzungen um seine Person und die damit verbundenen politischen Positionen gegeben hat. Es ist davon auszugehen, dass der Mann mit dieser wechselvollen Geschichte und seinem großen öffentlichen Engagement in der Stuttgarter Bevölkerung einen hohen Bekanntheitsgrad besaß. Trotz seiner Beliebtheit, die sich in Wahlergebnissen und vielfachem Zuspruch der Basis dokumentierte, blieben sein Wirkungsfeld und die Erinnerung an ihn regional beschränkt, nicht zuletzt, weil er – wie so viele seiner politischen BegleiterInnen – über viele Jahrzehnte seine Überzeugungen einer Karriere vorzog.

98 Siehe Zum Tod von Hans Stetter, in: Stuttgarter Nachrichten, 12.11.1963, S.17.

99 Zum Tode von Hans Stetter. Ein verdienter Politiker und Gewerkschafter, in: Stuttgarter Zeitung, 13.11.1963, S.22.

„Das war das Ende“. Durch den nationalsozialistischen Terror 1933 in Berlin ermordete Gewerkschafter

Kurt Schilde

Mit der Ernennung von Adolf Hitler zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 begann in Deutschland und insbesondere in der Hauptstadt Berlin eine bis dahin unbekannte Welle der Gewalt.¹ Dieser frühe nationalsozialistische Terror ist 80 Jahre später relativ unbekannt. Auf die Opfer in Berlin aus gewerkschaftlichen Kreisen konzentriert sich die folgende Skizze.²

Besetzung der Gewerkschaftshäuser

Am 2. Mai 1933 beobachtete Abraham Plotkin, ein damals in Berlin weilender Gewerkschaftsfunktionär aus den USA, die Besetzung von Gewerkschaftshäusern. In einem im August 1933 veröffentlichten Essay hat er beschrieben, was er an dem Tag zunächst vor dem Bundeshaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Wallstraße sah: Der Sitz des ADGB „war von drei Seiten von SA-Feldpolizei³ umstellt. Der

1 Dieser Text basiert auf dem Vortrag, den ich am 6.5.2013 in der ver.di Bundesverwaltung in Berlin auf Einladung der Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus“ der ver.di Berlin-Brandenburg gehalten habe. Die Darstellung steht im Kontext meiner Mitarbeit an der Ausstellung der Topographie des Terrors über „Berlin 1933 – Der Weg in die Diktatur“, die am 30. Januar 2013 aus Anlass des 80. Jahrestages der nationalsozialistischen Machtübernahme eröffnet wurde.

2 Zu den darüber hinaus gehenden Dimensionen des Terrors siehe Kurt Schilde: Opfer des NS-Terrors 1933 in Berlin. Biografische Skizzen, in: Christoph Kopke/Werner Treß (Hrsg.): Der Tag von Potsdam. Der 21. März 1933 und die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur, hrsg. vom Moses Mendelssohn Zentrum in Kooperation mit dem Zentrum für jüdische Studien (Europäisch-jüdische Studien. Beiträge, Bd. 8), Berlin 2013, S.178-211; Ders.: Todesopfer des NS-Terrors 1933 in Berlin im Spiegel der Braun-Bücher, in: Yves Müller/Reiner Zilkenat (Hrsg.): Bürgerkriegsarmee. Forschungen zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA), Frankfurt/Main 2013, S.147-169; Ders.: „... verschleppt, ermordet, ins Wasser geworfen.“ Jüdische Opfer des frühen NS-Terrors 1933 in Berlin, in: Einsicht 10. Bulletin des Fritz Bauer Instituts, 5, 2013, in Vorbereitung; Ders.: „Alles, woran ich hing, ist zusammengebrochen.“ Jüdische Opfer des frühen NS-Terrors in Berlin, in: jüdisches berlin, 16, 2013, Nr. 155 (Juni), S.19.

3 Sandvoß hat den Begriff „Nazi military“ mit SA-Feldpolizei übersetzt.

enge Mitarbeiterstab und Dokumente der Gewerkschaften wurden auf Polizeifahrzeuge aufgeladen. Schnellen Fußmarsches war ich zehn Minuten später beim neugebauten Sitz des Metallarbeiterverbandes in der Alten Jakobstraße. Auch hier die gleiche Beobachtung. Ich eilte in ein Taxi und fuhr zum Michaelkirchplatz [...], wo am Engelufer das [Berliner] Gewerkschaftshaus war. Die Straße war abgesperrt und das Gebäude von beiden Seiten von SA-Feldpolizei umstellt, während die Vorderstraße von Nazis abgeriegelt worden war. Das war das Ende. Jeder Führer der einunddreißig Einzelorganisationen war festgenommen und die wichtigen Sekretäre der Hauptzentrale ebenfalls.

Martin Plettl [vom Bekleidungsarbeiterverband], mit dem ich persönlich verbunden war, Otto Schwei[t]zer von der Sparte der Ingenieure und Techniker, Alwin Brandes von den Metallarbeitern, [Friedrich] Husemann von den Bergarbeitern, Carl Vol[li]mershaus, der Leiter des Brandenburger Gebiets [Bezirkssekretär des ADGB für Berlin-Brandenburg], Otto Engel, der Organisator der Landwirtschaftsbeschäftigten, [ferner] Franz Furtwängler, Walter Maschke, Frau [Gertrud] Hanna, Kuno Broecker sowie die beiden Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Theodor Leipart und Peter Grassmann: jeder führende Funktionär wurde festgenommen, aber nicht von der Polizei, sondern durch SA-Feldpolizei.

Fünzig Personen waren an diesem Morgen davon betroffen, die anderen Verantwortlichen holte man sich an den folgenden Tagen. Und dies allein in Berlin – wie viele mögen wohl in ganz Deutschland festgenommen worden sein? Vermutlich wird es niemand genau wissen. Einige Tage sperrte man die Verhafteten in Nazi-Kasernen, dann kamen sie in städtische Gefängnisse.“⁴

Einige dieser Namen sind heute noch bekannt, zumindest lassen sich biografische Beiträge finden, so über den 1935 nach einer Schussverletzung verstorbenen Vorsitzenden des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands Friedrich Husemann.⁵

4 Abram Plotkin: The Destruction of the Labor Movement in Germany, in: American Federationist. Official Magazine of the American Federation of Labor, August 1933, S.811-826, hier S.818. Die Übersetzung folgt Hans-Rainer Sandvoß: Widerstand in Mitte und Tiergarten (Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945, Bd. 8), hrsg. von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 1994, S.27f.

5 Siehe Gerhard Beier: Das ungehörte Lied vom braven Mann. Alwin Brandes (1866-1949), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 42, 2000, H. 2, S.94-101; Franz Vogt: Friedrich Husemann, in: Detlev Peukert/Frank Bajohr: Spuren des Widerstands. Die Berg-

Von den genannten Festgenommenen soll zunächst kurz auf die Gewerkschafterin Gertrud Hanna⁶ eingegangen werden.

Gertrud Hanna

Die 1876 in Berlin geborene Sozialdemokratin ist eine Ausnahmeerscheinung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Ihr gelang im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, was nur wenige Frauen schafften: Sie konnte sich in den patriarchalisch strukturierten Organisationen Anerkennung erwerben.

Leider sind die Informationen über das Leben und Wirken dieser Kämpferin für die Rechte der arbeitenden Frauen sehr spärlich. Dazu hat sie selbst beigetragen. Als ein Journalist sie anlässlich ihres 25-jährigen Gewerkschaftsjubiläums um ein Interview bat, soll sie gesagt haben: „Von mir erfahren Sie nischt. Kommt jar nicht in Frage. Een Bild wollen Sie ooch noch haben? Jiebt et nich! Von mir ist nischt zu erzählen!“⁷

Die anscheinend so bescheidene Frau stammt aus einer Berliner Arbeiterfamilie. Durch ihre Beschäftigung in einer Buchdruckerei schloss sie sich bereits als Jugendliche dem Freigewerkschaftlichen Verband der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen an. Als Gewerkschafts- und Parteifunktionärin trat Hanna in vielen Diskussionen für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts ein. Als Leiterin des Arbeiterinnensekretariats der Generalkommission der Freien Gewerkschaften nahm sie 1910 an der II. Internationalen Konferenz Sozialistischer Frauen in Kopenhagen teil, von der der Internationale Frauentag ins Leben gerufen wurde.⁸ 1919 erfolg-

arbeiterbewegung im Dritten Reich und Exil, München 1987, S.67-88; Fritz Franzen: Carl Vollmershaus (1883-1979). Vier Epochen deutscher Geschichte von Wilhelm II. bis Willy Brandt, Neuwied 2010; Willy Buschak: Franz Josef Furtwängler. Gewerkschafter, Indienreisender, Widerstandskämpfer. Eine politische Biografie, Essen 2010; Arnd Groß: Maschke, Walter (1891-1980). Zentralverband der Handlungsgehilfen, ADGB, FDGB, Gewerkschaft Kunst, in: Siegfried Mielke (Hrsg.): Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen, Bd. 1, Berlin 2002, S.238-240; Ulla Plener: Theodor Leipart. Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz – ein Lebensbild mit Dokumenten (1867-1947), Halbbd. 1: Biographie (Reihe Biographien europäischer Antifaschisten, Bd. 5), Berlin 2000.

⁶ Siehe Kurt Schilde: Gertrud Hanna, in: Manfred Asendorf (Hrsg.): Wegbereiter der Demokratie. 87 Portraits, Stuttgart-Weimar 2006, S.83-85.

⁷ Gulliver: Vorkämpferinnen – Gertrud Hanna, in: Frauenwelt – eine Halbmonatsschrift 9 (1932), H. 17, S.393.

⁸ Siehe Gisela Notz: Der Internationale Frauentag und die Gewerkschaften: Geschichte(n)

te ihre Wahl in die Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung. Sie gehörte anschließend bis zu seiner zwangsweisen Auflösung 1933 dem Preußischen Landtag an.

Nach dem Machtwechsel 1933 verschlechterte sich ihre Lebensperspektive: Mit dem Zusammenbruch der deutschen Gewerkschaftsbewegung im Mai 1933 verlor sie ihren Arbeitsplatz und damit die Existenzgrundlage. Zwei ihrer Schwestern unternahmten 1933 einen Selbstmordversuch, bei dem eine von ihnen starb. Gertrud Hanna zog sich völlig von der politischen Arbeit zurück. Aber sie wurde weiterhin verfolgt und musste zu Verhören bei der Geheimen Staatspolizei. Mit der überlebenden Schwester schlug sie sich mit Flickarbeiten durch, bis beide endgültig ihren Lebensmut verloren und im Januar 1944 gemeinsam aus dem Leben schieden.

Mordopfer der Nationalsozialisten

Otto Schweitzer

Von den bei Plotkin Genannten überlebten einige das Jahr 1933 nicht, darunter Otto Schweitzer. Dieser bedeutende Funktionär der Angestelltengewerkschaften gehörte dem Bund der Technischen Angestellten und Beamten (Butab) an und vertrat ihn in der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AfA-Bund).

Der 1886 in Memmingen in Bayern Geborene absolvierte nach der Volks- und Realschule eine Industrieschule – heute würden wir Berufsschule sagen. Bis 1908 war er in Augsburg in einem Industriebetrieb beschäftigt. Der Maschinenbauingenieur – leider ist noch nichts über den Erwerb dieser Qualifikation bekannt – schloss sich 1905 dem im Jahr davor gegründeten Bund der technisch-industriellen Beamten an. Dessen Augsburger Ortsgruppe wählte ihn in ihren Vorstand. Schweitzer engagierte sich in Arbeitskämpfen und nahm maßgeblichen Einfluss auf sie. Seine Gewerkschaft stellte ihn 1908 als Hilfssekretär ein – dies war nicht die Bezeichnung für eine Schreibrkraft, sondern für eine hauptamtliche Funktion.

Nach der Beendigung einer Ausbildung in der Hauptgeschäftsstelle des Bundes der technisch-industriellen Beamten betraute ihn dieser vom Herbst 1910 bis Frühjahr 1911 vertretungsweise mit der Leitung des Gau- es Rheinland-Westfalen. (Heute gehört dieser große Bezirk zum Teil zu

Rheinland-Pfalz und erstreckt sich bis in das Bundesland Nordrhein-Westfalen.) In die Hauptgeschäftsstelle zurückgekehrt, leitete Schweitzer die Abteilungen Schriftwesen und Sozialpolitik und wurde zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied berufen.

Von August 1914 bis Dezember 1918 leistete er den für Männer in seinem Alter üblichen Heeresdienst. Als nach dem Ersten Weltkrieg im Mai 1919 eine Verschmelzung des Bundes der technisch-industriellen Beamten mit dem 1884 gegründeten Deutschen Technikerverband erfolgt war, übernahm er in der neuen Einheitsorganisation Bund der Technischen Angestellten und Beamten (Butab) als Vorstandsmitglied die Führung der allgemeinen Gewerkschaftspolitik und erledigte die engeren Vorstandsgeschäfte.

Schweitzer vertrat den Butab im Vorstand der 1917 entstandenen Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, aus dem 1921 der Allgemeine freie Angestelltenbund (AfA-Bund) entstand. Dieser bildete mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund den durch Organisationsverträge miteinander verbundenen Zusammenschluss der freien Gewerkschaften in Deutschland.

Schweitzer vertrat Butab und AfA-Bund in zahlreichen Organisationen: im Internationalen Bund der Privatangestellten, im Vorstand der Gesellschaft für Soziale Reform, als Vorstandsmitglied des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit und in weiteren Vereinigungen. Der Gewerkschaftsfunktionär betätigte sich auch publizistisch und veröffentlichte zahlreiche Aufsätze in gewerkschaftlichen und sozialen Fachzeitschriften. Das Büro von Otto Schweitzer lag im Industriebeamten-Haus in Berlin-Moabit in der Werftstraße 7, welches sich im Eigentum des Butab befand. Am 28. März 1933 tagte in diesem Haus der erweiterte AfA-Vorstand. Nachdem Siegfried Aufhäuser – gleichfalls Mitglied des Butab – gebeten hatte, ihn von seiner Funktion als Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände zu entbinden, erfolgte eine Neuorganisierung der gewerkschaftlichen Angestelltenbewegung. Aus dem Bundesvorstand heraus wurde ein Organisationsausschuss gebildet, dem neben Otto Urban (für den Zentralverband der Angestellten) und Hermann Buschmann (Delegierter des Deutschen Werkmeister-Verbandes) Schweitzer als Butab-Vertreter angehörte. Im Einvernehmen mit diesem Ausschuss leitete der bisherige Stellvertreter von Aufhäuser Wilhelm Stähr bis zu der am 28. April 1933 beschlossenen Auflösung den AfA-Bund.

Der Zentralverband der Angestellten und der Bund der Technischen Angestellten und Beamten galten den Nationalsozialisten als „marxistisch und

verjudet“. Der am 2. Mai 1933 am Engelufer verhaftete Otto Schweitzer wurde sieben Monate später, am 3. Dezember 1933, in seiner Gefängniszelle tot aufgefunden. Es ist ungeklärt, ob er ermordet wurde oder – wie in der Presse geschrieben – seinem Leben selbst ein Ende bereitet hat.

Emil Winkler

Ein weiterer bekannter Gewerkschaftsfunktionär, der bereits 1933 den Nationalsozialisten zum Opfer fiel, war Emil Winkler. Bis zu seiner Ermordung war er Sekretär der *Fédération Internationale des Fonctionnaires de Police* (der Vorgängervereinigung der heutigen *Union Internationale des Syndicats de Police*) und übte in Personalunion führende Funktionen im Verband Preußischer Polizeibeamten e.V. und in der Reichsgewerkschaft der deutschen Polizeibeamten aus.⁹

Die nachfolgende Lebensskizze von Emil Winkler als einem der einflussreichsten Polizeigewerkschafter in Deutschland ist Klaus Hübner zu verdanken, dem Berliner Polizeipräsidenten zwischen 1968 und 1987.¹⁰

Der Polizeigewerkschafter Emil Winkler stammte aus Peilau (heute Pilawa in Polen) im niederschlesischen Kreis Reichenbach, wo er 1882 geboren wurde. Informationen über sein Leben bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges konnten bisher nicht aufgefunden werden. Hübner schreibt über ihn: „Im Ersten Weltkrieg wurde er als Wehrmann der 7. Kompanie des Reserve Infanterie Regiments 212 am 24. April 1915 in Liserne (belgisches Westflandern) verwundet.“¹¹ Er kam in verschiedene Lazarette, da-

9 Kurt Schilde: Emil Winkler (1882-1933), in: Siegfried Mielke/Stefan Heinz (Hrsg.): Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen. Biografisches Handbuch, Bd. 4, Berlin 2013, in Vorbereitung.

10 Klaus Hübner war von 1964 bis zu seiner Ernennung zum Polizeipräsidenten in Berlin Sekretär der *Union Internationale des Syndicats de Police* und damit Nachfolger von Winkler, der von 1930 bis zu seinem gewaltsamen Tod 1933 Sekretär der Vorläuferorganisation *Fédération Internationale des Fonctionnaires de Police* war. Im Ruhestand hat Hübner zur Biografie seines Vorgängers recherchiert und publiziert. Siehe Klaus Hübner: Das vergessene Gedenken, in: *Tagesspiegel*, 28.12.2003, S.9; Ders.: Vergessen, verdrängen – verloren. Wer war Emil Winkler (1882-1933)?, in: *Der Bär von Berlin. Jahrbuch des Vereins für die Geschichte Berlins*, 53, 2004, S.119-128; Ders.: Vergessen, verdrängen – verloren: Das Schicksal von Emil Winkler (1882-1933), in: Wolfgang Dicke (Red.): „Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft.“ *Polizeigewerkschaften in Europa*, Hilden 2004, S.4-11. Ich danke Herrn Hübner sehr für die Überlassung seiner Unterlagen, die eine große Hilfe bei der Abfassung dieses Textes waren.

11 Hübner, *Vergessen, verdrängen – verloren*, S.120.

runter in Berlin-Lichterfelde, und wurde im August 1915 wieder „feld-dienstmäßig zur Truppe entlassen“.¹²

Wie zahlreiche andere Armeeingehörige gehörte Winkler nach dem Ende des Ersten Weltkrieges der Sicherheitspolizei an, die zur „Sicherung der Regierung und zum Schutze des Lebens und des Eigentums der Bevölkerung“¹³ aus ehemaligen Soldaten gebildet worden war. Die Angehörigen der Sicherheitspolizei hatten sich in dem Wirtschaftsverband der Sicherheitspolizei Preußens zusammengeschlossen. Zum Vorsitzenden wurde Winkler gewählt. Er war Mitunterzeichner einer Erklärung vom 31. März 1920, „mit der sich der Verband hinter die legitime Regierung und gegen die Kapp-Putschisten stellt“.¹⁴

1920 ging aus der Sicherheitspolizei „durch eine Verschmelzung mit anderen Teilen der Polizei eine neue Schutzpolizei hervor“.¹⁵ Nach dem Beitritt des Wirtschaftsverbandes zum Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands wurde Winkler zum 2. Vorsitzenden gewählt. Nach der Fusion des Wirtschaftsverbandes mit dem Verband Preußischer Polizeibeamten gehörte er auch dem Vorstand dieses Verbandes an. Damals war er Polizeihauptmeister.

Der Verband Preußischer Polizeibeamten e.V. war 1919 als Ergebnis eines langen Prozesses von Gründungen einer Vielzahl von Hilfs- und Kameradenvereinen der Polizisten entstanden.¹⁶ Diese vielfältigen und kleinteiligen Organisationsbemühungen wurden regelmäßig von der Polizeiführung be- und verhindert. Die Polizeipräsidenten begegneten den frühen Organisationsansätzen mit Misstrauen, Einschränkungen ihrer Tätigkeit und regelmäßig mit Verboten. Disziplinierungen der führenden Personen gehörten zum damaligen „Führungsstil“.

12 Ebenda. Die Informationen beruhen auf einem Schreiben von Frau Hagemeyer, Landesamt für Gesundheit und Soziales – Versorgungsamt – Krankenbuchlager, vom 14.7.2004 an Klaus Hübner. Privatarchiv Hübner.

13 Friedrich Gniesmer: Der Weg zur und mit der GdP, in: Gewerkschaft der Polizei (Hrsg.): Die deutsche Polizei. Ihre Geschichte, ihre Gewerkschaft, Daten, Fakten, Meinungen. 1950-1980. 30 Jahre Gewerkschaft der Polizei, Hilden 1980, S.1-58, hier S.18.

14 Manfred Reuter: „In Treue fest“. Eine Studie über ausgewählte Polizeigewerkschaften und Polizeigewerkschafter in der Weimarer Republik (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte e.V., Bd. 14), Frankfurt/Main 2012, S.96.

15 Stefan Heinz: Verfolgung und widerständiges Verhalten von Polizeigewerkschaftern im Nationalsozialismus. Unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 2009, S.3. Ich danke dem Verfasser für die Überlassung seiner Materialien zur Biografie von Emil Winkler und zur Geschichte der Polizeigewerkschaften sowie zahlreiche Hinweise.

16 Siehe Reuter, „In Treue fest“; Gniesmer, Weg.

Der Verband Preußischer Polizeibeamten war Mitglied im Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands, der am 3./4. Mai 1919 entstanden war und zahlreiche Einzelverbände vereinigte. Der Verband Preußischer Polizeibeamten e.V. wurde und wird wegen der herausragenden Bedeutung nach seinem langjährigen Vorsitzenden Ernst Schrader (1877-1936) in der Regel als „Schrader-Verband“ bezeichnet.¹⁷ Dieser Verband ist als Vorläufer der Gewerkschaft der Polizei im Deutschen Gewerkschaftsbund anzusehen.

Neben dem Vorsitzenden Schrader war Winkler die herausragende Gestalt dieser Gewerkschaft. Beide bildeten ein offenbar gut und dauerhaft funktionierendes Tandem. Nach der 1927 erfolgten Gründung der Reichsarbeitsgemeinschaft Deutscher Polizeiverbände wurden Schrader Vorsitzender und Winkler am 1. Januar 1928 zunächst deren ständiger Sekretär sowie 1930 Geschäftsführer der Reichsarbeitsgemeinschaft. Diese organisierte im Mai 1931 schon 17.125 Mitglieder.¹⁸ Im Jahr darauf wurde die Reichsarbeitsgemeinschaft in Reichsgewerkschaft Deutscher Polizeibeamten umbenannt und zur Einheitsgewerkschaft. Vorsitzender der Reichsgewerkschaft wurde Schrader und Winkler dessen Geschäftsführer. Die nationale Polizeigewerkschaft war Gründungsmitglied der 1927 in Luxemburg ins Leben gerufenen *Fédération Internationale des Fonctionnaires de Police*. Ernst Schrader wurde auch hier zum Präsidenten und Emil Winkler zum Sekretär gewählt. Winkler übte diese Funktion anfangs allerdings nur kommissarisch aus, nachdem es Auseinandersetzungen um die Geschäftsführung des zunächst niederländischen Verbandssekretärs gegeben hatte. Das Sekretariat zog von Amsterdam nach Berlin, wo sich im Bezirk Schöneberg in der Lützowstraße 73 schon das Sekretariat der nationalen Polizeigewerkschaft befand.

Der demokratische Verband Preußischer Polizeibeamten, der 1930 insgesamt 71.025 Mitglieder hatte und rund 80 Prozent des Personals der preußischen Polizei organisierte,¹⁹ galt der NSDAP als gegnerische Organisation. Daher sollte er 1932 – inzwischen auf 83.620 Mitglieder angewachsen²⁰ – nach dem Willen der Preußischen Landtagsfraktion der NSDAP aufgelöst werden. In einem Antrag forderte sie: „Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht,²¹ im Bereich des Freistaates Preußen aus Gründen der politischen Sauberkeit und Moral den so

17 Endemann, Schrader, S.505.

18 Siehe Hübner, *Vergessen, verdrängen – verloren*, S.120.

19 Siehe Volquardt, *Beamtenverbände*, S.112.

20 Siehe ebenda, FN 435.

21 Im Original irrtümlich „ersuchen“.

genannten Schrader-Verband der Polizeibeamten sofort aufzulösen. Das Vermögen des Verbandes ist zugunsten der Kriegerhinterbliebenenfürsorge sicherzustellen.“²²

Mit dem „Preußenschlag“ genannten Staatsstreich der durch Franz von Papen geführten Reichsregierung endete 1932 die demokratische Entwicklung der Weimarer Republik. Bis zum Machtwechsel 1933 unterlag der Schrader-Verband einem „Wechselspiel zwischen Anpassung und Selbstbehauptung, Rechtfertigung und Eingeständnis von Irritation“.²³ Der Vorsitzende Schrader „war für die Nationalsozialisten ein rotes Tuch“.²⁴ Am 20. Juni 1932 hatte er aus gesundheitlichen Gründen einen Erholungsurlaub angetreten und im September endgültig auf den Vorsitz des Verbandes verzichtet. Dies sah die NSDAP als ihren Erfolg an. Zu Schraders weiterem Lebensweg sei nur angemerkt, dass er 1936 seinem langjährigen Krebsleiden erlag.²⁵ Der Schrader-Verband – der 1933 noch 84.000 Mitglieder²⁶ hatte – wurde am 1. Dezember 1933 aufgelöst, die Mitglieder wurden dem nationalsozialistischen Kameradschaftsbund Deutscher Polizeibeamter angeschlossen.

Emil Winkler war nach Aussage seiner Sekretärin Gertrud Kapke Mitglied und Funktionär der SPD.²⁷ Auch seine Lebensgefährtin Frieda Reimann gehörte dieser Partei an.²⁸ Seit der Trennung des Ehepaares Emil und Olga Winkler lebten Reimann und Winkler bis zu seinem Tod in der Kurfürstenstraße 163 in Berlin-Schöneberg. Nach dem Tod ihres Lebensgefährten wurde Frieda Reimann – so in einem von ihr verfassten Lebenslauf festgehalten – „immer wieder von der Gestapo zwecks Vernehmungen angefordert [...] im ganzen 5 Verhaftungen“.²⁹

Emil Winkler trat am 1. April 1933 in die NSDAP ein und erhielt die Mitgliedsnummer 1.773.648. Die im Bundesarchiv im ehemaligen Document Center aufbewahrte Mitgliederkarteikarte enthält nur spärliche Angaben. Nach seinem Tod wurde seine Mitgliedschaft bei der NSDAP-Reichslei-

22 Zit. nach: Gniesmer, Weg, S.29.

23 Volquardts, Beamtenverbände, S.113.

24 Ebenda.

25 Siehe Endemann, Schrader, S.509.

26 Siehe Volquardts, Beamtenverbände, S.114.

27 Erklärung von Gertrud Kapke vom 3.7.1951.

28 Siehe den von Frieda Reimann für den Hauptausschuß „Opfer des Faschismus“ ausgefüllten Fragebogen vom 2.8.1945, Landesarchiv Berlin (LAB), C Rep 118-01, Nr.7298.

29 Lebenslauf vom 15.8.1945. LAB, C Rep 118-01, Nr.7298.

tung gestrichen.³⁰ Es gibt in den bisher aufgefundenen Quellen keinerlei Hinweise, welches Motiv Winkler in die NSDAP geführt hatte.

An der am 14./15. September 1933 in Amsterdam geplanten Sitzung des Exekutivkomitees der *Fédération Internationale* konnte Winkler nicht mehr teilnehmen. Bereits am 1. September seien, so Gertrud Kapke, er, Ernst Schrader und zwei weitere Vorstandskollegen mit Lastwagen aus ihren Wohnungen ins Konzentrationslager verschleppt worden. Winkler kam zunächst ins Columbia-Haus und von dort nach Oranienburg.³¹

Die näheren Umstände von Winklers Ermordung sind Gegenstand eines Artikels des schwedischen Polizisten Lennart Westberg aus Sundsvall, den dieser vor einigen Jahren im „Archiv für Polizeigeschichte“ veröffentlicht hat. Dessen Informationen beruhen auf einem Nachruf im Vereinsblatt des Bundes Schwedischer Polizeibeamter „Svensk Polistidning“ vom 15. Oktober 1933 und einer am 15. Mai 1934 in diesem Journal veröffentlichten Schilderung der Todesumstände, die sich ihrerseits vermutlich auf Berliner Polizeikreise stützt. „Nach einem kurzen Verhör durch die Gestapo wurde Winkler am 13. September verhaftet und in das berüchtigte Columbia-Haus verbracht. Im Laufe der nächsten drei Tage wurde Winkler so schwer gefoltert, daß die Leitung des Columbia-Hauses Winkler vor seinem Tode unbedingt abschieben wollte. Am 16. September wurde Winkler nach Oranienburg überführt, aber der dortige Arzt verweigerte die Aufnahme wegen des innerhalb weniger Stunden zu befürchtenden Todes von Winkler. Er wurde stattdessen an das städtische Hospital in Berlin weiterdirigiert, wo er noch am selben Tage an seinen schweren Mißhandlungen verstarb. Der Familie wurde verboten, die Leiche zu sehen. Die Kleider Winklers waren von Blut durchtränkt. Die Todesbescheinigung wies als Todesursache ‚Herzinfarkt‘ aus.“³²

Tatsächlich gelangte er am 17. September 1933 um 4 Uhr morgens aus dem Konzentrationslager Oranienburg in das Staatskrankenhaus der Po-

30 E-Mail von Heinz Fehlauer, Bundesarchiv Berlin, vom 4.6.2003 an Klaus Hübner. Privatarchiv Hübner.

31 Erklärung von Gertrud Kapke.

32 *Svensk Polistidning*, 15.5.1934, zit. nach der Übersetzung von Lennart Westberg: Emil Winkler. Die Ermordung eines Polizei-Gewerkschafters 1933, in: *Archiv für Polizeigeschichte*, 9, 1998, Nr. 26, H. 3, S.79-81. hier S.81. Das hier genannte Verhaftungsdatum weicht von der Angabe Gertrud Kapkes ab. Die Richtigkeit ließ sich nicht klären. Der genannte Todesort ist das Staatskrankenhaus der Polizei. Es handelt sich vermutlich um einen Übertragungsfehler bei der Übersetzung 1934 ins Schwedische bzw. Rückübersetzung 1998 ins Deutsche.

izei in der Scharnhorststraße 13 in Berlin-Mitte. Dieses aus dem 19. Jahrhundert stammende Garnisonslazarett hatte 1920 die Sicherheitspolizei – der Winkler damals angehörte – als Zentralkrankenhaus der Polizei Berlin und des Deutschen Reiches übernommen. In dem Hospital befand sich seit 1931 eine „Gefangenenstation für kranke bzw. verletzte Polizeigefangene“, und ab 1933 wurden hier auch verletzte „Schutzhäftlinge“ der Gestapo und anderer Polizeien, wie der SA-Hilfspolizei, eingeliefert.³³ Emil Winkler kam in die Abteilung für chirurgisch Kranke.³⁴ Als genaue Krankheitsbezeichnung wird angegeben: „Herzschwäche [...] als Folge vermutlicher innerer Verletzungen (Nieren).“ Ausführlich sind die Verletzungen aufgeführt. Emil Winkler verstarb nur vier Stunden nach seiner Einlieferung um 8 Uhr an den Folgen der erlittenen Verletzungen. Er wurde in das Leichenschauhaus in der Hannoverschen Straße 6 gebracht und am 3. Oktober auf dem Friedhof in der Gottlieb-Dunkel-Straße im Bezirk Tempelhof bestattet.³⁵ Auf den Tod von Emil Winkler wird in den Ausstellungen „Berlin 1933 – Der Weg in die Diktatur“ der Stiftung Topographie des Terrors und „Warum schweigt die Welt?!“ der Gedenkstätte Deutscher Widerstand eingegangen, die 2013 in Berlin zu sehen sind.³⁶ Otto Schweitzer und Emil Winkler sind in Berlin nicht die einzigen Gewerkschafter, die Opfer des Terrors im ersten Jahr der NS-Herrschaft

33 Das Krankenhaus diente bis 1989 als Krankenhaus der Nationalen Volksarmee der DDR und ist seit 1990 Krankenhaus der Bundeswehr. Siehe zur Baugeschichte [Richard] Scheibner: Staatskrankenhaus der Polizei in Berlin. Um- und Erweiterungsbauten. Erster Bauabschnitt, in: Zentralblatt der Bauverwaltung, 53 1933, H. 14, S.157-167, sowie http://www.bundeswehrkrankenhaus-berlin.de/portal/_a/berlin/lut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP315EyrpHK9quLEvPik8uz4pNSinMw8vdjUIKM0r1gvPbU4OS-MzOaMkVb8g21ERAImcYtg!/ (21.8.2012).

34 Die folgenden Angaben wurden dem Krankenblatt des Staatskrankenhauses entnommen. Bundesarchiv, R 19, Polizeikrankenhaus, Krankenblatt (Karteikarte Nr. 1352).

35 Die Urne wurde auf dem „Hügel Anna Reimann, Abteilung 14, Abschnitt 33, Reihe 18, Nummer 697“ beigesetzt. Karteiblatt Friedhof Gottlieb-Dunkelstr. zu Emil Winkler. Kopie Privatarchiv Hübner. Bei der Grabstelle handelte es sich, so Klaus Hübner, wohl „um das Grab der Mutter von Frieda Reimann“. „Heute sind die Gräber weitflächig eingeebnet.“ Hübner, Vergessen, verdrängen – verloren, S.124.

36 Für die Ausstellung der Topographie des Terrors ist eine Publikation angekündigt. Zur Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand siehe Karoline Georg/Kurt Schilde/Johannes Tuchel: „Warum schweigt die Welt?!“ – „Why ist the world still silent?!“. Häftlinge im Berliner Konzentrationslager Columbia-Haus 1933 bis 1936 – Prisoners in Berlin's Columbia-Haus Concentration Camp, 1933 to 1936. Eine Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand – An exhibition by the German Resistance Memorial Center, Berlin 2013, S.46-49.

wurden. Nachfolgend soll kurz an neun weitere ermordete Männer erinnert werden:³⁷

Max Ebel

Der 1878 in Berlin geborene Buchdrucker begann schon früh, sich gewerkschaftlich zu engagieren. Ab 1912 war er Bezirksleiter und Schriftführer im Vorstand des Verbandes Berliner Buchdrucker, von 1913 bis 1915 auch Sekretär im Verein Berliner Buchdrucker. Ebenfalls ab 1912 gehörte er dem Vorstand der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe an und hatte von 1924 bis 1933 die Stelle des Geschäftsführers des Berliner Verbandes der Krankenkassen inne.

Verhaftet wurde Ebel am 23. März 1933 bei der Besetzung der Geschäftsstelle des Hauptverbandes der Deutschen Krankenkassen vor dem Peter-Behrens-Haus am Alexanderplatz im Bezirk Mitte. Er wurde in das SA-Gefängnis General-Pape-Straße verschleppt, wo er am 11. April 1933 verstarb. Darüber berichtete die „Berliner illustrierte Nachtausgabe“ am 13. April: „Am Dienstagnachmittag wurde er in dem Zimmer, das man ihm für die Dauer der Haft angewiesen hatte, am Fensterkreuz erhängt aufgefunden.“ An dieser Version seines Todes sind Zweifel angebracht, u. a., weil die heute noch im Originalzustand vorhandenen Kellerfenster keine Fensterkreuze aufweisen, an denen er sich hätte erhängen können. Die Todesumstände sind bisher ungeklärt.³⁸

Paul Hipler

Über Paul Hipler, Mitglied im Baugewerkschaftsbund, ist sehr wenig bekannt. Der 1898 in Brandenburg (Kreis Heiligenbeil) in Ostpreußen (heute: Ušakovo in Russland) geborene Bauarbeiter lebte in Neukölln in der Saalestraße 11. Am 27. Juli 1933 verhaftet, kam er in das SA-Gefängnis General-Pape-Straße und wurde dort am 31. Juli 1933 erschossen.

37 Siehe für die folgenden Biografien die genannte Ausstellung „1933 – Der Weg in die Diktatur“ und die angekündigte Begleitpublikation.

38 Für weitere Informationen siehe Kurt Schilde/Rolf Scholz/Sylvia Walleczek: SA-Gefängnis Papestraße. Spuren und Zeugnisse. Mit einem Geleitwort von Johannes Tuchel und einem Beitrag von Siegfried Wege. Eine Schrift der Bruno-und-Else-Voigt-Stiftung, Berlin 1996, S.101-103.

Bernhard Kandzora

Der 1891 geborene Bernhard Kandzora war aktives SPD-Mitglied und Bezirkskassierer des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs. Der seit dem 9. Februar 1933 vermisste Gewerkschafter wurde am 22. März 1933 am Bahnhof Berlin-Hermsdorf an der Bahnunterführung Bismarckstraße im Bremerhäuschen eines leer stehenden Güterzuges erhängt aufgefunden. Die am 27. März 1933 abgeschlossenen polizeilichen Ermittlungen ergaben: „Keine Anhaltspunkte für fremdes Verschulden.“

Hans Otto

Der 1900 in Dresden geborene Bühnenschauspieler engagierte sich politisch seit 1923 in der KPD und ab 1929 in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO). Er war Vorsitzender des Bezirks Berlin des Arbeiter-Theater-Bundes Deutschlands sowie Vizepräsident des Lokalverbandes Deutscher Staatstheater der Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger. Nach dem Machtwechsel erfolgte im Februar 1933 seine Entlassung aus dem Schauspielhaus-Ensemble.

1933 gehörte er der Unterbezirksleitung Berlin-Zentrum der KPD an und war an der Umstellung der Partei auf die Illegalität beteiligt. Bei einem Treffen seiner Widerstandsgruppe am 13. November 1933 wurde er festgenommen und war mehrere Tage im Geheimen Staatspolizeiamt in der Prinz-Albrecht-Straße 8 sowie in verschiedenen Folterstätten inhaftiert. Im SA-Quartier in Berlin-Mitte, Vossstraße 18, wo sich der Sitz der SA-Führung von Berlin-Brandenburg befand, wurde er schwer misshandelt. Ein inszenierter Fenstersturz sollte einen Suizid vortäuschen. Schwer verletzt wurde der Schauspieler am 24. November 1933 in die Gefangenenstation des Staatskrankenhauses der Polizei in der Scharnhorststraße 13 in Berlin-Mitte verbracht und verstarb noch am selben Tag an den Folgen seiner Verletzungen.

Michael Kazmierczak

Michael Kazmierczak, 1898 in Sokolowo (Provinz Posen, heute polnisch: Sokolowo) geboren, hatte in Eisengießereien, einer Baumwollspinnerei und zuletzt als Bauarbeiter in Leipzig gearbeitet. Er war gewerkschaftlich organisiert. Zu Beginn der 1930er-Jahre leitete er den Abwehrapparat der sächsischen KPD. 1933 wirkte er als Reichskurierleiter der illegalisierten

KPD. Im November 1933 wurde er verhaftet und wenige Tage später im Columbia-Haus in Berlin-Tempelhof ermordet. Sein Tod ist bereits kurz danach bekannt geworden. Seine Witwe Anne Kazmierczak informierte Anfang 1934 die im Exil erscheinende „Arbeiter-Illustrierte Zeitung“: „Am 18. November wurde er verhaftet, am 20. November war er tot.“³⁹

Fritz Kolosche

Der 1908 geborene Fritz Kolosche lebte in Berlin-Charlottenburg. Er gehörte dem Kampfbund gegen den Faschismus an und war in Charlottenburger Häuserschutzstaffeln aktiv, die dem Schutz der Bevölkerung vor nationalsozialistischen Angreifern dienten.

Als es Ende August 1932 vor einem SA-Sturmlokal in der Röntgenstraße 12 zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der Häuserschutzstaffeln und SA-Männern kam, fielen mehrere Schüsse. Ein SA-Angehöriger wurde tödlich getroffen. Unter den 1932 vor einem Sondergericht angeklagten neun Häuserschutzstaffelmitgliedern befand sich Fritz Kolosche. Den Verteidigern Hans Litten und Kurt Rosenfeld gelang aber der Nachweis, dass die tödlichen Schüsse nicht von den Angeklagten stammten.

Nach dem Machtwechsel 1933 ließen die Nationalsozialisten den klaren Freispruch nicht auf sich beruhen und rächten sich. Zu ihren ersten Opfern gehört Kolosche, der am 12. April 1933 von Angehörigen des berüchtigten SA-Sturm 33 in der SA-Kaserne Rosinenstraße 6 („Maikowski-Haus“) misshandelt und gefoltert wurde. An den Folgen der Verletzungen verstarb er am 18. April 1933 im Krankenhaus Westend. Nachgetragene sei, dass sein Anwalt Hans Litten 1938 in Dachau ermordet wurde.

Die drei folgenden Gewerkschafter zählen zu den zahlreichen Opfern der „Köpenicker Blutwoche“ im Juni 1933.⁴⁰

Paul von Essen

Der ausgebildete Schlosser – geboren 1886 in Allenstein in Ostpreußen (heute: Olsztyn in Polen) – arbeitete als Betriebsrat im AEG Kabelwerk Oberschöneweide, bis er 1932 entlassen wurde. Seit 1906 gehörte er der

39 Siehe Georg/Schilde/Tuchel, „Warum schweigt die Welt?!“, S.52-55.

40 Siehe Stefan Hördler (Hrsg.): SA-Terror als Herrschaftssicherung. „Köpenicker Blutwoche“ und öffentliche Gewalt im Nationalsozialismus, Berlin 2013.

SPD an und war Mitglied im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, für den er 1933 als Kurier tätig war.

Am 21. Juni 1933 wurde er von SA-Hilfspolizisten festgenommen und am selben Tag ermordet. Seine Leiche wurde in einen Sack gesteckt und am 1. Juli 1933 zusammen u. a. mit der Wasserleiche von Johannes Stelling aus der durch Köpenick fließenden Dahme bei Wendenschloß geborgen.

Johannes Stelling

Er wurde 1877 in Hamburg geboren, nahm eine Lehre als Handlungsgehilfe auf und wurde Gewerkschaftsmitglied. Sein folgendes Leben ist durch Tätigkeiten als Redakteur, Vorsitzender der Gewerkschaft der Handels- und Transportarbeiter Lübecks und Abgeordneter der Bürgerschaft sowie die Mitgliedschaft in der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung bestimmt. 1919 wurde er Innenminister und war von 1921 bis 1924 Ministerpräsident des neu entstandenen Freistaates Mecklenburg-Schwerin.

Das SPD-Mitglied war ab 1920 mit Unterbrechung Sekretär des Parteivorstandes der SPD und ab 1928 Mitglied des Exekutivkomitees der Sozialistischen Arbeiterinternationale sowie Gauleiter des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold von Berlin-Brandenburg. Ab 1920 gehörte er fast ununterbrochen dem Deutschen Reichstag an und stimmte dort wie die anderen Reichstagsabgeordneten der SPD am 23. März 1933 gegen das „Ermächtigungsgesetz“.

Sein Leichnam wurde am 1. Juli 1933 zusammen mit dem von Paul von Essen in der Dahme aufgefunden. Stellings Oberkörper war nackt und wies mehrere Schussverletzungen auf.

Johannes Schmaus

Der 1879 in München geborene Johannes Schmaus war seit 1913 Funktionär des Deutschen Landarbeiter-Verbandes im Bezirk Mainz. 1914 besuchte er die Gewerkschaftsschule in Berlin und arbeitete danach als Angestellter und ab 1920 als Mitglied des Hauptvorstands der Landarbeitergewerkschaft. Er war Mitglied der SPD. Schmaus übersiedelte nach Berlin, gehörte hier dem Verband der Zimmerer, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und dem Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ sowie der Freireligiösen Gemeinde an. Seine Haupttätigkeit versah er als Vorstandsmitglied des Landarbeiterverbandes.

Nachdem im Laufe des 21. Juni 1933 eine Hausdurchsuchung bei der Familie Schmaus ergebnislos geblieben war, drangen am späten Abend SA-

Hilfspolizisten noch einmal in die Wohnung ein, um Johannes Schmaus zu verhaften. Der durch Hilferufe seiner Ehefrau Katharina herbeigeeilte Sohn Anton trat den nun auch ihn bedrohenden Eindringlingen mit einer Waffe entgegen und erschoss drei von ihnen in Notwehr.

Nach der Schießerei und Flucht von Anton Schmaus stürzten sich die SA-Hilfspolizisten auf Johannes Schmaus und misshandelten ihn brutal. Der wehrlose, schwer verletzte – oder bereits tote? – Mann wurde in einem Stallgebäude am Haus aufgehängt, um einen Selbstmord vorzutäuschen. „Tod durch Erhängen“ lautete denn auch das Ergebnis der rechtsmedizinischen Untersuchung.

Es ist zu wünschen, dass weitere Recherchen durchgeführt werden, um mehr über diese und Informationen zu weiteren Opfern des frühen nationalsozialistischen Terrors ans Licht zu bringen. Diese Menschen haben ihr Leben für die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung geopfert und dürfen nicht vergessen werden.

Miszelle

Karl Liebknecht und der Strafvollzug¹

Volkmar Schöneburg

Das alljährliche Gedenken an die beiden bedeutenden Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die am 15. Januar 1919 feige hingemeuchelt wurden, ist eine Tradition, die auch Anlass sein muss, immer wieder kritisch zu reflektieren, woher wir kommen. Dabei stand für die PDS und die Partei DIE LINKE seit 1990 Rosa Luxemburg deutlich mehr als Liebknecht im Zentrum der Debatten. Das ist nicht verwunderlich. Hatte doch ihr Satz aus der Schrift „Zur russischen Revolution“, wonach Freiheit immer die Freiheit der Andersdenkenden sei, schon im Herbst 1989 in der DDR eine enorme Sprengkraft erzielt. Rosa Luxemburg half uns, einen anderen Problemhorizont bezüglich gesellschaftlicher Demokratie zu gewinnen und diese als einen konfliktreichen Prozess zu begreifen, in dem die Freiheitsrechte die gesellschaftliche Selbstregierung sichern.

Aber für einen Justizpolitiker wie mich sind die Reden, Aufsätze, Gerichtsprotokolle und Notizen Karl Liebknechts, in denen sich seine Erfahrungen als Abgeordneter, Anwalt, Angeklagter und „Zuchthäusler“ mit dem Recht und der Justiz Preußens niederschlagen, eine intellektuelle Fundgrube. In den letzten 18 Jahren seines Lebens äußerte sich Liebknecht unter anderem zu Problemen der Demokratisierung der Kaufmannsgerichte, zu unsozialen Gerichtskosten, zu Polizeierwillkür, zum Pressegesetz, zur Verwaltungswillkür, zur Lehr- und Lernfreiheit, zur Trennung von Staat und Kirche, zur politischen Gesinnungsschnüffelei, zum neu erlassenen Bürgerlichen Gesetzbuch, zu Gerechtigkeitskriterien kommunaler Gewerbesteuern, zum Justizmord, zur Verwaltungsgerichtsbarkeit oder über Rechtsstaat und Klassenjustiz.²

Natürlich läge es nahe, hier auf Liebknechts Position zur „Klassenjustiz“ einzugehen. Wobei herausgestellt werden muss, dass Liebknecht „Klas-

1 Der Beitrag basiert auf einer Rede anlässlich des Gedenkens an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 12. Januar 2013 in Luckau.

2 Siehe Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I-IX, Berlin 1958-1971, Bd. I, S.93; Bd. II, S.466, Bd. III, S.265, 293, 397, 412; Bd. IV, S.172; Bd. V, S.246; Bd. I, S.3, 28; Bd. VII, S.99, 123, Bd. II, S.17 (im Folgenden: Liebknecht, Reden und Schriften).

senjustiz“ nicht mit dem Vorwurf der Rechtsbeugung koppelte. Vielmehr wollte er das Augenmerk auf das soziologische Problem der Rekrutierung der Justiz aus den Ober- und Mittelschichten richten. Damit verknüpft war für ihn eine Unkenntnis der Richter und Staatsanwälte hinsichtlich der Lage, des Milieus und der Anschauungen der Arbeiterinnen und Arbeiter, was sich nach seiner Auffassung in der Auslegung der Rechtsnormen widerspiegelte. In diesem Kontext könnte man auch noch einmal die strafrechtliche (Nicht-)Reaktion auf die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Erinnerung rufen. Die bestehende Militärgerichtsbarkeit erlaubte es nämlich, dass die Gardekavallerie-Schützendivision, der die Mörder angehörten, die Richter im kriegsgerichtlichen Verfahren selbst stellte. Insofern nimmt es nicht wunder, dass lediglich der Soldat Runge, der Rosa Luxemburg mit dem Gewehrkolben niedergeschlagen hatte, wegen versuchten Totschlages zu zwei Jahren Gefängnis und zwei Wochen Haft sowie der den Mordtransport leitende Oberleutnant Vogel wegen „Beiseiteschaffung einer Leiche“ und anderer Delikte zu zwei Jahren und vier Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Doch zum Thema „Klassenjustiz“ gibt es schon reichliche Publikationen. Deshalb möchte ich angesichts der Debatten im Landtag zu einem neuen Justizvollzugsgesetz für Brandenburg Liebknechts Positionen zum Strafvollzug skizzieren.

Liebknecht, seit 1907 preußischer Landtagsabgeordneter, setzte sich mit den Zuständen sowie Reformbestrebungen im preußischen Strafvollzug in seinen Reden zum Justizetat und in eigenständigen Beiträgen im Abgeordnetenhaus auseinander. Zudem gewann er seine Erkenntnisse aus einem aufsehenerregenden Strafprozess zu den Missständen im Strafvollzug, insbesondere in der Justizvollzugsanstalt Plötzensee. Von Februar bis April 1904 waren mehrere Artikel im sozialdemokratischen „Vorwärts“ zu Missständen im Strafvollzug erschienen. Die für diese Artikel verantwortlichen Redakteure sowie der frühere Strafgefangene, von dem sie die Informationen erhalten hatten, wurden von der Staatsanwaltschaft mit einer Anklage wegen Beleidigung überzogen. Liebknecht hatte gemeinsam mit anderen prominenten sozialdemokratischen Anwälten die Verteidigung übernommen und nach 22 Verhandlungstagen 1905 die folgenlose Einstellung des Verfahrens erreicht.³

Am aufschlussreichsten, aber auch am beklemmendsten ist jener Text, den Liebknecht im Frühjahr 1918 „Gegen die Freiheitsstrafe“ formu-

³ Siehe: Heinz Wohlgemuth: Karl Liebknecht. Stationen seines Lebens, Berlin 1977, S.30.

lierte. Auf fünf Seiten verdichtete Liebknecht, der im August 1916 vom Oberkriegsgericht in Berlin zu vier Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilt worden war und seit Oktober 1916 in Luckau einsaß, seine nun praktische Erfahrung mit der „totalen Institution“ Strafvollzug.⁴

Die Auffassung Liebknechts zum Strafvollzug, die wesentlich die der Vorkriegssozialdemokratie war, kann wie folgt zusammengefasst werden:

Liebknecht sah die Kriminalität als eine soziale Erscheinung. Unter den Ursachen der Kriminalität diskutierte er beispielsweise die Themen Ausbeutung, Armut, Wohnungsnot, überbeuerte Mieten, Bildungsmangel, Alkoholismus und die dadurch verursachte Zerstörung der Familien. Für ihn war Kriminalität primär ein Spiegelbild der unsozialen Leistungen der Gesellschaft.⁵ Insofern war, beeinflusst durch Franz von Liszt, für Liebknecht die Kriminalpolitik zuerst Sozialpolitik.⁶ Der Kampf gegen das Verbrechen sei in erster Linie ein Kampf gegen soziale und politische Missstände.⁷

Von daher erfüllte für Liebknecht die Kriminaljustiz lediglich eine ergänzende Funktion innerhalb der Kriminalpolitik. Sie sei nicht imstande, die entscheidenden Mittel zu ergreifen, um Kriminalität zu vermindern.⁸ Aber er erwartete von der Kriminaljustiz, „daß sie möglichst doch alles in ihren Kräften stehende tut, um die Wiederholung des Verbrechens zu verhüten“.⁹ Daraus leitete Liebknecht ab, dass die Resozialisierung – er war wohl der erste, der den Begriff verwandte – der Straftäter „das alleroberste und heiligste Ziel unserer ganzen Strafvollstreckung sein sollte“.¹⁰ An anderer Stelle formulierte er prägnant: „Der Gedanke der Resozialisierung, [...] muß der kommandierende Gedanke sein für unsere ganze Strafvollstreckung.“¹¹ Folgerichtig stellte sich Liebknecht die Frage, ob das Strafsystem den Anforderungen der modernen Wissenschaft, den Anforderungen der Humanität entspreche.¹²

Insbesondere seine Erfahrungen im Zuchthaus Luckau ließen ihn diese Frage mit einem klaren Nein beantworten. In gewisser Weise scheint

4 Siehe Liebknecht, Reden und Schriften, Bd. IX, Berlin 1968, S.391-395, hier S.391.

5 Siehe ebenda, Bd. V, Berlin 1963, S.62-66.

6 Siehe ebenda, Bd. III, Berlin 1960, S.10.

7 Siehe ebenda, Bd. VII, Berlin 1971, S.49.

8 Siehe ebenda, Bd. V, S.67.

9 Ebenda.

10 Ebenda, S.35.

11 Ebenda, S.68.

12 Siehe ebenda, Bd. I, Berlin 1958, S.147.

Liebknecht hier gegenüber einem früheren Reformoptimismus sehr stark durch die Erfahrungen der Praxis desillusioniert worden zu sein. Er hatte erlebt, dass die Institution Strafvollzug die „soziale Schwächung der Kriminellen“, statt sie zu beheben oder zu mildern, „vielmehr mächtig verschlimmert“.¹³ Als Gründe dafür skizzierte er:

Durch die künstliche, gewaltsame Isolierung der Gefangenen von der Gesellschaft, durch ihre radikale Trennung von den Menschen außerhalb der Gefängnismauern würden die Häftlinge entfremdet.

1. Das Gefängnisregime, die „schematische Behandlung“, der „Schematismus und Massendruck statt individueller Behandlung“ zerstörten die vorhandenen Fähigkeiten zur Selbstständigkeit und vernichteten das Selbstvertrauen der Gefangenen. Statt die Gefangenen an eine Lebensführung zu gewöhnen, „wie sie exemplarisch auch für das Leben in der Freiheit ist“, trafen diese auf eine kommandierende Tageseinteilung, die dissoziales Verhalten fördere.
2. Der Kontakt zu den Familien würde während der Haft nicht gefördert.
3. Der Zwang zur Arbeit erfolge in einer Weise, die die Arbeit statt zu einer Lust zu einer Last machen müsse. Der geringe Verdienst lohne die Arbeit kaum.
4. Um einen Rückfall zu vermeiden, müssten nach Liebknecht dem Gefangenen nach der Entlassung alle Wege geebnet, alle Tore geöffnet werden. Stattdessen „bleiben sie stigmatisiert, finden keine Arbeit, die Arbeiter weigern oft Zusammenarbeit mit ihnen – auch die ‚Fürsorge‘ zeigt die ganze Hilflosigkeit der heutigen Gesellschaft im Kampf gegen das Verbrechen“.¹⁴

Für Liebknecht war das der „circulus vitiosus der Freiheitsstrafe“.¹⁵ Genau diesen verhängnisvollen Kreislauf wollten Liebknecht und die Sozialdemokratie durchbrechen:

1. Liebknecht konstatierte eine „Überfütterung mit Strafen“, eine „Überproduktion von Strafen“ bzw. einen „Mangel an Strafökonomie“.¹⁶ Deshalb war er ein Anhänger der bedingten Verurteilung und der Auffassung, dass die damals mögliche bedingte Begnadigung nur ein ganz unzureichendes Surrogat für die richterlich auszusprechende bedingte Verurteilung sei.¹⁷

13 Ebenda, Bd. IX, S.394.

14 Ebenda, S.391-394.

15 Ebenda, S.394.

16 Ebenda, Bd. VII, S.51, 167.

17 Siehe ebenda, S.173.

2. Liebknecht sprach sich für das Angebot von Arbeit in den Gefängnissen aus, lehnte aber sinnstörende Beschäftigungen ab. Es sollte solche Arbeit angeboten werden, die geeignet war, die Gefangenen zu resozialisieren. Das bedeutete, diesen über die Arbeit die Möglichkeit zu eröffnen oder zu erleichtern, in der Freiheit sich wieder als nutzbringende Mitglieder der Gesellschaft einzugliedern. Gefangene sollten im Arbeitsprozess in der Unfreiheit Fähigkeiten erwerben, die sie in der Freiheit verwerten konnten.¹⁸ Darüber hinaus sollte ihnen die Chance eingeräumt werden, aus dem Arbeitsverdienst einen größeren Teil zu erhalten, um ihre eigene Lage und die ihrer Angehörigen außerhalb des Gefängnisses zu verbessern.¹⁹
3. Die Gefangenen sollten einen umfassenden Versicherungsschutz genießen. Der damalige, ungenügende Versicherungsschutz führte nach Liebknechts Auffassung statt zu einer sozialen Stärkung zur sozialen Schwächung der Betroffenen. „Die Gefangenenarbeiter in ähnlicher Weise zu versichern wie die freien Arbeiter sollte ein nobile officium der Staatsverwaltung sein.“²⁰
4. Liebknecht hob die Wichtigkeit des Schulunterrichts in den Gefängnissen und Zuchthäusern hervor und kritisierte insbesondere den ungünstigen Lehrer-Gefangenen Schlüssel, der beispielsweise in Brandenburg bei 1 : 30 lag. Liebknecht forderte eine „Vermehrung und Besserstellung der Lehrer an den Gefängnissen“.²¹
5. Bedingung für einen sozialeren Strafvollzug war für ihn eine „gute Auswahl und Vorbildung der Strafvollstreckungsbeamten“. Daher drängte er auch auf die Erweiterung der ständigen Ausbildungskurse für Gefängnisunterbeamte und Gefängniswärter.²²
6. Wichtig war für Liebknecht die Wiedereingliederung, heute sagen wir auch das Übergangsmanagement, für die zu entlassenen Strafgefangenen zu verbessern. Dafür sollte mehr Geld über einen Fonds zur Verfügung gestellt werden.²³ Entsprechende Anträge brachte die sozialdemokratische Fraktion in das Preußische Abgeordnetenhaus ein. Zudem sollte nach der sozialdemokratischen Auffassung die ganze Organisation der Fürsorge für entlassene Strafgefangene neu organisiert

18 Siehe ebenda, Bd. V, S.23f., 35; Bd. III, S.381-386; Bd. VII, S.38-48.

19 Siehe ebenda, Bd. VII, S.177.

20 Ebenda, S.174.

21 Ebenda, S.170.

22 Siehe ebenda, S.171f.

23 Siehe ebenda, Bd. III, S.384.

werden mit einer staatlichen, einer amtlichen Fürsorge im Zentrum. Diese müsse von Staats wegen in die Hand genommen werden. Wichtigste Aufgabe der Fürsorge sei es, die Entlassenen wieder in Arbeit zu bringen. Dafür müsste die nun staatliche Fürsorge mit den Arbeiterorganisationen und den paritätischen sowie kommunalen „Arbeitsnachweisen“ zusammenarbeiten.²⁴

7. Scharf kritisierte Liebknecht die repressiven Disziplinarverfahren und „grausamen Disziplinarstrafmittel“²⁵ wie den Arrest, die auf Brechung der Persönlichkeit ausgerichtet seien.²⁶ Hier forderte er einen Paradigmenwechsel: „Erziehung durch Aussicht auf Belohnung.“²⁷ Zugleich mahnte Liebknecht den Ausbau der Rechtspositionen der Strafgefangenen an.²⁸
8. Erwähnenswert sind noch zwei Aspekte. Einerseits forderte Liebknecht eine ausreichende Beköstigung, ärztliche Versorgung und hygienische Ausgestaltung des Vollzuges. Zum anderen war ihm bewusst, dass die „Sozialisierung unseres Strafvollzuges“²⁹ nicht zum Nulltarif zu erhalten ist. Heribert Prantl, der scharfsinnige Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“, hat einmal geschrieben, dass sich die Stärke eines Strafvollzuges nicht aus der Stärke der Gefängnismauern, sondern aus der Stärke der Haushaltsbücher ablesen lasse.³⁰ Das wusste auch die sozialdemokratische Fraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus: „Wir sehen also, wie die Frage einer verständigen, einer humanen und zweckmäßigen Strafvollstreckung schließlich eine finanzielle Frage [...] ist.“³¹ Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Liebknecht, diese sei bereit, „alle Mittel, mögen sie auch noch so beträchtlich sein, zu bewilligen, die zur Durchführung dieser humanen und pädagogischen Ziele der Strafvollstreckung erforderlich sind“.³²

24 Siehe ebenda, Bd. VII, S.175f.

25 Ebenda, Bd. I, S.147.

26 Siehe ebenda, Bd. IX, S.394.

27 Ebenda, Bd. VII, S.167.

28 Siehe ebenda, Bd. III, S.51.

29 Ebenda, Bd. VII, S.178.

30 Siehe Heribert Prantl: Im Keller der Gesellschaft. Eine Annäherung des politischen Journalisten an den Strafvollzug in Theorie und Praxis, in: Das Gefängnis als Risiko-Unternehmen, Baden-Baden 2010, S.13.

31 Liebknecht, Reden und Schriften, Bd. V, S.36.

32 Ebenda.

Es ist schon frappierend, wie sich die Themen gleichen, die Anfang des vorigen Jahrhunderts im Preußischen Abgeordnetenhaus diskutiert wurden und die heute – auf einer anderen Ebene – mit dem Brandenburgischen Justizvollzugsgesetz zu lösen sind. Das hängt wohl mit dem Paradoxon des Strafvollzuges zusammen, auf welches ein anderer bedeutender sozialdemokratischer Rechtspolitiker, Gustav Radbruch, hinwies: Die Erziehung zu einem verantwortungsvollen Leben in Freiheit unter den Bedingungen der Unfreiheit.³³ Auf dem Jenenser Parteitag der Sozialdemokraten von 1905 nannte Liebknecht einen der Gründe für den Fundamentalopportunismus seines Genossen und Rechtsanwalts Wolfgang Heine: „Juristerei erzeugt Neigung zum Formalismus.“³⁴ Bezüglich des Strafvollzuges waren weder Opportunismus noch Formalismus die Sache des Juristen und Sozialisten Karl Liebknecht. Vielmehr war er der Menschenwürde und Humanität verpflichtet.

33 Siehe: Gustav Radbruch: Gesamtausgabe, Bd. 10 (Strafvollzug), Heidelberg 1994, S.12f., 41f., 44, 75.

34 Liebknecht, Reden und Schriften, Bd. I, S.160.

Bericht

Kommunisten auf linkssozialistischem Pfad: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Wien

Horst Klein

Mit dem Zusammenbruch des sogenannten Realsozialismus und dem Niedergang der kommunistischen Bewegung in Europa geriet auch die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) in einen für sie lebensbedrohlichen ideologischen Strudel der selbstkritischen Bestandsaufnahme und der Suche nach einer neuen sozialistischen Identität. Zu den veränderten Wirkungsbedingungen gehört das sogenannte „Novum-Urteil“,¹ das der KPÖ die finanziellen Grundlagen für den Parteiapparat und die öffentliche politische Arbeit weitgehend entzog. Es kam zu einem beachtlichen Mitgliederverlust und zu einem beinahe zwei Jahrzehnte anhaltenden ideologischen Streit über den Umgang mit den geschichtlichen Erfahrungen und das Finden eines Konsenses für eine sozialistische Programmatik. Erst der 35. ordentliche Parteitag 2011 gab der KPÖ wieder eine programmatische Orientierung, die auf eine „solidarische Gesellschaft“ als Alternative zum globalen neoliberalen Kapitalismus zielt. Die Partei wendet sich entschieden gegen Erscheinungen einer zunehmenden Entsolidarisierung im gesellschaftlichen Leben. Sie bezieht eine betont kritische Haltung zur Europäischen Union, verzichtet jedoch derzeit darauf, den Austritt Österreichs zu fordern; sie ist Mitglied der „Europäischen Linken“.² Bundessprecher (Bundesvorsitzender) der KPÖ ist seit

1 Novum ist eine 1951 in Berlin (Ost) gegründete Handelsgesellschaft, deren Gewinne auch für die Finanzierung der KPÖ nützlich waren. Nach 1990 kam es zur juristischen Auseinandersetzung über die Eigentumsfrage. Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben gewann juristisch durch die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Berlin, wonach Novum ein getarntes Unternehmen der SED gewesen sei. Das verbliebene Vermögen von ca. 255 Millionen Euro fiel der Bundesanstalt zu.

2 Für das Bemühen um eine linkssozialistische Entwicklungsrichtung spricht auch ein deutlich erkennbares Interesse an traditioneller linkssozialistischer Theorie. Beispielsweise veranstalteten Kommunisten und Linkssozialisten ein Symposium aus Anlass des 70. Jahrestages des Erscheinens von Otto Bauers letztem zu Lebzeiten publiziertem größerem Werk „Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus“. Der Band mit den Beiträgen erschien rechtzeitig zum 70. Todestag Otto Bauers.

2006 Mirko Messner (Jg. 1948, promovierter Germanist und Slawist). Mit der Abwicklung des hauptamtlichen Parteiapparates mussten auch bisherige Presseorgane („Weg und Ziel“) ihr Erscheinen einstellen; Archive bzw. wissenschaftliche Einrichtungen sollten unter den neuen Bedingungen eine nachhaltige Chance finden. So kam es 1993 zur Gründung der „Alfred Klahr Gesellschaft“ als gemeinnütziger „Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung“. Dieser sieht seine Aufgabe darin, das Archiv und die Bibliothek der Kommunistischen Partei Österreichs als nationales Kulturgut zu sichern, zu verwalten, wissenschaftlich zu erschließen und undogmatisches Geschichtswissen interessierten BürgerInnen anzubieten. Dem dienen die vierteljährlich erscheinenden „Mitteilungen“ im A4-Format mit ca. 25-35 Seiten.

Namensgeber Dr. Alfred Klahr war österreichischer Staatswissenschaftler, Journalist und Kommunist. Zu den Gründungsmitgliedern der Gesellschaft gehören unter anderem Franz Muhri (KPÖ-Vorsitzender von 1965-1990) und der marxistische Historiker Univ. Prof. Dr. Hans Hautmann. Sitz des Vereins ist die Drechslergasse 42, 1140 Wien. Mit dem 2005 gelungenen Einzug der KPÖ in den Landtag der Steiermark erschloss sich auch eine Quelle für die Finanzierung der Bildungsarbeit. Ebenso wie die programmatischen Ziele der KPÖ (Sofortprogramm: Umverteilung durch Besteuerung von Kapital und Vermögen, Vermögenssteuer und Wertschöpfungsabgabe, Ausgleich bei Löhnen, Gehältern und Pensionen und gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde sowie eine Mindestsicherung) vermitteln die Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft ein geistig linkssozialistisches Flair.

Die einst vom Marxismus-Leninismus bzw. von stalinistischen Dogmen geprägte Geschichte einer der weltweit ältesten kommunistischen Parteien³ wird kritisch und sachlich analysiert, erklärt und ideologische Rechtfertigung vermieden. Besondere Aufmerksamkeit finden die gründlichere Erforschung von Biografien namhafter Mitglieder der KPÖ und Erinnerungen an Linkssozialisten (Austromarxisten), wobei die Autoren weitestgehend auf herkömmliche ideologische Facetten verzichten. Beispielsweise werden in den „Mitteilungen“, Nr. 2, Juni 2012, neue Forschungsergebnisse zur Biografie von Alfred Klahr vorgestellt. Die Autoren Martin

Zu den Initiatoren gehörte Walter Baier (1994-2006 KPÖ-Vorsitzender). Siehe Walter Baier/Lisbeth N. Trallori/Derek Weber (Hrsg.): *Otto Bauer und der Austromarxismus*, Berlin 2008.

³ Die Partei wurde am 3.11.1918 in Wien-Favoriten mit dem offiziellen Namen Kommunistische Partei Deutschösterreichs (so lautete der Name bis 1920) gegründet.

Krenn und Michael Tatzber-Scherbach beziehen sich hier auf eine selbst verfasste Diplomarbeit,⁴ mit der sie den von Klahr 1937 verfassten Aufsatz „Zur nationalen Frage in Österreich“⁵ reflektieren. Klahr habe mit seinen Untersuchungen zur Frage der österreichischen Nation und Nationswerdung stets konstatiert, „dass die Österreicher niemals ein Teil der deutschen Nation gewesen und zudem im Begriff seien, sich zu einer eigenständigen Nation zu entwickeln“. Sein Aufsatz, der vor 75 Jahren in „Weg und Ziel“ erschien, sei für die Autoren „eine angemessene Gelegenheit, die seit geraumer Zeit zum Erliegen gekommene Forschung zur Biografie Klahrs wieder aufzunehmen, neue Erkenntnisse zusammenzutragen und weitgehend unbekannte Quellen zu erschließen“.⁶

Die Autoren schildern Klahrs Lebensweg, der am 16. September 1904 in Wien im sozialen Milieu einer armen kleinbürgerlichen jüdischen Familie begann, die letztlich doch den Besuch des Realgymnasiums und ein Studium der Chemie an der Universität ermöglichte. Das war allerdings wegen Geldmangel abzubrechen und erst nach einer zeitweiligen Arbeit als Bürokräft 1924 in einem zweiten Anlauf an der Wiener Universität, nunmehr an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät, erfolgreich. 1928 hat Klahr promovieren können. Zu diesem Zeitpunkt war er bereits Mitglied der KPÖ. Ihm wurden Aufgaben als Parteijournalist, ab 1935 als Lehrer an der Internationalen Lenin-Schule (Leiter des österreichischen Sektors) übertragen. 1937 ist er mit dem Vorwurf, elementare Wachsamkeit missachtet und einen faulen Liberalismus geduldet zu haben, disziplinarisch abgelöst worden. 1938 hat er, ohne seine Familie mitnehmen zu können, Moskau verlassen müssen. Er war dann beim Zentralkomitee der KPÖ, 1938 in der Auslandsvertretung in Paris tätig. Es folgten die Internierung im südfranzösischen Lager Le Vernet, Auschwitz, erneute Flucht und versuchte Ankunft bei den polnischen Partisanen. Bei einer von deutschen Streifen durchgeführten Razzia wurde er im Juli 1944 in

4 Michael Tatzber-Scherbach: *Marxismus und nationale Frage in Österreich. Eine ideengeschichtliche Untersuchung zur theoretischen Begründung der österreichischen Nation in der KPÖ*, Universität Wien 2012.

5 *Weg und Ziel*, 2. Jg., 1937, Nr. 3 und 4, veröffentlicht unter dem Verfasserpseudonym „Rudolf“. Die Zeitschrift erschien illegal, die KPÖ war in Österreich seit 26.5.1933 verboten.

6 Martin Krenn/Michael Tatzber-Scherbach: *Alfred Klahr (1904-1944). Neue Forschungen zu seiner Biographie*, in: *Alfred Klahr Gesellschaft. Mitteilungen*, 19. Jg., Nr. 2, Juni 2012, S.1-32, hier S.1. Siehe *Die Kommunisten im Kampf für die Unabhängigkeit Österreichs*, Wien 1955.

Warschau aufgegriffen und erschossen.⁷ 1979 bekam Alfred Klahr posthum das „Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung der Republik Österreich“ verliehen. Die Österreichische Post AG widmete ihm 2003 einen Sonderbriefmarkenblock,⁸ und die Deutsche Post der DDR hatte ihn 1962 mit einer Briefmarke geehrt.

Im gleichen Heft berichtet Hans Hautmann über „Kommunisten und Kommunistinnen in der Wiener Polizei“, von denen er 1.500 Angehörige identifizieren konnte. Es sei eine historisch spezifische Konstellation gewesen, die die Befreiung Wiens durch die Streitkräfte der Sowjetunion vor dem Eintreffen der US- und britischen Armee ermöglicht hatte.⁹

Im Weiteren berichtet Manfred Mugrauer über den Versuch Hanns Eislers, Mitglied der KPÖ zu werden. Dieser sei „zwar zeitlebens Marxist und Kommunist“ gewesen, „er gehörte aber weder der KPÖ oder der KPD noch der SED als Mitglied an“. Er sei selbst – wie Eisler seinen Freund Bertolt Brecht charakterisiert habe – „ein ‚Bolschewik ohne Parteibuch‘“.¹⁰ Mehrmalige Versuche, der KPÖ beizutreten, seien als „nicht zweckmäßig“ abgewiesen worden. Eisler habe auch selbst eine Rechtfertigung dafür gefunden, „warum Bertolt Brecht nicht in die SED eingetreten“ sei: „Wir haben darüber nie debattiert“, so Eisler, „Ich hielt es auch für gar nicht gut, dass Brecht in der Partei wäre, [...] Der Brecht war nicht der Mann dieser Art Disziplin. / Das ist ein ernsthafter Schritt. / Das kann man nicht nur machen, sondern da muss man dann auch wirklich sich in einer bestimmten Weise verhalten.“ Womöglich hatte sich auch Eisler selbst nicht als ein „Mann dieser Art Disziplin“¹¹ gesehen.

Der Tod des englischen Historikers Eric Hobsbawm (1917-2012) ist Anlass für einen ausführlichen Nachruf, den Martin Krenn verfasste. Im Konsens mit Gerhard Bolz (emeritierter Ordinarius für Zeitgeschichte an den Universitäten Salzburg und später Wien) attestiert er dem hoch Geachteten, dass er „nicht zuletzt dank des Erfolges von seinem Werk ‚Age of Extremes‘ über das 20. Jahrhundert, der weltweit führende Vertreter jener Gilde gewesen“ sei, die gerne als „Historikerzunft“ bezeichnet wer-

7 Siehe ebenda, S.6f.

8 Siehe ebenda, S.7.

9 Siehe Hans Hautmann: Kommunisten und Kommunistinnen in der Wiener Polizei, in: ebenda. S.11-25.

10 Manfred Mugrauer: „Genosse Eisler“. Über den Versuch Hanns Eislers, Mitglied der KPÖ zu werden, in: Alfred Klahr Gesellschaft. Mitteilungen, 19. Jg., Nr. 3, September 2012, S.11.

11 Ebenda, S.15.

de. „Der politische Mensch Hobsbawm [sei] vom Wissenschaftler Hobsbawm dabei nicht zu trennen.“¹² In dieser Einheit werde der britische Kommunist und der Marxist gewürdigt, der für sein wissenschaftliches Werk 1997 mit dem „Victor-Adler-Staatspreis für Geschichte der sozialen Bewegung“ (ein Staatspreis der Republik Österreich) geehrt worden ist.¹³ Im gleichen Heft berichtet Hans Hautmann über die Nachstellung des Prozesses gegen Friedrich Adler. Diese habe am 10. November 2012 im Großen Schwurgerichtssaal des Landesgerichts für Strafsachen Wien stattgefunden. Friedrich Adler, der „Sohn Victor Adlers, Sekretär der Sozialdemokratischen Partei und seit Kriegsbeginn 1914 Wortführer der Linksoption, hatte am 21. Oktober 1916 aus Protest gegen die diktatorischen Zustände in Österreich und gegen die Burgfriedenspolitik seiner eigenen Partei den k.k. Ministerpräsidenten Stürgk im Speisesaal des Hotels Meißl & Schadn erschossen.“¹⁴ Der dann stattgefunden Adler-Prozess sei einer „der bedeutendsten und spektakulärsten Gerichtsprozesse in der Geschichte der österreichischen Strafjustiz“ gewesen. Friedrich Adler, der im Prozess den Gerichtshof als das „Organ einer verbrecherischen Regierung“ bezeichnet hatte, wurde zwar zum Tode verurteilt, aber das Urteil wenig später in 18 Jahre schweren Kerkers umgewandelt, und letztlich wurde Adler unter dem Druck der nahenden Revolution 1918 vom Kaiser begnadigt. „Die vier Stunden dauernde Nachstellung des Prozesses“ war „textgenau an das seinerzeitige Verhandlungsprotokoll mit all den dramatischen Auftritten der Zeugenaussagen [...] und der Verteidigungsrede“¹⁵ erfolgt und hatte in Wien große Aufmerksamkeit gefunden.

Lutz Holzinger berichtet über „Die Linkskurve in der österreichischen Literatur der 1970er Jahre“. Die „österreichische Literatur der Nachkriegszeit“ sei „zunächst im Wesentlichen von der Restauration der Traditionen des Austro- und Nazifaschismus geprägt“ gewesen. Der Autor schildert, wie antifaschistische Schriftsteller einem antikommunistischen Kontrollmechanismus ausgesetzt waren. Erst Ende der 1960er-Jahre habe „die Emanzipationsbewegung von Studentinnen und Studenten bzw. Intellektuellen, die heute unter dem Begriff ‚1968‘ subsumiert werden“ so-

12 Eric Hobsbawm (1917-2012), in: Mitteilungen, 19. Jg., Nr. 4, Dezember 2012, S.22.

13 Der Victor-Adler-Staatspreis wird zweijährlich vergeben und ist der höchstdotierte Preis für Geisteswissenschaften in Österreich. Gewürdigt werden hervorragende wissenschaftliche Leistungen auf dem Gebiet der Sozial- und Kulturhistoriografie. Der Preis wurde vom Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung Wien initiiert.

14 Mitteilungen, Dezember 2012, S.25.

15 Ebenda.

wie „1970 der unerwartete Wahlsieg der SPÖ unter Bruno Kreisky“ eine Wende herbeigeführt. Kreisky habe „mit dem Versprechen, die Gesellschaft mit Demokratie zu durchfluten, in begrenztem Maß für eine Aufbruchstimmung“¹⁶ gesorgt.

Die „Mitteilungen“ informieren auch über wichtige politische Entscheidungen. So berichtet Martin Krenn ausführlich darüber, dass der „österreichische Nationalrat mit den Stimmen aller vertretenen Fraktionen ein ‚Bundesgesetz über die Aufhebung und Rehabilitierung‘ der Opfer des austrofaschistischen Regimes in Österreich erlassen“ habe, das seit 1. März 2012 offiziell in Kraft ist. Diesem Beschluss seien „zähe Verhandlungen auf höchster parlamentarischer Ebene“ vorausgegangen. Dem Gesetzestext sei der „Drang zum Kompromiss an mehreren Stellen abzulesen. Auffällig“ ist „an zentraler Stelle das Fehlen einer politischen Klassifikation der Zeit von 1933-1938 als das, was sie historisch“ gewesen sei, „eine ‚ständestaatliche‘, gegen die organisierte Arbeiterbewegung gerichtete Diktatur als die österreichische Sonderform faschistischer Herrschaftspraxis.“ Der Autor sieht im Gesetzestext weitere Schwachstellen, indessen lasse sich „das Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetz als Minimumkonsens zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei lesen“.¹⁷

Wie die hier ausgewählt vorgestellten biografischen Beiträge und weitere Themen zu bedeutenden historischen Ereignissen vermitteln die „Mitteilungen“ insgesamt den Leserinnen und Lesern wertvolle bildungspolitische Inhalte, die für eine freie politische Meinungsbildung und für die Geschichtsforschung sehr hilfreich sein können.

16 Lutz Holzinger: Die Linkskurve in der österreichischen Literatur der 1970er Jahre, in: *Mitteilungen*, 19. Jg., Nr. 3, September 2012, S.17.

17 Martin Krenn: Bundesgesetz über die Aufhebung und Rehabilitierung (Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetz 2011) beschlossen, in: *Mitteilungen*, 19. Jg., Nr. 1, März 2012, S.25.

Informationen

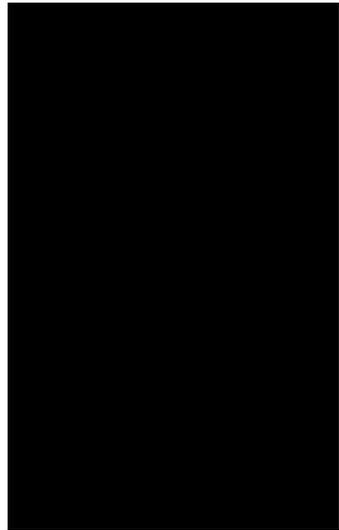
20 Jahre Louise-Otto-Peters-Gesellschaft in Leipzig¹
In Dankbarkeit gewidmet Johanna Ludwig
(26. Januar 1937 - 2. August 2013)

Susanne Schötz

Am 16. Januar 1993 wurde in Leipzig von 18 Frauen die Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e. V. gegründet. Sie ist gemeinnützig und wurde am 29. März 1993 ins Vereinsregister in Leipzig eingetragen. Noch im Gründungsjahr erhielt die Schriftstellerin Hedda Zinner, die 1954 den später verfilmten Roman „Nur eine Frau“ über das Leben von Louise Otto-Peters veröffentlichte, die Ehrenmitgliedschaft der Gesellschaft.

„Was Frauenbewegte, was Frauen bewegt“ – so der Titel eines Louise-Otto-Peters-Tages – kann als Leitgedanke historiografisch-kritischen, bildungspolitischen und publizistischen Wirkens der Gesellschaft gelten, in dessen Mittelpunkt die Erinnerung an die frauenemanzipatorischen Bestrebungen Louise Otto-Peters' und ihrer MitstreiterInnen im Ringen um eine geschlechtergerechte Gesellschaft steht.

Eine Bilanz über Bedeutung und Wirkung der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft zu ziehen ist nicht einfach, denn den in die Hunderte gehenden Aktivitäten und den vielen, sich hier in der einen oder anderen Weise engagierenden Menschen gerecht zu werden, kann vorerst nur als weitgehend subjektive Würdigung gelingen. Ih-



Louise Otto-Peters, Fotograf: Ernst Schroeter, Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, F/66/2004

¹ Gekürzte Fassung meines Festvortrags vom 26.3.2013 in der Alten Handelsbörse zu Leipzig anlässlich des 20. Gründungsjubiläums der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e. V.

rer Satzung zufolge bestehen die Ziele der Gesellschaft darin, das Leben und Werk der Dichterin, Schriftstellerin, Publizistin und Frauenpolitikerin Louise Otto-Peters, die von 1819 bis 1895 lebte, in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, zu würdigen und weiter zu erforschen. Genau dieses Bemühen eint die Mitglieder und macht seit 20 Jahren ihren ganz spezifischen Beitrag zur Erinnerungskultur in Leipzig und darüber hinaus aus. Die dezidierte Hinwendung zu Louise Otto-Peters knüpfte an vorhandene, durchaus unterschiedliche Linien der Beschäftigung mit der Geschichte der Frauenemanzipation und Frauenbewegung in der alten Bundesrepublik und in der DDR an,² setzte aber auch neuartige Akzente im Umgang mit Leben und Werk von Louise Otto-Peters. Sie hat sowohl zur Weiterentwicklung der Louise-Otto-Peters-Forschung und von Forschungen zur Geschichte der deutschen Frauenbewegung beigetragen, als auch das öffentliche Bewusstsein für diese außergewöhnliche Frau gestärkt.

Schon die ältere Forschung verdeutlichte, dass Louise Otto-Peters zu den herausragenden Persönlichkeiten der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts zählte. Sie war eine vielseitig interessierte Schriftstellerin, Journalistin und Publizistin sowie Frauenpolitikerin. Als „Lerche des Völkerfrühlings“, wie sie nach dem Erscheinen ihres ersten Gedichtbandes 1847 genannt wurde, als „rote Demokratin“ in der Revolution von 1848/49 (eine Bezeichnung von Ernst Bloch) oder als Mitbegründerin und langjährige Führerin der deutschen Frauenbewegung im Kaiserreich verband sie lebenslang ihr Schreiben mit gesellschaftspolitischem und insbesondere frauenemanzipatorischem Engagement.

Doch obgleich sie eine Fülle von Quellen produzierte und sich eigentlich allein schon deshalb für HistorikerInnen als Untersuchungsgegenstand geradezu anbietet, führt die Louise-Otto-Peters-Forschung bis heute eher Schattendasein. Sie ist kaum institutionell verankert, sieht man einmal von wissenschaftlichen Abschlussarbeiten ab, die an Universitäten gelegentlich zu Louise Otto-Peters und zur Geschichte der alten Frauenbewegung verfasst werden. Sie ist damit in hohem Maße außeruniversitäre, unbezahlte, sogenannte ehrenamtliche Forschung.

Ein Grund dafür ist sicherlich darin zu suchen, dass der Nachlass, die Briefe und die gedruckten Werke von Louise Otto-Peters nur schwer zugänglich, weil weit verstreut sind. Wohl auch aufgrund der deutschen Tei-

2 Siehe hierzu ausführlicher Susanne Schötz: Louise Otto-Peters – die ‚Lerche des Völkerfrühlings‘ in der Erinnerungskultur des wiedervereinigten Deutschlands, in: Dies./Martina Schattkowsky (Hrsg.): Louise Otto-Peters und die Revolution von 1848/49. Erinnerungen an die Zukunft, Leipzig 2012, S.191-215.

lung hatte bis in die 1990er-Jahre hinein niemand diese Hinterlassenschaft systematisch gesammelt und erschlossen, sodass keine wirkliche Vorstellung von ihrem Schrifttum existierte.

Das hat sich mit der 1993 in Leipzig gegründeten Gesellschaft geändert. Von Johanna Ludwig, der Initiatorin, langjährigen Vorsitzenden und Ehrenvorsitzenden der Gesellschaft, ging das nicht hoch genug zu bewertende Bestreben aus, sämtliche Publikationen von und über Louise Otto-Peters zu sammeln, zu erschließen und Interessierten zugänglich zu machen, sei es im Original oder als Kopie. Das führte 1997 konsequenterweise zur Gründung des Louise-Otto-Peters-Archivs, dem seither wichtigsten Projekt der Gesellschaft. Die hier in intensiver Sammeltätigkeit zusammengetragene Fülle an Materialien macht es inzwischen zu einem einzigartigen Anlaufpunkt für die Forschung. Als Kopien befinden sich dort u. a. die von Louise Otto herausgegebene „Frauen-Zeitung“ (1849-1852) und das gemeinsam mit Auguste Schmidt publizierte Organ des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (ADF) „Neue Bahnen“. Für diese Zeitschrift stehen für die Jahre 1865 bis 1895 ein Personen- und Ortsregister, sowie weitere Sachwortregister zur Verfügung.

Insgesamt hat das gezielte Suchen, Sammeln und Zugänglichmachen nicht nur ca. 30, meist mehrbändige Romane sowie eine beträchtliche Zahl von Gedichten, Erzählungen und Novellen zu Tage gebracht, sondern auch zum Auffinden von kulturhistorischen, historischen und frauengeschichtlichen Schriften, von Essays, von Literatur-, Theater- und Musikkritiken, von biografischen Skizzen, von Texten für Opern und andere musikalische Werke sowie nicht zuletzt von gesellschafts- und frauenpolitischen Beiträgen unterschiedlichen Umfangs geführt.

Heil und Fluch.

Heil diesem Jahr! so sangen wir im Märzen,
Da sich der Zeitstrom hob in wilder Brandung,
Wir trugen allen Hoffnungsmuth im Herzen,
Träumend von unsres Schiffes froher Landung.

Hoch ging die Fluth, es leckten kühn die Wellen
An jedem Bau der Tyrannei im Grimme,
Zertrümmernd muß' er auseinander schellen
Vor solcher Mahnung wilder Donnerstimme.

Heil diesem Jahr! wir wollens ewig loben!
 So riefen wir in thörichter Verblendung –
 Nun ist der Träume bunter Schwarm zerstoßen
 Vor unsres Schicksals jammervoller Wendung.

Nun müssen anders lauten unsre Sprüche,
 Noch ist das Jahr zur Rüste nicht gegangen,
 Da müssen wir ihm senden Fluch auf Flüche,
 Da hat uns neu die alte Nacht umfängen.

Fluch diesem Jahr! Des Schicksals Gang ist ehern.
 Mit seiner Wucht wirfts uns zermalmend nieder,
 Noch werden Märtyrer aus unsern Sehern,
 Noch sangen wir zu frühe Jubellieder!

Uns bleibt nur Eines! für die Freiheit sterben!
 Uns morden lassen nach Tyrannenwillen,
 Damit die nach uns kommen Rache erben
 Und ihre Wuth an unsern Mördern stillen.

Damit sie es erkennen endlich Alle:
 Kein Bündniß ist mit dem Gezücht der Schlangen –
 Und sich entziehn der hinterlistgen Falle
 Darin wir Thoren uns aufs Neu gefangen.

O, deutsches Volk – daß jetzt noch Zeit es wäre,
 Daß du dich machtest frei von List und Truge.
 Daß sich dies Jahr dir noch zum Heil verkläre!
 Und nicht zum unheilschweren grausen Flüche.

Louise Otto.
Dresdner Zeitung Nr. 14, 14.12.1848

Ein großer Coup gelang der Gesellschaft im Jahre 2007, als sie durch die Einwerbung von Spenden einen umfangreichen Autografen in einem bayrischen Antiquariat erwerben konnte. Viele der seit 1993 aufgefundenen Texte waren bis dahin kaum beachtet worden oder waren der Forschung gänzlich unbekannt. Die meisten warten noch immer auf ihre historische Einordnung und Analyse. Diese Sachlage ermöglicht derzeit weder ein ausgefeiltes Urteil über die Dichterin und Schriftstellerin, noch über die

Journalistin und Publizistin – und auch nicht über die Frauenpolitikerin Louise Otto-Peters.

Dennoch ist unser Wissen über Louise Otto-Peters auf der Grundlage der neuartig betriebenen und noch keinesfalls abgeschlossenen Textsammlung und damit verbundener Forschungen erheblich angewachsen. Es spiegelt sich u. a. in der von der Gesellschaft herausgegebenen Reihe „LOUISEum“ mit bislang 33 Titeln wider, aber auch in den „Louise-Otto-Peters-Jahrbüchern“, deren erstes 2004 erschien. 2007 folgten das Jahrbuch II und 2010 das Jahrbuch III. In diesen Almanachen macht die Gesellschaft mit den wichtigsten neuen Forschungsergebnissen vertraut. Präsentiert werden neue Sachverhalte zur Biografie und zum persönlichen Umfeld im engeren Sinne, Untersuchungen zu einzelnen literarischen Werken oder zu Publikationsorganen bis hin zu Analysen des Frauenbildes und Emanzipationsverständnisses von Louise Otto-Peters sowie ihres Wirkens im von ihr initiierten ADF. Dabei stellt das „Louise Otto-Peters-Jahrbuch III“ mit der Edition der Tagebücher Louise Ottos aus den Jahren 1849 bis 1857 durch Irina Hundt die jüngste und wohl wichtigste Quellenedition zu Louise Otto-Peters überhaupt dar.³ Es ist zugleich Ausdruck der engen Kooperation mit dem Deutschen Staatsbürgerinnen-Verband e. V. in Berlin.

Überall dort, wo in Verbindung mit der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft Leben und Werk von Louise Otto-Peters behandelt werden, wird das öffentliche Bewusstsein für diese außergewöhnliche, bemerkenswerte Frau geschärft und gestärkt. Das legt auch die Vielzahl von Veranstaltungen und Initiativen nahe, die im Laufe der Zeit kreierte wurden und zur öffentlichen Auseinandersetzung einluden. Neben dem bereits gewürdigten Louise-Otto-Peters-Archiv und den erwähnten Publikationsreihen wären hier u. a. zu nennen: die jährlichen, jeweils im November stattfindenden Louise-Otto-Peters-Tage; die von Zeit zu Zeit stattfindenden großen wissenschaftlichen Tagungen; die literarisch-musikalischen Programme, szenischen Lesungen, Vorträge und Buchprämieren; die Veranstaltungen zum Jahresauftakt und zum Internationalen Frauentag; die Abendveranstaltungen und Sommerausflüge; die verschiedenartigen Kooperationen mit anderen Vereinen, mit Institutionen und Privatpersonen; die Beteiligung an diversen politischen oder geschichtspolitischen Aktionen; die dem ehrenden Gedenken gewidmeten Blumen- und Kranzniederlegun-

3 Siehe dazu die Rezension von Walter Schmidt in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2011/II, S.170-173.

gen an Denkmälen, Grab- und Gedenksteinen von Frauenrechtlerinnen; die Louise-Otto-Peters-Spaziergänge und die thematischen Frauen-Stadtspaziergänge; die Ausstellungen der Gesellschaft, ihre Plakate, Porträtpostkarten, CDs; die Karte historischer Frauenorte in Leipzig; das Eintreten der Gesellschaft für die Benennung von Straßen nach Louise Otto-Peters und ihren Mitstreiterinnen und vieles mehr. Dass seit 1. August 2013 die Leipziger „Schule an der Bornaischen Straße“ (Gymnasium) den Namen „Louise-Otto-Peters-Schule“ trägt, ist eine besondere Freude. Es zeigt, dass Louise Otto-Peters im Geschichtsbewusstsein der Stadt, in der sie 35 Jahre lebte und von der aus sie als Führerin der deutschen Frauenbewegung durch vielfältige frauenemanzipatorische Initiativen die Gesellschaft des Kaiserreichs nachhaltig prägte, angekommen ist.

Die genannten Veranstaltungen der Gesellschaft sind in aller Regel gut besucht, vor allem von den Leipziger Mitgliedern selbst, aber immer auch von Gästen. Die Gesellschaft ist insofern in der Öffentlichkeit verankert und hat an Einfluss gewonnen. Unter den derzeit ca. 110 Mitgliedern der Gesellschaft sind einige in den USA, Großbritannien, Frankreich, Japan oder in der Schweiz zu Hause. Auch einzelne Männer gehören ihr an. Die Gesellschaft beweist auch immer wieder Kompetenz und Autorität, wenn sich historisch Interessierte und FachwissenschaftlerInnen an das Louise-Otto-Peters-Archiv wenden und um Auskunft bitten. Es existiert ein kleiner Expertinnenkreis, der Informationen zur Geschichte der Frauenemanzipation oder überhaupt zur Geschichte von Frauen in Leipzig erteilt.

Das derzeitige Bemühen um Erinnerung an Louise Otto-Peters ist allerdings vor allem das Produkt einer ganz spezifischen Frauengeneration, darunter vieler ostdeutscher Frauen mit beruflichen Karrierebrüchen nach 1989. Die persönlichen Ansatzpunkte und Grade der Beschäftigung mit Louise Otto-Peters und ihrem Werk sind dabei recht verschieden. Die vielfältigen Projekte – literarisch-musikalische Programme, Ausstellungen, Publikationen, Tagungen, Archivarbeit, Benutzerdienst usw. – ermöglichten das Einbringen unterschiedlicher Kompetenzen und erforderten nicht unbedingt historisches Spezialwissen. Aber in der einen oder anderen Weise hat sich wohl jedes Mitglied mit Louise Otto-Peters beschäftigt. Deren tiefes Empfinden für soziale Gerechtigkeit, für das Recht der Frauen auf Erwerb und Selbstständigkeit, nicht zuletzt aber das von Schicksalsschlägen heimgesuchte Leben Louise Otto-Peters’, die ihr vertraute Erfahrung des Scheiterns von Idealen, des Wiederaufstehens und Weitergehens bieten viele Identifikationsmöglichkeiten.

2015 stehen nicht nur das 1000. Jubiläum der schriftlichen Ersterwähnung Leipzigs, sondern auch das 150. Gründungsjubiläum des so wesentlich

von Louise Otto-Peters geprägten ADF an, der zur Erweiterung der Bildungs- und Erwerbsmöglichkeiten von Mädchen und Frauen, aber auch zur Reform des Ehe- und Familienrechts und zur verbesserten politischen Partizipation von Frauen im Kaiserreich entscheidend beitrug. Daran gilt es in angemessener Form zu erinnern. Wir wollen deshalb eine große wissenschaftliche Tagung in Zusammenarbeit mit Universitäten, dem Leipziger Geschichtsverein, der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Leipzig und anderen Interessierten ausrichten. In sechs Jahren, am 26. März 2019, jährt sich zudem zum 200. Mal der Geburtstag von Louise Otto-Peters – ein Ereignis, das in den großen Festkalender gehört. Für die Louise-Otto-Peters-Gesellschaft gibt es also weiterhin viel zu tun! Wir bauen dabei auf die bewährte Unterstützung durch das Kulturred der Stadt Leipzig, die Gleichstellungsbeauftragten des Regierungspräsidiums, der Stadt und der Universität Leipzig, den Leipziger Geschichtsverein, das Stadtarchiv sowie das Stadtgeschichtliche Museum Leipzig, den Deutschen Staatsbürgerinnen Verband, die Stiftung Archiv der Deutschen Frauenbewegung in Kassel und andere Förderer und Sponsoren, vor allem aber die Mitglieder der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft selbst.

Wissenschaftliche Publikationen (Auswahl)

LOUISEum 1:

Johanna Ludwig (Red.): Besinnung auf Bestrebungen von Louise Otto-Peters. Leipziger Frauenvereine feierten den 175. Geburtstag der Wegbereiterin der deutschen Frauenbewegung, Leipzig 1994, 31 S.

LOUISEum 2:

Johanna Ludwig/Rita Jorek (Hrsg.): Louise Otto-Peters. Ihr literarisches und publizistisches Werk. Katalog zur Ausstellung, Leipzig 1995, 144 S.

LOUISEum 3:

Johanna Ludwig (Hrsg.): Schloß und Fabrik. Roman von Louise Otto-Peters. Erste vollständige Ausgabe des 1846 zensierten Romans, Leipzig 1996, 364 S.

LOUISEum 4:

Johanna Ludwig/Hannelore Rothenburg: „Mit den Muth'gen will ich's halten“. Zur 150jährigen aufregenden Geschichte des Romans „Schloß und Fabrik“ von Louise Otto-Peters. Mit der 1994 wieder aufgefundenen vollständigen Zensurakte, Beucha 1996, 48 S.

LOUISEum 5:

Johanna Ludwig/Ulrike Siegel (Red.): Wie nah, wie fern ist uns Louise? Beiträge vom 3. Louise-Otto-Peters-Tag 1995 anlässlich des Abschlusses der Ehrungen in Leipzig zum 100. Todestag der Wegbereiterin der deutschen Frauenbewegung, Leipzig [1996], 67 S.

LOUISEum 6:

Johanna Ludwig (Red.): Roman und Wirklichkeit. Eine weitere Annäherung an Werk und Wirkung von Louise Otto-Peters, Wegbereiterin der deutschen Frauenbewegung. Beiträge vom 4. Louise-Otto-Peters-Tag 1996, Leipzig [1997], 71 S.

LOUISEum 7:

Astrid Franzke/Johanna Ludwig/Gisela Notz (Hrsg.): Louise Otto-Peters: Das Recht der Frauen auf Erwerb. Wiederveröffentlichung der Erstausgabe aus dem Jahr 1866. Mit einer Reminiszenz der Verfasserin und Betrachtungen zu der Schrift aus heutiger Sicht. Im Anhang Wiederveröffentlichung der „Adresse eines Mädchens“ von Louise Otto, Leipzig 1997, 146 S.

LOUISEum 8:

Johanna Ludwig/Nina Preißler (Red.): Was Frauen bewegte, was Frauen bewegt. Berichte vom 5. Louise-Otto-Peters-Tag 1997, Leipzig 1998, 100 S.

LOUISEum 9:

Johanna Ludwig/Katharina Middell (Hrsg.): „... der Menschheit Hälfte blieb noch ohne Recht“. Menschenrechte für Frauen – Frauen für Menschenrechte. Olympe de Gouges 1791, Louise Otto-Peters 1848/49. Dokumentation zur Ausstellung, Leipzig 1998, 52 S.

LOUISEum 10:

Johanna Ludwig/Nina Preißler (Red.): Visionen, Ansprüche, Widerstände. Berichte vom 6. Louise-Otto-Peters-Tag 1998, Leipzig 1999, 92 S.

LOUISEum 11:

Johanna Ludwig/Hannelore Rothenburg (Red.): Leipziger Lerchen – Frauen erinnern. Folgen 1-3, Beucha 1999, 2000, 2002.

LOUISEum 12:

Johanna Ludwig/Elvira Pradel/Nina Preißler (Red.): Neue Einblicke, neue Ausblicke. Berichte vom 7. Louise-Otto-Peters-Tag 1999, Leipzig 2000, 88 S.

LOUISEum 13:

Godula Kosack (Hrsg.): Hexen. Berichte von den Hexentagen vom 5. bis 7. November 1999 in Leipzig und Bad Dübener, Leipzig 2001, 54 S.

LOUISEum 14:

Johanna Ludwig/Elvira Pradel/Uta Schlegel (Red.): Wie gedacht – so vollbracht? Berichte vom 8. Louise-Otto-Peters-Tag 2000, Leipzig 2001, 149 S.

LOUISEum 15:

Johanna Ludwig/Elvira Pradel/Hannelore Rothenburg (Hrsg.): Das Denkmal für Louise Otto-Peters in Leipzig. Eine hundertjährige Geschichte, Beucha 2001, 64 S.

LOUISEum 16:

Johanna Ludwig u. a. (Hrsg.): Frauenbildung/Bildungsfrauen. Wie wurde begonnen, was wurde gewonnen? Berichte vom 9. Louise-Otto-Peters-Tag 2001, Leipzig 2002, 125 S.

LOUISEum 17:

Johanna Ludwig/Ilse Nagelschmidt /Susanne Schötz (Hrsg.): Leben ist Streben. Das erste Auguste-Schmidt-Buch. Reden, Vorträge und Dokumente der Ehrungen zum 100. Todestag der Pädagogin, Publizistin und Frauenrechtlerin Auguste Schmidt am 10./11. Juni 2002, mit Dokumenten und Bildern, hrsg. unter Mitarbeit von Sandra Berndt, Leipzig 2003 (Leipziger Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung, Reihe C, Bd. 3), 294 S.

LOUISEum 18:

Johanna Ludwig u. a. (Hrsg.): Erfahrungen und Erfahrenes. Was uns die Beschäftigung mit der Frauenrechtlerin Louise Otto-Peters und anderen emanzipierten Frauen brachte und bringt. Berichte vom 10. Louise-Otto-Peters-Tag 2002, Leipzig 2003, 104 S.

LOUISEum 19:

Johanna Ludwig/Elvira Pradel/Susanne Schötz (Hrsg.): Louise Otto-Peters Jahrbuch I/2004. Forschungen zur Schriftstellerin, Journalistin, Pu-

blizistin und Frauenpolitikerin Louise Otto-Peters (1819-1895), hrsg. unter Mitarbeit von Hannelore Rothenburg, Beucha 2004, 240 S.

LOUISEum 20:

Johanna Ludwig/Susanne Schötz/Nina Preißler (Hrsg.): Wege und Weggefährterinnen von Louise Otto-Peters. Berichte vom 11. Louise-Otto-Peters-Tag 2003, Leipzig 2004, 154 S.

LOUISEum 21:

Johanna Ludwig/Susanne Schötz/Hannelore Rothenburg (Hrsg.): George Sand und Louise Otto-Peters – Wegbereiterinnen der Frauenemanzipation. Reden und Vorträge zur Tagung am 23./24. April 2004 anlässlich des 200. Geburtstages von George Sand, (Leipziger Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung, Reihe C, Bd. 4), Leipzig 2005, 277 S.

LOUISEum 22:

Aus Publizistik und Briefen von George Sand und Louise Otto-Peters. Äußerungen der beiden Schriftstellerinnen für soziale Gerechtigkeit und die Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert, hrsg. von der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft, Leipzig 2005, 22 S.

LOUISEum 23:

Johanna Ludwig u. a. (Hrsg.): Auf den Spuren frauenbewegter Frauen. Berichte vom 12. Louise-Otto-Peters-Tag 2004, Leipzig 2005, 117 S.

LOUISEum 24:

Johanna Ludwig u. a. (Hrsg.): Frauen erinnern und ermutigen. Berichte vom 13. Louise-Otto-Peters-Tag 2005, Leipzig 2006, 167 S.

LOUISEum 25:

Johanna Ludwig/Susanne Schötz/Hannelore Rothenburg (Hrsg.): Louise Otto-Peters Jahrbuch II/2006. Forschungen zur Schriftstellerin, Journalistin, Publizistin und Frauenpolitikerin Louise Otto-Peters (1819-1895), hrsg. unter Mitarbeit von Gerlinde Kämmerer, Nina Preißler und Dorothea Steppat, Beucha 2007, 256 S.

LOUISEum 26:

Gerlinde Kämmerer/Johanna Ludwig/Nina Preißler (Red.): Gewalt gegen Frauen – Frauen gegen Gewalt. Berichte vom 14. Louise-Otto-Peters-Tag 2006, Leipzig 2007, 100 S.

LOUISEum 27:

Gerlinde Kämmerer/Johanna Ludwig/Nina Preißler (Red.): Frauen erfahren – Frauen bewahren. Berichte vom 15. Louise-Otto-Peters-Tag 2007, Leipzig 2008, 117 S.

LOUISEum 28:

Gerlinde Kämmerer/Johanna Ludwig/Nina Preißler (Red.): Politikverbot – Politikzugang – Politikverdross? Frauen und Politik im 19. und 20. Jh. Berichte vom 16. Louise-Otto-Peters-Tag 2008, Leipzig 2009, 151 S.

LOUISEum 29:

Johanna Ludwig/Susanne Schötz/Hannelore Rothenburg (Hrsg.): Louise Otto-Peters Jahrbuch III/2009. Forschungen zur Schriftstellerin, Journalistin, Publizistin und Frauenrechtlerin Louise Otto-Peters (1819-1895), Bandverantwortliche: Irina Hundt: Edition und Kommentierung der Tagebücher Louise Ottos 1849-1857, Beucha/Markkleeberg 2010, 327 S.

LOUISEum 30:

Gerlinde Kämmerer/Johanna Ludwig/Nina Preißler (Red.): Louise Ottos Frauen-Zeitung im Kontext von Frauenpresse und Frauenbewegung. Berichte vom 17. Louise-Otto-Peters-Tag 2009, Leipzig 2010, 138 S.

LOUISEum 31:

Gerlinde Kämmerer/Kerstin Kollecker (Red.): Weibliche Lebensentwürfe im Werk von Louise Otto-Peters. Berichte vom 18. Louise-Otto-Peters-Tag 2010, Leipzig 2011, 132 S.

LOUISEum 32:

Gerlinde Kämmerer (Red.): Henriette Goldschmidt und die Hochschule für Frauen zu Leipzig. Berichte vom 19. Louise-Otto-Peters-Tag 2011, Leipzig 2012, 181 S.

LOUISEum 33:

Gerlinde Kämmerer (Red.): Kunst und KünstlerInnen im Umfeld von Louise Otto-Peters. Berichte vom 20. Louise-Otto-Peters-Tag 2012, Leipzig 2013 (im Druck).

Ilse Nagelschmidt/Johanna Ludwig (Hrsg.): Louise Otto-Peters. Politische Denkerin und Wegbereiterin der deutschen Frauenbewegung, (Sächsische Landeszentrale für politische Bildung), Dresden 1996, 155 S.

Johanna Ludwig/Ilse Nagelschmidt/Susanne Schötz (Hrsg.): Frauen in der bürgerlichen Revolution von 1848/49, Bonn 1999, 224 S.

Susanne Schötz/Martina Schattkowsky (Hrsg.): Louise Otto-Peters und die Revolution von 1848/49. Erinnerungen an die Zukunft, Leipzig 2012, 221 S.

Datenbank zu Gewerkschaftsfunktionären/-funktionärinnen in NS-Konzentrationslagern 1933 bis 1945

Marion Goers

Auf dem „Portal zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ des Archivs der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde vor wenigen Monaten eine neue Datenbank online gestellt. In ihr sind biografische Informationen zu rund 1000 Gewerkschaftsfunktionären und Gewerkschaftsfunktionärinnen zu finden, die von den Nationalsozialisten in Konzentrationslagern inhaftiert wurden. Mit der Datenbank, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, sollen die bisher bekannten Schicksale dieser politisch Verfolgten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Für jede Person ist die Quelle der erfassten Informationen vollständig angegeben und somit auffindbar. Mit den umfangreichen Recherchemöglichkeiten der Datenbank lassen sich konkrete Anknüpfungspunkte finden, um sich beispielsweise mit der Verfolgungsgeschichte innerhalb einer speziellen Gewerkschaft und ihrer Vorgängerorganisationen oder in einem bestimmten geografischen Gebiet auseinanderzusetzen.

Die in der Datenbank erfassten Informationen sind einer Sammlung von Prof. Dr. Siegfried Mielke entnommen, der am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin lehrt und Leiter des Forschungsprojektes „Gewerkschafter im Nationalsozialismus, Verfolgung – Widerstand – Emigration“ ist. Die über Jahrzehnte hinweg gesammelten biografischen Angaben entstammen den unterschiedlichsten Quellen, sie reichen von Meldungen der Gewerkschaftspresse aus der frühen Nachkriegszeit und Jubiläumsschriften von Gewerkschaften über biografische Handbücher und wissenschaftliche Gesamtdarstellungen bis hin zu bislang unveröffentlichten Rechercheergebnissen. Ein großer Teil der Daten stammt aus Personenakten oder beruht auf Selbstauskünften, die, außer bei offenkundigen Widersprüchen, nicht weiter überprüft werden konnten.

In die Datenbank aufgenommen wurden Personen, die vor der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten am 2. Mai 1933 eine ehrenamtliche oder hauptamtliche Funktion in einer Gewerkschaft innehatten, und zwar unabhängig vom Zeitpunkt und von der Dauer ihres Engagements. Hierzu gehören auch Betriebsräte/Betriebsrätinnen und Vertrauensmänner/Vertrauensfrauen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen handelt es sich um männliche Funktionäre. Vertreten sind alle Funk-

tionärsebenen, vom Hauptvorstandsvorsitzenden bis zum Obmann/zur Obfrau im Betrieb.

Die Sammlung beschränkt sich auf Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, die von den Nationalsozialisten in Konzentrationslagern und Gettos inhaftiert wurden, da von allen Orten des NS-Terrors hier die Haftumstände die grausamsten und lebensbedrohlichsten waren. Nicht aufgenommen wurden Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, die – wenn auch aus politischen Gründen – ausschließlich in anderen Haftanstalten (z. B. Gefängnis, Zuchthaus, Straf- oder Arbeitslager, sogenanntes erweitertes Polizeigefängnis) inhaftiert waren. Als Konzentrationslager werden die „frühen“ Lager ab 1933 angesehen und ab Sommer 1936 diejenigen, die unter der Weisung der SS-Behörde „Inspektion der Konzentrationslager“ standen. Beispielsweise galt das Hamburger Konzentrationslager Fuhlsbüttel ab Sommer 1936 offiziell als Polizeigefängnis und wurde im Winter 1944/45 Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme, d. h. zwischen 1937 und 1943 sind in der Datenbank keine Einträge unter „Konzentrationslager Fuhlsbüttel“ zu finden, für die Zeit ab 1944 lauten sie „Fuhlsbüttel/Neuengamme“.

Zu den Personen wurden, soweit vorhanden, Angaben in elf Kategorien erfasst: Familien- und Vorname, ggf. Geburts- oder weiterer Name; Geburtsdatum; Geburtsort; Todesdatum; Sterbeort (hier ggf. Name des Konzentrationslagers oder sowjetischen Speziallagers, jedoch keine anderen Haftanstalten); Parteizugehörigkeit vor 1933 (ohne Zeitangabe, daher auch ohne evtl. Mehrfachmitgliedschaft); Konzentrationslager und Jahr der Haft; Funktion und Betrieb und/oder Gewerkschaft (zeitgenössischer Name in einheitlicher Schreibweise) sowie öffentliche Ämter und Mandate (aber keine Parteiämter und -funktionen) mit Angaben zu Ort und Zeit, jeweils für die Zeit bis 1933 und ab 1945; Hinweis auf ungenaue, unsichere oder abweichende Angaben; Quelle.

Über diese relativ umfangreichen biografischen Anknüpfungspunkte lassen sich in der Datenbank über verschiedene Wege Personen suchen und finden. Neben einem Namensindex besteht in mehreren Kategorien die Möglichkeit der Indexsuche über Listen, um gezielt auf einen bestimmten Geburts- oder Sterbeort, ein spezielles Konzentrationslager oder eine bestimmte Partei zuzugreifen.

Personen, die spezielle Funktionen, Ämter oder Mandate innehatten, wie Betriebsrat, Vorsitzender (von z. B. gewerkschaftlichen Ortsausschüssen/Verwaltungsstellen), Stadtverordneter, Mitglied des Landtages, Mitglied des Reichstages, Bürgermeister, Minister usw. lassen sich hingegen über die Volltextsuche finden, ebenso wie geografische Regionen, Städte und

einzelne Betriebe, in denen sie wirkten. Eine Volltextsuche nach der niedersächsischen Stadt Peine beispielsweise ergibt mehrere Treffer, darunter Angaben zu Willi Altenhoff (18.04.1891 Peine bis 17.05.1953 Peine), der vor 1933 in Peine Vorsitzender des Betriebsrates der Eisengießerei Westphal bzw. des Walzwerkes sowie Stadtverordneter war, Mitglied der SPD und später der SAP, nach 1945 Vorsitzender der IG Metall Peine sowie Mitglied im Rat der Stadt Peine und Abgeordneter des Kreistages. Von den Nationalsozialisten wurde er 1944 im Konzentrationslager Neuengamme inhaftiert. Ein weiterer Treffer verweist auf das tragische Schicksal von Werner Kratz (20.10.1888 Peine – 03.05.1945 Konzentrationslager Neuengamme / Lübecker Bucht vor Neustadt), der bis 1923 in Peine Betriebsratsvorsitzender der Eisengießerei Westphal war, Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes sowie Mitglied der KPD, von den Nationalsozialisten ab 1936 in die Konzentrationslager Esterwegen, Sachsenhausen, Buchenwald und Neuengamme verschleppt, bis er im Frühjahr 1945 bei der sogenannten Evakuierung des Lagers in der Ostsee, genauer gesagt in der Lübecker Bucht vor Neustadt, ums Leben kam. Werden hingegen sämtliche Einträge zu Gewerkschaftern gesucht, die bei der sogenannten Evakuierung des Lagers Neuengamme in der Ostsee ihr Leben lassen mussten, empfiehlt sich eine Indexsuche im alphabetischen Register „Sterbeort“, in dem der Eintrag „Konzentrationslager Neuengamme / Lübecker Bucht vor Neustadt“ aufgelistet ist.

Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, die vor 1933 in einer bestimmten Gewerkschaft aktiv waren, beispielsweise in der kommunistischen „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“, können in der Datenbank sowohl über die Volltextsuche als auch über die entsprechende Feldauswahl (hier: Funktionen vor 1933) gefunden werden. Ist die Anzahl der Treffer groß, wie in diesem Beispiel, lassen sich in einem zweiten Schritt die Ergebnisse eingrenzen auf einen weiteren Suchbegriff, beispielsweise „Sachsen“, oder bereits im ersten Schritt in der verfügbaren „Suchmaske mit Feldauswahl“ bis zu vier Begriffe (und auch Kriterien) miteinander kombinieren.

Nachdem am 2. Mai 2013 der 80. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten in der bundesdeutschen Öffentlichkeit viel Aufmerksamkeit erfahren hat, ist es erfreulich, dass mit der neuen Datenbank ein weiteres nützliches Instrument zur Verfügung steht, das sowohl historisch interessierten Laien als auch der wissenschaftlichen Forschung die Möglichkeit gibt, mehr über die Lebenswege von Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen zu erfahren, die zwischen 1933 und 1945 in Konzentrationslager verschleppt wurden.

Die Adresse der Datenbanken der Friedrich-Ebert-Stiftung lautet: www.archiv.fes.de/start.fau?prj=ifaust6. Unter dem Titel „Gewerkschafter in Lagern“ ist hier ein Zugang auch über eine anonyme Anmeldung möglich.

Buchbesprechungen

Cristina Corradi: Storia dei Marxismi in Italia, Manifestolibri, Roma 2011, 373 S., ISBN 978-88-7285-696-3

Das Buch von Cristina Corradi ist die Neuausgabe des gleichnamigen Titels von 2005, der in Italien ein breites Echo hervorgerufen hat, insbesondere in akademischen und politisch-kulturellen Kreisen marxistischer Prägung. Bereits der Plural im Titel deutet die Reichhaltigkeit, Heterogenität und auch Widersprüchlichkeit der theoretischen und politischen Arbeit in diesem kreativen „Laboratorium“ der westlichen Linken an. Das Buch bietet jedoch keine politische Geschichte, sondern vielmehr eine analytische tour de force durch Vergangenheit und Gegenwart der marxistischen Theorien in Italien. Ziel der Autorin ist es zu zeigen, dass trotz des proklamierten Todes des Marxismus auch heute noch in Italien eine lebendige, wenn auch wenig wahrgenommene, theoretische marxistische Strömung fortwirkt. Das Buch will darüber hinaus das Projekt einer Neuformulierung der theoretisch-historischen Recherche auf der Grundlage des Marxschen Œuvres durch eine sachliche Reflexion der Anstrengungen, Brüche und Irrwege der marxistischen Traditionen des Landes unterstützen und forcieren. Dem entspricht auch, dass die Autorin sich nicht einfach damit begnügt hat, den bereits edierten Text erneut herauszugeben. Sie hat ihn um neue Passagen erweitert und zugleich redundante Stellen gekürzt.

Das Buch gliedert sich in drei Teile. Der erste „Da Labriola a Gramsci (1895-

1937)“ behandelt die Entwicklung des Marxismus in Italien von der erstmalig breiteren Rezeption in Schriften Antonio Labriolas am Ende des 19. Jh. bis zu den theoretischen Neuansätzen Antonio Gramscis am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Labriola bezeichnet den Marxismus mit Friedrich Engels als Historischen Materialismus, der die historische Entwicklung auf der Basis des Begriffs der gesellschaftlichen Arbeit konzipiere und im Kern aus einer Philosophie der Praxis bestehe. Der eigenständige Charakter der marxistischen Theorie gründe in drei Bereichen: in der Philosophie mit einer allgemeinen Theorie der menschlichen Praxis, in der Kritik der politischen Ökonomie als Wissenschaft einer spezifischen historischen Phase, in der die Gesellschaft durch das Kapital organisiert wird, und in der Politik mit einer Theorie der Organisation der Arbeiterbewegung, die den Sozialismus errichten wird. C. greift diese Dreiteilung auf und analysiert die theoretische Entwicklung in diesen Bereichen. Einen Schwerpunkt des ersten Teils bildet eine gründliche Analyse des Werkes Gramscis. Auch bei ihm besitzt das Konzept der Praxis zentralen Stellenwert. Er konzipiert es einerseits um einen Begriff der Ideologie als notwendige Dimension für die Reproduktion der Gesellschaft, andererseits im Kontext eines um „Zivilgesellschaft“ erweiterten Staatsbegriffes. „Ideologie“, „Zivilgesellschaft“ und „Staat“ stellen das über die unmittelbaren Produktionsverhältnisse hinausgehende Feld für das Ringen um gesell-

schaftliche „Hegemonie“ dar. Für C. besteht das Verdienst von Gramsci in der Überwindung sowohl eines mechanistischen Objektivismus als auch eines spekulativen Subjektivismus. Allerdings, so kritisiert sie, habe eine unzureichende Berücksichtigung der Kritik der politischen Ökonomie bei Gramsci zur Unterschätzung passiver Formen der Vergesellschaftung und ideologischer Repräsentationen geführt, die aus dem ökonomischen Feld erwachsen.

Der zweite Teil „Dellavolpismo, Storicismo, Operaismo (1945-1980)“ behandelt die marxistischen Neuanfänge der Nachkriegszeit und reicht über die kreativen, oft konfrontativen Ansätze, die im Zuge der sozialen Bewegungen der Studenten und Arbeiter ab den 1960er-Jahren entstanden, bis zur sogenannten Krise des Marxismus in den 1970er- und 1980er-Jahren. Letztere bezeichnet die Autorin als „Kollaps der Theorie“ (S.199). Dem Storicismo, der offiziellen Theorie der Kommunistischen Partei Italiens (PCI), eine Kanonisierung Gramscis in eine spezifisch italienische Entwicklungslinie, die bis Giambattista Vico reicht, stellt C. sowohl die Staatskritik Amadeo Bordigas als auch die „politische Pädagogik“ Franco Fortinis gegenüber. Dem folgt eine Abhandlung über die Schule Galvano Della Volpes, die in den 1950er-Jahren mit der These eines Bruchs zwischen der Marxschen und Hegelschen Dialektik die Basis für eine Analyse des besonderen Stellenwerts des „Kapitals“ legte. C. zufolge bildete dies einen echten Neubeginn des Marxismus in Italien. Eine ähnliche Bedeutung schreibt sie dem Operaismus zu, der zu Beginn der 1960er-Jahre mit einer Kritik an den offiziellen Arbeiterorganisationen ansetzte und die aufflammenden

den Arbeitskämpfe theoretisch antizipierte. Hier unterscheidet C. allerdings zwischen den Analysen Raniero Panzieris und den späteren Hypostasierungen des Begriffs der Arbeitskraft bei Mario Tronti und Antonio Negri, die schließlich von der Theoretisierung der „Arbeiterautonomie“ zum Postulat der „Autonomie der Politik“ übergingen, mit unterschiedlichen politischen Konsequenzen. In den 1970er-Jahren habe zudem, im Kontext des von der PCI entwickelten „Historischen Kompromisses“, eine generelle Hinwendung zur politischen Theorie stattgefunden und – in einer folgenden Phase politischer Ernüchterung – eine weitere zu poststrukturalistischen Ansätzen, die C. zufolge eine Demontage der marxistischen Theorie einleitete. Auf ökonomischem Gebiet setzte diese Demontage mit der Auseinandersetzung mit Piero Sraffa und dem Problem der Transformation von Werten in Preise ein.

Im letzten Teil „Bilanci critici e progetti ricostruttivi“ behandelt C. aktuelle theoretische Ansätze, die sich zumeist kritisch mit denen der vorangegangenen Jahrzehnte auseinandersetzen. Sie geht unter anderem auf Ricardo Bellofiore, die ökonomische Schule von Gianfranco La Grassa und Maria Turchetto sowie den Philosophen Roberto Finelli ein. Gemeinsam ist ihnen die Betonung einer eigenen wissenschaftlichen Methode und Erkenntnistheorie bei Marx, die sich von aktuell gültigen Paradigmen, wie dem Positivismus oder der „Psychozoologie“ Max Webers (S.332), unterscheiden und eine alternative Lösung für das Problem der Beziehungen zwischen ökonomischer Wissenschaft und Analyse gesellschaftlicher Zusammenhänge anbieten. Zentrale Bedeutung hat hierbei die Fassung

des Begriffs der „abstrakten Arbeit“ als Realabstraktion, welche eine real wirksame Gleichsetzung konkreter Arbeiten über den Markt bedeutet und dabei auch für den Produktionsprozess selbst bestimmend ist. Dadurch bildet die „abstrakte Arbeit“ das verbindende Element zwischen Produktions- und Zirkulationssphäre und ist determinierender Faktor für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Diese wird nicht als lineare Stufenabfolge, sondern als zyklischer und diskontinuierlicher Prozess begriffen. Marx habe schließlich im „Kapital“ die Grenzen der Hegelschen und Feuerbachschen Dialektik eines sich selbst erschaffenden und entfremdenden spekulativen Subjekts, des neuzeitlichen homo faber, überwunden, und zwar durch das Prinzip einer nicht anthropomorphen Vergesellschaftung in Form der Realabstraktion.

Das Buch von C. ist eine sehr ambitionierte Arbeit und als solche natürlich nicht ohne Schwächen. So entsteht durch die enge nationale Ausrichtung der Marxismusanalyse stellenweise der Eindruck einer rein inneritalienischen Diskussion. Bezüge etwa zur Frankfurter Schule oder zum Strukturalismus Louis Althusser werden zwar erwähnt, aber nicht erläutert. Auch lässt die enge Ausrichtung auf die Dreiteilung Labriolas solche Theorien außen vor, die nicht so ohne Weiteres in dieses Schema passen, wie die Feminismustheorie Mariarosa Della Costas. C. vertritt die Ansicht, der Rückgriff auf Marx als „offene Baustelle“ (S.12) sei ausreichend, um das nötige theoretische Instrumentarium zu entwickeln, mit dem die Verfassung der gegenwärtigen kapitalistischen Welt verstanden und verändert werden kann. Das lässt sie ei-

ne eher ablehnende Haltung gegenüber anderen theoretischen Einflüssen einnehmen, etwa dem Poststrukturalismus. Trotz dieser Schwächen bleibt festzuhalten, dass auch, wer nicht C.s Meinung rundum teilt, mit dem Buch eine Fundgrube an sehr präzisen analytischen Rekonstruktionen der marxistischen Theorien in Italien zur Verfügung hat. Es sei auch gerade ausländischen Lesern empfohlen, da der italienische Marxismus außerhalb seiner geografischen Grenzen allzu oft mit nur einer besonderen Strömung, etwa mit Gramsci oder dem (Post-)Operaismus, identifiziert wird. *Dietmar Lange*

Karin Huser: Bildungsort, Männerhort, politischer Kampfverein. Der deutsche Arbeiterverein „Eintracht Zürich“ (1840-1916), Chronos Verlag, Zürich 2012, 532 S., ISBN 978-3-0340-1117-4

In der gegenwärtigen historischen Literaturlandschaft, in der man Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung mit der Lupe suchen muss, erscheint das voluminöse Buch über einen Arbeiterverein geradezu als Ereignis, das erfreut. Allerdings handelt es sich bei der „Eintracht“ Zürich auch um eine ganz besondere Organisation, ähnlich dem Leipziger Arbeiterbildungsverein, den der früh verstorbene Wolfgang Schröder in seiner letzten Publikation jüngst noch der Vergessenheit entrissen hat (siehe die Rezension in *JahrBuch* 2011/I, S.193-195). Der Zürcher deutsche Arbeiterverein in der Schweiz, der über ein Dreivierteljahrhundert (von 1840 bis Ende 1916) unter wechselnden Namen, zuletzt als „Sozialdemokratischer Verein Ein-

tracht in Zürich“, wirkte, zeichnete sich nicht nur durch vorbildliche proletarische Bildungsarbeit aus, sondern leistete als politisches Zentrum der deutschen Arbeiter in der Schweiz zugleich Wesentliches zur Emanzipation der Arbeiter, vor allem in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern, nicht zuletzt in Russland. Er wurde in den letzten eineinhalb Jahrzehnten immerhin zu einem Hort russischer sozialistischer Revolutionäre.

Karin Huser, freischaffende Zürcher Historikerin und Archivarin, die sich neben der Arbeitergeschichte auch mit russischer und jüdischer Geschichte befasst und dazu publiziert hat, kommt das Verdienst zu, die Geschichte dieses Vereins von seinen Anfängen in den 1840er-Jahren bis in die Zeit des Ersten Weltkriegs erstmals umfassend dargestellt zu haben. Dies geschieht bei konsequenter Einordnung der lokalen Vereinsgeschichte in die Entwicklung der deutschen Arbeitervereine der ganzen Schweiz, die sich lange Zeit in schweizweiten Organisationen zentralisierten, und zugleich in seinen Beziehungen zur deutschen wie Schweizer Arbeiterbewegung. Es ist dies wohl nach Erich Gruners fundamentalen Schriften von 1968 über die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jh. das bedeutendste Werk zu diesem wichtigen Thema.

In einem ersten, dem bei Weitem umfangreichsten Kapitel zeichnet H. auf der Basis eines überaus reichhaltigen Quellenmaterials den widerspruchsvollen Weg der „Eintracht“ als dem mitgliederstärksten und einflussreichsten unter den deutschen Arbeitervereinen in der Schweiz von einem auf Selbsthilfe und Elementarbildung schwörenden Bildungsverein zu einem revolutionär-sozialistischen Kampfverein im zwei-

ten Jahrzehnt des vergangenen Jh. Seit den 1860er-Jahren entwickelte er sich von anfänglich demokratisch-republikanischen zu sozialistischen Positionen unter dem Einfluss der I. Internationale und unter tätiger Mitwirkung von in der Zeit des Sozialistengesetzes flüchtigen deutschen Sozialdemokraten und wurde in dieser Zeit zum sicher wichtigsten Stützpunkt der verfolgten deutschen Sozialdemokratie im Ausland, in dem russische Marxisten eine wichtige Rolle spielten. Die Zürcher „Eintracht“ war die ganze Zeit über Dreh- und Angelpunkt für ausländische, zumeist deutsche Sozialdemokraten. Arbeiterführer wie der bekannte Fritz Platten, der im April 1917 Lenins Reise von Zürich nach Petersburg organisierte, Hermann Greulich und Robert Grimm, die in der schweizerischen Arbeiterbewegung herausragten, gingen durch die Schule dieses Vereins. Führende deutsche Sozialdemokraten wie August Bebel, Wilhelm Liebknecht oder Eduard Bernstein, Karl Kautsky und Hermann Schlüter traten wiederholt als Redner auf.

Es ist ausgeschlossen, im Rahmen einer knapp bemessenen Rezension die zahlreichen neuen Erkenntnisse und Einsichten vorzustellen, die das Buch auch zum tieferen Verständnis der deutschen Arbeiterbewegung bietet. Diese reichen von den Beziehungen zu den frühsozialistischen Bestrebungen der 1840er-Jahre über die wechselseitigen Einflüsse während der Revolution von 1848/49, als die Schweizer deutschen Arbeitervereine ein großes Kontingent der revolutionären Freischaren in den Reichsverfassungskämpfen stellten, bis zur Zusammenarbeit mit der Eisener Partei und der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialis-

tengesetzes. Wer auf diesen Feldern in Zukunft arbeiten will, wird an H.s Forschungen nicht vorbeikommen.

Ergänzt und vertieft wird die strikte Organisations- und Programmgeschichte des Vereins durch zwei Kapitel, in denen, den Prinzipien einer kulturhistorisch erweiterten Arbeitergeschichte folgend, das Innenleben der Organisation und deren Polyfunktionalität untersucht werden: die Entwicklung der Mitgliedschaft über die Jahrzehnte hinweg, deren soziale Zusammensetzung, die Rolle und der Einfluss wechselnder Führungseliten. Vor allem aber wird verdeutlicht, wie sich der Verein als Ort der individuellen und kollektiven Identitätsbildung und der Integration der Arbeiter bewährte. Gerade in der Fremde wurde der Verein zu einem „Heimatersatz“, der vielgestaltige Geselligkeit in Gesangs-, Theater- und Turnerabteilungen bot. In einer Speiseassoziation, bei Stiftungsfeiern und Gedenkveranstaltungen sowie durch gemeinsame Ausflüge entwickelte sich eine eigene Veranstaltungskultur. Gezeigt wird zugleich – wie auch schon im ersten Kapitel –, wie sich in der Organisation die politische Bewusstseinsentwicklung vom unpolitischen Handwerksgehilfen über den bekennenden Demokraten und engagierten Verfechter deutscher Einigungsbestrebungen zum internationalen Sozialisten vollzog. Entscheidend vorangetrieben wurde dieser Prozess stets durch einen politisch bewussten Kern, der anfangs geheim, später, insbesondere seit den 1870er-Jahren, in Gestalt von sozialdemokratischen Mitgliedschaften öffentlich wirkte. Der Verein wurde so auch zu einer „ideologischen Großfamilie“. Nachgegangen ist die Autorin nicht zuletzt der Frage, welche Rolle Frau-

en, die erst in den 1890er-Jahren Mitglieder werden konnten, und generell die Frauenfrage in der sich wandelnden Organisation spielten. Ein letztes Kapitel widmet sich dem von Widersprüchen und Konflikten keineswegs freien Verhältnis „zwischen den deutschen und den Schweizer Genossen“.

Kritisch anzumerken ist nur wenig. Namentlich für die ersten Jahrzehnte scheinen bisweilen die Geselligkeitsbestrebungen gegenüber den politischen Tendenzen etwas höher veranschlagt. Zu Recht macht die Vf. wiederholt darauf aufmerksam, dass die Aufnahme sozialistischer, speziell marxistischer Auffassungen ein langwieriger Prozess war, und warnt vor einer Überschätzung des sozialistischen Bewusstseinsstandes der Vereinsbasis. Doch wird man wohl für alle politischen Organisationen und Parteien feststellen müssen, dass überall und immer ein deutliches Gefälle zwischen den Führungskräften und der breiten Mitgliedschaft existiert. Kaum berührt wird die Frage, welche politischen Entwicklungen im Asylland Schweiz selbst als objektiver Hintergrund die Politisierung und internationalistische sozialpolitische Radikalisierung in den deutschen Arbeitervereinen begünstigten.

Bedauerlich ist, dass einige deutsche Forschungsergebnisse zum Thema, namentlich aus der DDR, bisweilen unberücksichtigt blieben, so die Forschungen zur Frühgeschichte der Arbeiterbewegung von Waltraud Seidel-Höppner und teilweise auch von Rolf Dlubek (v.a. bei der Darstellung der Berner gesamtschweizerischen Zusammenkunft im Dezember 1848, S.72), aber auch die Studien von Ernst Engelberg, Horst Bartel und anderen zur Geschichte des Sozialistengesetzes.

Ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Personenregister schließen das Werk ab, das als beispielhafte Untersuchung zur Arbeitergeschichte des 19. und frühen 20. Jh. Mut und Schule machen sollte.

Walter Schmidt

Matthias John: Biographisches Handbuch zur Geschichte der Berliner Sozialdemokratie in der spätwilhelminischen Ära in drei Bänden, Bd. 1. Arons – Hunschede; Bd. 2. Janke – Zucht; Bd. 3. Führende Vertreter der Berliner Sozialdemokratie in der Spätwilhelminischen Ära im Spiegel zeitgenössischer Fotos, Stiche und Dokumente, trafo verlag, Berlin 2011, 205 S., 203 S., 181 S., ISBN 978-3-89626-996-6

Schon bei der ersten Bekanntschaft mit diesem dreibändigen Kompendium ist der Leser überwältigt von dem immensen Fleiß, mit dem der Autor sein Wissen um die Personen auch aus den entlegensten Quellen zusammengetragen hat. Allein das Quellenverzeichnis umfasst 31 Druckseiten, und die nach Tausenden zählenden Fußnoten nehmen zumeist ein Viertel, gelegentlich gar ein Drittel der Textseite ein. Vorge stellt werden 108 sozialdemokratische Funktionsträger, die in Folge der neuen, strafferen Organisierung der sozialdemokratischen Wahlvereine in den sechs Berliner und den zwei an Berlin angrenzenden Reichstagswahlkreisen (Niederbarnim und Beeskow-Storkow-Teltow-Charlottenburg) mittels Zusammenschluss (Ende 1905) zu einem „Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend“ in dessen drei entscheidenden Gremien

(Vorstand, Verwaltungs- und Aktionsausschuss, Pressekommission) bis Juni 1914 tätig wurden. Dem biografisch-lexikalischen Teil, der die Bde. 1 und 2 umfasst, ist ein dankenswert konzentrierter Abriss der Organisationsgeschichte der Berliner Sozialdemokratie in dieser wilhelminischen Spätphase vorangestellt. Bei der Lektüre stellt man interessiert fest, dass Funktionäre wie Basis der hauptstädtischen Sozialdemokratie flexibel genug waren, mit den fortschreitenden administrativen Umgestaltungen Schritt zu halten. Mit der (vom Autor vernachlässigten) Bildung des „Zweckverbandes Groß-Berlin“ zum 1. April 1912 wurde die Ausrichtung der regionalen Parteistruktur nach dem Zuschnitt der Reichstagswahlkreise in beträchtlichem Maße obsolet; das führte prompt bei Vorstand wie bei Generalversammlung zur Erkenntnis, dass die Sozialdemokratie des Großraums Berlin sich noch effektiver organisieren könne, wenn sie ihre Struktur nach Wahlkreisen aufgäbe und eine wenigstens demokratische, so doch zentralisierte Organisation für Groß-Berlin aus der Taufe höbe. Aus der Generalversammlung im August 1913 ging eine Reorganisationskommission hervor. Doch auch vor einhundert Jahren waren Reorganisationsziele mit statutarischen Querelen verbunden: Es wurde eingewandt, dass das Parteistatut der Gesamtpartei deren Gliederungsstruktur auf der Basis der Reichstagswahlkreise vorschreibe – daher könnten allenfalls die Berliner Delegierten des nächsten Parteitages dort den Antrag auf Änderung dieses Passus’ im Statut anstoßen.

Im Verlauf dieses Parteitages ging es dann nicht um strukturelle Fragen, sondern um die Haltung zum Krieg und zu

dessen Beendigung. Aber wie stark das Struktur-Problem die Köpfe der Funktionäre beschäftigte, beweist die schnelle Reaktion auf die neuen Verhältnisse nach dem 9. November 1918. Ohne sich weiter Gedanken um die Gültigkeit veralteter statutarischer Festlegungen zu machen, hoben sie am 6. Dezember 1918 die SPD-Bezirksorganisation für Groß-Berlin aus der Taufe.

Unter den vorgestellten Persönlichkeiten findet man eine ganze Reihe Prominenter, die außerhalb des Zeitrahmens 1905 bis 1914 in Berlin und/oder der Gesamtpartei eine Rolle spielten – beispielsweise Eugen Ernst, Rosa Luxemburg, Kurt Rosenfeld, Otto Wels. Bei Rosa Luxemburg wird zu Recht auf die vorliegende Biografie von Annelies Laschitzka verwiesen, die eine Lebensbeschreibung an dieser Stelle überflüssig mache. Hier wird nur knapp ihr Auftritt als neues Mitglied der Pressekommission in der Generalversammlung vom 14. Juni 1914 dokumentiert. Man fragt sich allerdings, weshalb dann bei Otto Wels nicht auf die Biografie von Hans Adolph verwiesen und stattdessen auf sein weit über Berlin hinausgehendes Wirken eingegangen wird. Wels' Ausschluss aus dem Tapeziererverband (in dem er seit 1900 seine erste zentrale Funktion ausgeübt hatte) wegen seiner mehr als obskuren Rolle als Stadtkommandant bei den blutigen Berliner Ereignissen am 6. und am 24. Dezember 1918 passt doch auch ohne Ausweitung der Biografie in den hier beschriebenen Kontext...

Das mit der Momentaufnahme von der mittleren Führungsebene der Jahre 1905 bis 1914 angestrebte individuelle Gesicht der Berliner Sozialdemokratie muss in rund einem Drittel der erfassten Personen blass bleiben, da Nach-

weise ihrer politischen oder gar privaten Betätigung nach 1914 gar nicht oder nur höchst unscharf eruiert werden konnten – was nicht unbedingt heißt, dass sie bislang unentdeckt sind. In solchem Fall behilft sich J. – durchaus legitim – mit dem Stereotyp „Danach verlieren sich die Lebensspuren.“ Eine Reihe der Vorgestellten hatte 1905 bereits Erfahrung in einer Funktion gemacht – fast durchweg in einer Gewerkschaft oder in der Konsumgenossenschaft, wesentlich seltener im Umfeld der Parteipresse, ganz selten in einer Kultur- oder Sportorganisation. Andere vollzogen mit dem Eintauchen in das hier analysierte Netz des mittleren Leitungspersonals erst ihren Einstieg in eine politische Laufbahn, und der große Gewinn der Publikation liegt im Verfolgen gerade dieser Lebensläufe, die dann, beginnend mit der Novemberrevolution, in der Weimarer Republik das politische Potenzial stellten, mit dem der Unterbau des parlamentarischen Systems ausgefüllt war: Stadt- bzw. Bezirksverordnete, Stadträte, selten Landtagsabgeordnete oder gar darüber. Die auf diesen Betätigungsinhalt ausgerichteten Lebensentwürfe wurden allerdings 1933 jäh abgebrochen. Ganz selten (naturgemäß dann im hohen Alter) wurden sie 1945 wieder aufgenommen – wie Otto Büchner, Eugen Ernst, Fritz Ohloff, Hermann Radtke, Richard Weimann und Richard Woldt. Ausgesprochen erhellend ist der personalisierte Niederschlag der im Ersten Weltkrieg erfolgten Aufspaltung der deutschen Sozialdemokratie in SPD und USPD. Es ist ja bekannt, dass in Berlin die Mehrzahl der lokalen Gliederungen zur USPD übertrat, und tatsächlich ist auch bei den genannten 108 Funktionsträgern – soweit sich ih-

re Biografie bis 1917 und danach verfolgen lässt – häufig Mitgliedschaft in der USPD zu konstatieren. Allerdings blieb die folgende weitere Links-Entwicklung von der USPD zur KPD unter Berliner Funktionären eine Ausnahme. Sie ist nur bei fünf Personen belegt (wenn man Gustav Müller, den bekannten Begründer des „Leninbundes“, mitrechnet, was naheliegt, aber von J. mit einem Fragezeichen bedacht wird). Die große Mehrzahl der zur USPD übergetretenen Funktionsträger fand 1922 über die Vereinigung von SPD und USPD wieder zur SPD, nur zwei (Fritz Ohloff und Kurt Rosenfeld) gingen von dort aus 1931 wieder weiter nach links zur SAP.

In Bd. 3 publiziert J. eine Auswahl zeitgenössischer Fotos und Dokumente, die ihm bei seinen Recherchen zuwuchsen. Endlich sieht man dort auch einmal den symbolischen Handschlag zwischen Otto Wels (SPD) und Arthur Crispien (USPD) auf dem Vereinigungsparteitag der beiden Parteien in Nürnberg am 24. September 1922 – der in der deutschen Parteiengeschichte insofern noch eine Rolle spielen sollte, als dem Braunschweiger USPD-Parteitagsdelegierten Otto Grotewohl dieser Auftritt zum Vorbild diente für den „historischen Händedruck“ zwischen ihm und Wilhelm Pieck 1946 auf dem Gründungsparteitag der SED.

Leider führt J. vermeidbare Fehler ein. Wer z. B. im April 1946 in Berlin verstarb, tat dies keineswegs in Ost- oder West-Berlin (Bd. 2, S.67), sondern im noch ungeteilten Berlin; im November 1918 konnte man nicht in den Reichstag gewählt werden und ihm dann bis 1920 angehören (Bd. 1, S.160); in West-Berlin gab es 1955 ein Abgeordnetenhaus, keine Stadtverordnetenversammlung

(Bd. 2, S.67); die für die Bestätigung als Stadtrat zuständige preußische Behörde war zwar die Regierung – aber nicht die Staatsregierung, sondern die Regierungsbehörde des jeweiligen Regierungsbezirks (Bd. 1, S.141); 1931 konnte man unmöglich Vizepräsident des Landtages von Mecklenburg-*Vorpommern* werden, sondern nur von Mecklenburg-Schwerin oder Mecklenburg-Strelitz (Bd. 2, S.111; hier muss es, „Strelitz“ heißen); 1931 gab es in Berlin-Friedrichsfelde noch keine „Gedenkstätte der Sozialisten“ (Bd. 2, S.137) usw. Rechtes Chaos herrscht auch bei der Titulierung der Kommunalparlamente in den Berliner Verwaltungsbezirken während der Weimarer Republik: Sie erscheinen nach Belieben als Bezirksversammlung oder als Bezirksverordnetenversammlung. Tatsächlich hießen sie in Groß-Berlin „Bezirksversammlung“ und setzten sich aus den in das Parlament des Verwaltungsbezirks gewählten Bezirksverordneten und den ebendort gewählten Berliner Stadtverordneten zusammen.

Trotz solcher – durch ein Lektorat vermeidbarer – Fehler ist über viele Jahre mühsamer Arbeit ein wichtiger Beitrag zur Struktur- und Sozialgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung ohne wirklich *wesentliche* Einschränkung entstanden. Zumindest im Vergleich großstädtischer Parteigeschichte sind die Bde. hoch zu bewerten. *Kurt Wernicke*

Isaak Il'jič Rubin: Marxforscher – Ökonom – Verbannter (1886-1937) (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge, Sonderbd. 4), Argument Verlag, Hamburg 2012, 215 S., ISBN 978-3-88619-699-9

Der vierte Sonderbd. der Beiträge zur Marx-Engels-Forschung knüpft unmittelbar an den 2001 erschienenen dritten Bd. (Stalinismus und das Ende der ersten MEGA) an. Standen damals David B. Rjazanov und die Bemühungen sowjetischer Forscher um die Edition der Schriften von Marx und Engels im Zentrum, so ist die vorliegende Publikation ganz dem Marxforscher Isaak I. Rubin gewidmet.

Rubin gehörte zu den bedeutendsten Politökonomen der frühen Sowjetunion. Er war ein hervorragender Kenner des Marxschen Werkes und ein einflussreicher Publizist. Trotzdem blieb sein Name weithin unbekannt. Bis 1991 tauchte er weder in einschlägigen Lexika noch in Darstellungen zur Geschichte der politischen Ökonomie auf. Nur ganz wenige Autoren würdigten ihn überhaupt als sowjetischen Ökonomen und Marxforscher. Der Grund dafür ist darin zu sehen, dass Rubin „bekennender Menschewik“ war und seine Marx-Interpretation angeblich „idealistischen Charakter“ trug (S.6). Außerdem war er Jude. Er geriet dadurch in die Schusslinie Stalinscher Säuberungsaktionen, wurde 1930 verhaftet, danach für viele Jahre verbannt und 1937 schließlich verurteilt und erschossen. Über seiner Person und seinem Werk lag seitdem der „Bann der Partei“. Eine Rehabilitierung erfolgte erst in den letzten Jahren der Sowjetunion, eine umfassende Würdigung seiner wissenschaftlichen Leistungen beginnt erst jetzt. Der hier vorliegende Sonderbd. trägt dazu bei, Leben und Werk Rubins auch deutschen Lesern näher zu bringen. Er bietet die Chance, sich nach Jahrzehnten des Schweigens nunmehr dieses Wissenschaftlers zu erinnern und seine Arbeiten in die Rezepti-

onsgeschichte der marxistischen politischen Ökonomie einzubeziehen.

Der Bd. umfasst acht Beiträge: ein Manuskript von Rubin zur Geldtheorie von Karl Marx, einen Kommentar dazu von Ljudmila L. Vasina, einen sehr informativen Beitrag zum politischen Umfeld Rubins aus der Feder von Wladislaw Hedeler, einen Aufsatz von Ivan A. Boldyrev über Rubins Interpretation der Marxschen Wert- und Geldtheorie, drei weitere textkritische und biografische Aufsätze und eine Bibliografie aller Arbeiten Isaak I. Rubins.

Das Manuskript „Studien zur Geldtheorie von Marx“ ist die Übersetzung eines erstmals 2011 veröffentlichten, handschriftlich überlieferten Textes aus den 1920er-Jahren. Es weist den Autor als einen originellen und kundigen Denker aus, sowohl was die Interpretation der Marxschen Ideen anbelangt als auch in Bezug auf die „bürgerliche“ Geldtheorie seiner Zeit. Leider bricht das Manuskript bei der „Schatzbildung“ ab, sodass Rubins Interpretation der wichtigen „Zahlungsmittelfunktion“ des Geldes und seiner Rolle als „Weltgeld“ fehlen. Inhaltlich muss diese Schrift im Zusammenhang mit Rubins Hauptwerk, den „Studien zur Marxschen Werttheorie“ gesehen werden. „Nicht nur im Verlaufe der 1920er Jahre, sondern auch später gab es in der sowjetischen Wissenschaft nicht eine einzige Arbeit zu der genannten Problematik, die auf dem Niveau dieses Werks von Rubin gestanden hätte.“ (S.124) Weit mehr aber als der wissenschaftshistorisch bedeutsame Originaltext spricht den heutigen Leser das Lebensschicksal Isaak I. Rubins an, wozu sich mehrere Autoren äußern. Dazu gehören auch die „Überlieferungsgeschichte“ des teilweise im Gefängnis

geschriebenen Manuskripts (S.136f.) sowie dessen Rettung vor Beschlagnahme und Vernichtung. Es ist heute kaum mehr vorstellbar, dass ein anerkannter und produktiver Wissenschaftler wie Rubin während der 1930er-Jahre zum Staatsfeind erklärt, verhaftet, verhört und physisch und psychisch gefoltert, schließlich verbannt und auf der Grundlage eines erzwungenen Geständnisses hingerichtet wurde. Der Aufsatz von Jakov G. Rokitjanskij über die Jahre von 1930 bis 1937 als einer bis heute „unbekannten Periode“ in Rubins Leben gehört zu den am meisten beeindruckenden und zugleich auch bedrückendsten Kapiteln des Buches. Im Anhang findet sich das Protokoll der Vernehmung Rubins vom 23. November 1937, das seine Verurteilung wegen konterrevolutionärer Umtriebe nach sich zog. Am 27. November wurde Rubin in Aktjubinsk erschossen. Dank der vorliegenden Veröffentlichung kann sich der heutige Leser ein besseres Bild von den Verhältnissen der 1920er- und 1930er-Jahre in der Sowjetunion machen. Zugleich aber erfährt er auch etwas über die Forschung und das hohe Niveau wissenschaftlicher Arbeit in der frühen Sowjetunion und kann dadurch sein möglicherweise einseitiges Bild orthodoxer sowjetischer politökonomischer Theorie und Marxbeschäftigung ein wenig korrigieren.

Ulrich Busch

Jan Knopf: Bertolt Brecht. Lebenskunst in finsternen Zeiten. Biografie, Hanser Verlag, München 2012, 558 S., ISBN 978-3-446-24001-8

Wer diese Biografie gelesen hat, wird vielleicht nicht mehr vergessen, wie der

1898 in der unteren Stadt von Augsburg geborene Eugen Berthold Friedrich Brecht pränatal und in den ersten sieben Monaten seines Lebens dem Rauschen des Lechkanals und dem Getöse einer Feilenhauerei im Untergeschoss des elterlichen Wohnhauses ausgesetzt war. Er wird sich merken, dass der Papierfetischismus des Dichters vielleicht seinen guten Grund in der Papierfabrik hatte, in der sein Vater zum kaufmännischen Direktor avancierte. Und er weiß: Brecht hatte eine sozial privilegierte Herkunft, seine Umgebung konfrontierte ihn aber zugleich mit den sozialen Missständen der Gesellschaft. Von hier nahm das Leben des avantgardistischen Dichters, Kunst- und Medientheoretikers und großen Theaterpraktikers seinen Lauf.

Jan Knopf gelingen Erzählungen von schöner Gelassenheit und atmosphärisch dichte Beschreibungen von Leben und Werk Bertolt Brechts, nicht zuletzt deshalb, weil er seit Jahrzehnten gewissermaßen mit ihm lebt. Er hat als Leiter der Karlsruher Arbeitsstelle Bertolt Brecht über den Dichter Handbücher verfasst, war Mithrsg. der Großen kommentierten Berliner und Frankfurter Ausgabe der Werke in 30 Bänden. Es musste ihn einfach drängen, sein immenses Wissen noch einmal in eine biografische Form zu gießen. Freilich ist das Unterfangen aber auch nicht so ganz einfach, gibt es da doch noch die profunde Brecht-Biografie von K.s Kollegen Werner Mittenzwei. Von der muss er sich absetzen. K. will deren ideologischen Ballast abwerfen: die Beschreibung von Brechts Leben als der Entwicklung vom Kleinbürgersohn zum Dichter in der DDR. Aber K. verzichtet überhaupt auf den Begriff der Entwicklung. Er will Brechts Leben

entlang seiner Werke beschreiben. Damit gibt er der Biografie durchaus eine Struktur, aber es fehlt ihr ein Maßstab, ein das reiche Leben und Material ordnender Gedanke des Biografen.

Ausufernd erzählt K. etwa von Brechts Umgang mit dem Maler Rudolph Schlichter und mit Ernst Jünger sowie deren politischen Meinungsverschiedenheiten. Der Leser erfährt, dass Jünger dem Heiner Müller erzählt habe, dass er, Jünger, mit Brecht „ungefähr zwölfmal“ zusammengetroffen sei – was K. selber für fraglich hält. Aber warum lässt er den Leser nicht wissen, was gesichert ist, nämlich dass Brecht Jüngers Namen schon in einem frühen Konzept (um 1931) für sein Tui-Projekt vermerkt. – Für den Dichter Brecht war noch jede Begegnung auch „Material“ für die eigene künstlerische Arbeit und Ernst Jünger für ihn einer dieser Intellektuellen in der (kapitalistischen) Gesellschaft.

Überhaupt haben K.s Erzählungen etwas Ausuferndes. Und da er allein Brecht zum Maßstab hat, muss er ihn auch immerfort gegen andere verteidigen. Gegen Adorno und dessen vermeintlich reaktionäres Verständnis von Lyrik. Gegen Walter Benjamin, der Brechts Witz nicht verstand, usf. Geradezu komisch aber wird es dort, wo K. meint, den Brecht gegen sich selber verteidigen zu müssen. Das geschieht immer dann, wenn sein Held ihm nicht gefällt. So etwa gibt er Hanns Eisler die Schuld daran, dass Brecht im amerikanischen Exil anfällig für Idealismus geworden sei, weil der Komponist ihn „täglich mit (seinen) unsäglich naiven Überzeugungen überschüttet(e)“ (S.423). Da fragt man sich doch, wie so suchte der Brecht immer so dringend die Gesellschaft ausgerechnet dieses Mannes? Es gefällt K. im Grund-

de nicht, dass Brecht gegen den Kapitalismus Partei für eine sozialistische Alternative nahm, und er geht so weit, ihm die Klarsicht auf das Weltgeschehen abzuspochen. Wie K. sich immer wieder bemüht, Brecht gegen den Verdacht oder gegen Zuschreibungen zu verwahren, er sei Kommunist oder Marxist gewesen, das hätte den Dichter gewiss amüsiert.

Zu den eindrucklichsten Erzählungen des Buches gehört die, wie Brecht am 1. Mai 1929 zufällig von einem Fenster aus Augenzeuge wurde, wie der sozialdemokratische Polizeipräsident seine Polizisten auf demonstrierende Arbeiter auf dem Bülow-Platz schießen ließ. Der „Blutmai“ hatte viele, auch sozialdemokratische Arbeiter und sympathisierende Intellektuelle und Künstler, radikalisiert und in die KPD eintreten lassen. Das Erlebnis prägte Brechts Beurteilung der historischen Rolle der SPD nachhaltig. Auch K. bewertet deren brutales Vorgehen gegen Kommunisten angesichts der aufziehenden Gewalt der Nationalsozialisten eingehend kritisch. Dessen ungeachtet behauptet er ein paar Kapitel weiter, Stalin hätte den Kommunisten die Sozialfaschismus-These übergeholfen; dabei hätte ihn Brecht doch darauf stoßen können, dass die Ausformung der Sozialfaschismus-These ja ihre historischen Gründe hatte und in der „wirklichen“ Geschichte immer wieder neue Nahrung fand.

So hat K. leider die Gelegenheit vertan, zusammen mit seinem Helden Brecht die alten antikommunistischen Reflexe und Vorurteile zu brechen, die Dichotomie der deutsch-deutschen (Literatur)Geschichtsschreibung zu überwinden und einen ganzen, ungeteilten Blick auf das geteilte Deutschland zu werfen. Denn man muss sich doch vor-

stellen: Da will ein Dichter nach Jahren und Ländern des Exils zurück in das Land seiner Herkunft, und er steht davor und findet es geteilt. Er sträubt sich vehement, diese Teilung zu akzeptieren, aber wohin sollte er sich wenden? Aus dem amerikanischen Exil war er quasi verjagt worden. Dank seiner Frau Helene Weigel konnte er den österreichischen Pass bekommen, aber Österreich wollte ihn nicht haben. Wie auch die Schweiz Brecht politisch fürchtete und als Kommunisten polizeilich überwachen ließ. Es blieb Brecht keine andere Wahl, als in die sowjetische Besatzungszone zu gehen. Die Rechte an seinen Werken überließ er Suhrkamp in Frankfurt am Main, der wiederum um seinen Verlag fürchtete, weil Brecht in Westdeutschland als „Partei-gänger Pankows und Vaterlandsverräter“ (S.505) galt.

K. meint, Brecht habe in der DDR aus Feigheit politisch laviert, sich nicht öffentlich kritisch geäußert, weil er seine Arbeitsmöglichkeiten nicht gefährden wollte. Doch da irrt er. „Ein Land, das die Vaterlandsverräter belohnt, weil sie seine Schändlichkeiten bekämpften, möchte man vielleicht zum Vaterland haben.“ (Bertolt Brecht: Schriften 3 (1942-1956), Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe, Bd. 32, 1993, S.101) In diesem Notat von 1948/49 hat Brecht die verwickelten deutschen Umstände wie die eigene vertrackte Lage auf seine ganz unnachahmliche, dialektische Weise formuliert und offen gehalten. – Vaterlandsverräter, so nannten die ideologisch verblendeten Deutschen jene Antifaschisten, die aus dem Exil zurückgekommen waren und sich für eine sozialistische Gesellschaft engagierten. Die Widersprüche aber waren für Brecht die Hoff-

nung. K. kommt mit ihnen eher nicht zurecht.

Ulrike Köpp

Heinz Deutschland/Gerhard Kaiser: Ein „tüchtiger, feiner Mensch“ – Unbeirrbar rot, edition bodoni, Berlin 2011, 63 S., Abb., ISBN 978-3-940781-23-9

Der Titel des Büchleins verrät nicht, welche Person gemeint ist, die darin als „tüchtiger, feiner Mensch“ charakterisiert wird. Erst wenn man es aufschlägt, lässt ein ganzseitiges Foto erkennen, dass es sich um Edda Tennenbaum handelt. Mit dem Titel knüpfen die Hrsg. an die 2002 von Gerhard Kaiser ebenfalls in der edition bodoni herausgegebene Publikation „Unbeirrbar rot. Zeugen und Zeugnisse einer Familie“ an. Deren Untertitel lautet: „Eineinhalb Jahrhunderte Familiensaga. Erzählt und ausgewählt von Stefan und Witold Leder“. Stefan und Witold Leder waren die Neffen von Edda Tennenbaum. Der gemeinsame Titel ist nicht die einzige Verbindung zwischen beiden Büchern, worauf noch einzugehen sein wird.

Die zu besprechende Publikation gliedert sich in zwei Hauptteile: eine Biografie Edda Tennenbaums und ihrer Familie (S.6-26) und die „Aufzeichnungen einer russischen Revolutionärin“ (S.33-59).

Im biografischen Teil wird in knapper Form die in vieler Hinsicht typische Lebensgeschichte einer polnisch-russischen Revolutionärin in der ersten Hälfte des 20. Jh. ausgebreitet. Edda Tennenbaum, geb. Hirschfeld, wurde 1878 in einer jüdischen Holzhändlerfamilie im russischen Teil Polens geboren. Nach Schule und Buchhalterkurs

übersiedelte sie nach Łódź, wo sie ihren späteren Ehemann Jan Tennenbaum kennen lernte. Mit 22 Jahren schloss sie sich dem linken jüdischen „Bund“ an und wurde 1903 Mitglied der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens, der Partei von Rosa Luxemburg. Wegen ihrer revolutionären Tätigkeit musste Edda Tennenbaum 1907 nach Deutschland fliehen, wohin ihr 1908 ihr Mann Jan folgte. Beide hatten dort Kontakte zu deutschen Genossen und schlossen engere Bekanntschaft mit Käte und Hermann Duncker. Um die Jahreswende 1908/09 wurde Edda Tennenbaum Redaktionssekretärin der „Gleichheit“, doch verließ sie nach der Ausweisung ihres Mannes 1910 mit ihm Stuttgart. Ab 1912 waren beide im Pariser Exil und gehörten dort der Sozialistischen Partei an. 1919 ging Edda Tennenbaum nach Moskau und leistete für die Komintern Aufklärungsarbeit unter deutschen Kriegsgefangenen. Von 1920 bis 1924 arbeitete sie im Auftrag der KI in Deutschland. Danach zurückberufen, war sie bis 1934 Sprachlehrerin und Bibliothekarin an der Kommunistischen Akademie und wurde dann pensioniert. Ihrem Ehemann Jan, der in Polen illegal tätig war und dort zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurde, gelang 1927 die Flucht in die Sowjetunion. 1936 erreichte der stalinistische Terror auch die Familie Tennenbaum, als der 1909 in Stuttgart geborene Sohn Kazimierz verhaftet wurde. Er kam 1938 im Lager um. Auch Jan Tennenbaum starb in sowjetischer Haft, während Edda die achtjährige Gefangenschaft im Kaukasus überlebte. Danach zwangsangesiedelt, konnte sie erst 1948 nach Polen zurückkehren. Dort leistete sie politische Arbeit unter deutschen Kriegs-

gefangenen. Zu ihnen gehörte der spätere Schriftsteller Herrmann Kant, der seinen Roman „Der Aufenthalt“ dem „Andenken“ von Edda Tennenbaum und der in gleicher Weise tätigen Justyna Sierp widmete. 1952 verstarb Edda Tennenbaum, sie wurde auf dem Militärfriedhof Warschau beigesetzt.

Dem biografischen Teil folgen die mit „Verschlungene Wege“ überschriebene Darstellung der Editionsgeschichte der „Aufzeichnungen“ sowie die „Aufzeichnungen“ selbst. Edda Tennenbaum schildert darin ihren leidvollen Weg in die Verbannung vom Ural ins Innere Sibiriens, wo ihr in Tomsk die Flucht gelang. Der gesamte Erinnerungsbericht wurde während des ersten Aufenthaltes von Edda Tennenbaum in Deutschland 1908/09 zuerst im sozialdemokratischen „Hamburger Echo“ und – über die Dunccker vermittelt – 1909 unter ihrem Mädchenamen Edda Hirschfeld in 24 Folgen in der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht.

Den ersten Teil ihrer Schilderung übersetzte Edda Tennenbaum in den 1920er-Jahren ins Russische. Diese Übersetzung fanden ihre Neffen Stefan und Witold Leder auf. 2002 wurde sie unter dem Titel „Aus dem Kerker in Lodz in die Narymregion Sibiriens“ in deutscher Rückübersetzung in die erwähnte Publikation aufgenommen (2005 in Polnisch erschienen). Sie beschreibt darin den Transport in die Verbannung bis zum Ural.

In der vorliegenden Publikation ist nun „erstmalig der hier redaktionell nur unwesentlich gekürzte zweite Teil der Erinnerungen“ abgedruckt. „Gekürzt wurden“, so die Hrsg., „einige Naturschilderungen, vor allem wurde jedoch auf die Wiedergabe von Episoden ver-

zichtet, deren Zeitzeugin Edda Tennenbaum nicht selbst war“ (S.32). Allerdings wurde bei den Kürzungen an manchen Stellen zuviel des Guten getan, nicht selten erfolgen Auslassungszeichen nach nur wenigen Sätzen. Bei der Erzählung über die Zeit unmittelbar nach der Flucht in Tomsk geht das bis zur Unverständlichkeit: „Am Nachmittag mache ich einen Spaziergang durch die Stadt, bewundere die schönen Bauten, die malerisch auf Anhöhen gelegenen Straßen, die schönen Kaufhäuser. [...] Am nächsten Tage begleiten der Student und seine Frau mich zur Bahn.“ (S.59) Welcher Student? Erst aus dem Faksimile der letzten Folge, das auf der nächsten Seite abgedruckt ist, ist zu erfahren, dass folgender Satz ausgelassen wurde: „Ich übernachtete beim Studenten, der mir gastfreundlich sein Zimmer zur Verfügung stellt.“

Auch wenn die Entscheidung nachzuvollziehen ist, lediglich den zweiten Teil von Edda Tennenbaums Erinnerungsbericht wiederzugeben, so ist doch nicht unproblematisch, dass die Darstellung „mittendrin“ beginnt. Eigentlich erfordert die Lektüre die Kenntnis des ersten Teiles. Eine erneute Publizierung auch dieses Teiles wäre daher wünschenswert gewesen, nicht nur, weil das dem Leser das Heranziehen der Publikation von 2002 erspart hätte, sondern auch aus editorischen Gründen, schließlich basiert diese Fassung auf einer Rückübersetzung aus dem Russischen.

Trotz dieser Einschränkungen: Die „Aufzeichnungen“ von Edda Tennenbaum und vor allem der biografische Teil sind mit Gewinn zu lesen.

Christa Hübner

Jonathan Miles: The Nine Lives of Otto Katz. The Remarkable Story of a Communist Super-Spy, Bantam Books, London 2011, 491 S., ISBN 978-0-553-82018-8

Otto Katz, auch bekannt als André Simone (1895-1952), war eine schillernde Figur in dem an widersprüchlichen Gestalten nicht armen internationalen Kommunismus. 1946 fragte UdSSR-Außenminister Molotow voller Argwohn: „Was will dieser Globetrotter denn hier?“, als er Katz in Paris erblickte (S.357). In der Tat: Katz war eine internationale Existenz. Geboren in Böhmen, mit deutscher Muttersprache ausgestattet, aber auch Tschechisch sowie später Englisch, Französisch und Spanisch fließend beherrschend, war er in Berlin, London, Mexico-City und New York gleichermaßen zu Hause. Aufträge der Komintern, doch später auch erzwungene Fluchtrouten hatten ihn dorthin geführt, überall fand er Freunde oder Kumpane, und überall eroberte er Frauen – darunter, laut eigenem Bekunden, aber nie von jemandem demontiert, auch Marlene Dietrich.

Mit dem Buch des britischen Publizisten Jonathan Miles liegt erstmals eine recht genaue Lebensbeschreibung von Otto Katz vor, die zudem spannend geschrieben ist. Aufgewachsen in der Nähe von Tabor und in Prag, studierte Katz nur kurzzeitig an der Handelsschule in Wien. Mit Beginn des Ersten Weltkrieges wurde er eingezogen, desertierte, wurde gefasst, inhaftiert und wieder auf das Schlachtfeld geschickt. Einer seiner Brüder, der ihm schon vor dem Krieg sozialistisches Gedankengut nahegebracht hatte, fiel an der Front. Nach kurzer Tätigkeit beim noch heute

bestehenden Vogel-Verlag in Pößneck versuchte sich Katz seit 1919 in Prag als Schriftsteller. Ein erster Lyrikband blieb ohne größere öffentliche Resonanz, doch wurde Katz' Name in der literarischen Szene Prags immerhin bekannt. Seine gewinnende Art half ihm, Kontakte zu Franz Kafka, Max Brod, Franz Werfel und besonders Egon Erwin Kisch zu knüpfen, einem lebenslangen Freund. Katz heiratete und wurde Vater einer Tochter, aber seine erste Ehe hielt nicht lange. Die zweite Ehe mit der aus Deutschland stammenden Ilse Klagemann hatte Bestand.

Ende 1921 ging Katz nach Berlin und trat wenig später der KPD bei. Zunächst als Kunstkritiker arbeitend, übernahm er dann die Leitung der Zeitschrift „Das Tagebuch“ und wurde Verwaltungsdirektor des Theaters am Nollendorferplatz, das damals von Erwin Piscator geleitet wurde. John Heartfield entwarf die Bühnenbilder, George Grosz gestaltete die Programmhefte, Bertolt Brecht arbeitete als Dramaturg, Tilla Durieux, Sybille Binder, Ernst Deutsch und Alexander Granach spielten an der Piscatorbühne, wie das Theater bald genannt wurde. Doch übernahm sich Piscator finanziell, und nachdem das Theater bereits Mitte 1928 vor dem Aus stand und nur mit Geld von Felix Weil gerettet werden konnte, ging es im Herbst 1929 bankrott. Katz wechselte als Geschäftsführer zur Universum-Bücherei für Alle, einem Buchklub der Internationalen Arbeiterhilfe und somit Teil des „Münzenberg-Konzerns“. Daneben schrieb er einen halb-dokumentarischen, halb-fiktiven Bericht, „Neun Männer im Eis“, über die Rettung der verunglückten Nordpol-Expedition unter Umberto Nobile durch den sowjetischen Eisbrecher „Krassin“. 1931

schickte Willi Münzenberg Katz nach Moskau, um ihn auf seine Aufgabe als Geschäftsführer der Filmgesellschaft „Meshrabpom“ (die russische Abkürzung für „Internationale Arbeiterhilfe“) vorzubereiten. Fortan arbeitete er im Dienst der Komintern.

Katz' erste wichtige Aufgabe im neuen Arbeitsbereich war die Gründung des Hilfskomitees für die Opfer des deutschen Faschismus. Er war treibende Kraft bei der Publikation des „Braunbuchs über Reichstagsbrand und Hitlerterror“ und des ihm folgenden „Braunbuchs: Dimitroff contra Göring“, das den Reichstagsbrand und den Leipziger Prozess behandelte und Nazi-deutschland zeitweilig international in die Defensive drängte. Im Spanienkrieg leistete er mit dem 1937 in London publizierten Buch „The Nazi Conspiracy in Spain“ wichtige Aufklärungsarbeit über die Unterstützung der Franco-Putschisten durch den deutschen und italienischen Faschismus. Um den von Francos Kriegsjustiz zum Tode verurteilten Arthur Koestler zu retten, organisierte Katz – und erneut mit Erfolg – eine internationale Kampagne zur Freilassung des Schriftstellers. Ganz im Zeichen der Volksfront-Politik der Komintern stand seine Arbeit in Hollywood, wohin er 1936 gewechselt war (als tschechoslowakischem Staatsbürger entfielen für ihn noch die Schwierigkeiten, mit denen deutsche Exilanten zu kämpfen hatten): Unter Mitarbeit zahlreicher Schauspieler und Regisseure organisierte er die Hollywood Anti-Nazi League for the Defense of American Democracy. Ihr gehörten unter anderem Dorothy Parker, Judy Garland, Lilian Hellman, Lena Horne und Oscar Hammerstein an. Fortan pendelte Katz unter verschiedenen

– insgesamt neun – Namen zwischen Moskau, Paris, New York und Hollywood hin und her – stets mit Moskauer Geld arbeitend, um, wo immer sich die Chance bot, Nichtkommunisten für die Sowjetunion zu gewinnen. So kam er auch in Kontakt mit den „Cambridge Boys“, dem sowjetischen Spionagering in England mit Anthony Blunt, Guy Burgess und Kim Philby. – Hier wie andernorts stützt sich M. auf kürzlich freigegebene britische und amerikanische Geheimdienstakten.

André Simone, wie er sich nun öffentlich nannte, unterdrückte Zweifel an der Richtigkeit der „Sache“, die in ihm während der Moskauer Prozesse aufkamen. 1939 überstand er die Internierung bei Kriegsbeginn in Frankreich. Es gelang ihm sogar, ungeachtet der für Kommunisten schwierigen Lage während des Hitler-Stalin-Paktes, erneut in die USA einzureisen. M. schildert detailliert, wie geschickt Katz-Simone seine alten Verbindungen zu nutzen verstand, die ihm ab 1941 auch in Mexiko behilflich waren. Zusammen mit Paul Merker wurde er dort zum Spiritus Rector des internationalen kommunistischen Exils. So durfte er hoffen, nach seiner Rückkehr nach Prag 1946 in die Führungsriege der tschechoslowakischen KP aufzurücken. Als Chefredakteur des Parteiorgans „Rudé Právo“, dann als Leiter der Presseabteilung des Außenministeriums schien ihm dies auch zu glücken. Wenngleich sich ihm der Weg in die unmittelbare Parteispitze nicht öffnete, galt er doch vor allem im Ausland als prominenter, auch geistig offener Repräsentant der neuen kommunistischen Ordnung.

Durch Stalins Antisemitismus, gepaart mit endemischem Hass gegen auch nur potenzielle Dissidenten, geriet Katz-Si-

mone in das Räderwerk der unmenschlichen „Säuberungen“, an dessen Ende 1952 die Verurteilung und Hinrichtung im Slánský-Prozess stand. Seine Witwe erlebte noch seine partielle, dann völlige Rehabilitierung 1963 und 1968 sowie seine erneute Verstoßung in die Vergessenheit nach dem „brüderlichen“ Einmarsch der sowjetischen Armee und ihrer Verbündeten in Prag. 1976 schrieb sein langjähriger Freund, der britische Dokumentarfilmer Ivor Montagu, den Katz' Ermordung freilich nicht zum Bruch mit Moskau brachte, an ihn werde „stets voller Ruhm erinnert werden“. Für andere, die M. aber nicht namentlich nennt, sei er ein „Gangster“ geblieben, der gutgläubige Menschen vor Stalins Karren gespannt habe, bis dieser Karren ihn dann überrollte (S.408f.). Die Erinnerung an jene Opfer Stalins, die ihm vorher allzu lange folgten, bleibt solange umstritten und solange lebendig, wie Stalins Schatten noch nicht zu Schatten einer fernen Vergangenheit geworden sind.

Mario Kessler

Klaus Schönhoven/Walter Mühlhausen (Hrsg.): Der deutsche Sozialstaat im 20. Jahrhundert. Weimarer Republik, DDR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich (Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, 15), J.H.W. Dietz Verlag, Bonn 2012, 209 S., ISBN 978-3-8012-4213-8

Wenige politische Themen besetzten in den letzten Jahren so anhaltend die Schlagzeilen wie der Sozialstaat. Dabei wurde und wird er vor allem unter dem Gesichtspunkt der ausufernden Kosten und notwendiger Reformen – spricht:

Kürzungen – diskutiert. Oder, wie die Hrsg. des vorliegenden Bd. schreiben, als „Problemerzeuger“ (S.7). Das ist bemerkenswert angesichts der Tatsache, dass er stattdessen lange – getragen von einem breiten gesellschaftlichen Konsens – als „Problemlöser“ angesehen wurde.

Die Geschichte des deutschen Sozialstaats im 20. Jh. war das übergreifende Thema einer namhaft besetzten Tagung im Oktober 2010 in Erfurt, veranstaltet von der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte. Darauf basiert der vorliegende, durchaus lesenswerte Bd. In einem ersten Teil behandeln mehrere Autoren seine Entstehung und Weiterentwicklung im Kaiserreich und insbesondere in der Weimarer Republik, während der zweite Abschnitt seiner Geschichte in DDR und BRD gewidmet ist. Das Dritte Reich findet leider nur am Rande Beachtung, ebenso wie die Zeit nach der Deutschen Einheit.

Schönhoven skizziert in seinem Text einleitend das Aufkommen der sozialen Frage und die verschiedenen Antworten darauf, schwerpunktmäßig natürlich mit Blick auf Bismarcks Politik. Bis heute, so der Autor, wirken die damaligen Grundsatzentscheidungen weiter. Das gelte für die institutionalisierte Dreiecksbeziehung Staat-Unternehmer-Beschäftigte, aber auch für das Versicherungsprinzip (S.22). Diese bemerkenswert langfristige Pfadtreue wird in dem Bd. übrigens auch von den anderen Historikern betont, allen Reformen und wechselnden Rahmenbedingungen zum Trotz. Andererseits erwiesen sich der Erste Weltkrieg und die Revolution als Schrittmacher der Entwicklung. Wichtige Marksteine sind demnach die sozialen Bezüge in der Weimarer Reichsverfassung, das

Stinnes-Legien-Abkommen mit dem Achtstundentag und das Betriebsrätegesetz. Später traten noch u. a. die Arbeitslosenversicherung und der staatlich geförderte Wohnungsbau hinzu. Abschließend stellt Sch. sicher mit einigem Recht fest, dass der massive Abbau spätestens ab 1930 „entscheidend zur endgültigen Delegitimierung der Weimarer Republik [...] und zum schrittweisen Durchbruch der NSDAP“ beitrug (S.37f).

Gunther Mai verweist auf den starken Anstieg der Staatsquote in den 20er-Jahren, der primär auf den Ausbau des Sozialstaats zurückzuführen sei (S.57f). Und ebenso wird hier die Rolle der Verfassung hoch veranschlagt. Freilich mit der Einschränkung, dass dabei vieles im Unverbindlichen blieb und nie konkret umgesetzt wurde. Das liege in der „geringen und im weiteren Verlaufe abnehmenden Fähigkeit der Legislative, die umrisshaft vorgezeichnete Sozialverfassung zu realisieren“ begründet er (S.50). Allerdings bleibt weitgehend unbeantwortet, warum das so war.

Diese Thematik, nämlich das rasche Kippen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach dem Abklingen der Revolutionsphase, wird im Beitrag von Karl Christian Führer wenig überzeugend problematisiert. Besonders sichtbar ist das am Beispiel des bereits erwähnten Stinnes-Legien-Abkommens. Dieses wird von F. ausführlich und sehr positiv gewürdigt, habe es doch die junge Demokratie stabilisiert und einen Bürgerkrieg verhindert (S.72-76). Mit Blick auf die Alternative der Räte und eine angeblich undemokratische „proletarische Demokratie“ konstatiert er, die Gewerkschaftsführer hätten hier keineswegs eine bessere Fundierung der Republik ver-

säumt. Vielmehr hätten sie stattdessen „das konkrete Wohlergehen der Arbeiter über fragwürdige soziale Experimente“ gestellt. Mithin sich so als „verantwortungsbewusst handelnde demokratische Kraft“ erwiesen (S.76). Hier stützt man doch gleich doppelt: Inwiefern war dieses Abkommen, ausgehandelt im verschwiegenen Hinterzimmer, demokratisch legitimiert? Vor allem aber: Gerade dadurch beließ man den Unternehmern ihre wirtschaftliche und damit politische Macht, die sie später zum Frontalangriff auf die sozialen und demokratischen Errungenschaften der Revolution nutzten. Das hatte nicht zuletzt auch massive Auswirkungen auf Umfang und Inhalt des Sozialstaats. Solche Tatsachen werden von F. zwar kurz diskutiert, aber recht lapidar beiseite gewischt mit dem Hinweis, das spätere Verhalten der Unternehmer sei schließlich eine „historische Selbstverständlichkeit“ (S.78). Gewiss doch – aber das hätten die Arbeiterorganisationen voraussehen und entsprechend vorsorgen müssen, als sie die Möglichkeit dazu hatten. Dass sie eben das nicht in ausreichendem Maß taten, ist sehr wohl ihr Versäumnis. Und das auch dann, wenn nicht die soziale Revolution, sondern lediglich die vielbeschworene „soziale Demokratie“ ihr Ziel war.

Dirk Schumann analysiert eingehender den Umbau des Sozialstaats im Zuge der Weltwirtschaftskrise. Demnach seien die Unternehmer die treibende Kraft hinter den Kürzungen gewesen, während Brüning mit Rücksicht auf die SPD eine eindeutige Parteinarbeit für deren Belange ablehnte (S.91). Angesichts seiner umfangreichen Maßnahmen in dieser Richtung ist diese Einschätzung durchaus diskussions-

würdig. Unter Papen verschärfte sich der Kurs nochmals, wobei neben den Leistungsabbau auch eine zunehmende Kontrolle der Empfänger trat. Ein „Funktionskern“ an sozialer Sicherung blieb aber erhalten (S.101). Das galt sogar im Dritten Reich, wenngleich nun die Partizipation in der Verwaltung abgeschafft wurde und „rassistisch-biologistische“ Elemente Einzug hielten.

Den sozialstaatlichen Ausbau in der frühen Bundesrepublik, also in den Jahren stabilen Wachstums, behandelt Michael Ruck. Im Wesentlichen identifiziert er zwei Ausbauschiebe. Der erste fand in den 50er-Jahren statt mit dem Höhepunkt der Rentenreform von 1957. Unter sozialdemokratischer Kanzlerschaft traten dann weitere Ausbaustufen hinzu; zu nennen sind hier BAföG oder Betriebsverfassungsgesetz. Bemerkenswert dabei sei, wie generell an die Stelle emanzipatorischer Großprojekte eher ein flächendeckender quantitativer Zuwachs gesetzt wurde (S.120). Abermals ging das mit einer Ausweitung der Sozialadministration einher, ebenso wie sich ein enges Geflecht aus Sozialpolitikern, Verbandsfunktionären und Verwaltungsexperten bildete (S.128). Dieses habe maßgeblich zu einer stetigen Ausgabensteigerung beigetragen.

Der knappe Aufsatz von Manfred Schmidt gerät eher zu einer Abrechnung mit dem Sozialstaat. Dabei bedient er sich der sattsam bekannten neoliberalen Argumentation, nach der beispielsweise schon die bloße Existenz eines verhältnismäßig guten sozialen Sicherungsnetzes dessen Rückbau rechtfertige (S.164). Auch wird in Bezug auf seine Finanzierung wie jene des Staates insgesamt die Einnahmenseite nicht ausreichend betrach-

tet, was Kürzungen scheinbar alternativlos macht. Gerade hier zeigt sich besonders klar, wie brisant und aktuell die Debatten um den Sozialstaat und seine Geschichte sind.

Die Beiträge zur DDR – Peter Hübner schreibt über die Ära Ulbricht und Beatrix Bouvier über die Jahre unter Honecker – thematisieren in viel stärkerem Maß die west-östlichen Verbindungen. So betont H., die Parteiführung habe stets sowohl die UdSSR als auch die BRD im Blick gehabt (S.135). Deutlich werde das etwa bei der Sozialversicherung, die eine Mischvariante zwischen dem tradierten deutschen und dem sowjetischen Sicherungsmodell dargestellt habe (S.138). Interessant sei auch, dass nach jeder politischen Krise die Sozialausgaben angehoben wurden – ein Beleg für die These, die Sozialpolitik diene nicht zuletzt der Machtsicherung (S.132f.). B. stellt die „Markenzeichen“ der DDR, Gleichberechtigung der Frau und Vollbeschäftigung, heraus. Zugleich kritisiert sie aber die geringe Beachtung von „produktionsfernen Schichten“ wie Rentnern und Behinderten (S.183). Beide Autoren betonen nachdrücklich den autoritär-patriarchalen Charakter des ostdeutschen Systems. *Axel Weipert*

Walter Mühlhausen: „Das große Ganze im Auge behalten“. Philipp Scheidemann, Oberbürgermeister von Kassel (1920-1925), hrsg. im Auftrag des Hessischen Landtags (Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen, 17), Historische Kommission für Hessen, Marburg 2011, 207 S., Ill., ISBN 978-3-942225-11-3

Philipp Scheidemann, geboren 1865 in Kassel, verstorben 1939 im Kopenhagener Exil, im November 1954 auf dem Hauptfriedhof in Kassel beigesetzt, war einer der namhaften deutschen Sozialdemokraten, dessen Lebensleistung in der Geschichtsschreibung eine sehr unterschiedliche Aufmerksamkeit und Wertschätzung erfahren hat. Walter Mühlhausen, selbst in Kassel geboren und hautnah mit der Geschichte der Sozialdemokratie seiner Heimatstadt verbunden, widmet sich mit dem hier vorzustellenden Buch einem Lebensabschnitt Scheidemanns, der bislang unterbelichtet geblieben ist, und mit dessen Erforschung zugleich auch Wesentliches für das Verständnis der Geschichte der Weimarer Republik eingebracht wird. Der Autor, Jg. 1956, Prof. Dr. habil., Geschäftsführer der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert in Heidelberg, erweist sich mit dieser Arbeit erneut als exzellenter Erforscher von Biografien. Gegenstand ist nicht die Gesamtbioografie Scheidemanns, die noch zu schreiben wäre (S.10), sondern primär dessen relativ kurzzeitige Amtszeit als Oberbürgermeister in Kassel. Indessen skizziert M. im Interesse des Verständnisses auch den Lebensweg Scheidemanns in seiner Ganzheit, zeichnet er ein Bild der Persönlichkeit des umstrittenen Politikers, der 1903 erstmals in den Reichstag, 1911 als Sekretär in den zentralen Parteivorstand der SPD und 1912 zum Ersten Vizepräsidenten des Reichstages gewählt wurde. Es werden die aus der Biografie herausragenden Tätigkeitsfelder kurz beleuchtet, so u. a. im Reichspräsidentium, als einer der drei Vorsitzenden der SPD-Reichsfraktion, als Staatssekretär (Minister) ohne Portefeuille in der „ersten parla-

mentarisch abgestützte[n] kaiserlichen Regierung unter Reichskanzler Prinz Max von Baden“ (S.29) im Oktober/November 1918 sowie 1917/18 als einer der Vorsitzenden der SPD neben Friedrich Ebert. Scheidemann war von November 1918 bis Februar 1919 Mitglied der Revolutionsregierung und bis August 1919 erster republikanischer Regierungschef mit der amtlichen Bezeichnung „Reichsministerpräsident“ (S.30), der am 9. November 1918 die deutsche Republik ausrief.

M. schildert Gründe für Scheidemanns Verzicht auf den Verbleib in der Regierung und nennt primär dessen Weigerung, den Versailler Vertrag, den er als Schandfrieden angesehen habe, zu unterzeichnen. Im Weiteren habe er kritisch zur Politik seiner Partei Stellung bezogen und so auch sein Verhältnis zu Friedrich Ebert belastet. Letztlich habe er sich „innerhalb der SPD als ein linker Kritiker“ profiliert, „der den Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung mangelnden Handlungswillen und fehlendes Durchsetzungsvermögen unterstellte“ (S.38). In diesem Zusammenhang sei die Bitte seiner Kasseler Genossen zu sehen, sich in seiner Heimatstadt für die Wahl zum Oberbürgermeister aufzustellen. Obgleich er im Dezember 1919 für zwölf Jahre gewählt worden war, sei er nach „nicht einmal der Hälfte der Amtsdauer“ (S.10) 1925 zum Rücktritt veranlasst gewesen.

In diesem Zusammenhang setzt sich der Autor kritisch mit dem „ohne jegliche Quellenkenntnis gefällten Verdikt über Scheidemann“ auseinander: „Regelmäßige und anstrengende Arbeit lagen ihm nicht“. Das komme „einem nachträglichen Rufmord gleich, [...] Stand er nicht vielmehr in der Kritik, weil er seine Ar-

beitskraft auf (zu) viele Handlungsfelder verteilte? [...] War er der falsche Mann auf diesem Platz, wie es weithin von Zeitgenossen gesehen wird?“ (S.11) M. geht diesen und weiteren negativen Urteilen nach, und obgleich infolge der im Krieg weitgehend zerstörten Stadt die Aktenlage mehr als dürftig ist, zeichnet er akribisch ein biografisches Bild des Oberbürgermeisters, das primär vom negativen politischen Klima der Stadt beeinflusst gewesen sei. Scheidemann versuchte, mit einer „Verwaltung zusammenzuarbeiten, die vor 1918 noch die antisozialdemokratische Politik der staatlichen Macht auszuführen hatte“ (S.59). Es sei nicht auszuschließen, dass die von den bürgerlichen Parteien geführte Verleumdungskampagne gegen ihn aus der Stadtverwaltung mit feindlichen Argumenten Unterstützung gefunden habe. Der Autor schildert die schwierigen politischen Startbedingungen, wie sie nicht nur für Scheidemanns Amtsführung, sondern für die Weimarer Demokratie bzw. das Gedeihen des Kasseler Gemeinwesens bestanden. In seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter habe er wiederholt „die Reichsregierung vor einer Vernachlässigung der Kommunen“ gewarnt, wobei er seine inzwischen gewonnenen „Erfahrungen auf dem kommunalpolitischen Feld“ eingebracht habe (S.58). Die kommunale Selbstverwaltung sei „für ihn der Eckpfeiler eines demokratischen Gemeinwesens“ (S.62) gewesen. M. schildert die dramatische Wohnungsnot, die sich in Kassel mit der Ruhrbesetzung 1923 und dem Zustrom von Flüchtlingen in kaum vergleichbarer Weise verschärfte (S.82f.). Es habe eine zunehmende Unzufriedenheit mit der Arbeit des Oberbürgermeisters gegeben, die mit seinem oftmals zeitaufwen-

digen Engagement im Reichstag und in der Parteiarbeit (Redner) begründet wurde (S.102-108), aber das sei überwiegend eine Stimmungsmache der politischen Gegner gewesen. Der Autor enthüllt, wie militant diese gegen Scheidemann und die Sozialdemokratie vorgingen (S.109-111).

Mit der Ausrufung der Republik sei „Scheidemann für die rückwärtsgewandten Monarchisten und Konservativen mit einem Schlag zum am meisten gehassten Mann geworden. Eine regelrechte Hatz“ habe ihn begleitet. „Die Rechtsbürgerlichen ließen keine Gelegenheit ungenutzt, Scheidemanns Politik und auch seine Person schonungslos zu attackieren und zu diskreditieren.“ (S.125) Dazu habe im Juni 1922 auch ein Blausäureattentat gehört, das er dank glücklicher Umstände überlebte. Für die Rechten sei Scheidemann ein Landesverräter, ein Mann des Dolchstoßes gewesen – ein „vielfach verwandtes Bild der Propagandasprache“ (S.127), mit dem Scheidemann leben musste. Im Juli 1925 bat Scheidemann „unter Bezug auf seine angegriffene Gesundheit“ (S.154) um seine Entlassung. Später (1928) habe er in seinem zweibändigen Memoirenwerk die Amtszeit als Oberbürgermeister bedauert und diese nicht mehr als Herzenswunsch betrachtet, sondern „als Dienst für Partei und Heimatstadt interpretiert, um so – für seine Zeitgenossen und wohl auch vor sich selbst – letztlich auch ein Erklärungsmoment für sein Scheitern zu liefern“ (S.172). Der Autor schließt mit „Schlussbetrachtungen: Ein Oberbürgermeister nach der Zeitenwende – Versuch einer Bilanz“ (S.179-190).

Auch wenn es sich hier um eine biografische Teilstudie handelt, so leistet diese

über die zu charakterisierende Persönlichkeit Philipp Scheidemanns hinaus einen wertvollen Beitrag für die bisher wenig erschlossene Geschichte Kassels in den Jahren der Weimarer Republik, und sie bietet Einblicke in Erfahrungen sozialdemokratischer Kommunalpolitik.

Horst Klein

Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Jossif Stalin oder: Revolution als Verbrechen. Gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, Karl Dietz Verlag, Berlin 2011, 142 S., ISBN 978-3-320-02266-2

Wiederholt hat sich Wladislaw Hedeler als Autor, Koautor oder Hrsg. mit dem Phänomen des Unfassbaren, mit Stalin und dem System des Stalinismus, auseinandergesetzt. Daraus ist eine Reihe von Publikationen hervorgegangen, die sowohl den Diktator selbst und dessen Terrorherrschaft als auch seine Antipoden im Sinne historischer Alternativen behandeln. Nun hat H. beim Berliner Dietz Verlag ein Taschenbuch zur Biografie Stalins herausgegeben, das er mit einer Skizze zu Stalins Werdegang einleitet. Der Dokumententeil enthält vier Redetexte Stalins und zwei Interviews aus den Jahren 1924 bis 1952 sowie Äußerungen seiner Zeitgenossen Lenin, Barbusse und Trotzki über ihn. Im Anhang sind einige Verzeichnisse und Angaben zu Werk und Rezeption beigefügt.

Durchblättert man die Publikation, bleibt ihre Konzeption zunächst ein Rätsel. Die eingangs gestellten Fragen nach den Ursachen der Mystifizierung Stalins scheinen weit hergeholt zu sein. Scheiden sich denn an Stalin tatsächlich „noch immer die Geister“ (S.13) und

wenn ja, warum, wieso, weshalb und wo? Ist das „tatsächliche, hinter Legenden verborgene Leben“ (ebenda) noch immer so unbekannt? Eine inzwischen reichhaltigere biografische Literatur als nur die im Anhang genannte belehrt uns eines Besseren.

Erst auf den zweiten Blick wird deutlich, worauf es H. ankam. Text und Dokumente sollen vom Leser in einen Zusammenhang gestellt werden, der ihm einerseits die „Einfachheit“ und „Volkstümlichkeit“ in der Inszenierung des „gradlinigen Großen Steuerhelfers“, wie es auf dem Cover heißt, versinnbildlicht, ihn andererseits aber auch zu neuen Interpretationen führt. Das ist nicht immer leicht zu bewerkstelligen, zumal sich die im Einleitungstext vorgegebene Struktur in der Dokumentenauswahl verwischt. Ein Beispiel ist das abgedruckte Schlusswort Stalins auf dem Februar-März-Plenum des ZK der KPdSU(B) vom 5. März 1937. Dass das Plenum, wie Oleg Chlevnjuk meinte, die „theoretische Begründung“ für den großen Terror lieferte (Das Politbüro. Mechanismen der Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre, Hamburg 1998, S.249), bleibt ungesagt. Ebenso auch, dass Stalins Misstrauen gegenüber den bisherigen Parteikadern durch deren Klientelwirtschaft und personelle Abhängigkeiten auf provinzieller Ebene hervorgerufen wurde und Stalin die Berufung jüngerer Führungskräfte über eine gewaltsame Beseitigung der alten als der geeignete Weg erschien.

Stalin blieb trotz überlebensgroßer Standbilder, gekonnter Inszenierungen und gottgleicher Abbildungen für seine Mitmenschen ein unbekannter Mann. Die sehr unterschiedlichen Annäherungspunkte an seine Person hat H.

mehrfach belegt, so auch mit einer Unterredung Stalins mit dem deutschen Schriftsteller Emil Ludwig am 13. Dezember 1931. Die Simplizität, die das Gespräch im Allgemeinen charakterisiert, kam, so scheint es, von beiden Seiten. Doch dann fragte der Schriftsteller nach Momenten sogenannter „räuberischer Aktionen“ (S.62) in der Biografie Stalins und dessen Interesse am Führer des Bauern- und Kosakenaufstandes von 1670/71, Stepan Rasin, des „Räubers aus Idealismus“. Die Frage zielte auf die vorrevolutionäre Terrorgeschichte der Geldbeschaffung für die Bolschewiki. Doch diese Episode war, wie H. schreibt, kurz zuvor entsprechend dem Stalinschen Konzept für die Darstellung der Parteigeschichte ausgeblendet worden. Folglich galt dem Diktator jegliche Analogie zwischen den Bauernaufständen von einst und den Bolschewiki als „absolut unangebracht“ (S.63).

Der französische Romancier Henri Barbusse gehörte zu jenen Zeitgenossen Stalins, die vergeblich auf der Suche nach biografischem Material waren, um es in einem Buch nach freier Manier verdichten zu können. Als er 1934 damit begann, wurde ihm, wie H. mitteilt, nichts als bereits Bekanntes übermittelt. Trotz mehrfach geäußelter Bitten blieben ihm einschlägige Quellen verschlossen. In der 1935 nur auf deutsch in Paris erschienenen Ausgabe „Stalin. Eine neue Welt“, von der im Dokumententeil ein Auszug veröffentlicht wird, macht einen betroffenen, dass Barbusse sich in seinen Aussagen bestenfalls auf das Ludwig-Interview berufen konnte, ansonsten aber außer Lobpreisungen wenig zu bieten hatte. Stalin wurde „wie ein Heiliger verehrt“ (S.12), postulierte H. zu Beginn. Um al-

le Heiligen ranken sich Legenden. Welche waren es denn in Bezug auf Stalin? Mit „Volkstümlichkeit“ und „Gradlinigkeit“ kann wenig erklärt werden. Verbrechen im Mantel der Revolution, Legenden um eine Revolution von Verbrechen – das braucht wohl doch andere Belege, als die hier vorliegenden.

Jutta Petersdorf

Jörg Baberowski: Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt, Verlag C.H.Beck, München 2012, 606 S., Abb., ISBN 978-3-406-63254-9

„Der Tagesspiegel“ setzte im Juni 2012 die als bestes Sachbuch auf der Leipziger Messe im März ausgezeichnete Publikation von Jörg Baberowski auf seine Liste der Leseempfehlungen „In hellen Sommernächten“. Doch für beschauliche Stunden ist dieses Grauen verbreitende Buch nicht geeignet. Es ist packend und bestürzend zugleich, es trifft einen bis ins Mark, doch trotz der klaren Worte bleibt unbegreiflich, was man liest. Es ist nachvollziehbar, dass die Gewalt, die er akribisch schildert, den Autor bis in den Schlaf verfolgte. Vielleicht ist gerade auch deshalb ein mit Zorn geschriebenes Buch entstanden.

B. lässt den Leser an seinen konzeptionellen Überlegungen teilnehmen. Ursprünglich habe er nur eine Übersetzung seines 2003 erschienenen Buches „Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus“ ins Englische geplant. Nach weiterführenden, quellengestützten Studien zu Stalin und dem Stalinismus sei er aber über seine ursprünglichen Thesen gestolpert und habe deshalb deren Revidierung für notwendig erachtet. Er könne bei der Charakteri-

sierung der monströsen Vernichtungsprozesse im Stalinismus nicht länger an den von dem Soziologen Zygmunt Bauman benannten Kriterien wie dem „Streben nach Eindeutigkeit“, der „Überwindung von Ambivalenz“ und der „Ordnungswut des modernen Gärtnerstaates“ festhalten (S.10). Was ihm einst als „Modernisierungsdiktatur“ galt, erklärt B. nun im Rückgriff auf die schon überholt geglaubte Totalitarismustheorie mit ihrer Gleichsetzung der braunen und roten Diktatur. Diese Herangehensweise, durch viele bisher unbekannte Fakten verdichtet, basiert weniger auf neuen Denksätzen, sie macht aber die Reduzierung auf den bzw. die Täter plausibel. Stalin samt seiner Gefolgsleute und Handlanger, die eine auf ihre Art „Verbrannte Erde“ hinterließen, stehen im Mittelpunkt des Geschehens.

Natürlich weiß der Autor um die vielen kritischen Einwände gegen die Totalitarismustheorie. Um ihrer Alternativlosigkeit mehr Gewicht zu verleihen, wendet er sich gegen die sogenannten „Revisionisten“ in der Geschichtsschreibung über die Sowjetunion, die den Stalinismus aus der Perspektive „von unten“ verstehen wollten und das Totalitäre als das dominante Kriterium ausschlossen. B. lässt nicht am verbrecherischen Charakter der stalinistischen Diktatur zweifeln, seine Überzeugungskraft basiert auf der Kenntnis der seit Beginn der Neunzigerjahre zugänglichen Quellen, deren Kategorisierung er eingangs kurz benennt. Hinzu kommt eine Fülle von Literatur, die den Blick verdichtet.

Zu den Thesen B.s gehört die Verortung des Stalinismus in Gewalträumen bzw. vormodernen staatsfernen Räumen, die er für dessen Entstehung ver-

antwortlich macht. Dazu zählt er nicht nur die kaukasische Peripherie, woher Stalin und einige seiner engen, mit allen Regeln der dortigen Männerbünde Vertrauten stammten, sondern auch die teils proletarischen, teils bäuerlichen „Aufsteiger“ –Milieus, deren Vertreter sich seit Mitte der Zwanzigerjahre in den Führungsinstanzen durchsetzten.

In diesem mit Verve geschriebenen Buch ist alles dem Thema Gewalt und Vernichtung untergeordnet. Auch von der Kulturrevolution, die sie ermöglichte, ist die Rede. Doch erzählt wird nur, lässt der Autor wissen, die Geschichte des Stalinismus. Ausgespart bleibt die Geschichte der Gesellschaft, weil sie wie auch der Kommunismus als Ideologie „keinen Platz“ in der Geschichte der Gewalt habe (S.15). Für die Motivation des stalinistischen Terrors hätten sie keine Rolle gespielt.

Das ahistorische Postulat wird im Weiteren kaum gebrochen, das Buch ist vom Ergebnis her geschrieben. B. sieht den stalinistischen Massenterror als den Kulminationspunkt vorausgegangener Geschichte. Ihm werden die russischen Revolutionen 1905 und 1917 ebenso untergeordnet wie der Bürgerkrieg und die Neue Ökonomische Politik (NÖP). Sie erscheinen alle als Teil des Countdown. Folglich mündete die latent vorhandene Gewaltbereitschaft in den Unterschichten, die sehr viel mit dem Elendsleben der Arbeiter sowie der Eigentümermentalität und dem Anspruch der russischen Bauern auf das von ihnen bearbeitete Land zu tun hatte, zu Revolutionszeiten in eine „gewalttätige Konfrontation“ in den Dörfern und Städten (S.39). Der Bürgerkrieg mit seiner unbarmherzigen Gewalt der Kontrahenten gerät zur „Generalpro-

be für den Stalinismus“, zum „Experimentierfeld“, zum „Stalinismus vor dem Stalinismus“ (S.61). Die gemeinhin als die Phase der Versöhnung, des Ausgleichs und des inneren Friedens zwischen Arbeitern und Bauern geltende NÖP ist bei B. die „Inkubationszeit des Stalinismus“ (S.87), die anschließende Kollektivierung „letzter Akt eines Dramas“, das 1917 begonnen habe (S.175).

Natürlich ist Stalin die alles bestimmende und beherrschende Figur. Sein Täterprofil wird vom Autor in vielen Schattierungen gezeichnet. In seiner Grausamkeit und Unmenschlichkeit habe er alle russischen Herrscher weit hinter sich gelassen. Nach der Sichtung der Quellen kommt B. zu dem berechtigten Urteil, dass Stalin der Urheber des Terrors war. Wie ein psychiatrisches Gutachten liest es sich weiter: Stalin sei ein „Gewalttäter aus Leidenschaft“ (S.30) bzw. ein „Überzeugungstäter“ (S.217) gewesen. Seine „kriminelle Energie, seine Börsartigkeit und seine archaischen Vorstellungen von Freundschaft, Treue und Verrat“ hätten erst die Mordexzesse der Dreißigerjahre ermöglicht. Er allein sei „der Schlüssel zur Erklärung der exzessiven Gewalt“ (S.30). Stalin sei ein „Psychopath“ gewesen, der nichts als dem Selbstzweck verpflichtet war. Mord, Zerstörung und Verletzung habe ihm Freude bereitet, und für seine Untaten sei die ideologische Argumentation nur ein Mittel zur öffentlichen Rechtfertigung gewesen (S.315).

Die Interpretationen der Stalinschen Gefühlswelt sind im Buch breit gestreut. Stalin habe es gefallen, Gewalt an Wehrlosen zu verüben. Zur Beweisführung beruft sich B. auf Robert Service, wenn er festhält, dass Stalin nie

so glücklich gewesen sei wie im Bürgerkrieg, „als er nichts als Stalin sein durfte“ (S.364). Nebulös und mythisch ist nicht nur die Formulierung über das Glücksempfinden von Psychopathen im Ausnahmezustand. Auch die Behauptung vom Ausnahmezustand als Stalins Lebensraum, der jederzeit in einen Gewaltraum verwandelt werden konnte (S.363), bleibt ohne weiteren Beleg. Dass Stalin angesichts der Seelenqualen seiner Opfer ein glücklicher Mensch gewesen sei (S.249) oder es genossen habe, „Herr über Leben und Tod zu sein“ (S.307), ist spekulativ. Auch wenn das eine oder andere Charakteristikum zutreffen mag, bleiben sie allesamt doch Vermutungen und helfen der Geschichtsschreibung nicht weiter.

Eine Antwort auf viele Rätsel des Stalinismus gibt zweifellos die Untersuchung der Herrschaftsmechanismen, des Verhältnisses zwischen Stalin und seinen Gefolgsleuten. B. hält hier verschiedene Modelle parat. Zum einen nimmt er Bezug auf das feudale System der Klientelwirtschaft im Russischen Reich, das Stalin im gewissen Sinne modernisierte, um dann in den Dreißigerjahren eine Regentschaft „von Patronen und Klienten“ mit einem über alle erhobenen Diktator einzurichten, die sich „auf die Loyalität seiner Vasallen in den Provinzen stützte“ (S.28). Zum anderen, so der Autor, habe Stalin auf das „Modell der Mafia“ zurückgegriffen, wobei ihm die Gewalterfahrung seiner Gefolgsleute nutzte. Zugleich sei das Herrschaftssystem des Stalinismus aber auch eine Personendiktatur gewesen, die von unten nach oben reichte und in der die Menschen in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis lebten.

Die Gefolgsleute Stalins beschreibt B. als geistig schlichte Naturen und Aufsteiger, als loyale Erfüllungsgehilfen, als gewaltbereite Menschen, als Kopisten des Stalinschen Herrschaftsstils, was besonders in den Jahren des Großen Terrors mörderische Folgen hatte. Ach, wenn sie doch nur alle so wie der Parteichef von Smolensk, Rumjanzew, nichts anderes als „Pompadour-Salons“ für Orgien mit Mätressen errichtet oder die Theaterloge „durch einen unterirdischen Gang“ mit dem Büro verbunden hätten (S.269)! Auch ein Detail wie dieses ist Teil des großen Bildes, das B. von der Stalinschen Gewaltherrschaft zeichnet.

Zum Widerspruch fordert seine Stalinismus-Analyse an etlichen Stellen heraus. Das betrifft z. B. die Behauptung, dass der Bürgerkrieg, hier auf „Stalin und seine Freunde“ bezogen, „Lebensträume“ hinsichtlich ungestrafter Rechtsverletzungen und Tötungen erfüllte (S.80). Propagandistisch aufbereitete soziale Stimuli wie die Stachanow-Bewegung werden mit dem Etikett von Denunzianten im Terrorsystem versehen, eine Einlassung auf das Totalitarismus-Kriterium „Massenmobilisierung“ unterbleibt. Den Bolschewiki wird „kultureller Rassismus“ unterstellt (S.345). Doch nirgendwo wird die fatale Gleichsetzung der Diktaturen deutlicher als im Kapitel „Kriege“. Es gehört schon viel Sarkasmus dazu, um zu schreiben, dass kein System „auf den Krieg als Lebensform besser vorbereitet“ war als die Sowjetunion (S.396). So etwas liegt schon außerhalb des forschenden Geistes und des guten Geschmacks. Dann wird erklärt, dass die deutschen Soldaten „keinen Weltanschauungskrieg“ geführt hätten, obgleich er doch als solcher „vom Zaun

gebrochen“ war (S.403). Die Rote Armee hätte Gewalt „mit gleicher Münze“ heimgezahlt. Und weil sie zur Genüge Erfahrungen mit ihr hatten, seien die „Bauernsoldaten der Roten Armee allerdings besser vorbereitet“ gewesen auf den Vernichtungskrieg (ebenda). Als Gründe für die Gewaltexzesse an der Zivilbevölkerung in den eroberten Gebieten nennt B. nicht Rachegeleüste, sondern das Bedürfnis, mit der Tötung und Vergewaltigung die „eigene Erniedrigung“ zu überwinden (S.437).

Es fällt schwer, dieses Kapitel einfach abzuhaken. Demgegenüber muss der Einwand zur unmittelbaren Nachzeit des Stalinismus fast banal erscheinen. Dennoch sei gefragt, weshalb der Autor so leichten Herzens Chruschtschow „moralische Gründe“ bei der Aufdeckung der Verbrechen Stalins in der Geheimrede vor dem XX. Parteitag bescheinigt. Wie steht es denn mit dessen Gewaltprägungen?

Alle Neugierigen und Disputierenden seien auf die hoch interessanten rezensierenden Beiträge in der Zeitschrift „Osteuropa“, 62. Jg., H. 4, April 2012 verwiesen.

Jutta Petersdorf

Bertrand M. Patenaude: Trotzki. Der verratenene Revolutionär, Propyläen Verlag, Berlin 2010, 430 S., ISBN 978-3-549-07377-3; **Joshua Rubenstein: Leon Trotsky. A Revolutionary's Life**, Yale University Press, New Haven-London 2011, X, 225 S., ISBN 978-0-300-13724-8

Bücher über Trotzki gibt es inzwischen eine ganze Menge – aus jeder politischen Perspektive verfasst und von höchst unterschiedlicher Qualität. Die beiden hier zu besprechenden Autoren

stellen sich unterschiedliche Ziele: Patenaude sucht neues Licht auf Trotzki's letzte Exiljahre in Mexiko zu werfen und aus dieser Perspektive sein Leben zu deuten, Rubensteins Buch bietet eine Einführung in Trotzki's Denken und Handeln. Beide Bücher sind aus linksliberaler Sicht geschrieben, sehen die Oktoberrevolution und ihre Folgen sehr kritisch, ohne aber ihrem neben Lenin wichtigsten Akteur die historische Legitimität abzuspochen. P.'s Buch erschien im Original 2009 unter dem Titel „Trotsky: Downfall of a Revolutionary“ bei Harper-Collins in New York und ist (laut Buchvorwort der deutschen Ausgabe) von Stephan Gebauer aus einer nicht existenten Sprache, nämlich „aus dem Amerikanischen“, übersetzt. Geschrieben hat es P. in Englisch.

Der Mitarbeiter der Hoover Institution in Stanford (Kalifornien) beginnt mit dem – noch fehlgeschlagenen – Mordversuch der stalinistischen Eindringlinge um den Maler David Alvaro Siqueiros, die Trotzki am 24. Mai 1940 in seinem Haus in Coyoacan überraschten. Stalins Todfeindschaft gegen Trotzki entsprang, so P., nicht nur seinem skrupellosen und gewalttätigen Naturell oder dem Wunsch, den letzten seiner einstigen politischen Rivalen zu liquidieren. Trotzki musste sterben, weil er den Zweiten Weltkrieg, in dem Stalin zunächst noch Hitlers faktischer Verbündeter war, als Auftakt einer Weltkrise begriff, die in eine Revolution münden werde, an deren Ende die diktatorischen Regime gestürzt würden. Trotzki's historischer Optimismus beflügelte zwar nur eine recht kleine Anhängerschaft in der Vierten Internationale, doch war die Zimmerwalder Linke im Ersten Weltkrieg anfangs zahlreicher

gewesen? Stalin sollte das Schreckgespenst eines siegreichen Trotzki nie verlassen, solange dieser noch lebte. Das Buch schildert Trotzki's bedrückende Lebensumstände: den Tod oder das rätselhafte Verschwinden seiner Kinder, die Hasskampagne seiner Feinde, doch auch die Anerkennung, die er in den USA fand, einem Land, das er aber nicht besuchen durfte. Etwas zu spektakulär breitet P. Trotzki's Affäre mit Frida Kahlo aus, und es ist unwahrscheinlich, dass Diego Rivera, ihr Ehemann, davon nichts gewusst haben sollte, wenngleich dies P. nahelegt. P. teilt Details über Trotzki's Ermordung mit, die anderswo schon nachzulesen waren, aber bisher kaum je in eine solche, auch sprachlich packende Story gefasst wurden. So zeichnet er düstere Porträts der Geheimagenten Pawel Sudoplatow, Leonid Eitingon, Iosif Grigulewitsch und Mark Sborowski. Eine bizarre Tragik lag in der Tatsache, dass Alexander Orlow, einst Stalins blutiger Vollstrecker in Spanien, nach seinem Seitenwechsel Trotzki vor der Spionagetätigkeit Sborowski's zu warnen suchte, doch dieser die Warnung unbeachtet ließ. Sheldon Harte, ein junger Amerikaner und Leibwächter Trotzki's, wurde beim Überfall von der Siqueiros-Bande umgebracht, was Trotzki sehr traf. Er konnte nicht wissen, dass Harte „versehentlich“ starb, war er doch selbst ein stalinistischer Agent.

Das Buch ist keine Hagiografie. P. geht mit Trotzki's politischen Auffassungen kritisch ins Gericht. Er sieht im Marxismus, aus dem Trotzki die Kraft zum Weiterkämpfen fand, kaum mehr als politische Rechthaberei. Aber er macht auf einen gravierenden Mangel Trotzki's aufmerksam: Trotzki nahm an anderen Menschen stets nur die Eigen-

schaften als positiv wahr, die ihn selbst auszeichneten. Dies machte ihn als Politiker blind für die Stärken seines Todfeindes Stalins, aber zog auch seine persönlichen Beziehungen in Mitleidenschaft. Trotzki fiel es schwer, andere auf gleichberechtigter Basis als Bündnispartner, gar als Freunde zu gewinnen. Dabei zeigte er durchaus Interesse an Menschen, die seine Theorien aufnahmen. Wenn es galt, Anhänger um sich zu scharen, ließ ihn manchmal sogar sein Selbsterhaltungstrieb im Stich. Im Falle seines Mörders Ramón Mercader, der sich bei ihm einzuschleichen verstand, war diese Leichtgläubigkeit tödlich. Die Schilderung der Mordtat, an deren Folgen Trotzki am 20. August 1940 starb, gehört zu den besten Teilen des Buches.

Nicht weniger kritisch, doch ebenso klar den himmelweiten Unterschied Trotzki's zu Stalin und dessen Komplizen betonend, schildert R., der in der US-Sektion von Amnesty International arbeitet, den russischen Revolutionär. Er zeigt einen überaus brillanten, doch manchmal allzu rechthaberischen Trotzki als unermüdlichen, 1917 siegreichen Kämpfer und als Organisator der Roten Armee. Mit Recht betont er, dass *ein* Grund für Trotzki's Unerbittlichkeit im Bürgerkrieg sein Hass auf die weißgardistischen Antisemiten war, die in der Ukraine mindestens einhundertzwanzigtausend Juden ermordeten. Da R.'s Buch in der neuen Serie „Jewish Lives“ erschien, ist es verständlich, dass er dem „jüdischen Aspekt“ in Trotzki's Persönlichkeit starke Aufmerksamkeit widmet. Für ihn ist Trotzki im Sinne Isaac Deutscher's ein „nichtjüdischer Jude“, der aber nie die Leiden der Juden ignorierte und sich stets mit ihnen solidarisch fühlte, wo immer sie ver-

folgt wurden. Über Jahre maß Trotzki, wie R. festhält, seiner eigenen jüdischen Herkunft wenig Bedeutung bei und bezeichnete sich selbst als Internationalisten, der mit speziellen „jüdischen Angelegenheiten nichts gemein“ habe (S.115). Aber R. zeigt auch, wie Trotzki in seiner Analyse des Faschismus, besonders Hitlers, zu dem bedrückenden Schluss kam, dass den Juden mit oder ohne Krieg die völlige physische Ausrottung drohe, so den Nazis nicht Einhalt geboten werde. Bis 1933 strikter Antizionist, gelangte Trotzki am Ende seines Lebens nicht zu einem durchweg positiven, aber doch nuancierten Urteil über den Zionismus.

Beide Bücher fragen implizit, war Trotzki eine Alternative zu Stalin? Beide Autoren betonen, dass Trotzki an der Macht *auch* ein Diktator war, der beanspruchte zu wissen, was für andere gut und richtig war. Ebenso zeigen sie, dass Trotzki nie den Terror zum Herrschaftsprinzip erhob. Ein Denken in Verschwörungskategorien war ihm fremd, und dies unterschied ihn prinzipiell von den Stalinisten. Stalin war völlig gewissenlos, Trotzki sah sich als Gewissen der Revolution. In dieser Selbstüberhebung lagen seine geistige Kraft wie der Grund für seine Niederlage. Auch wenn beide Bücher keine grundlegend neuen Fakten vermitteln, Trotzkis farbenreiches Leben nun wohl in vielen Punkten ausgeleuchtet ist, so fasziniert er durch seine intellektuelle Brillanz und sein tragisches Schicksal noch immer. Von der Parteien Gunst und Hass verwirrt, schwankt sein Charakterbild – wie das von Schillers Wallenstein – in der Geschichte. Das Bild, das P. wie R. von Trotzki zeichnen, ist kritisch, streckenweise überkritisch, aber es ist kein Zerrbild. *Mario Keßler*

John Riddell (Hrsg.): Toward the United Front. Proceedings of the Fourth Congress of the Communist International 1922 (Historical materialism book series, 34), Brill, Leiden 2012, XII, 1310 S., ISBN 978-90-04-20778-3

Gegen Ende des Jahres 1922 zeichnete sich ab, dass die internationale revolutionäre Welle im Zuge des Ersten Weltkrieges bereits ihren Höhepunkt überschritten hatte. Außerhalb von Russland war es nach 1918 vor allem in Mitteleuropa zu revolutionären Entwicklungen gekommen. Beflügelt durch den Sieg der russischen Bolschewiki hatten sich außerdem in zahlreichen weiteren Ländern in- und außerhalb Europas eigene kommunistische Parteien gebildet, die sich ab 1919 in der Kommunistischen Internationale (Komintern) zusammenschlossen. Bis 1922 musste die Bewegung jedoch bedeutende Niederlagen einstecken. In Ungarn war die kurze Phase der Räterepublik bereits 1919 von der Diktatur Miklós Horthys abgelöst worden, in Deutschland hatte die gerade erst zur Massenpartei aufgestiegene KPD durch die gescheiterte Märzaktion 1921 einen entscheidenden Dämpfer erhalten, und in Italien waren den zwei Jahren des „Bienio rosso“ 1919 und 1920 der Terror der faschistischen Squadri und die Machtergreifung Benito Mussolinis im Oktober 1922 gefolgt. In Russland hatten die Bolschewiki zudem mit der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) einen Rückzug von ihren ursprünglichen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen angetreten und sahen sich nach Wegen um, aus der Isolation innerhalb der internationalen Staatenwelt hinauszugelangen. Gleichzeitig begannen sich neue antikolonia-

le Befreiungsbewegungen vor allem in Asien zu regen, während die Versailler Nachkriegsordnung mit dem erfolgreichen Kampf der türkischen Nationalisten ihre ersten Risse erhielt.

Diese internationale Situation bildete den Hintergrund der Debatten und Verhandlungen um eine Neuausrichtung der Strategie und Taktik auf dem Vierten Kongress der Kommunistischen Internationale, der vom 5. November bis zum 5. Dezember 1922 in Moskau tagte. Dessen Protokolle und Resolutionen wurden nun erstmals vollständig auf Englisch in einer Neuübersetzung von dem langjährigen kanadischen Kominternforscher John Riddell herausgegeben.

Für deutsche Leser mag es zunächst müßig erscheinen auf eine englische Übersetzung zurückzugreifen, die im Wesentlichen auf der deutschen Ausgabe von 1923 (Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale, Verlag der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1923) beruht. Neben der akribischen Arbeit bei der Neuedition, die auch Vergleiche mit der russischen, englischen und serbokroatischen Version beinhaltet, wodurch einige Inkohärenzen im deutschen Text geklärt werden konnten, lohnen aber vor allem die Kommentare und Anmerkungen in den Fußnoten sowie eine instruktive Einleitung durch den Hrsg. und der ausführliche Anhang mit über 500 Kurzbiografien, Glossar und einer aktuellen Bibliografie zur internationalen Forschung einen Griff zu dem Band. In seiner Einleitung zeichnet R. die Hintergründe und vorangehenden Auseinandersetzungen der inhaltlich und konzeptionell sehr weitreichenden Debatten nach und ordnet sie in Ent-

wicklung und Geschichte der Komintern ein.

Der Kongress war der letzte vor dem Tod Lenins und der „Bolschewisierung“ der Komintern im Zuge der Fraktionskämpfe innerhalb der russischen Partei ab 1924. Die Debatten waren einerseits durch das Bemühen, an einer revolutionären Strategie und Taktik festzuhalten, und andererseits den Versuch gekennzeichnet, Bündnispartner in einer schwierigen Situation zu gewinnen. Die Delegierten sahen sich selbst in einer Übergangsperiode, in der es galt, eine restaurative Gegenoffensive zurückzuschlagen und den Masseneinfluss der kommunistischen Parteien in den täglichen Auseinandersetzungen zu entwickeln und zu stärken, um sich auf eine bald wieder erwartete revolutionäre Zuspitzung vorzubereiten.

Die Protokolle geben die einzelnen Sitzungen in chronologischer Reihenfolge wieder. Den größten Teil nehmen mit sieben Sitzungen der Bericht des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) und die anschließende Diskussion ein.

Einen wesentlichen Diskussionspunkt bildete 1922 der erst im Vorjahr erfolgte Schwenk zu einer Einheitsfrontpolitik, der die Möglichkeiten einer Kooperation mit sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien bis hin zur Regierungsbildung vorsah. Dem folgten Debatten um die Entwicklung der Russischen Revolution und insbesondere die NÖP. Daneben werden die Debatten um die kapitalistische Gegenoffensive, die vor allem im Zusammenhang mit der neuen faschistischen Gefahr diskutiert wurde, dokumentiert, außerdem die Reform des Programms der Komintern, Fragen zur Gewerkschaftspolitik sowie – ne-

ben weiteren Diskussionen um länder-spezifische Probleme, die Frauenbewegung und die Versailler Nachkriegsordnung – die Erörterung der Agrarfrage und des als „östliche Frage“ diskutierten Verhältnisses zu den nationalen Befreiungsbewegungen. Abgeschlossen wird der Bd. mit den Resolutionen und Erklärungen des Kongresses.

Insbesondere in den zahlreichen Eingaben aus den Mitgliedsparteien zur Diskussion um die Einheitsfrontpolitik und die Programmdebatte wird deutlich, dass die Ausrichtung der Komintern und des EKKI nicht allein von den Bolschewiki bestimmt wurde. Die teilweise sehr kontrovers geführten Debatten zeigen, dass in der Komintern zu dieser Zeit noch vielfältige Positionen vertreten waren, die sich aus den sehr unterschiedlichen Traditionen und Erfahrungen sowie den verschiedenen Strömungen innerhalb der kommunistischen Parteien ergaben. R. selbst sieht in einigen Aspekten der Debatten recht moderne Ansätze und Anregungen auch für aktuelle Auseinandersetzungen, so bei den Diskussionen um eine Reaktion auf den aufziehenden Faschismus oder bei Debatten um die antikoloniale und schwarze Befreiungsbewegung, die Agrarfrage und die Zukunft der Frauenbewegung. Hier wäre allerdings kritisch zu hinterfragen, inwieweit diese auf erste Anzeichen der herausziehenden Auseinandersetzungen im 20. Jh. zurückzuführen sind und inwieweit deren Bedingungen in heutiger Zeit nicht bereits neuen Konstellationen weichen. Insgesamt bieten die damaligen Debatten interessante Einblicke in die noch weitgehend undogmatischen Bemühungen der kommunistischen Aktivisten und Aktivistinnen.

Dietmar Lange

Reiner Zilkenat/Henryk Skrzypczak: 80 Jahre Berliner Verkehrsarbeiterstreik 3.-7. November 1932 (Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Sonderh.), Berlin 2012, 36 S.

Er gehört zweifellos zu den umstrittensten und meistdiskutierten Streiks der Weimarer Republik: der Arbeitskampf bei der Berliner Verkehrsgesellschaft AG (BVG) im November 1932. Vor allem, weil er immer wieder als Beispiel für die angeblich verwandte, da gleichermaßen „extremistische“ Gesinnung von Kommunisten und Nationalsozialisten ins Feld geführt wird. Natürlich geht es in der vorliegenden Publikation auch um diese Frage. Der 80. Jahrestag bot dem „Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ den Anlass, das Geschehen in einer Broschüre zu behandeln.

In einer knappen Einleitung weist Reiner Zilkenat auf die ungeachtet der langen Kontroversen noch immer unbefriedigende Forschungssituation hin. Zugleich gibt er wichtige Hinweise auf Quelleneditionen und Archivbestände, mit denen diese Lücke geschlossen werden könne. Ein bereits 1983 erstmals veröffentlichter Text von Henryk Skrzypczak bietet einen gelungenen Einstieg in die Materie. Nüchtern stellt er den Ablauf der Ereignisse dar. Die seinerzeit herrschende Massenarbeitslosigkeit und das kompromisslos harte Agieren der Regierung Papen – sie sah im Streik vor allem eine Herausforderung durch die KPD – hätten den Kampf entschieden und zur Niederlage der Beschäftigten geführt. Ohnehin sei die spektakuläre Aktion nur durch eine Reihe besonderer Umstände möglich gewesen. Insgesamt sah die Be-

wegung vor allem Verlierer: Die KPD und mit ihr die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition glaubten sich dank der Massenmobilisierung in ihrer verhängnisvollen Generallinie bestätigt. Sozialdemokraten und Gewerkschaft verloren durch ihre zögerliche Haltung weiter an Vertrauen in der Berliner Arbeiterschaft, und die NSDAP mit der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation verschreckte mit ihrer Taktik eher ihre bürgerlichen Anhänger, als dass sie in der Arbeiterschaft welche hinzugewann.

Ein zweiter Text von S. trägt einen ganz anderen Charakter. Auch er basiert auf einem umfangreichen Quellenstudium, S. arrangiert das Material aber zu einer Art historischer Collage. In mehreren Szenen wird dem Leser ein lebendiger Eindruck des Geschehens vermittelt. Das ist nicht frei von wertenden Interpretationen und von Denkanstößen, man hätte sich hier allerdings Belege für die zahlreichen Fakten und Zitate gewünscht. Insgesamt ist es eine gelungene und gerade als Einstieg zu empfehlende Publikation. Weiterführende Literaturangaben erleichtern die tiefere Beschäftigung. *Axel Weipert*

Wilhelm Kroupa: Arbeiter in Wien. Ein Jahrhundertleben, Karl Dietz Verlag Berlin 2011, 228 S., Ill., ISBN 978-3-320-02259-4

Der Autor, Jg. 1915, hineingeboren in eine Wiener Arbeiterfamilie und in die Endphase der k. u. k. Monarchie, erzählt in gut lesbarem österreichischen Dialekt sein Leben, das sich wesentlich in der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung verwirklichte.

Er schildert das soziale Beziehungsgefüge in der Familie und in der Schule, wobei er der rechtlichen Benachteiligung der Frauen und Jugendlichen besondere Aufmerksamkeit widmet. Es waren die von Krieg und Aufbruch in die Demokratie geprägten Lebensverhältnisse, die das Denken und die Interessen des jungen Wilhelm Kroupa frühzeitig politisierten. Zunächst faszinierte ihn die im „Roten Wien“ tonangebende Sozialdemokratie. Mit zwölf Jahren im Arbeiterturnverein, 14-jährig Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), erlebte er im Sommer 1929 das „Internationale Sozialistische Jugendtreffen“ in Wien. Das für ihn sehr erhebende Erlebnis habe nachhaltig sein Interesse am aktiven politischen Leben gefördert. Inzwischen Schriftsetzer-Lehrling, wurde er mit 15 Jahren Katasterführer (Kassierer) in der SAJ. So bekam er eine Aufgabe, die frühzeitig seine Sozialkompetenz entwickelte. Er engagierte sich im Sozialistischen Wehrsport, wurde Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei Österreichs (SPÖ). Er erzählt, wie er am 12. Februar 1934 19-jährig den Aufstand des sozialdemokratischen Schutzbundes gegen den Austrofaschismus und dessen Folgen erlebte. K. setzt sich kritisch mit der Hilflosigkeit der SPÖ-Führung während des Aufstandes des Schutzbundes 1934 auseinander. Das Jahr 1933 sei „schon ein Jahr der ewigen Kapitulation von Seiten der Sozialdemokratischen Partei“ gewesen. Dollfuß habe „die Diktatur faktisch schon praktiziert“ (S.31), während die SPÖ-Führung sich passiv verhalten habe. Es folgte das Verbot der SPÖ, auf das einige Funktionäre die „Revolutionären Sozialisten“ (RS) gründeten, die sich von der reformistischen SPÖ ab-

grenzten. Zeitgleich habe sich auch die „Revolutionäre Sozialistische Jugend (RSJ) gegründet, zu denen in führender Funktion der spätere Vorsitzende der SPÖ Bruno Kreisky gehört habe. In dieser Zeit sei es zu einer engen Zusammenarbeit von Anhängern der SPÖ und KPÖ gekommen, wobei sich viele SPÖ-Mitglieder der ebenso verbotenen KPÖ anschlossen. Im April 1934 entschied sich auch K. zu diesem Schritt und wurde dann im Kommunistischen Jugendverband (KJV) Bezirks-*Org.-Leiter*.

Im Frühling 1935 sah sich K. in der Pflicht der Handwerksgehlen und ging auf die „Walz“ nach Italien. Es sei ein kurzes Vorhaben gewesen, das mit dem Vorwurf der Landstreicherei und mehrwöchiger Haft endete.

K. berichtet über seine politische Arbeit vor und nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland, über seine erste politisch begründete Inhaftierung im März 1938. Im Juli gleichen Jahres heiratete er seine Gretl und im Dezember erfolgte seine Einberufung zur Deutschen Wehrmacht.

Im Spätfrühling 1939 wurde er wegen politischer Unzuverlässigkeit aus der Wehrmacht entlassen, aber im Frühjahr 1940 erneut eingezogen. K. bekam die Chance, als Krankenträger und schließlich als Sanitäter zu arbeiten. Ausführlich schildert er die Grausamkeiten des Krieges, die Verbrechen der Wehrmacht und der SS in der Sowjetunion und als Zeuge das mörderische Vorgehen gegen die zivile Bevölkerung. Selbst wenn es nur eine geringe Chance gegeben habe, sei er um die Rettung des Lebens der Betroffenen bemüht gewesen, niemals habe er auf Menschen geschossen, sondern sich stets als Sanitäter für jedermann in der humanistischen Verpflichtung gesehen.

K. überlebte den Krieg und fand zurück in seinen Beruf. Er blieb seiner Partei, der KPÖ, verbunden, in deren Politik er seine humanistischen Ideale aufgehoben sah. Seine Lebensgeschichte, die von den sozialen Kämpfen des 20. Jh., von Weltkriegen und faschistischer Diktatur, letztlich auch von den ideologischen Gegensätzen und Illusionen in der Arbeiterbewegung geprägt war, reichte bis ins Jahr 1979. Sie ist – auch wenn K. Erfahrungen aus dem Zusammenbruch des stalinistischen Gesellschaftssystems am Ende des Jh. nicht mehr wahrnehmen konnte – die Biografie eines aufrechten Kämpfers für eine bessere Welt, die in der Erinnerung zu bewahren ist. *Horst Klein*

Hans Coppi/Stefan Heinz (Hrsg.): Der vergessene Widerstand der Arbeiter. Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Trotz-kisten, Anarchisten und Zwangs-arbeiter (Geschichte des Kommunismus und Linksozialismus, XVI), Karl Dietz Verlag, Berlin 2012, 383 S., ISBN 978-3-320-02264-8

Der hier anzuzeigende Bd. geht zurück auf die wissenschaftliche Tagung „Das rote Berlin – Arbeiterwiderstand gegen das Naziregime“ der Berliner VVN-BdA im Juni 2009. Die von dort stammenden Beiträge werden ergänzt durch Untersuchungen zum Widerstand in Wuppertal, im Ruhrgebiet, in Hannover und bei der Internationalen Transportarbeiter-Föderation sowie einen Beitrag von Werner Bramke über die Rezeptionsgeschichte.

Es beginnt mit einem problematisierenden Vorwort des Mithrsg. Hans Coppi, der kritisch feststellt: „Gemes-

sen an seinem beträchtlichen Umfang, der beeindruckenden Vielfalt, der großen Anzahl daran beteiligter Menschen und den tausendfachen Opfern ist diese bereits 1933 beginnende Widerstandsgeschichte bisher im kollektiven Gedächtnis der Deutschen nur wenig präsent und gehört, ungeachtet vieler Publikationen, zum weitgehend ‚vergessenen Widerstand‘.“ (S.7) Um diesem Dilemma abzuweichen, wird in 17 Aufsätzen das tatsächlich sehr breite Spektrum der Forschungen zum (nicht immer) Arbeiterwiderstand präsentiert.

Einer übersichtlichen Gliederung folgend, beginnt die Darstellung mit dem gewerkschaftlichen Widerstand. Hier geht es zunächst um den freigewerkschaftlichen Deutschen Metallarbeiter-Verband (Marion Goers) und den kommunistischen Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins (Mithrsg. Stefan Heinz). Beide Texte entstanden im Zusammenhang mit Forschungen zu Gewerkschaften im Lande und in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen. Sie werden seit mehreren Jahren von einem Kreis um Siegfried Mielke in der „Arbeitsstelle Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik“ am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin durchgeführt. G. geht in ihrem Beitrag über die 1933 zahlenmäßig bedeutendste Metallgewerkschaft vorrangig auf die Biografie ihres Ersten Bevollmächtigten Max Urich ein und erinnert daran, dass er sich in den zwölf Jahren NS-Herrschaft über fünf Jahre in Untersuchungshaft, Gefängnissen und Konzentrationslagern befand. Außerdem berücksichtigt sie Emil Barteleit (Hauptkassierer), Paul Tirpitz (Kassierer), Otto Koch (Betriebsrätesekretär) und Ot-

to Tost (Vorstandssekretär). H. erinnert an den Widerstand der in Opposition zu den Freien Gewerkschaftern stehenden und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zuzurechnenden Funktionäre, von denen ein erheblicher Teil (Instruktoren, Bezirksleiter, Verbindungsleute) verhaftet, im Geheimen Staatspolizeiamt, im Columbia-Haus und Konzentrationslager Oranienburg gefangen gehalten und 1934 in mehreren Strafprozessen zu Freiheitsstrafen verurteilt worden war.

Fast gänzlich unbekannt sind die Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse, mit denen sich Stephan Stracke in seiner 2009 an der Freien Universität abgeschlossenen und 2012 veröffentlichten Dissertation auseinandergesetzt hat. Dabei handelt es sich zunächst um 41 Teilprozesse mit insgesamt 849 Angeklagten, die 1935/36 nach Massenverhaftungen ihrer Freiheit beraubt worden sind. Hinzu kommen weitere sieben Prozesse während des Zweiten Weltkrieges und fünf Verfahren gegen den Aufbau freigewerkschaftlicher Widerstandsgruppen bzw. Betriebszellen und zahlreiche abgetrennte Einzelverfahren. Eins davon richtete sich gegen das „(Frauen-)Netz der Roten Hilfe, das die Verteilung der Gelder an die von Verhaftungen betroffenen Familien übernommen hatte“ (S.67). In seinem Fazit widerspricht S. der Einschätzung, der kommunistische Widerstand sei „illusionär und selbstmörderisch“ gewesen: „Der Widerstand der KPD war bis 1935/36 überraschend kompetent angeleitet, und die (internationalen) Solidaritätskampagnen wurden zum Teil sehr wirkungsvoll durchgeführt.“ (S.70) Ein Aufsatz über den Widerstand der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (Dieter Nelles)

rundet das Thema des gewerkschaftlichen Widerstandes ab.

Im Abschnitt über den sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstand werden Ergebnisse von – zum Teil noch nicht abgeschlossenen – Untersuchungen zum Roten Stoßtrupp (Dennis Egginger), zu der Sozialistischen Front (Herbert Obenaus), der Widerstandsgruppe um Paul Winzen (Gisela Notz), zur Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation (Annette Neumann/Bärbel Schindler-Saefkow) sowie zum sozialdemokratischen Widerstand in Berlin (Hans-Rainer Sandvoß) vorgestellt.

Anders als die bisher eher organisationsgeschichtlich strukturierten Texte geht es im Folgenden um biografische Aspekte: Der Beitrag von Knut Bergbauer über trotzkistischen Widerstand ist einem sehr wenig erforschten Gegenstand gewidmet. B. informiert darüber am Beispiel des Ehepaares Walter und Hanna Herz, derer Widerstandsaktivitäten und des politischen Netzwerks ihrer Freundinnen und Freunde. Beide entstammten der jüdischen Jugendbewegung und gehörten zunächst dem nichtzionistischen „Deutsch-jüdischen Wanderbund Kameraden“ und später dem sozialistischen „Schwarzen Haufen“ an. Während des Studiums in Berlin engagierte sich Walter Herz in der „Roten Studentengruppe“, und seit 1933 gehörte das „politisch-aktive Ehepaar“ (S.171) einer trotzkistischen Widerstandsgruppe an, in der der Anteil junger Juden und Jüdinnen relativ hoch war. Die illegale Arbeit beschränkte sich auf interne Schulungen, bis Walter und Hanna Herz mit anderen Gleichgesinnten im November 1936 verhaftet und zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Nach ihrer Freilassung konnte

Hanna 1939 nach Schweden ausreisen, während Walter nach dem Strafende 1941 weiterhin gefangen gehalten und 1942 ermordet wurde. An diese Mikrostudie schließt sich eine Studie über den Weg von Otto Weidt vom Anarchismus zum „Gerechten unter den Völkern“ (Robert Kain) an, zu dem eine Dissertation geplant ist. Der 1883 in Rostock geborene Weidt verbrachte seine Kindheit in Berlin und stand seit 1903 als Anarchist unter Beobachtung der politischen Polizei, wurde 1907 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und trat nach 1910 kaum noch als Anarchist in Erscheinung. Der seit 1924 blinde Kleinfabrikant betrieb von 1939 bis 1947 eine Besenmacherwerkstatt und rettete mehreren dort beschäftigten Juden und Jüdinnen das Leben. Heute erinnert das Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt in der Rosenthaler Straße in Berlin-Mitte an seinen Widerstand als Lebensretter. Im Anschluss an diesen Beitrag folgt eine Skizze von Sven Schneider über den Widerstand des „oppositionellen Kommunisten“ Erich Wollenberg.

Um den Widerstand von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen geht es drei weiteren Autoren. Cord Pagenstecher hat seinen thematischen Überblick auf die Spielräume des Widerstands fokussiert, während sich Thomas Irmer auf die ausländischen Zwangsarbeitskräfte in Betrieben der AEG und von Telefunken konzentriert. Abgerundet wird das Kapitel von Gisela Wenzel mit der Darstellung des polnischen Widerstands in Berlin – die Gruppe um Hedwig Neumann.

Im abschließenden Kapitel untersucht Bramke (1938-2007) die öffentliche Erinnerung an Verfolgung und Widerstand aus der Arbeiterbewegung. Heinrich-

Wilhelm Wörmann stellt die verdienstvolle Schriftenreihe der Gedenkstätte Deutscher Widerstand über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945 vor.

Abgerundet wird der Bd. durch ein umfangreiches Personenverzeichnis mit ausgewählten biografischen Daten zu rund 430 Männern und Frauen. Für die Recherchen bedankt sich C. zu Recht bei Geertje Andresen. C. und H. ist ebenso wie den übrigen Autoren dafür zu danken, den Arbeiterwiderstand faktenreich in Erinnerung gerufen zu haben.

Kurt Schilde

Renée Lugschitz: Spanienkämpferinnen. Ausländische Frauen im spanischen Bürgerkrieg 1936-1939 (Politik und Zeitgeschichte, 7), Lit Verlag, Wien-Berlin-Münster 2012, 213 S., ISBN 978-3-643-50404-3

Die Autorin greift ein in der nicht geringen Literatur zum Spanischen Bürgerkrieg noch immer unterbelichtetes Thema auf. Gegliedert ist der Bd. in drei Teile: Nach dem Vorwort wird im ersten, einleitenden Teil ein Überblick über Vorgeschichte, Ursachen und Verlauf des Bürgerkriegs und die Internationalen Brigaden gegeben, ergänzt durch eine Zeittafel und eine Auflistung von Parteien und Organisationen. Der zweite Teil behandelt „Die Spanienkämpferinnen und ihre Rollen im Bürgerkrieg“. Im dritten Teil „Lebensgeschichten“ werden Kurzbiografien vorgestellt. Es folgen ein Nachwort, Anmerkungen, Abkürzungen, Quellenangaben und Indizes.

Im ersten Teil zum Spanischen Bürgerkrieg kann L. der Literatur nichts Neues hinzufügen, sie referiert im Wesentlichen die bekannten Fakten und zum

Teil differierende Wertungen. Selbst bei der Zahl der Interbrigadisten will sie sich nicht festlegen, sondern nennt verschiedene gebräuchliche Angaben. Interessanter ist der zweite Abschnitt. Mehrfach betont die Autorin, dass die Milizen – im Unterschied zur Volksarmee – den Frauen zunächst die Möglichkeit boten, sich als gleichberechtigte Partner am Kampf zu beteiligen, was aber keineswegs immer und überall der Fall gewesen sei. Sie bemängelt, dass auch Vorkämpferinnen für die Gleichberechtigung, wie die Kommunistin Dolores Ibárruri, „die Aufgaben von Mann und Frau im Krieg streng“ trennten (S.35). Frauen hätten zwar – als Krankenschwestern – an die Front gedurft, aber keine Waffe in die Hand bekommen.

Um nach Spanien zu gehen, war für Frauen „ein Bündel von Motiven“ ausschlaggebend; für viele bedeutete dies die Fortsetzung des Kampfes gegen den Faschismus, aber auch einen völligen Bruch mit dem bisherigen Leben (S.47f.). Sie entschieden sich als Freiwillige bewusst für die republikanische Seite. Eine genaue Angabe ihrer Anzahl sei unmöglich, zumal ihre Schicksale schlechter und zugleich schwerer zu erfassen sind als die der Männer. Vielfach beschrieben wurde schon die Tätigkeit von Frauen in den Sanitätsdiensten, darüber hinaus verweist L. auf den Einsatz in Verwaltungen, als Dolmetscherin oder Journalistin.

Leider zeigen sich in der Darstellung überall Schablonen: „Das Frauenbild der kommunistischen Führung prägte die Politik gegenüber den weiblichen Freiwilligen. Als politische Akteurinnen waren sie Randfiguren. So gehörte die rigorose Überwachung der Freiwilligen zu den wichtigsten politischen

Maßnahmen innerhalb der Brigaden.“ (S.90) Frauen hätten schon aufgrund ihres Geschlechts als weniger zuverlässig gegolten, wären zum anderen aber häufig zu Denunziantinnen geworden (S.89, 92). Familienleben wäre in den Interbrigaden nicht vorgesehen gewesen, Eheschließungen und Nachwuchs hätten als ein Ärgernis gegolten (S.100). Eine Einschätzung, die sich schwerlich aufrechterhalten lassen dürfte, vor allem da die Autorin bald gegenteilige Fakten selbst anführt, lautet, beim allgemeinen Abzug der Interbrigaden 1938 hätten die Frauen „unbehelligt in ihre Heimatländer“ zurückkehren können, die Grenzen hätten ihnen offen gestanden (S.104). Gar nicht traf das auf die Frauen zu, die bereits „vor Spanien“ als Flüchtlinge in andere Länder emigrieren mussten. Im Abschnitt „Terror nach dem Zweiten Weltkrieg: Die Verfolgung im Realsozialismus“ bedient L. alte Klischees aus der Zeit des Kalten Kriegs. Vielleicht trifft im Allgemeinen die Feststellung zu: „In allen Ländern des Ostblocks wurden Spanienkämpfer verfolgt.“ Aber ohne konkret Person, Zeit und Situation zu beachten, ist das viel zu undifferenziert dargeboten und daher falsch. Überhaupt, sachlich zu differenzieren und die Entwicklung nuanciert darzustellen und zu bewerten, scheint nicht die Stärke der Autorin zu sein. Zudem operiert sie viel zu oft mit Phrasen wie: „Ihre Verfolgung im Stalinismus war vielschichtig und doch so skandalös simpel erklärbar: Sie wussten zu viel.“ (S.140). Da kann sich der Leser eigentlich nur anschließen: Skandalös simpel ist diese Erklärung. Im Vordergrund des dritten Teils stehen Biografien. Skizziert werden die Lebensläufe von elf Frauen: die ös-

terreichische Krankenschwester Anny Edel, die bekannte deutsch-polnische Fotografin Gerta Taro, die amerikanische Krankenschwester Fredericka Martin, die sowjetische Dolmetscherin Paulina Abramson, die spätere DDR-Bürgerin Golda Friedemann, die tschechisch-polnische Ärztin Dora Lorska, die Amerikanerin Hilda Bell, die Engländerin Nan Green, die Argentinierin Mika Etchebéhère, die amerikanische Ärztin France Vanzant und die Österreicherin Lisa Gavric. Die meist vier bis sechs Seiten umfassenden Biogramme entstanden mit Ausnahme von drei Beiträgen (Edel, Martin, Bell), in denen sich die Autorin auf ein Interview bzw. eigene Archivrecherchen stützt, weniger aufgrund von eigenen Forschungen, sondern basieren vor allem auf autobiografischen Erinnerungen oder vorhandenen biografischen Darstellungen der Porträtierten. Der Neuwert ist für den Leser daher auch relativ gering. Ein Gewinn besteht darin, dass hier nacheinander und zusammenhängend verschiedene Biografien von Frauen dargestellt sind. Dadurch kann der Leser Gemeinsames und Unterschiedliches in den Lebensläufen erschließen, aber auch sehen, was diese mit der „Männerwelt“ verband oder von ihr trennte. Leider treten auch in diesem Teil immer wieder Vorurteile der Vf. und von ihr bediente fragwürdige Muster in den Vordergrund. So heißt es zu Taro, dass sie nach ihrem Tode Jahrzehnte in Vergessenheit geraten sei, nur in der DDR habe sie „die eine oder andere Würdigung“ erhalten, wurde aber „dabei vereinnahmt und als kommunistische Leuchtfigur präsentiert“ (S.131). Der gesamte Bd. leidet daran, dass die Autorin ihre Vorurteile unbedingt bestätigt sehen will.

Trotz zahlreicher Schwächen ist mit dem Bd. ein wichtiger Aspekt der Geschichte des Spanischen Bürgerkriegs weiter erschlossen, wenngleich die Selbsteinschätzung, dass das Buch die „erste Gesamtdarstellung zu den Ausländerinnen im Spanischen Bürgerkrieg“ (S.10) gebe, wohl überhöht ist. Vielmehr ist eine weitere, gründlichere Forschung zur Vervollständigung des Bildes von den Frauen im spanischen Bürgerkrieg notwendig. Hier liegt ein erster „Überblick“ vor. Positiv hervorzuheben ist, dass die Autorin die Rolle der Frauen nicht auf die „der helfenden Hände am Krankenbett“ reduziert und die Frauen nicht nur als „nicht kämpfend“ wahrnimmt. „Ohne den Mut, die Einsatzbereitschaft, die Professionalität der weiblichen Freiwilligen wäre der internationale Widerstand gegen Franco so nicht möglich gewesen.“ (S.9)

Herbert Mayer

Caroline Moorehead: A train in winter. A story of resistance, friendship and survival in Auschwitz, Vintage Books, London 2012, 374 S., ISBN 978-0-099-52389-5

Gewiss, man kann das Buch relativ schnell lesen. Dennoch, es ist keine leichte Lektüre, vor allem deshalb, weil der fürchterliche Höllenlauf der knapp zwei Dutzend Frauen – wenn auch zeitlich weit entfernt, und nur auf dem Papier – emotional so hart treffen muss.

Sie gehörten einer Gruppe von 230 Frauen an, bis auf neun alle Französinen, die am 24. Januar 1943 in zwei Viehwaggons nach Auschwitz deportiert wurden. Weil der Zug in der Nazi-Mordstatistik als Nr. 3100 erfasst

wurde, bekamen die Frauen den legendär gewordenen Namen „Le Convoi des 3100“, und die Zahl, die sie bald nach der Ankunft auf den Unterarm tätowiert bekamen, begann immer mit 31. Auf den Lumpen, die sie erhielten, nachdem ihr Haar abgeschnitten war, wurden ein „F“ für Frankreich und ein rotes Dreieck für „Politische“ angenäht. Anfangs hatten die Nazi-Besetzer die „politischen Frauen“ nur in Frankreich eingesperrt. Doch als der Widerstand wuchs, als sich die Lage für die Wehrmacht im Osten immer weiter verschlechterte, entschieden sie, diese 230 in das Vernichtungslager zu schicken. Dort sollten sie – bis sie dann nicht mehr konnten – unmenschlich schuften.

Der erste Teil des Buches schildert die Tätigkeit, die zu ihrer Verhaftung führte. Manche hatten Pamphlete geschrieben, etwas kopiert oder Papier zu den Druckern getragen; einige hatten Widerstandskämpfer versteckt, Waffen geschmuggelt oder an Sabotage teilgenommen. Zwölf hatten geholfen, Juden und Widerständler über die Demarkationslinie zu bringen, die bis November 1942 Frankreich in einen „besetzten“ und einen „unbesetzten“ Teil spaltete. Manchmal reichte schon eine Bemerkung gegen die Nazis zur Verhaftung. Bei einer Frau, mit 67 Jahren die älteste, hatte man einen Revolver gefunden, ein Souvenir ihres Sohnes aus dem Ersten Weltkrieg. Die jüngste, gerade einmal 17, hatte „Vive les Anglais“ auf das Mauerwerk ihrer Schule gemalt.

Von den 230 Frauen im Convoi waren 119 Kommunistinnen, die an vorderster Stelle gegen die Nazis kämpften. Zwei Namen wurden später besonders bekannt. Marie-Claude Vaillant-Coutur-

rier, die Witwe eines führenden kommunistischen Journalisten der 1930er-Jahre, hat überlebt und wurde eine führende Figur in der Nachkriegszeit, sowohl im französischen Parlament als auch als Generalsekretärin der Internationalen Demokratischen Frauenföderation. Die andere, Danielle Casanova aus Korsika, überlebte nicht. Ihr Leben wurde zum Symbol des Frauenwiderstands, nicht allein in Frankreich. In der DDR erschien ihr zu Ehren eine Briefmarke.

Neben den Mitgliedern der FKP gab es Frauen, die durch die Botschaften Charles de Gaulles motiviert wurden, gegen die Nazis und gegen die Kollaborateur-Regierung von Marschall Pétain in Vichy zu kämpfen. Andere waren weniger politisch, sahen sich als einfache Patriotinnen, entsetzt von den Verbrechen an den Juden und den Kommunisten. Sie kamen aus vielen Teilen des Landes und aus verschiedenen Klassen und Berufen: Bäuerinnen, eine Café-Besitzerin, Lehrerinnen, Studentinnen, Arbeiterinnen. 21 von ihnen waren Näherinnen, 42 Hausfrauen, auch eine Opersängerin war unter ihnen, vier Chemikerinnen, eine Ärztin, eine Zahnärztin (Danielle Casanova) und eine Hebamme. Fast 100 waren Mütter von insgesamt 167 Kindern – eines davon war erst Säugling.

Die Schilderung der Qualen, die diese Frauen durchmachten, der Lebensumstände in Auschwitz-Birkenau und dann in Ravensbrück, wohin sie zuletzt gebracht wurden, sind fast unerträgliche Zeugnisse von Bestialität. Zugleich künden sie von Großartigem. Aus völlig verschiedenen Kreisen kommend, beruflich, politisch, kulturell und hinsichtlich ihrer Bildung verschieden, trotzten diese Frauen der Brutalität und dem

Morden mit der einzigen Waffe, die ihnen geblieben war: mit gegenseitiger Solidarität. Von Anfang an teilten sie das wenige, das sie hatten, sie trösteten sich gegenseitig nach dem Verlust ihrer Männer, Kinder, Eltern. Sie versuchten, die Schwächeren vor den Schlägen der Wachmannschaften zu schützen oder sie zu verstecken. Sie lehnten es ab, sich der Hoffnungslosigkeit und Todesangst zu ergeben. Doch auch die Solidarität konnte die Mehrzahl vor Typhus, Ruhr, Kälte und Schlägen nicht retten. Nur 49 der 230 Frauen überlebten.

Der Geist der Solidarität ist es, welcher das Buch erträglich und wichtig macht. Einige Themen sind erwähnenswert. Es wird gelegentlich behauptet, die Kommunisten in Europa hätten vor dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 nicht gegen die Nazis gekämpft, auch nicht in den besetzten Ländern. M. geht auf die Konfusion innerhalb der FKP in der Zeit der Hitler-Stalin-Verträge ein, stellt aber fest, dass es Kommunisten waren, die – während viele in Frankreich noch abwarteten – zu den Ersten im Widerstand gehörten, und zwar sehr bald nach der Besetzung und lange vor dem Juni 1941. Sie zeigt, dass der Hass der Nazis und der französischen Faschisten gegen Juden wie Kommunisten gleich stark war. Bewegend schildert die Autorin in einer kleinen Episode, wie, bevor die Männer von ihren Frauen getrennt wurden, diese am Jahrestag der Oktoberrevolution gemeinsam im Gefängnishof aus Schachteln, Papier und Steinen Hammer und Sichel nachbildeten, wofür sie dreißig Tage Strafe in feuchten Dunkelzellen erhielten, ohne Matratzen oder Decken – und es dennoch nicht bereuten.

M. erwähnt hier und da Unterschiede zwischen Kommunisten und Nicht-

Kommunisten in Frankreich, doch übertreibt sie nicht. An der heutzutage verbreiteten Abservierung der Kommunisten als „totalitäre Nicht-Demokraten“, beteiligt sie sich nicht. Sie zeigt, dass unter den Frauen im Lager solche Unterschiede kaum eine Rolle spielten, außer vielleicht, dass die Kommunistinnen zu den wichtigsten Hoffnungsträgerinnen und den stärksten Frauen gehörten. Auf ihre ruhige Art beschreibt sie deren wichtige, opferreiche Rolle im gefährlichen Widerstand. M. zeigt auch, wie die wenigen jüdischen Frauen im „Convoi des 3100“ von den anderen geschützt wurden, die ihnen „politische“ Identitäten zusprachen, damit größere Hoffnung aufs Überleben bestand.

Manche Frauen kamen gerade wegen ihrer Hilfe für jüdische Flüchtlinge in Haft. M. macht klar, dass die Vichy-Regierung von Pétain und Laval genauso mörderisch gegen die Juden vorging, oft sogar brutaler und mörderischer, als es die Nazis verlangt hatten, dass französische Polizisten, Lokalpolitiker und mancher Nachbar und Kollege an Denunziationen beteiligt waren. Große Teile der französischen Bevölkerung interessierten sich kaum für die Not der Juden, von den Eisenbahnzügen nach Auschwitz entgleiste kein einziger...

Die Lektüre dieses Buches verstärkt den Hass gegenüber den riesigen Konzernen, die Auschwitz-Birkenau aufbauten und die Menschen dort schufeten ließen bis sie ausgehungert und erschöpft in die Gaskammern kamen. Unerträglich ist der Gedanke, dass die meisten Schuldigen, also jene Kräfte, die das zwölfjährige Horrorregime stützten, nach 1945 recht leicht davon kamen und bald neue Karriereerfolge feierten. Siemens, BASF und Bayer (die zwei letzten sind Töchter von I. G. Far-

ben) sind heute Weltwirtschaftsgiganten von ungeheurem Einfluss.

Von den 49 Überlebenden des „Convoi des 3100“ fanden einige noch lebende Familienangehörige vor, bei 14 waren die Männer ermordet worden. Mehrere Frauen haben dann geheiratet und auch Kinder bekommen. Die Vf. sprach mit vier von ihnen lange, auch mit einigen ihrer Kinder. Viele fanden nach der Befreiung nicht das ersehnte Glück, zum Teil wegen körperlicher und psychischer Schäden infolge der Lagerhaft.

Die 34 überlebenden Kommunistinnen merkten bald, wie ihre in den ersten Wahlen so erfolgreiche Partei recht schnell aus der französischen Regierung verdrängt und sie immer mehr zu Aussätzigen im Kalten Krieg wurden. Denn auch de Gaulle wollte schnell „alten Kummer vergessen lassen“. Noch Präsident Mitterand von der Sozialistischen Partei legte jedes Jahr einen Kranz an der Gedenkstätte für den „Helden von Verdun“ Marschall Pétain nieder... Für dieses Frankreich hatten sich die Frauen nicht eingesetzt. Caroline Moorehead hat den überlebenden Frauen wunderbar zugehört, nachgeforscht und dann ebenso detailliert wie fesselnd geschrieben. *Victor Grossman*

Karl Schneider: „Auswärts eingesetzt.“ Bremer Polizeibataillone und der Holocaust, Klartext-Verlag, Essen 2011, 812 S., ISBN 978-3-8375-0527-6; **Karl Heinz Roth/Jan-Peter Abraham: Reemtsma auf der Krim. Tabakproduktion und Zwangsarbeit unter der deutschen Besatzungsherrschaft 1941-1944** (Schriften der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts), Edition Nautilus, Hamburg 2011, 569 S., ISBN 978-3-89401-745-3

„200 Jahre Tabaktradition gehen zu Ende“. So lautete der Aufmacher des „Weser Kuriers“ vom 9. Dezember 2011 über das „Aus für Brinkmann“. Die Geschichte der einst größten Tabakfabrik Europas wird im Beitrag kurz dargestellt. Ausgeklammert bleibt, wie Brinkmann und weitere Handels- und Verkehrsunternehmen ab 1941/42 von den Morden und Raubzügen in den besetzten Gebieten im Osten Europas profitierten. Denn ab 1942 siedelten sich zahlreiche Unternehmen vornehmlich aus den Bereichen des Kaffee-, Tabak- und Wollhandels in der Sowjetunion an. Abgesichert durch die Wehrmacht und die SS-Einsatzgruppen und geschützt von den Polizeibataillonen und den deutschen Polizeidienststellen vor Ort gründeten die Handelshäuser ihre Niederlassungen vor allem in der Ukraine, aber auch in Reval/Tallinn und Riga. Über diese Beteiligung des Handelskapitals an den NS-Verbrechen informieren seit Kurzem zwei wichtige Veröffentlichungen: Karl Schneider behandelt diesen Akt der Beteiligung der „Pfeffersäcke“ an Kriegsverbrechen in seiner Dissertation über die Bremer Polizeibataillone. Und die Studie von Karl-Heinz Roth und Jan-Peter Abraham über „Reemtsma auf der Krim“ liefert dazu weitere bedrückende Belegstücke.

In Abstimmung mit Philipp E. Reemtsma aus Hamburg hatten sich die Bremer im Frühjahr 1942 zu einer Tabakanbau- und Handelsgesellschaft zusammengeschlossen, um in der Ukraine und im Nordkaukasus ein Syndikat der Tabakproduktion zu gründen. Sie übernahmen in der zuständigen staatlichen „Zentralen Handelsgesellschaft Ost für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf GmbH“ (ZO) mit 230 deutschen Einsatzfirmen und 1.500 deutschen

Verwaltern in den Hauptgeschäftsstellen der Ukraine und Kaukasiens eine Vorreiterrolle beim Einsatz von rund 5.500 deutschen Kadern (Sonderführern) und etwa 520.000 zur Zwangsarbeit verurteilten einheimischen Arbeitskräften. Das Archiv der Bremer Handelskammer ist gefüllt mit „fortlaufenden Meldungen der Kaufleute für einen Einsatz in der ZO“. Sie belegen den „Erfolg“ der im Juli 1941 von Göring gegründeten ZO, nämlich die sowjetische Landwirtschaft auszuplündern, Wehrmacht und Okkupationsbehörden mit Agrarerzeugnissen zu beliefern und den Weitertransport von geraubten Waren ins Reich durchzuführen. Da die Einsatzräume der Polizeibataillone sich weitgehend mit den Anbaugebieten der Unternehmen aus den Hansestädten deckten, kann nach der Studie von Sch. davon ausgegangen werden, dass die Bataillone ebenso wie die Wehrmacht und die Einsatzgruppen bei der Sicherung des „Ernteeinsatzes“ und bei der Bekämpfung der zahlreichen Partisanen tätig wurden.

Tabuisiert wird dabei bis heute, dass die Händler von Mordaktionen der Wehrmacht, der Einsatzgruppen und der Polizei im Osten wussten oder gar daran beteiligt waren. Denn folgt man den geheimen Grundsätzen der Reichswehr und den Anweisungen an die Einsatzgruppen bzw. Kommandos des Sicherheitsdienstes (SD), dann wurden Sonderführer von Wirtschaftsgütern in die „Bandenunternehmen“ der Polizei mit einbezogen. Kreishauptleute, Kreislandwirte, Wirtschaftsfachleute, Prokuristen und Paramilitärs gehörten zum harten Kern der Okkupationsverwaltungen und sorgten mit für die „ethnischen Flurbereinigungen“. In dem Augenblick, in dem die sicherheitspoliti-

sche Frage mithilfe der Einsatzgruppen und Polizeibataillone gelöst war, folgten ihnen die Handels- und Verkehrsunternehmen, ausgestattet mit Zivilpersonen, die als „Sonderführer“ in den besetzten Gebieten tätig wurden. Auch sie wollten von der Ausplünderung – auf neuen kolonialen Pfaden – in den besetzten Ostgebieten profitieren. Dazu wurden Außenstellen der Handelshäuser mit großzügiger Infrastruktur errichtet. Das Ausschweigen der rigorosen Ausplünderungspraktiken und das Wissen um Mordaktionen gehören zu den kollektiven Verdrängungsmechanismen der Kriegsgeneration. Nach wie vor bleibt es eine ungelöste Aufgabe, Funktion und Rolle der deutschen Einsatzfirmen und ihrer rund 5.500 deutschen Kader mit dem Status „Sonderführer“ in Zivil aufzuarbeiten, die mehr als eine halbe Million Arbeitskräfte aus der Sowjetunion schamlos ausbeuteten, ohne dass für eine Wiedergutmachung der Überlebenden gesorgt wurde. Ganz zu schweigen von jenen Firmen, die nach den Luftangriffen auf die Hansestädte Teile der Produktion in die besetzten Länder oder in die Nähe von Konzentrationslagern umsiedelten. Der Focke-Wulf-Flugzeugbau errichtete z. B. ein großes Werk in der Nähe des KZ Stutthof bei Danzig und ließ dort Motoren bauen. Der Weser-Flugzeugbau errichtete im Sudetenland bei Rabstein einen Zweigbetrieb, in dem 650 Häftlinge Stollen für den Flugzeugbau in das Gebirge treiben mussten.

Es bleibt noch anzumerken, dass Jan Philipp Reemtsma, der Haupterbe des Reemtsma-Konzerns, im Gefolge der Studie von R. alle überlebenden ehemaligen Zwangsarbeiter des Reemtsma-Konzerns freiwillig individuell entschädigte, unabhängig von der Bundes-

stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Dagegen hat bislang die Arbeit von Sch. nicht dazu beigetragen, das „kurze Gedächtnis der Bremer Sozialdemokratie“ (Michael Wildt) ein wenig zu öffnen. Denn auch in einer „roten Hochburg“ wie Bremen gelang „auswärts eingesetzt“ NS-Tätern die konfliktlose Rückkehr in die Zivilgesellschaft. Auf über 150 Seiten kann man bei S. die bedrückende „Bremer Polizeigeschichte im Spiegel von Polizeikarrieren“ verfolgen: Trotz der Verurteilung als Kriegsverbrecher gelang den Polizisten in Bremen der Wiederaufstieg. So wurde z. B. Karl Schulz, der Leiter der Einsatzgruppe B und Adjutant von Arthur Nebe, 1952 Kriminaldirektor in Bremen. Und Erwin Schulz, der ehemalige Bremer Gestapo-Chef und in Nürnberg als Massenmörder zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilte Leiter eines Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD, konnte 1954 mithilfe prominenter Sozialdemokraten die Haftanstalt Landsberg vorzeitig verlassen und in Bremen als verurteilter Kriegsverbrecher seine Dienstbezüge mit einem Übergangsgeld bis zu seiner Pensionierung beziehen. Der ehemalige prominente Kommunist und damalige SPD-Innensenator Adolf Ehlers hielt es für „durchaus möglich“, Schulz zu einem späteren Zeitpunkt wieder im öffentlichen Dienst zu verwenden.

Jörg Wollenberg

Elke Scherstjanoi (Hrsg.): Russlandheimkehrer. Die sowjetische Kriegsgefangenschaft im Gedächtnis der Deutschen (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernr.), Oldenbourg Verlag, München 2012, VI, 264 S., Ill., ISBN 978-3-486-70938-4

Das Buch behandelt einen wichtigen Teilkomplex der Erinnerungskultur seit dem Zweiten Weltkrieg. Etwa zwei Millionen der früheren Wehrmacht angehörige Kriegsgefangene kehrten bis 1955/56 aus der Sowjetunion nach Deutschland zurück. Bilder über ihr Schicksal sind in der Erinnerung der Deutschen, geprägt durch individuelle Erlebnisberichte, öffentlich-mediale Debatten und politisch-ideologische Einbindungen, fest verankert. Wie Elke Scherstjanoi in ihrem instruktiven Einleitungstext erläutert, präsentieren die Artikel, die auf überarbeiteten und ergänzenden Beiträgen einer Konferenz zum Thema basieren, „ein in der Summe buntes Spektrum historischer ‚Bild‘-Analysen“ (S.2). Die Erinnerung an die Kriegsgefangenschaft bildete sich in der Nachkriegsentwicklung im Osten und Westen Deutschlands bei vorhandenen Gemeinsamkeiten inhaltlich und in ihrer Intensität unterschiedlich aus. Diese Spezifik hinterlässt, bei bestimmten Assimilationen, bis heute mehr oder weniger deutliche Spuren.

Übergreifend befasst sich Sch. im ersten, als Leitbeitrag angelegten Artikel („Bildervielfalt – Bilderkonkurrenz“) mit der „subjektzentrierten Forschung und Zeitzeugenbefragung zur Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion“. Sie konstatiert getrennte Sprachregelungen und Wertungen in den relativ getrennten öffentlichen Diskursen in der DDR und der Bundesrepublik zur Kriegsgefangenschaft, die bis in die Gegenwart die Suche nach „Verständigung über die gemeinsame Vergangenheit“ und „nach Zusammenhängen zwischen Vergangenen und Gegenwärtigen“ beeinflussen (S.20). Sch. schätzt ein, dass sich seit den 90er-Jahren „eine mit viel konkretem Wis-

sen angereicherte Erinnerungsdebatte“ entwickle, die auch Platz für eine Versachlichung der Bilder und Argumente biete (ebenda). In Interviews mit den inzwischen betagten Zeitzeugen zeige sich, dass Befragte aus Ost und West sehr Ähnliches erlebt hatten und gleiche Sachverhalte (Gefangennahme, Transport, Unterkunft, Verpflegung, Krankheit, Arbeit, Heimweh, Heimkehr) zum Gegenstand ihrer Berichte wählten. Dabei zeigen die Zeitzeugen-Schilderungen auch die politische bzw. politisch-geografische Zugehörigkeit vor 1990. Sch. verweist mit Recht auf die Besonderheit der Angehörigen der Altersgruppe („Erinnerungs-Restgemeinschaft“ – S.22), die oft erst 1945 bzw. 1944 in Gefangenschaft kamen und mehrheitlich jünger und dienstgradniedriger als jene waren, die früher die öffentliche Erinnerung bestimmten. Diese Gruppe hatte die Front mehrheitlich anders erlebt als die Hauptträger der früheren bundesrepublikanischen Erinnerungskultur. Bei einem Vergleich mit alten westdeutschen Zeitzeugenbefragungen, die v. a. in den 50er-/60er-Jahren den Diskurs in der BRD beherrschten, arbeitet Sch. die prinzipiellen strukturellen Unterschiede in Proportionen und Gewichtungen bei den heutigen Erinnerungsberichten heraus (z. B. hinsichtlich der Lebensbedingungen, Arbeit, Lagerregime). Im Weiteren enthält der Bd. ein breites Spektrum von Themen. Die Erinnerungsarbeit in Organisationen, Ausstellungen und Berichten behandeln mehrere Beiträge. Mit dem zeitweise eine halbe Millionen Mitglieder (überwiegend ehemalige Kriegsgefangene in der Sowjetunion) umfassenden Verband der Heimkehrer (VdH) befassen sich zwei Artikel. Andrea von

Hegel analysiert dessen – unter wechselnden Titeln gezeigte – Kriegsgefangenenausstellung. Sie stellt heraus, dass in der Verbandsausstellung, die ca. 2,15 Millionen Besucher hatte, schon bedingt durch die Zielsetzung und das Selbstverständnis des VdH, die Kriegsgefangenschaft nicht kritisch und objektiv in den politisch-historischen Kontext eingeordnet wurde, sondern dass sie diese subjektiv darstellte und der Bevölkerung das Bild vom Kriegsgefangenen als Opfer zu vermitteln suchte (S.73). Birgit Schwelling arbeitet heraus, dass die Erinnerungen an die sowjetische Kriegsgefangenschaft im VdH verzerrt, selektiv, reduziert und umgedeutet bewahrt wurden.

Berthold Petzinna untersucht Berichte über die sowjetische Kriegsgefangenschaft. Er verweist auf die große Rolle, die diese Problematik in den Nachkriegsjahren spielte und darauf, dass sie schon bald in den Sog des Kalten Kriegs geriet. Noch 1949/50 ging man in der Bundesrepublik von einer weit überhöhten Zahl in der Sowjetunion vermuteter ehemaliger Wehrmachtssoldaten aus, von 2,5 bis 3 Millionen, während die tatsächliche Zahl wohl kaum etwas mehr als 10.000 betrug. „Die Unklarheit über Anzahl, Aufenthalt und Befinden der deutschen Kriegsgefangenen bildete eine Konstante der ersten Nachkriegsjahre.“ (S.92) In einem weiteren Artikel zu Buchillustrationen charakterisiert P. „das Motiv des Stacheldrahts“ in der Kriegsgefangenschaft: Er urteilt, es habe Kausalität ausgeblendet, Ausdifferenzierung vermieden und in der Tendenz der bundesdeutschen Gesellschaft der frühen Nachkriegsjahre gelegen, sich in der Rolle des Opfers zu bespiegeln; es habe somit der „Inszenierung des Opfer-

status“ gedient (S.134). Elke Scherstjanoi beschreibt in einem Artikel die „Ärztinnen-Bilder im Erinnerungskanon deutscher Kriegsgefangener“. Sie arbeitet heraus, dass die unterschiedlichen Darstellungen von sowjetischen Medizinern in West- und Ostdeutschland politisch instrumentalisiert wurden und geht differenzierten Darstellungen in heutigen Interviews nach.

Mehrere Beiträge befassen sich mit der Kriegsgefangenenfrage in Literatur und Film. Dem eigentlichen, im Bd. behandelten Zeitraum vorgelagert, schreibt Philipp Stiasny über Kriegsgefangenschaft in Literatur und Film in der Weimarer Republik. Während sich Helmut Peitsch mit der „unbefriedigenden Literatur über die Gefangenschaft“ in der BRD anhand der bis in die 50er-Jahre erschienenen Buchtitel auseinandersetzt, behandelt Leonore Krenzlin die Darstellung des Kriegsgefangenschicksals in der DDR-Literatur. Sie konstatiert, dass das Thema „Kriegsgefangenschaft“ in der DDR, obwohl es zahlreiche Literatur zum Zweiten Weltkrieg gab, nur selten aufgegriffen wurde. Eine Vielzahl von autobiografischen Erinnerungsberichten habe das Sujet der Kriegsgefangenschaft mit der Frage der Schuld und Verantwortung der Wehrmachtssoldaten verschmolzen, dabei aber Beschönigungen, problematische Auslassungen und Einseitigkeiten im Realitätsgehalt eingeschlossen (S.148).

Peter Jahn untersucht bundesdeutsche Spielfilme zur Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion, Rolf Schenk DEFA-Filme zu dieser Thematik, Elena Müller erweitert den Blickwinkel mit der „Darstellung deutscher Kriegsgefangener in russischen Spielfilmen“. J. analysiert vier Filme, die Ende der 50er-Jahre

entstanden. Er kommt zu dem Ergebnis, dass wie in der Literatur auch im Film die deutschen Opfer und das eigene Leid im Krieg gegen die Sowjetunion im Mittelpunkt standen. Sch. meint, die DEFA habe insgesamt nur zwei Filme („Meine Stunde Null“, „Mama, ich lebe“) produziert, „die sich zentral mit deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges in der Sowjetunion beschäftigten“ (S.165). Eigentlich scheint dies kaum vorstellbar und ist vielleicht auch eine Frage des Maßstabes (wenn „zentral“ gleich ausschließlich gesetzt wird?!). Die Darstellung des Zweiten Weltkrieges und seiner Folgen in Filmen des letzten DEFA-Jahrzehnts hätten nicht solche Aufmerksamkeit erlangt wie frühere Filme. M. erörtert die Darstellung deutscher Kriegesgefangener in Filmen in der Sowjetunion und im postsowjetischen Russland. Sie wirft den – offenbar zahlreichen – heutigen russischen Filmen vor, ein Kriegsgefangenenbild zu verbreiten, das keine „ideologie- und klischeefreie Sicht auf die Ereignisse“ biete (S.221).

Abgeschlossen wird der Textteil von einer Dokumentation Günter Agdes: „Filmbilder von deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Kriegsgefangenschaft“. Abkürzungs- und Autorenverzeichnis beschließen den Bd.

Herbert Mayer

Gerhard Wettig (Hrsg.): Der Tjulpanov-Bericht. Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg (Berichte und Studien, hrsg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V., 63), Übers. Tjulpanov-Bericht: Wladislaw Hedeler, V&R Unipress, Göttingen 2012, 424 S., ISBN 978-3-8471-0002-7

Gerhard Wettig betont im Vorwort, dass der Bericht wie „kaum ein anderes sowjetisches Dokument“ deutlich mache, wie sich die sowjetische Besatzungspolitik entwickelt habe – „während der beiden Phasen, als Stalin zunächst um die Fortsetzung der Anti-Hitler-Koalition mit den angelsächsischen Mächten bemüht war und danach die Konfrontation mit dem Westen einleitete“ (S.5). Der Bericht entstand im Zusammenhang mit der Überprüfung von Tjulpanovs Tätigkeit als Leiter der Informationsverwaltung der SMA in Deutschland durch eine hochrangig besetzte Untersuchungskommission des ZK der KPdSU. Er umfasst den Zeitraum von Oktober 1945 bis Oktober 1948, und wurde, wie W. anmerkt, „offenbar in großer Eile [...] mit wenig Sorgfalt“ aus früheren Berichten zusammengestellt (S.141).

Der „Tjulpanov-Bericht“ ist in eine Einleitung und 25 Sachgebiete bzw. Themen untergliedert. Nach zwei Querschnittsübersichten werden nacheinander alle Parteien behandelt, danach Gewerkschaften, Frauenbewegung, FDJ, VdGB, VVN. Eine Zusammenfassung über „Formen der Arbeit der Informationsverwaltung mit den gesellschaftlichen Organisationen“ schließt sich an, in der die angewandten indirekten Methoden der Herrschaftsausübung über Beratung, Hilfe und Empfehlungen zur Förderung und Unterstützung der progressiven Kräfte hervorgehoben werden. Breiten Raum nehmen dann die „Demokratisierung der deutschen Kultur“ und die „Formen und Methoden der Arbeit der Informationsverwaltung auf dem Gebiet der Kulturpolitik“ ein. Dabei hätte „die Informationsverwaltung den Aufgaben der Propagierung der ästhetischen

Theorie des Marxismus-Leninismus und der ideologischen Grundlagen der sowjetischen Kultur“ im Kampf gegen den Formalismus und „gegen Ideologie und Praxis der modernen bürgerlichen Dekadenz“ besondere Aufmerksamkeit gewidmet (S.348f.). Mit dieser Elle gemessen, gab es natürlich vieles und geradezu Haarsträubendes in Bezug auf Kino, DEFA, Theater, Literatur, Malerei und Bildende Kunst, Propaganda, Presse und Rundfunk zu kritisieren. Das nahm sich vor 1948 allerdings anders aus. Abschließend befasst sich der Bericht mit den gelungenen Anstrengungen, die Kirchen bei Bodenreform und Volksentscheid an die demokratische Umgestaltung heranzuführen, mit der Organisierung der Westarbeit und mit „der antisowjetischen Propaganda der deutschen Reaktionen“ (S.378ff.). W. hat den Bericht mit informierenden Anmerkungen versehen, die in der Regel das Verständnis erleichtern.

Den Auftakt der Darlegung im Tjul'panov-Bericht bildet eine knappe und oberflächliche Schilderung des Verlaufs und der Ergebnisse der Bodenreform in der SBZ. Behandelt werden die Betriebsrätewahlen, die Gemeinde- und Landtagswahlen, die Tätigkeit von Gemeinderäten, Landtagen und Landesregierungen, die Verabschiedung von Landesverfassungen sowie die Wirtschaftsreformen und die Entnazifizierung. Die von schwierigen Klärungsprozessen und heftigen Auseinandersetzungen geprägte Entstehung der SED wird so grobschlächtig geschildert, als ob sich ihr nur rechte SPD-Führer und Schumacher als „alter Reaktionär“ (S.173) entgegenstellten hätten. Dennoch habe es der Eingriffe und Repressionen seitens der SMAD

bedurft: „Im Verlaufe der Arbeit wurden die Nester des Widerstandes gegen die Vereinigung und die einzelnen Feinde ausfindig gemacht. Es wurden Maßnahmen zur Isolierung und Zerschlagung der Widerstandsnester und der einzelnen Elemente durchgeführt.“ (S.178) Völlig ausgeblendet bleibt, dass die SED als betont deutsche, unabhängige Partei im Kontext des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus als Fernziel und in Abhebung zum Sowjetsystem entstand.

Offensichtlich kam es, worüber man allerdings nichts Genaueres erfährt (!), bei der Zusammenstellung früherer Berichte zugleich zu Verknappungen und Glättungen und insgesamt zu Eingriffen aus Sicht des Jahres 1948. Das wird – wie schon bei der Kulturpolitik – auch in der Darstellung des Streites über die Teilnahme an der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz und an vielen anderen Textstellen deutlich. Aus der lobenden Behandlung des II. Parteitagess der SED 1947 kann man herauslesen, was *nicht* problematisiert wurde: „Von der Tendenz einer gewissen Distanzierung geht die Partei zu einer entschiedenen Verteidigung der Politik der UdSSR über.“ (S.200) Dass die ehemaligen Sozialdemokraten im Zentralsekretariat der SED die Durchführung dieses Parteitagess (Leitung Hermann Matern) im Stile eines kommunistischen Parteitagess mit Hochrufen auf den großen Führer Stalin heftig kritisierten, hielt Tjul'panov offensichtlich nicht für berichtenswert. Die Propagandarbeit sei auf die „Entmilitarisierung und Demokratisierung“ und die „Einheit Deutschlands“, auf seine Umwandlung „in eine einheitliche parlamentarisch-demokratische Republik“, auf den „Abschluss des Friedens-

vertrages mit Deutschland“, verbunden mit einem „Abzug der Besatzungstruppen“, ausgerichtet gewesen (S.352). Zwei Seiten vorher hieß es aber noch, dass bei allen Veränderungen in der Propagandaarbeit stets an folgenden Grundzügen festgehalten worden sei: „a) Entlarvung der faschistischen, nationalistischen Ideologie, b) Propagierung der Deutschlandpolitik der UdSSR und Entlarvung der reaktionär-imperialistischen Politik der Westmächte, c) Propagierung der gesellschaftlich-politischen Ordnung der Sowjetunion und der Vorzüge des sowjetischen sozialistischen Wirtschaftssystems und der militärischen und ökonomischen Stärke, d) Propagierung des Marxismus-Leninismus, e) Propagierung der Erfolge [...] der Volksdemokratien, f) Kritik an der bürgerlichen Demokratie [...]“ (S.350).

Tjul'panov vertuscht in dem Bericht – worüber W. hinwegsieht –, dass er die SED im Mai 1948 aufgefordert hatte, in der SBZ eine volksdemokratische Entwicklung voranzutreiben, da die Spaltung Deutschlands vollzogen sei. Stalin orientierte die SED-Führung jedoch im Dezember 1948 anders, auch das bleibt in W.s Kommentaren unerwähnt. Die Untersuchungskommission stellte fest, dass die Informationsverwaltung keine klare Linie über die Weiterentwicklung der SBZ habe, „keine strategische Linie – kein Ziel“ (S.397). Wegen der Mängel des Berichts sah sich W. wohl veranlasst, unter der Überschrift „Einleitung und Kommentar“ (S.13-138) zugleich eine eigene Darstellung der sowjetischen Deutschland- und Besatzungspolitik vorzulegen. Sie vermittelt dem Leser viele zusätzliche Fakten und Informationen, die im Bericht fehlen. Konzeptionell geht sie al-

lerdings, ohne andere Sichtweisen entkräften zu können, von W.s bekannter Hypothese aus, wonach es nicht wirklich zwei unterschiedliche Phasen der sowjetischen Deutschland- und Besatzungspolitik gegeben habe.

W. steht seit Jahren auf dem Standpunkt, dass die Politik der UdSSR in Deutschland von Anfang an, zunächst mit einem demokratischen Tarnmantel versehen, auf einen schrittweisen Systemwechsel, Sowjetisierung und Errichtung der kommunistischen Diktatur in der SBZ nach dem Muster volksdemokratischer Entwicklungsstufen ausgerichtet gewesen war. Auch Stalins Einheits- bzw. Wiedervereinigungspolitik hätte sich mit der Festlegung eines Mechanismus verbunden, der ein sowjetisch beherrschtes Deutschland ermöglichen sollte. Doch es erscheint historisch unhaltbar, die SBZ, solange sie Bestandteil einer funktionierenden Vier-Mächteverwaltung war, so zu positionieren.

Was bleibt, ist das Verdienst, den Bericht recherchiert und veröffentlicht zu haben. Aber ihm kommt keineswegs die große Bedeutung zu, die Hrsg. und Verlag ihm zuschreiben. Der Bericht enthält weitgehend Bekanntes und oberflächlich positiv Dargestelltes über die Entwicklung der SBZ. Mit diesem Bericht sollte das Wirken der Informationsverwaltung, ohne viel in Details zu gehen, pauschal in ein gutes Licht gerückt werden soll. Die Edition enthält viele Unstimmigkeiten, der Informationswert dieser Dokumente als Quelle für neue Forschungserkenntnisse ist gering.

Rolf Badstübner

Cordia Baumann/Sebastian Gehrig/Nicolas Büchse (Hrsg.): Linksalternative Milieus und Neue Soziale Bewegungen in den 1970er Jahren (Heidelberger Akademie der Wissenschaften: Akademie-Konferenzen, 5), Universitätsverlag Winter, Heidelberg 2011, 325 S., ISBN 978-3-8253-5748-1

Dass „1968“ und die mit dieser Chiffre verbundenen Ereignisse längst in der historischen Forschung angekommen sind, konnte in den letzten anderthalb Jahrzehnten an den zahlreichen Publikationen beobachtet werden. Weniger Beachtung hatten bisher jedoch die direkten Nachwirkungen und die Diffusion der Proteste in ein breiteres gesellschaftliches Umfeld in den 1970er-Jahren gefunden. Erst in der jüngsten Vergangenheit sind auch hierzu einige Forschungsprojekte entstanden, aus denen mittlerweile die ersten Ergebnisse publiziert wurden (siehe beispielsweise Sven Reichardt/Detlef Siegfried [Hrsg.]: *Das Alternative Milieu. Anti-bürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968-1983*, Göttingen 2010). Der nachfolgend vorgestellte Sammelbd. geht auf eine gleichnamige Tagung von Nachwuchswissenschaftlern in der Akademie der Wissenschaften zu Heidelberg vom 16. bis 18. September 2009 zurück.

In ihrer Einleitung thematisieren die Hrsg. die genannte Forschungslücke. Als verbindende Fragestellung an die Autoren wird die nach dem Wandel des Protestes in den frühen 1970er-Jahren genannt. Hier sollte insbesondere auf die neue Milieuforschung zurückgegriffen werden, die davon ausgeht, dass die klassischen Milieus nicht verschwun-

den sind, sondern sich ihre politische Repräsentation verändert hat und ihre Strukturen vielfältiger und komplexer geworden sind, was auch zur Entstehung neuer Milieus beitrug (S.26). Eines davon, das so bezeichnete „linksalternative Milieu“, gilt den Hrsg. als gesellschaftlicher Nährboden für die Entwicklung der Neuen Sozialen Bewegungen (NSB). Ein Manko des Bd. zeigt sich hier jedoch bereits in der unklaren Definition des „linksalternativen Milieus“. Diese liest sich in den theoretischen Ausarbeitungen als begriffliche Abgrenzung zu einer gewaltbereiten und terrorismusaffinen linksradikalen Unterstützerszene, die sich jedoch, wie in einigen der Beiträge deutlich wird, kaum befriedigend sozialkulturell von dem behandelten „linksalternativen Milieu“ trennen lässt. Zudem wird die Verbindung desselben zu anderen gesellschaftlichen Milieus durchaus plausibel als konstitutiv für die NSB hervorgehoben, eine solche zur Arbeiterschaft jedoch vorschnell als nicht vorhanden oder gescheitert angesehen, obwohl gerade das „linksalternative Milieu“ an Traditionen und Symbole aus der Arbeiterbewegung anknüpfte (dies wird auch im Beitrag von Beate Schappach deutlich). Mit Blick auf in letzter Zeit erschienene Publikationen, welche z. B. die „proletarische Wende“ im behandelten Zeitraum untersuchen (etwa Jan Ole Arps: *Frühschicht. Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren*, Berlin-Hamburg 2011), liest sich diese Erklärung eher wie eine missglückte Rechtfertigung für die Abwesenheit entsprechender Beiträge.

Diese Widersprüche in Definition und behandeltem Gegenstand zeigen sich gleich zu Beginn in dem Beitrag von Dieter Rucht, welcher die erste Sekti-

on zu den sozialwissenschaftlichen und historischen Perspektiven einleitet. Das „linksalternative Milieu“ wird als Subkultur mit eigener Infrastruktur in Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Gleichzeitig wird eine Verbindung zu Arbeitermilieus negiert, „politökonomische“ sowie „linksradikale“ Gruppen werden ausgenommen. So blendet dieser schiefe Blick etwa aus, dass die – als Teil der Infrastruktur erwähnten – autonomen Jugendzentren in vielen Großstädten ihre Ursprünge in den Arbeiterjugendzentren hatten, die im Zuge der Lehrlingsbewegung Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre in der Bundesrepublik entstanden waren. (S.48; siehe David Templin: „Lehrzeit – keine Leerzeit!“ Die Lehrlingsbewegung in Hamburg 1968-1972, München-Hamburg 2011). Die Ein- und Abgrenzung des als sehr heterogen beschriebenen Milieus bleibt daher höchst fragwürdig, zumal die Fluktuation zwischen den verschiedenen politischen Gruppen sowie den NSB sehr hoch war.

Jacco Pekelder liefert einen Überblick über die US-amerikanische und die westeuropäische Historiografie zu den 1970er-Jahren. Diese erscheinen als „turning point“ hin zu einer postindustriellen Entwicklung mit sich pluralisierenden Lebensentwürfen und politischen Zielsetzungen, wie sie dann mit dem Begriff der „ein-Punkt-Bewegungen“ für die NSB umschrieben werden. Vermutlich ist es diese Charakterisierung eines Jahrzehnts als Wendepunkt, welche die an die Arbeiterbewegung anknüpfenden Strategien und Selbstdefinitionen als historisch überholt erscheinen lässt. Gerade im Hinblick auf Diffusion und gesellschaftliche Wirkung der Protestbewegungen

wäre eine genauere historische Evaluierung solcher Hypothesen jedoch dringend geraten.

Dem ersten eher theoretischen und einleitenden Teil folgt eine Reihe von Beiträgen aus einzelnen konkreten Untersuchungen. Eva-Maria Silies behandelt die Neue Frauenbewegung. Sie stellt die Frage, ob diese nach ihrer Ausbreitung über die Studentenbewegung hinaus nicht vielmehr als eine Vielzahl von Frauenbewegungen beschrieben werden sollte, die sich um unterschiedliche Konfliktfelder und Interessenlagen gruppierten. Andrea Hajek unternimmt einen Streifzug nach Italien und untersucht die Entwicklung von der ersten Studentenbewegung 1967/68 zur zweiten von 1977. Während die erste eine Veränderung der gesamten Gesellschaft bezweckt und globale Dimensionen ins Auge gefasst habe, zeige sich die zweite von Beginn an als stark fragmentiert und alltagsbezogen, mit einer höheren Gewaltbereitschaft, aber auch neuen kreativen Protestformen.

Regina Wick untersucht „Das Bild der Friedensbewegung in bundesdeutschen und britischen Zeitungen“ und gelangt zu der Feststellung, dass in beiden Ländern und in allen auflagenstarken Zeitungen, unabhängig von der politischen Ausrichtung, die Regierungsvertreter deutlich mehr Raum in der Berichterstattung erhielten, während die Friedensbewegung vor allem „argumentationsarm“ und „ereignisinszenierend“ erschien (S.155). Uwe Sonnenberg analysiert mit dem „Verband des linken Buchhandels“ (VLB) die Konstituierung und Vernetzung einer bewegungsinternen Öffentlichkeit. Er zeichnet in einem quellengesättigten Überblick die Entstehung und Entwicklung des Verbandes von 1970 bis

1980 als eines strömungsübergreifenden Netzwerkes linker Buchläden, Verlage und Vertriebsformen nach. Der VLB habe mit seiner Koordinationsarbeit und seinen Treffen die überregionale „Synchronisierung der politischen Mobilisierung“ bedeutend mitgetragen (S.172).

Im nächsten Abschnitt wird schließlich der Blick auf die Milieus der beiden christlichen Konfessionen ausgedehnt. Barbara Rupflin und Christian A. Widmann betonen, dass die Protestbewegung am Ende der 1960er-Jahre auch zur Entstehung einer jeweils linken Strömung vor allem in den konfessionellen Studentenorganisationen führte, die eine Trennung von Politik und Kirche zugunsten einer gesellschaftskritischen Intervention überwinden wollten. Gemeinsame Bezugspunkte bildeten dabei die Dritte-Welt-Arbeit und insbesondere die Befreiungstheologie aus Lateinamerika. Während die katholischen Studentengruppen trotz ausbrechender Kontroversen jedoch fest im katholischen Milieu verankert blieben, führten die Auseinandersetzungen im evangelisch-protestantischen Milieu vielerorts zu Kirchenaustritten und zur Fragmentierung einiger Gemeinden.

Der vorletzte Abschnitt befasst sich mit diskurstheoretischen und kulturhistorischen Fragestellungen. Zu den Auswirkungen und Veränderungen im gesellschaftlichen Diskurs mit Blick auf die Thematisierung von Geschlechterrollen forschte Claudia Lindner Leopardi, zur gruppenkonstituierenden Wirkung von Symbolen sowie deren Wandel (mit Blick auf die Schwulen- und Lesbenbewegung) Beate Schappach. Abgeschlossen wird der Bd. durch zwei stimmungsvolle Beiträge zur Inszenierung der Proteste in Film und Litera-

tur. Julia Zuvatern behandelt die Auseinandersetzungen um Peter Zadeks Gesellschaftssatire „Ich bin ein Elefant, Madame“, die bereits 1969 einige später wiederkehrende Momente der Selbstironisierung vorwegnimmt und bei ihrer Erstaufführung heftiger Kritik auch aus der APO ausgesetzt war. Jan Henschen untersucht die Darstellung des „linksalternativen Milieus“ in Berlin-Kreuzberg in dem Roman „Die Glücklichen“ von Peter Paul Zahl, der bereits in den 1970er-Jahren die Protestzeit im narrativen Rückblick als Zeit großer Träume und gescheiterter Hoffnungen präsentierte.

Dem Bd. kann zugute gehalten werden, dass viele seiner Beiträge gehaltvoller und informativer sind, als es einige seiner zu Anfang aufgestellten Thesen befürchten lassen. Eine konsequente Anwendung des eingangs entwickelten übergreifenden Milieuansatzes, wie sie sich in den Betrachtungen zu den christlichen Milieus als durchaus fruchtbar erwiesen und zur Revision älterer Vorstellungen geführt hat, hätte sicherlich auch durch die Einbeziehung von Arbeitermilieus interessante Ergebnisse erbracht. So bleibt, dies als ein fortbestehendes Forschungsdesiderat festzuhalten.

Dietmar Lange

György Dalos: Gorbatschow. Mensch und Macht. Eine Biografie, (Beck'sche Reihe, 6021), Verlag C.H.Beck, München 2012, 288 S., ISBN 978-3-406-63201-3

Es muss, anders als es die Öffentlichkeit in ihrem Unmut über die luxuriösen Ansprüche des Regentenpaares wahrnahm, wenig attraktiv gewesen sein, die Urlaubstage auf der Staats-

datscha „Objekt Morgenröte“ am Kap Foros auf der Krim zu verbringen. Zugegeben, der Blick auf Küste und Meer war sehr schön. Doch er verfiel sich auch im dichten Gewirr eines sorgfältig gestaffelten Überwachungssystems in drei Linien mit etwa 500 Mann Schutzpersonal, Postenketten, Antiterrorgruppe, Marineeinheiten, Kriegsschiffen, patrouillierendem Hubschrauber und Flugzeug sowie 90 KGB-Mitarbeitern. Die neu gebaute Prachtvilla stand dem Generalsekretär des ZK der KPdSU und Staatschef der Sowjetunion, Michail Sergejewitsch Gorbatschow, und dessen Familie seit 1988 zur Verfügung. Drei Jahre später sollte sie zum Ort seiner Isolierung nach dem Putsch vom August 1991 werden.

Die zeitgenössische Schilderung des Ferienparadieses ist im Prolog der Gorbatschow-Biografie von György Dalos enthalten, der das Ende des Geschehens an den Anfang seiner ereignisdichten und pointierten Erzählung stellt. Und um das Ergebnis schon einmal vorwegzunehmen: Selten wurde eine Biografie so kurzweilig, so anrührend und so spannend geschrieben wie das Buch von D., das Geschichte und Literatur in packender Weise miteinander verbindet und damit Anlass zu einer Empfehlung gibt.

D. konzentriert sich in acht Kapiteln auf die Karriere- und Machtjahre des letzten Führers der Sowjetunion mit ihren Sonnen- und Schattenseiten im Gefüge der Einparteienherrschaft, beschreibt persönliche Stärken und Schwächen seines Helden und dessen Umfelds, bestimmt Verhaltensweisen des Agierens auf internationaler und nationaler Ebene und schildert den unaufhaltsamen Abstieg. Ein Epilog skiz-

ziert das Leben ohne Amt in Würde. Beigegeben sind Zeittafel, Literaturverzeichnis und Namensregister. Quellenangaben, die verwendete Zitate, Situationsschilderungen oder eingestreute Gesprächsnotizen belegen, bleiben ausgeblendet. Hingegen sind die bündigen Zwischenüberschriften mit kleinen, überschaubaren Inhalten in den Kapiteln eine Bereicherung und steigern das Lesevergnügen.

Die Meinungen über Gorbatschow gehen weit auseinander. Für die einen ist der Verfechter von Uskorenije (Beschleunigung, hier im Sinne einer personellen Erneuerung des Parteiapparats), Perestroika (Umbau) und Glasnost (Offenheit) als Reformierender ein Hoffnungsträger gewesen, für die anderen ein Zerstörer der Welt des Sozialismus. D. negiert eine solche Schwarz-Weiß-Malerei, lässt sie aber auch nicht außer Acht, wenn er wiederholt von Gorbatschows ursprünglichem Anliegen spricht, den Sozialismus nach den Leninschen Vorstellungen unter Beibehaltung der führenden Rolle der Partei zu erneuern, die Funktionsfähigkeit des Systems und die Einheit des Landes zu erhalten. Den Zusammenhang zwischen diesem Anspruch und den unerwarteten Folgeentwicklungen zeigt der Autor bereits dort auf, wo er über die wirtschaftlichen Gebrechen der Sowjetunion Mitte der Achtzigerjahre schreibt.

Als Gorbatschow in Ermangelung anderer Kandidaten zum Generalsekretär gewählt wurde, verbanden die Parteigremien aus unterschiedlichen Gründen hohe Erwartungen mit ihm. Hier gab es Gleichgesinnte, Einsichtige in Bezug auf Veränderungen, und Ewiggestrige mit dem Wunsch nach Beibehaltung der Posten und des angenehmen Lebens. Zur selben Zeit kam die

Ökonomie des Landes bereits einem Desaster nahe. Die Erschließung der Erdölquellen in Westsibirien mehrte nicht den Reichtum, weil die Einnahmen daraus in verschiedenen Kanälen versickerten. Sie lösten sich in den Investitionen für die Rüstungsindustrie auf, in Zuschüssen an die sozialistischen Bruderländer und die kommunistischen Parteien auf der Welt, in Getreideaufkäufen im kapitalistischen Ausland sowie in der Finanzierung des Krieges in Afghanistan. Eine stabile Wirtschaft zu rekonstruieren hätte an sich schon einer Sisyphos-Arbeit geglichen. Um wie viel schwieriger aber wurde es, als sich eine neue Spirale des Rüstungswettbewerbs zwischen den beiden Supermächten mit der Stationierung von sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen in ihren westlichen Grenzgebieten und der amerikanischen Pershings in Westeuropa sowie der Perspektive der Errichtung eines Verteidigungsschirms im Weltall ankündigte? Nur die Vergewärtigung dieser Ausgangsposition macht erklärbar, warum Gorbatschow so handelte, wie er es tat bzw. wie er sich zu handeln genötigt fühlte. Eine gewisse Ironie kann man D. nicht absprechen, wenn er meint, dass „einfach ein Mann mit Mimik, charmantem Lächeln, schnellen und geistreichen Repliken“ notwendig war, „um aus der Unheil verkündenden Sackgasse der Sowjetunion, Europas und der ganzen Welt herauszukommen“ (S.63).

Charakteristisch für Gorbatschows Regierungszeit sind die unterschiedlichen Leidenschaften, die sie begleiteten. In der ersten, „noch romantischen Phase“ (S.141) der an die Perestroika gekoppelten Glasnost, als die Reformen laut öffentlichen Umfragen noch 80 Prozent Unterstützung in der Bevölke-

rung erfuhren, rangierte Gorbatschow nach dem russischen „Rejting“ auf Rang drei nach Lenin und Peter dem Großen. Ende 1988 musste er Sacharow vorbeiziehen lassen und mit dem „vierten Platz“ vorliebnehmen (S.192). Während er im Ausland hoch geachtet und umjubelt wurde, verlor selbst die Verleihung des Friedensnobelpreises an ihn ihre Wirkung in der Heimat. Hier galt zwar nach wie vor eine Verbesserung der Lebensqualität als Wertmaßstab, doch die Prozesse in der Gesellschaft, die bereits „völlig unabhängig von denen in der KPdSU abliefen“ (S.179), waren widersprüchlicher geworden. Von der Pluralisierung des politischen Lebens profitierte, wie D. schildert, der Kontrahent Gorbatschows, Boris Jelzin, der über eine „charismatische Ausstrahlung auf die einfachen Menschen“ (S.237) verfügte und zunehmend die Unterstützung der wissenschaftlichen und kulturellen Elite fand. Ausschlaggebend für Jelzins Sieg in dem „von männlichen Rivalitäten und Eitelkeiten geprägten Ringkampf“ (S.125) waren allerdings handfestere Argumente: Die Streichung der „führenden Rolle der KP“ aus der sowjetischen Verfassung und die Erklärung der russischen Souveränität auf Russlands Kongress der Volksdeputierten 1990. Zum Schluss kehrten sich auch die offenen nationalen Konflikte und die wachsende Zurückhaltung der sogenannten Bruderländer gegenüber der neuen sowjetischen Generallinie gegen den Reformier Gorbatschow, ganz gleich, wie klug oder unklug er von Fall zu Fall entschied oder auf generelle Entscheidungen verzichtete. Große und kleine Landesteile reihten sich 1990 in die „Parade der Souveränitäten“ (S.238) ein, die Sowjetunion

wurde „zu einer einsamen Supermacht ohne Imperium“ (S.217), und Gorbatschow blieb nur noch für kurze Zeit ein – zudem ungeliebter – Präsident ohne Land.
Jutta Petersdorf

**Jan Korte/Domenic Heilig (Hrsg.):
 Kriegsverrat. Vergangenheitspolitik in Deutschland. Analysen, Kommentare und Dokumente einer Debatte,** Karl Dietz Verlag, Berlin 2011, 207 S., ISBN 978-3-320-02261-7

Das Buch beschreibt ein Musterbeispiel, wie Vorurteile, Legenden der Selbstentschuldigung und parteipolitisches Kalkül die Aufklärung der NS-Vergangenheit behindern. In einem Staat, in dem ein NS-Marinerichter zum Ministerpräsidenten eines Bundeslandes aufsteigen und am Ende seines Lebens ungeachtet der von ihm gefällten Todesurteile fast als Widerstandskämpfer gehandelt werden konnte, ist die Wahrheit über den verbrecherischen Charakter der Wehrmachtsjustiz nicht bei allen willkommen. Die Hrsg. haben mit Analysen und Dokumenten den schwierigen Weg nachgezeichnet, der im September 2009 schließlich doch zur pauschalen Rehabilitierung der sogenannten Kriegsverräter führte. Jan Korte für die LINKE Mitglied des Deutschen Bundestages und Dominic Heilig als wissenschaftlicher Mitarbeiter waren selbst unmittelbar in diese Vorgänge eingebunden gewesen. Sie sind also Beteiligte und Beobachter zugleich.

Ihr besonderer Respekt gilt Ludwig Baumann, dem Vorsitzenden der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz, der zehn Monate in einer Todeszelle verbrachte. Das mit ihm ge-

führte Interview besticht durch die Bescheidenheit und Nachdenklichkeit, mit der Baumann seine Erlebnisse schildert. Seine zentrale Botschaft lautet: „Was kann man Besseres tun, als den Krieg verraten? ‚Kriegsverrat‘ ist auch heute eine Friedenstat.“ (S.41)

In den folgenden analytischen Beiträgen gehen die Hrsg. der Frage nach, was Kriegsverrat ist (K.) und rekonstruieren die politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen zu diesem Problem im Vorfeld und während der Bundestagsdebatten 2007 bis 2009. H. geht bis zu den Debatten um das Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Urteile in der Strafrechtspflege von 2002 zurück. Damals wurden die „Kriegsverräter“ wieder ausgeklammert. Es bedurfte erst gründlicher wissenschaftlicher Studien (siehe Wolfram Wette/Detlef Vogel [Hrsg.]: Das letzte Tabu. NS-Militärjustiz und Kriegsverrat, Berlin 2007) und eines gewachsenen öffentlichen Interesses sowie Mahnungen der Evangelischen Kirche in Deutschland, ehe sich eine neue Chance zur Auseinandersetzung mit diesen Fällen von NS-Unrecht abzeichnete. Dennoch fanden sich in den Bundestagsdebatten „alle Facetten der Abwehrmuster, aber auch der wissenschaftlichen und kritischen Gegenkultur der vergangenen fünfzig Jahre“ wieder, wie K. resümiert (S.133). Dass die Gesetzesinitiative von der LINKEN eingebracht worden war, verstellte manchem Abgeordneten zusätzlich den Blick auf Tatsachen und wissenschaftliche Erkenntnis. Aber auch etablierte Wissenschaftler sind gegen parteipolitische Vorurteile nicht immun, wie K. am Beispiel des Sachverständigen Rolf-Dieter Müller zeigt. Dieser befürchtete, mit der Gesetzesiniti-

ative könnten „unbescholtene ehemalige Wehrmachtssoldaten unter Generalverdacht“ gestellt werden, um die NVA aufzuwerten (S.139). Müller scheute sich nicht, seine Ablehnung mit Beispielen von Kriegsverratsfällen zu stützen, die von anderen Sachverständigen als Fälschung entlarvt wurden.

Im Anhang der Publikation werden die Drucksachen und stenografischen Protokolle des Deutschen Bundestages sowie einige ausgewählte Veröffentlichungen der Medien wiedergegeben. Der Leser kann sich mit dieser Dokumentation ein eigenes Bild machen sowie Bewertungen der Hrsg. überprüfen. Auch das Literaturverzeichnis und ein Personenregister sind hilfreich.

Die Hrsg. lassen keinen Zweifel an ihrer Parteinahme. Die detailreiche Schilderung und Kommentierung der Debatte um die „Kriegsverräter“ gibt einen informativen Überblick über die

Für und Wider der Diskussion. Manche Wiederholung hätte allerdings bei konsequenterer Abgrenzung der Beiträge vermieden werden können. Wer die verschiedenen Argumentationen Revue passieren lässt, wird grundlegende Muster erkennen, die die geschichtspolitische Debatte bis in die Gegenwart bestimmen. Ob die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit eine Erfolgsgeschichte wird, ist auch weiterhin als Aufgabe und nicht als Tatsache zu begreifen.

Die pauschale Rehabilitierung der „Kriegsverräter“ wurde im September 2009 vom Deutschen Bundestag bestätigt. Warum es mehr als sechs Jahrzehnte bedurfte, um diese Urteile der NS-Militärjustiz als Unrecht zu klassifizieren, bleibt aber eine berechtigte Frage an die Gesellschaft und die Zeitgeschichte.

Jürgen Hofmann

Autorenverzeichnis

Rolf Badstübner, Prof. Dr., Berlin

Ulrich Busch, Dr. habil., Berlin

Heinz Deutschland, Prof. Dr., Graal-Müritz

Uwe Fuhrmann, Doktorand, Freie Universität Berlin

Marion Goers, Berlin

Victor Grossman, Berlin

Ursula Herrmann, Prof. Dr., Ferch

Wolfgang Hesse, Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e. V.,
Dresden

Jürgen Hofmann, Prof. Dr., Berlin

Christa Hübner, Dr. sc., Berlin

Mario Keßler, Prof. Dr., Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam/
Yeshiva University, New York

Horst Klein, Dr. sc., Strausberg

Ulrike Köpp, Dr., Berlin

Dietmar Lange, Doktorand, Freie Universität Berlin

Herbert Mayer, Dr. sc., Berlin

Jutta Petersdorf, Dr. habil., Berlin

Kurt Schilde, Dr., Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin

Dieter Schiller, Prof. Dr., Berlin

Walter Schmidt, Prof. Dr., Berlin

Susanne Schötz, Prof. Dr., Technische Universität Dresden

Volkmar Schöneburg, Dr., Minister der Justiz des Landes Brandenburg

Axel Weipert, Doktorand, Freie Universität Berlin

Kurt Wernicke, Dr., Berlin

Jörg Wollenberg, Prof. Dr., Universität Bremen

Jahresinhaltsverzeichnis 2013

Artikel

- Ulrich Busch*: Zur Differenz zwischen
Marxscher Theorie und Wirtschaftspolitik in der DDR II/5
- Christian Chevandier*: Feinde oder Kollegen?
Bei der französischen Eisenbahn 1940 bis 1944 II/83
- Wolfgang Hesse*: Die Ausnahmen und die Regel. Lebenswelt,
Medienbewusstsein und Pressepolitik in der Arbeiterfotografie
der Weimarer Republik III/64
- Ursula Herrmann*: Blicke auf August Bebels Lebensleistung.
Zum 100. Todestag III/5
- Peter Hübner*: Arbeiterbewegung und Technikkritik in Deutschland.
Aspekte einer Beziehungsgeschichte I/68
- Horst Klein*: Zeugnis einer lebenslangen Freundschaft und
geistigen Gemeinsamkeit: der Briefwechsel von Eduard Bernstein
und Karl Kautsky 1891 bis 1932 III/26
- Peter Kurt Krüger*: Karl Marx und die geologischen Wissenschaften.
Zum Erscheinen des MEGA-Bandes IV/26 I/58
- Isabel Loureiro*: Die Aktualität von Rosa Luxemburgs
„Akkumulation des Kapitals“ in Lateinamerika II/115
- Jörg Ludwig*: Kontakte Robert Owens nach Sachsen 1820 bis 1837 II/32
- Rudolf Oswald*: Ideologie und Praxis der Fußballsparte
im Arbeiter-Turn- und Sportbund 1919 bis 1933 II/69
- Jörg Roesler*: Mehr als Descamisados der Evita. Arbeiterschaft und
Arbeiterbewegung in Argentinien unter dem Einfluss des Perónismus I/90

- Dieter Schiller*: Willi Münzenberg und die Intellektuellen.
Die Jahre in der Weimarer Republik 1921 bis 1933 III/43
- Karsten Heinz Schönbach*: Die Illusion der „Volksgemeinschaft“ – Bündnis
zwischen Großindustrie und NS-Führung gegen die Arbeiterschaft I/30
- Waltraud Seidel-Höppner*: Unter falschem Namen.
Der Bund der Gerechtigkeit und sein Namenswandel I/47
- Wonchul Shin*: Betriebsinterne Unterverträge
in der Schiffbauindustrie Ostasiens II/46
- Jochen Weichold*: Die WASG – eine zeitgenössische Arbeiterpartei.
Ein Überblick über die kurze Geschichte der „Wahlalternative Arbeit
und Soziale Gerechtigkeit“ II/97
- Jörg Wollenberg*: Die Arbeiterbewegung zwischen Selbstpreisgabe,
Zerschlagung und antifaschistischem Widerstand 1933 bis 1945.
Das Beispiel Bremen I/5

Von der 48. Linzer Konferenz der ITH

- Jürgen Hofmann*: Interventionen für sozialen
und kulturellen Fortschritt (Bericht) I/106
- Patricia Toucas-Truyen*: Die Rolle der Gegenseitigen
Unterstützungsgesellschaften und der Arbeiterbewegung
bei der Schaffung des Wohlfahrtssystems in Frankreich vor 1914 I/112

Biografisches

- Heinz Deutschland*: Hermann Duncker als Herausgeber.
Zum 90. Jahrestag des Erscheinens der ersten Bände der
„Elementarbücher des Kommunismus“ III/91
- Uwe Fuhrmann*: Eine proletarische Geschichte Deutschlands:
Hans (Johannes) Stetter (1885-1963) III/106

Peter Giersich: Neues über Max Hoelz: Sein Aufenthalt in der ČSR 1920 I/152

Siegfried Grundmann: Göritz oder Steidle? Ein heikles Problem II/139

Eckhard Müller: Rosa Luxemburgs öffentlicher Vortragszyklus zur Nationalökonomie im Herbst 1907. Sechs unbekannte Berichte der Berliner Politischen Polizei II/123

Kurt Schilde: „Das war das Ende“. Durch den nationalsozialistischen Terror 1933 in Berlin ermordete Gewerkschafter III/128

Miszelle

Volkmar Schöneburg: Karl Liebknecht und der Strafvollzug III/144

Regionales

Holger Czitrich-Stabl: Zur Geschichte der Bernauer Arbeiterbewegung 1848 bis 1900 I/137

Diskussion

Ursula Schröter: DDR-Sozialismus und Patriarchat I/121

Berichte

Günter Benser: Demokratie – Wirtschaft – Staat. Kolloquium II/158

Mario Keßler: Propagandist, „Pressezar“ und Unperson. Tagung in Berlin zu Willi Münzenberg I/165

Horst Klein: Kommunisten auf linkssozialistischem Pfad: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Wien III/151

Anja Kruke: 43. Konferenz der IALHI vom 20. bis 22. September 2012 in Lissabon I/162

- Marga Voigt*: Dem Frieden verschrieben – Basel 1912.
Die Kultur des Friedens ausbauen – Europa 2012 II/165

Informationen

- Marion Goers*: Datenbank zu
Gewerkschaftsfunktionären/-funktionärinnen
in NS-Konzentrationslagern 1933 bis 1945 III/169

- Susanne Schötz*: 20 Jahre Louise-Otto-Peters-Gesellschaft in Leipzig.
In Dankbarkeit gewidmet Johanna Ludwig
(26. Januar 1937 - 2. August 2013) III/157

Buchbesprechungen

- Victor Adler/Friedrich Engels: Briefwechsel,
hrsg. von Gerd Callesen und Wolfgang Maderthaner (*Horst Klein*) II/178

- Jörg Baberowski: Verbrannte Erde.
Stalins Herrschaft der Gewalt (*Jutta Petersdorf*) III/195

- Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Protestantismus und Antifaschismus
vor 1933. Der Fall des Pfarrers Eckert (*Manfred Weißbecker*) II/192

- Gerhard Bassarak: Mit dem Vorsprung einer historischen Epoche.
Aufsätze und Vorträge zu Biblischer Theologie, Gesellschaft, Kirche,
Ökumene und Sprache (*Hans-Jürgen Gabriel*) I/195

- Cordia Baumann/Sebastian Gehrig/Nicolas Bühse (Hrsg.):
Linksalternative Milieus und Neue Soziale Bewegungen in den
1970er Jahren (*Dietmar Lange*) III/219

- Rolf Binner/Bernd Bonwetsch/Marc Junge: Massenmord und Lagerhaft.
Die andere Geschichte des Großen Terrors (*Carola Tischler*) II/202

- Rolf Binner/Bernd Bonwetsch/Marc Junge (Hrsg.):
Stalinismus in der sowjetischen Provinz. Die Massenaktion
aufgrund des operativen Befehls Nr. 00447 (*Carola Tischler*) II/202

-
- Lars Bluma/Karsten Uhl (Hrsg.): Kontrollierte Arbeit – disziplinierte Körper? Zur Sozial- und Kulturgeschichte der Industriearbeit im 19. und 20. Jahrhundert (*Peter Hübner*) II/173
- Willy Brandt: Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte.
Hrsg. und eingel. von Klaus Schönhoven (*Heinz Niemann*) II/170
- Werner Breunig/Andreas Herbst (Bearb.):
Biografisches Handbuch der Berliner Stadtverordneten und Abgeordneten 1946-1963 (*Ingo Materna*) I/198
- Hans Coppi/Stefan Heinz (Hrsg.):
Der vergessene Widerstand der Arbeiter (*Kurt Schilde*) III/204
- Cristina Corradi: Storia dei Marxismi in Italia (*Dietmar Lange*) III/173
- György Dalos: Gorbatschow. Eine Biografie (*Jutta Petersdorf*) III/221
- Heinz Deutschland/Gerhard Kaiser:
Ein „tüchtiger, feiner Mensch“ – Unbeirrbar rot“ (*Christa Hübner*) III/184
- David Fernbach (Hrsg.): In the steps of Rosa Luxemburg.
Selected writings of Paul Levi (*Theodor Bergmann*) II/182
- Tilman P. Fichter/Siegward Lönnendonker: Dutschkes Deutschland.
Der Sozialistische Deutsche Studentenbund, die nationale Frage und die DDR-Kritik von links (*Horst Dietzel*) II/208
- Sebastian Fink: Das Stahl- und Walzwerk Riesa in beiden deutschen Diktaturen 1933 bis 1963 (*Thomas Reichel*) II/195
- Ronald Friedmann: Die Zentrale. Geschichte des Berliner Karl-Liebknecht-Hauses: (*Herbert Mayer*) I/183
- Thomas Gebauer: Das KPD-Dezernat der Gestapo Düsseldorf (*Michael Eckardt*) II/197
- Horst Gobrecht: Und gingen aufrecht doch.
Grete und Adolf Noetzel (*Peter Kroh*) I/190

Martin Großheim: Ho Chi Minh (<i>Joachim Eichler</i>)	I/185
Ernst Hanisch: Der große Illusionist. Otto Bauer (<i>Uli Schöler</i>)	II/184
Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Jossif Stalin oder: Revolution als Verbrechen (<i>Jutta Petersdorf</i>)	III/193
Klaus Henning/Yves Clairmont: Mit Gegenmacht und Gestaltungskraft für Europas Arbeitnehmer. 40 Jahre Europäischer Metallgewerkschaftsbund (<i>Dietmar Lange</i>)	II/212
Michael Herkendell: Deutschland – Zivil- oder Friedensmacht? Außen- und sicherheitspolitische Orientierung der SPD im Wandel (1982-2007) (<i>Harald Lange</i>)	II/212
Michael Herms (Hrsg.): Zum Stand der Erforschung der regionalen NS-Geschichte in Mecklenburg-Vorpommern (<i>Günter Wehner</i>)	I/189
Ralf Hoffrogge: Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914 (<i>Gerhard Engel</i>)	I/173
Rainer Holze/Siegfried Prokop (Hrsg.): Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Günter Benser zum 80. Geburtstag (<i>Ingo Materna</i>)	I/168
Raphael Hörmann: Writing the Revolution. German and English Radical Literature 1819-1848/49 (<i>Martin Hundt</i>)	I/176
Karin Huser: Bildungsort, Männerhort, politischer Kampfverein. Der deutsche Arbeiterverein „Eintracht Zürich“ (1840-1916) (<i>Walter Schmidt</i>)	III/175
Burkhard Jacob: Pfahl im Fleisch. Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei in Westberlin (<i>Jürgen Birg</i>)	I/200
Heiner Jestrabek: Eduard Fuchs. Kunstsammler und Zeitkritiker (<i>Wilma Ruth Albrecht</i>)	II/180
Matthias John: Biographisches Handbuch zur Geschichte der Berliner Sozialdemokratie in der spätwilhelminischen Ära (<i>Kurt Wernicke</i>)	III/178

-
- Gerd Kaiser (Hrsg.): Aufrecht und stark.
Frauen und Männer aus Suhl und Umgebung im Widerstand
gegen Faschismus und Krieg (*Ludwig Elm*) I/192
- Dietmar Keller: In den Mühlen der Ebene.
Unzeitgemäße Erinnerungen (*Herbert Mayer*) II/210
- Fritz Keller: Gelebter Internationalismus. Österreichs Linke
und der algerische Widerstand (1958-1963) (*Horst Klein*) I/209
- Mirja Keller u.a.: Antifa. Geschichte und Organisierung (*Engenij Kasakow*) II/190
- Klaus Kinner (Hrsg.): Linke zwischen den Orthodoxien.
Von Havemann bis Dutschke (*Horst Klein*) I/201
- Jan Knopf: Bertolt Brecht. Lebenskunst in finsternen Zeiten (*Ulrike Köpp*) III/182
- Jan Korte/Domenic Heilig (Hrsg.): Kriegsverrat.
Vergangenheitspolitik in Deutschland (*Jürgen Hofmann*) III/224
- Dieter Kramer: Kulturpolitik neu erfinden. Die Bürger als Nutzer
und Akteure des kulturellen Lebens (*Evmarie Badstübner*) II/171
- Wilhelm Kroupa: Arbeiter in Wien. Ein Jahrhundertleben (*Horst Klein*) III/203
- Renée Lugschitz: Spanienkämpferinnen.
Ausländische Frauen im spanischen Bürgerkrieg (*Herbert Mayer*) III/207
- Jonathan Miles: The Nine Lives of Otto Katz (*Mario Kefler*) III/186
- Caroline Moorehead: A train in winter. A story of resistance,
friendship and survival in Auschwitz (Victor Grossman) III/209
- Walter Mühlhausen: „Das große Ganze im Auge behalten“.
Philipp Scheidemann, Oberbürgermeister von Kassel (*Horst Klein*) III/191
- Richard Müller: Eine Geschichte der Novemberrevolution.
Bd. 1-3, hrsg. von Jochen Gester, Ralf Hoffrogge und Rainer Knirsch
(*Gerhard Engel*) I/181

-
- Harry Nick: Ökonomiedebatten in der DDR (*Thomas Kuczyński*) I/203
- Jochen Oltmer/Axel Kreienbrink/Carlos Sanz Díaz (Hrsg.):
Das „Gastarbeiter“-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen
in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa (*Dietmar Lange*) I/213
- Bertrand M. Patenaude: Trotzki. Der verratene Revolutionär (*Mario Keßler*) III/198
- Joachim Perels: Befreiung aus gesellschaftlicher Unmündigkeit.
Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung
(*Holger Czitrich-Stahl*) I/171
- Mike Rapport: 1848. Revolution in Europa (*Axel Weipert*) II/176
- Peter Rau: Der Spanienkrieg 1936-39 (*Herbert Mayer*) II/201
- Thomas Reichel: „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“.
Die Brigadebewegung in der DDR (1959-1989) (*Rainer Karlsch*) II/207
- Anke Reuther (Hrsg.): Robert Blum. Auf dem Theater des Lebens.
Beiträge zur Robert-Blum-Ehrung (*Walter Schmidt*) I/177
- John Riddell (Hrsg.): Toward the United Front. Proceedings of the
Fourth Congress of the Communist International 1922 (*Dietmar Lange*) III/200
- Werner Röhr: Abwicklung. Das Ende der Geschichtswissenschaft
der DDR. Bd. 1-2 (*Herbert Mayer*) I/204
- Karl Heinz Roth/Jan-Peter Abraham: Reemtsma auf der Krim.
Tabakproduktion und Zwangsarbeit unter der deutschen
Besatzungsherrschaft (Jörg Wollenberg) III/211
- Joshua Rubenstein: Leon Trotsky.
A Revolutionary's Life (*Mario Keßler*) III/198
- Isaak Il'jič Rubin: Marxforscher – Ökonom – Verbannter (1886-1937)
(*Ulrich Busch*) III/180
- Maximilian Scheer: Das deutsche Volk klagt an: Hitlers Krieg
gegen die Friedenskämpfer in Deutschland (*Helga W. Schwarz*) II/199

-
- Petra Scheidt: Karriere im Stillstand? Der Demokratische Frauenbund Deutschlands im Spiegel seiner Kaderarbeit und der Kaderstrukturen seines hauptamtlichen Funktionärskorps (*Ursula Schröter*) II/204
- Elke Scherstjanoi (Hrsg.): Russlandheimkehrer. Die sowjetische Kriegsgefangenschaft im Gedächtnis der Deutschen (*Herbert Mayer*) III/213
- Karl Schneider: „Auswärts eingesetzt.“ Bremer Polizeibataillone und der Holocaust (*Jörg Wollenberg*) III/211
- Joachim Scholtzysek: Die Geschichte der National-Bank 1921 bis 2011 (*Ulrich Busch*) I/188
- Klaus Schönhoven/Walter Mühlhausen (Hrsg.): Der deutsche Sozialstaat im 20. Jahrhundert. Weimarer Republik, DDR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich (*Axel Weipert*) III/188
- Nicola Spakowski: „Mit Mut an die Front“. Die militärische Beteiligung von Frauen in der kommunistischen Revolution Chinas (1925-1949) (*Wolfram Adolph*) II/186
- Peter Struck: So läuft das. Politik mit Ecken und Kanten (*Holger Czitrich-Stahl*) I/217
- Hannes Stütz (Hrsg.): Jupp Angenfort. Sprung in die Freiheit (*Rainer Bert*) I/212
- Ulrich Teusch: Jenny Marx. Die rote Baroness (*Wilma Ruth Albrecht*) I/179
- Franz Walter: „Republik, das ist nicht viel“. Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus (*Uli Schöler*) I/186
- Harald Werner: Offene Fragen in der geschlossenen Abteilung. Das erfolgreiche Scheitern einer Kaderperspektive (*Manfred Teresiak*) I/216
- Gerhard Wettig (Hrsg.): Der Tjul'panov-Bericht. Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg (*Rolf Badstübner*) III/216
- Reiner Zilkenat/Henryk Skrzypczak: 80 Jahre Berliner Verkehrsarbeiterstreik 3.-7. November 1932 (*Axel Weipert*) III/202

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:

Förderverein für Forschungen zur
Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:

Helga Brangsch, Dr. Christa Hübner
(Vi.S.d.P), Bärbel Kontny, Dietmar
Lange, Dr. Herbert Mayer, Dr. Ulla
Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Da-
niela Schnitter, Dr. Carola Tischler,
Axel Weipert

Postadresse der Redaktion:

Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

Email-Adresse der Redaktion:

redaktion@arbeiterbewegung-jahr-
buch.de

Email-Adresse der Redaktion für
Buchbesprechungen:

rez-kon@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Website:

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „JahrBuch“ erscheint dreimal jähr-
lich (Januar, Mai, September) in der
NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16,
D-10178 Berlin, im Gesamtumfang
von ca. 660 Seiten.

Jahresabonnement 30,- € (Inland) bzw.
40,- € (Ausland), einschl. Porto; Einzel-
heftpreis 11,- €, zzgl. Porto.

In der Zeitschrift können nur Beiträge
veröffentlicht werden, die außer dem
JahrBuch nicht gleichzeitig anderweitig
zur Veröffentlichung angeboten wur-

den. Manuskripte können per e-mail,
vorzugsweise als word-Datei, einge-
sandt werden. Beiträge sollten 40.000,
Berichte 10.000, Buchbesprechungen
8.000 Zeichen nicht überschreiten. Bit-
te reichen Sie stets die letzte Fassung
des Beitrages ein und beachten Sie die
im „JahrBuch“ übliche äußere Manu-
skriptgestaltung. Die Redaktionsrichtli-
nien senden wir Ihnen gern zu. Die na-
mentlich gezeichneten Beiträge geben
ausschließlich die Meinung des Autors
und nicht die der Redaktion wieder.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden
nicht honoriert.

Abonnements- und Heftzahlungen
sowie Spenden bitte an:
Berliner Volksbank eG,
BLZ 10090000,
Konto-Nr.: 5744561010

Satz: Ch. Kouschil, D. Wiesenthal

Realisiert in den Typowerkstätten des
Giambattista-Bodoni-Museums e.V.
info@bodoni.org

Sonderdrucke der im JahrBuch veröf-
fentlichten Beiträge sind möglich. Die
Konditionen sind in den Typowerkstät-
ten zu erfragen.

Redaktionsschluss: 20.8.2013